Juni 1986, Nr. 5/6 1986 DM 10,– 1 P 4132 F

liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik

Niedersachsen wählt:

- Interview mit Gerhard Schröder
- Rainer Butenschön zur Generalprobe am 15. Juni

Hildegard Hamm-Brücher: Die Bewährung liegt noch vor uns

Liberale Drucksachenverlagsgesellschaft mbH 1 P 4132 F
Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg
Postvertriebsstück Gebühr bezahlt

Generalprobe 15. Juni

von Rainer Butenschön

Die Wende für Bonn wurde in Niedersachsen geprobt. Vor zehn Jahren, als die sozialliberale Mehrheit aus SPD und FDP im Landtag von Hannover plötzlich in geheimer Abstimmung kippte. Die Wende gegen Bonn wird – so hoffen viele – ebenfalls in Niedersachsen eingeleitet. Die Chancen stehen gut, daß die Landtagswahl am 15. Juni zum Einstieg in den Ausstieg aus reaktionärer Politik in Hannover und auch im Bund wird.

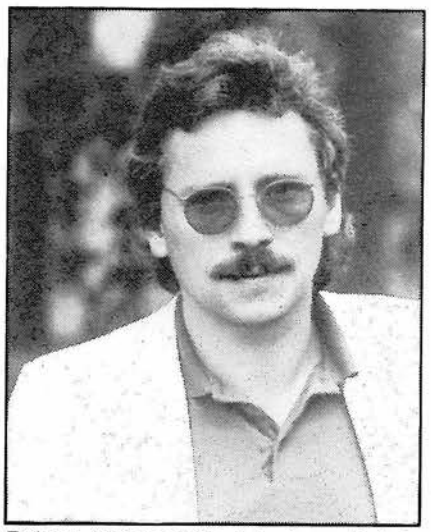
Der schwarzen Generalprobe in Niedersachsen war zwar die Aufführung in Bonn nicht sofort gefolgt. Aber der überraschende Coup vom 19. Januar 1976, als Ernst Albrecht dank dreier parlamentarischer Dunkelmänner und unter bis heute nicht aufgeklärten Umständen zum ersten christdemokratischen Ministerpräsidenten Niedersachsens gewählt wurde, hat sich für die Planer der Wende ausgezahlt. Wohl blokkierte sich die Union dann mit ihrem Schreckgespenst Franz Josef Strauß 1980 noch einmal selbst. Aber das war nur vorübergehend. Und wertvolle Vorarbeit für den Erfolg im deutschen Winter 1983 hatte gerade Albrecht geleistet. Mit ihm als Landesfürst konnte die Union den Bundesrat als wirkungsvollen Hebel einsetzen und auf dem Wege des Kompromisses sozialliberale Politik unattraktiv schwärzen. Wichtiger noch war, daß es Albrecht gelang, die FDP zu knacken. Eine wichtige Funktion spielten dabei „liberale Büchsenöffner", wie Albrechts Vize Wilfried Hasselmann einmal die Funktion solcher als freisinnig geltenden Landesminister wie Walter Leisler Kiep oder Professor Eduard Pestel umschrieb. Den Linksliberalen fehlte – wie so oft in der Geschichte der FDP – nur eine Stimme, um zu verhindern, daß die niedersächsische FDP entgegen ihrem Wahlversprechen nach nur einer ganz kurzen Schamfrist für eine Koalition mit Albrecht votierte.

Zwar bekam die FDP für diesen Wortbruch bei der Landtagswahl 1978 die Quittung. Doch in der Folge dieses Schwenks tendierte der Einfluß der Linksliberalen in der FDP bald gegen Null. Erst in Niedersachsen, dann bundesweit – mit dem bekannten Ergebnis. Wenn es Albrecht nun am 15. Juni möglicherweise noch nicht einmal mehr mit Hilfe der FDP schafft, mit Niedersachsen das Übergewicht der Union im Bundesrat zu behaupten, dann liegt das zum einen an der Bonner Laienspielerschar, die gar zu tölpelhaft das Geschäft von Kapital und Reaktion betreibt. Aber auch in seinem eigenen Verantwortungsbereich hat der einst so strahlend reüssierende Albrecht entscheidende Minuspunkte gesammelt. Von der „Welle der Hoffnung", die er bei seinem Amtsantritt gleich durch ganz Deutschland schwappen sah, sind noch nicht einmal Spritzer übriggeblieben. Gemessen an seinen vollmundigen Versprechungen ist er ein überdurchschnittlich erfolgloser Ministerpräsident geworden.

In der Arbeitsmarktpolitik hatte er vor seiner Wahl zum Regierungschef gefordert, mehr als 30 Minuten Fahrzeit seien keinem Arbeitnehmer zuzumuten. Heute, wo Busse der Arbeitsverwaltung niedersächsische Jugendliche bis nach Süddeutschland karren, muß er sich von Spöttern fragen lassen, ob er damals den kurzen Weg zum Arbeitsamt gemeint habe. Mit einer Erwerbslosenquote, die in einigen Teilen des Landes in den vergangenen Wintern die Rekordmarke von 40 Prozent überschritt, hat Albrecht in der Arbeitsmarktpolitik kläglich versagt.

Unter seiner Regierung hat das Land zwischen 1979 und 1985 einen tiefen wirtschaftlichen Einbruch erlebt, der nicht nur die traditionell strukturschwachen Gebiete in Ostfriesland, Emsland oder den Zonenrand, sondern auch das wirtschaftliche Herz Niedersachsens, den Ballungsraum Hannover/Braunschweig, schwer getroffen hat.

Auch in der Finanzpolitik, in der Albrecht ebenfalls mit großen Ankündigungen startete, ist die Bilanz negativ. Statt der versprochenen Haushaltskonsolidierung – ein Stichwort, das bevorzugt dann fiel, wenn es galt den Rotstift im Sozial- oder Bildungsetat anzusetzen – vervierfachte seine Regierung die Landesschulden von 7,5 Milliarden Mark im Jahr 1975 auf über 30 Milliarden Mark Ende dieses Jahres.



Rainer Butenschön ist Journalist in Hannover und Vorsitzender der Deutschen Journalisten Union Niedersachsen.

In solchen Sätzen spiegelt sich Albrechts nicht selten bis zur Selbstherrlichkeit gesteigertes Selbstbewußtsein. Mit strahlender Entschlossenheit ist es ihm in der Vergangenheit gelungen, viele zu blenden. Lange, viel zu lange, galt er als liberaler Politiker. Zutreffender nannte ihn Franz Josef Strauß „Hartgummi".

Eine Mehrheit von 54 Prozent der Niedersachsen, so das Ergebnis einer von Infratest noch vor der Atomkatastrophe von Tschernobyl erhobenen Meinungsumfrage, wollen am 15. Juni den politischen Wechsel. Nach Tschernobyl dürfte sich diese Mehrheit mindestens stabilisiert haben, zumal Albrecht in der Frage der Atomenergie mehr als ungeschickt („Irgendwo sind wir alle sterblich") agiert hat und unverdrossen auch auf diesem Politik-Feld wie weiland vor zehn Jahren eine strahlende Zukunft verheißt. Anders als früher aber wirkt sein Lächeln angestrengter. Intern hat er bereits zugegeben, daß er mit dem Rücken zur Wand steht: „Wir kämpfen gegen das Gespenst Stimmung."

Gelingt der Wechsel in Niedersachsen, wird dieses Gespenst den Konservativen noch mächtiger entgegentreten. Eine rot-grüne Mehrheit im Landtag von Hannover wäre ein wichtiges Signal. Unter welchen Bündnis-Konstellationen ein Ministerpräsident Gerhard Schröder auch zum Reiter des Niedersachsen-Rosses würde – die Ablösung Albrechts würde alle Kräfte gegen die Wende-Koalition bundesweit beflügeln.

In Niedersachsen würde zwar nur einiges und nicht alles zum besseren gewendet. Schließlich sind die Handlungsmöglichkeiten einer Landesregierung genauso begrenzt wie der Wille der SPD, nicht nur mit neuem Mut, sondern auch mit konsequenteren Konzepten Reform-Politik zu versuchen. Doch die Weichen würden wenigstens in die richtige Richtung gestellt. Die politischen Spielräume für Linke und Liberale würden wieder größer. Es könnte mit mehr Aussicht auf Erfolg Dampf gemacht werden – für Abrüstung, gegen die Arbeitslosigkeit, für den Ausbau des Sozialstaates, die Versöhnung mit der Natur und die Wiederbelebung von Demokratie und Liberalität.

In diesem Sinne lohnt es sich, für die Generalprobe am 15. Juni noch harte Überzeugungsarbeit zu leisten. Nur Abergläubige meinen, einer gelungenen Aufführung – wie sie für die Bundestagswahl im Januar 1987 erwartet wird – müsse immer und überall eine verpatzte Generalprobe vorangehen.

liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik

Impressum

Herausgeberbeirat:
William Borm, Martin Budich, Ingeborg Drewitz, Sybille Engel, Leonhard Froese, Friedrich Hölscher, Karl Holl, Ulrich Klug, Hanspeter Knirsch, Egmont R. Koch, Jürgen Koppelin, Jürgen Kunze, Werner Lutz, Norbert Mann, Ulf Pedersen, Helmut Ridder, Theo Schiller, Thomas Schmid, Helga Schuchardt, Christoph Strässer
Redaktion:
Heinz-Hermann Storck
Roland Appel, Martin Budich, Wolfgang Froese, Markus Groß, Thomas Hetzer, Marianne Hochgeschurz, Volker Hummel, Georg Hundt, Astrid Jacobsen, Michael Kleff, Helmut W. Lindner, Reinhard Lütkemeyer, Dieter Noth, Niklas Pronsfeld, Heidrun Schmitt, Michael Staak, Christian Walther
Redaktionsanschrift:
ld, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg
Anzeigen:
Es gilt die Anzeigenpreisliste von 3/85. Anfragen und Aufträge an den Verlag
Auflage: 4000
Preise:
Einzelheft DM 5,-; Abonnement über 1/4 Jahr DM 15,-; 1/2 Jahr DM 30,-; 1 Jahr DM 60,-. Für Schüler, Studenten, Zivil- und Wehrdienstleistende, Arbeitslose und Sozialrentner: Abonnement über 1/4 Jahr DM 10,50; 1/2 Jahr DM 21,-; 1 Jahr DM 42,-. Förderabonnement: 1/2 Jahr DM 45,-; 1 Jahr DM 90,-; Im Preis ist die gesetzliche Mehrwertsteuer enthalten.
Bankverbindung:
Volksbank Marburg, Kto. 258172, BLZ 53390000
Verlag:
liberale drucksachen Verlagsgesellschaft mbH
Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg
Satz und Layout:
Marbuch Verlag GmbH, Marburg
Druck:
Neue Pfälzer Post, Neustadt
Titelfoto:
H.J. Fratzer

ISSN 0176-7712

Hanno Jochimsen
Bericht vom III. o. Parteitag der Liberalen Demokraten 4

"Für Wahlkampfgags zu schade"
Ein Gespräch mit Gerhard Schröder 5

Klatschkolumne
Von Christian Walther 7

Von Tag zu Tag
Von Volker Hummel 8

Hubert Hoffmann / Jochen Stauder
›Neue Arbeitsplätze – aber wie?‹ 9

Rolf-Dieter Postlep
Gesamtwirtschaftliche Aspekte kommunaler Beschäftigungspolitik 12

Hans-Herbert Wilhelmi
Innovation und Qualifikation 13

Ernst Hoplitschek
Als ein Grüner unter Blau-Gelben 15

Jochen Werner
Ein Denkmal der Arbeiterkultur 16

Norbert Mann
Einsichtsrecht in Umweltakten 19

Hildegard Hamm-Brücher
Die Bewährung liegt noch vor uns 21

Erik Gurgsdies
Arbeitnehmerfonds in Schweden 25

Hans Seus
Sowjetunion und Dritte Welt 28

Rainer Braun
Hochschulpolitik jenseits von Beschäftigungstherapie 31

Dr. Wolfgang Weber
Zur Geschichte der ›Deutschen Frage‹ 34

Thomas Noetzel
Der Diskurs des Verrats – Zur Funktion eines politischen Kampfbegriffs 39

Dieter Selzer
Rambomania 43

Bundeswehrtagebuch
Von einem der auszog, Wehrdienst zu leisten 45

Jean Lehnert / Michael Kleff
›Sorry if my Art = Crime‹ 46

Gespräch mit Dr. Rainer Hohlfeld
Neukombination genetischen Materials im Reagenzglas 48

Wolfgang Froese
Alfred Herrhausen oder Helmut Kohl? 50

Michael Kleff
"Now let us all begin..." 52

Leonhard Froese
Staatsbürger und Staatsdiener 53

Christian Walther
Nach Wien, des Wahlkampfs wegen 55

Realsatiren
Von Niklas Pronsfeld 58

Bericht an die Ferngebliebenen

VII. Ordentlicher Bundesparteitag 12./13. April 1986 in Osnabrück

Die ungehemmte Entwicklung zum autoritären Staat ist eröffnet, weil es kein liberales Gewissen in der heutigen Politik gibt, war der Kernsatz aus dem Bericht, den LD-Vorsitzender Ralf Bartz auf dem VII. Bundesparteitag am 12./13. April 1986 in Osnabrück gab. In scheinbarer Resignation fügte er hinzu: „Ich wünsche mir schon die aufgeklärten Monarchen zurück."

Was besorgt mache, sei der fehlende Widerstand. Die Kritik gelte dem linken Lager. Was aufrege, sei das dumpfe Leiden der Linken, sei ihre Unsicherheit, sei die Flucht in Romantik und Mythologie. Der gegenwärtigen Politik der Bundesrepublik mangele es an einer Gruppe, die den Wertmaßstab der Menschenwürde nie vergäße.

Wenn dieser Befund aber richtig ist, warum seien dann die Liberalen, die diese Sorgen teilten, so erfolglos, fragte Ralf Bartz und leitete damit über zu einer Analyse des inneren Zustandes der Liberalen Demokraten, die von zahlreichen Rednern in der dann folgenden Aussprache aufgegriffen wurde. Im Vordergrund stand dabei, ob die Liberalen Demokraten als Partei oder als Verband weiterarbeiten sollen und die Frage nach der Motivation – die von Ulrich Krüger angesprochen wurde.

Für Ralf Bartz lassen sich die bisherigen Mißerfolge mit den Unterschieden erklären, die zum einen bei den Gründungsmitgliedern, aber auch in den Temperamenten, in der Ungeduld und schließlich in den Interessen der Mitglieder vorliegen. Zum anderen würden jedoch auch Diskussionen über mögliche, in der Vergangenheit liegende Chancen die für eine Aufbaustrategie notwendigen freien Gedanken behindern. Endlich sei aus früheren Tagen das Spiel „die da oben, wir da unten" so verinnerlicht, obwohl es in der LD überhaupt keinen Sinn mache. „Das Grundverständnis, daß eine Partei nur so gut ist, wie die einzelnen Parteimitglieder sich selbst mit ihrem Verstand, ihrem Herzen und ihren Händen einbringen ist relativ selten", fügte er hinzu.

Es müßten zuerst einmal die eigenen Verhaltensweisen überprüft werden. William Borm nenne Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit nicht ohne Grund in einem Atemzug. Der Aufbau einer liberalen Partei erfordere, daß sich alle in Disziplin und Zuverlässigkeit auch wechselseitig aufeinander verlassen könnten. Zwar hätten die Liberalen einen fatalen Hang zur Anarchie, doch habe auch die Solidarität eine liberale Wurzel. Neben allen kritischen Bemerkungen sei aber auch hervorzuheben, wie sehr die Liberalen Demokraten in Nord und Süd als Freundeskreise zu erfahren sind.

Mit dem Blick auf die dem Parteitag vorliegenden Anträge für Satzungsänderungen, die im weiteren Verlauf beschlossen wurden, begründete Ralf Bartz die Notwendigkeit einer neuen, wirkungsvolleren Organisation der Partei. Nur basisdemokratisch zu sein, würde allzu leicht zum Selbstzweck. Die knappen Ressourcen, Arbeitskraft und Geld, sollten möglichst zentral eingesetzt werden, um wirksam zu sein und die Liberalen Demokraten politikfähig zu machen.

Wie der Bericht des Bundesvorsitzenden war auch die sich anschließende Aussprache nicht von sonnigem Optimismus, sondern von einer eher nüchternen Einschätzung der Lage oder – gemäß liberalem Denken – von Aufklärung und Vernunft geprägt.

„Können wir eigentlich guten Gewissens für eine Mitgliedschaft in unserer kleinen Partei werben? Welche Perspektiven können wir neuen Mitgliedern eröffnen?" waren drängende Fragen aus dem Kreis der – zum letzten Mal – Delegierten.

Die Antworten hierauf waren unterschiedlich. Während einige meinten, man müsse zur Ehrlichkeit mit sich selbst zurückfinden, erklärten andere, daß gerade die Notwendigkeit einer als richtig erkannten liberalen Politik es erfordere, nicht aufzugeben. Sonst würde man sich dem Vorwurf aussetzen, historisch versagt zu haben. Wer jetzt der Partei beiträte, hätte die Chance, ihre Aussagen in einem sehr starken Maße mitzugestalten. Diese Forderungen liberaler Politik aber heute aufzustellen – und zwar unbeeinflußt von jedem Machtkalkül und taktischen Erwägungen – sei die gegenwärtige, von den Liberalen Demokraten zu leistende Aufgabe. Die Themenkomplexe „Arbeit für alle" und „Die Demokratie erneuern" seien Beispiele dafür, wie sie erfüllt würde.

Es wurden aber auch Zweifel angemeldet, ob diese Arbeitsform für die LD im kommenden Jahr angemessen ist, in dem vielfältige Wahlen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene anstehen. Jeder wisse um die politisierende Kraft, die von solchen Wahlauseinandersetzungen ausgehe. Auf Vorschlag des Bundesvorstandes wolle man sich zwar nicht auf diesem Parteitag mit der Frage beschäftigen, wie sich die LD in die kommende Bundestagswahl einbringen könnten. Hierzu müßten zunächst einmal die niedersächsischen Erfahrungen mit einer Wählerinitiative und der Veranstaltung von Foren abgewartet werden. Herausstellen ließe sich jedoch schon heute, daß die Partei sicherlich keine Kandidaten aufstellen würde, sondern sich in anderer Form einbringen müßte. Hierüber müßte ein außerordentlicher Parteitag noch im Juni, nach dem niedersächsischen Wahltag entscheiden.

Wolle man über die nächste Bundestagswahl hinaus zusammenbleiben, so müsse man die Chance haben, in Verbindung mit ihr einen politischen Erfolg an seine Fahnen heften zu können, um so zu einem Erfolgserlebnis zu kommen. Dies könnte bedeuten, sich für eine eigene und unverwechselbare Forderung und einen Partner zu entscheiden, mit dessen Hilfe sie sinnvoll durchgesetzt werden könnte. Was die LD einbringen könnte, wäre die Tatsache ihres fortgesetzten Bestehens und des daraus abgeleiteten Anspruchs, für die versprengten Linksliberalen in der Bundesrepublik zu sprechen.

Die bisher bewiesene Standfestigkeit sei aber zugleich die beste Gewähr dafür, daß die Linksliberalen als Einheit den Wahltag bestehen und ihre Arbeit als „Partei im Aufbau" fortsetzen würden. Die Tatsache ihrer fortwährenden Existenz sei zugleich ihr politisches „Pfund, mit dem sie wuchern sollten".

Hanno Jochimsen ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Liberalen Demokraten.

Niedersachsens Jungdemokraten rufen zur Wahl der GRÜNEN auf

Auf ihrer Landesversammlung in Hannover haben die niedersächsischen Jungdemokraten Mitte Februar für die Landtagswahlen am 15. Juni zur Wahl der Grünen aufgerufen.

In einer einstimmig beschlossenen Erklärung stellten sie fest, daß bei aller Kritik am derzeitigen parlamentarischen System die Grünen am besten geeignet seien, in Niedersachsen Sprachrohr für die Interessen der Jugend im Parlament zu sein. Mitbeschlossen wurde auch eine Reihe von inhaltlichen Forderungen und Erwartungen für die Landespolitik als inhaltliche Voraussetzung für eine solche Unterstützung.

Für Wahlkampfgags zu schade

Ein Gespräch mit dem niedersächsischen Spitzenkandidaten der SPD Gerhard Schröder

Id: Gerhard Schröder ist am 07. Mai in Braunschweig im Rahmen einer liberalen Wählerinitiative aufgetreten. Von dieser liberalen Wählerinitiative werden noch weitere vier Veranstaltungen durchgeführt.
Was hat das für einen Stellenwert im sozialdemokratischen Wahlkampf?
Schröder: Liberale, die sich im jetzigen Landtagswahlkampf in Niedersachsen und in einem halben Jahr im Bundetagswahlkampf für die SPD engagieren, haben eine wichtige Entscheidung getroffen. Sie treten ein für (ehemalige) Prinzipien einer Partei, die sie selbst nicht mehr wählen können, weil diese Partei sich kompromittiert hat: Mit einem CSU-Innenminister Zimmermann in Bonn und einem devoten Koalitionsangebot in Hannover, an eine „Albrecht-Regierung", zu deren politischem Arsenal fingierte Bombenanschläge und die Anwerbung von Schwerstkriminellen als V-Männern gehört.
Der Widerstand der Sozialdemokraten gegen die „Bonner Sicherheitsgesetze" wird möglicherweise dazu führen – wenn auch aus opportunistischen Gründen –, daß dieses Gesetzespaket vor den Bundestagswahlen nicht mehr verabschiedet wird. Auch dieses Thema wird liberalen Demokraten eine Wahlentscheidung für die SPD in Hannover und Bonn erleichtern.
Id: Es besteht die Möglichkeit, daß die Veranstaltungsergebnisse so positiv sind, daß das z.B. auch im Bundestagswahlkampf eine Rolle spielen könnte.
Können Sie das aus Ihrer Sicht nach dem gegenwärtigen Stand schon sagen?
Schröder: Nein, natürlich nicht. Die Stimmen werden am 15. Juni um 18.00 Uhr gezählt. Positiv feststellen kann ich jedoch ein großes Maß von Zustimmung zu meinen politischen Vorstellungen gerade aus liberalen, radikal-demokratischen Kreisen, etwa bei Fragen der inneren Sicherheit, bei Fragen des Datenschutzes und bei dem Radikalenerlaß. Die Vielzahl der Briefe, die ich täglich zu diesen Themenbereichen erhalte, bestärken mich in dieser Überzeugung. Und da die meisten dieser Themen eng mit bundespolitischen Entscheidungen verbunden sind, bin ich sicher, daß Veranstaltungen der liberalen Wählerinitiative auch im Bundestagswahlkampf eine gute Resonanz haben.
Id: Nach der Wende haben Linksliberale mit Sozialdemokraten unterschiedliche Erfahrungen gemacht.
Die Köpfe wurden gekauft (Verheugen, Meier-Matthäus, von Schöler) und um den Rest hat man sich eigentlich wenig gekümmert. Ausnahme sozialliberaler Gesprächskreis.
Ist mit der Wählerinitiative ein Umdenken bei den Sozialdemokraten denkbar?
Schröder: Wer sich mit dem Godesberger Programm oder – wie der große Sozialdemokrat Waldemar von Knöringen einmal sagte: „mit 51 % des Programms" – identifizieren kann, ist in der sozialdemokratischen Partei willkommen. Aus der Enttäuschung über eine andere Partei, in diesem Fall über die konservative Wende der F.D.P., ein grundsätzliches „Umdenken der SPD" zu verlangen, scheint mir der falsche Ansatz.
Die Formulierung, daß „Köpfe gekauft" wurden, weise ich entschieden zurück. Ich bitte die Fragesteller der Fairness halber darum, den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Günter Verheugen, Ingrid Matthäus-Meier und Andreas von Schöler selbst zu ihrem Parteiwechsel das Wort zu geben.
Id: Aus welchen Gründen sollen Sozialliberale/Radikaldemokraten Gerhard Schröder, SPD in Niedersachsen wählen?
Schröder: Weil die SPD in Niedersachsen unter einem Ministerpräsidenten Gerhard Schröder steht für
- die Abschaffung der Regelanfrage bei Einstellungen im öffentlichen Dienst,
- die Ablehnung des maschinenlesbaren Personalausweises,
- die Ablehnung der Sicherheitsgesetze im Bundesrat,
- eine Verbesserung der Rechtspflege in Niedersachsen, erleicherter Zugang zu den Gerichten und eine Kriminalpolitik, die stärker die Resozialisierung als die Strafe im Auge hat,
- die Verbesserung der Gleichstellung von Frauen. Dokumentiert wird dies durch ein Ministerium, das künftig für Frauenfragen zuständig sein wird.
- das Prinzip: „So wenig Staat wie möglich für den einzelnen Bürger – soviel wie nötig, um die Mächtigen zu kontrollieren und eine soziale und freiheitliche Gesellschaft zu schaffen.

Id: Aussichten auf eine absolute Mehrheit sind aus realistischer Sicht wohl nicht gegeben. Die Zusammenarbeit mit einer anderen Parlamentspartei wird in Niedersachsen voraussichtlich notwendig. Ist für Gerhard Schröder ein Bündnis mit einer anderen Partei als den Grünen überhaupt vorstellbar?

Schröder: Wahlprognosen sind eine Sache, Wahlergebnisse eine andere. Das haben die letzten Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen deutlich gezeigt. Nur wenige haben geglaubt, daß Oskar Lafontaine und Johannes Rau allein regieren könnten.

Ich trete in Niedersachsen nicht für eine Koalitionsregierung an und auch nicht als Spitzenkandidat einer Koalitionspartei. Sozialdemokraten kämpfen um jede Stimme für ihre Partei und kämpfen für die Möglichkeit, eine „Mehrheit für die Mehrheit" zu bilden: Für die Arbeitnehmer, für die kleinen Selbständigen und Landwirte, für die Jugendlichen, für die Frauen, für die Rentner und die sozial Schwachen. Ich will es einmal marxistisch ausdrücken: Würde sich die Interessenlage dieser Bevölkerungsgruppen direkt in's Wahlverhalten ummünzen, so läge die SPD bei weit über 60 Prozent.

Natürlich ist die SPD in der Vergangenheit Bündnisse mit anderen Parteien eingegangen: Die große Koalition 1966 mit der CDU, die ich – insbesondere wegen der Notstandsgesetze – kritisiert habe, die Koalition mit der FDP 1969, die ich befürwortet habe, weil sie Willy Brandts Entspannungspolitik mit dem Osten ermöglicht hat.
Ich sehe mich jedoch nach den Mehrheitsbeschlüssen des GRÜNEN-Parteitags von Hannover in meiner Auffassung bestätigt, daß eine Zusammenarbeit mit diesen Wortführern der GRÜNEN nicht möglich ist. Jeder Bürger, der eine vernünftige Politik auch in Sachen Kernenergie will, muß die SPD wählen. Hierfür gibt es nach dem Bundesparteitag der GRÜNEN etliche Gründe mehr.

ld: Gerhard Schröder hat gesagt, er ließe sich mit den Stimmen der Grünen zum Ministerpräsidenten wählen, das Dilemma beginnt aber erst anschließend. Will sich Gerhard Schröder im Zweifelsfalle eine Parlamentsmehrheit quer durch das Parlament suchen?

Schröder: Jeder Mandatsträger, der nach den Wahlen am 15. Juni Gerhard Schröder zum neuen Ministerpräsidenten wählen will, ist dazu herzlich eingeladen. Dies gilt ausdrücklich auch für CDU und FDP.
Die nächste wichtige Etappe wird dann die Vorlage des Haushalts 1987 sein mit der politischen Weichenstellung für unser Programm „Arbeit und Umwelt". Und es wird dann für die Bevölkerung vielleicht interessant sein zu wissen, wer ein solches Zukunftsprogramm der Vernunft im Landtag ablehnt, als zu kritisieren, wer ihm zustimmt.

ld: Die Wahl in Niedersachsen ist ja auch nach sozialdemokratischer Einschätzung eine wichtige Zwischenetappe zur Wiedergewinnung der politischen Macht in Bonn. Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Rau hat erklärt, für ihn käme eine Zusammenarbeit mit den Grünen nicht in Frage. Gerhard Schröder hat sich dem bisher untergeordnet. Wir möchten gerne die unüberbrückbaren politischen Gegensätze, die eine Zusammenarbeit zwischen Grünen und Sozialdemokraten verhindern, wissen.

Schröder: Ich komme nochmals zurück auf den Bundesparteitag der GRÜNEN vom Pfingstwochenende in Hannover mit der Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Atomenergie ohne Wenn und Aber. Sozialdemokraten treten dafür ein, vernünftig und mit klarem Kopf den Ausstieg aus der Kernenergie zu planen. Ich habe diese Position auch in der Vergangenheit (damals in der Minderheit) in meiner Partei immer vertreten. Der erste und wichtigste Schritt nach dem Amtsantritt des Ministerpräsidenten Gerhard Schröder wird eine gemeinsame Initiative der SPD-regierten Länder im Deutschen Bundesrat zur Änderung des Atomgesetzes sein. Damit soll der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft ausgeschlossen werden, anstelle der risikoreichen und unwirtschaftlichen Wiederaufbereitung eine direkte Endlagerung vorgeschrieben werden und die finanzielle Privilegierung der Kernenergie gestrichen werden. Alternative Energiequellen müssen verstärkt gefördert und unterstützt werden.

ld: Ein Ministerpräsident Gerhard Schröder in Niedersachsen vorausgesetzt, verändert die politischen Gewichte innerhalb der SPD. Gerhard Schröder steht Oskar Lafontaine näher als Johannes Rau. Bedeutet das nicht auch gleichzeitig, daß über die sozialdemokratische Marschrichtung nach der Bundestagswahl 1987 noch nicht das letzte Wort entschieden worden ist.

Schröder: Ich stimme dieser Auffassung zu. Eine Partei, die angesichts veränderter politischer, zum Teil weltpolitischer Konstellationen nicht imstande ist, neue Gedanken aufzunehmen und möglicherweise frühere Minderheitspositionen nach vorn zu stellen, würde verkalken und aufhören, Wortführer oder auch Meinungsführer einer humanen gesellschaftlichen Entwicklung zu sein. Diesen Prozeß wird der SPD-Parteitag in Nürnberg mit Johannes Rau im Mittelpunkt, aber auch der Programmparteitag der SPD 1987 wesentlich voranbringen.

ld: Wir haben eingangs über die liberale Wählerinitiative gesprochen. War das jetzt nur ein netter Wahlkampfgag für Niedersachsen, oder muß man nach der Wahl auch im Gespräch bleiben, um in den folgenden 4 Jahren der Legislaturperiode linksliberale/radikaldemokratische Zeichen zu setzen?

Schröder: Selbstverständlich bleibe ich nach der Wahl genauso gesprächsbereit wie vorher. Für „Wahlkampf-Gags" ist mir selbst im Wahlkampf meine Zeit und Kraft zu schade.

LIBERALE GEGEN ALBRECHT
Aufruf der Liberalen Wählerinitiative e. V.

Wir sind Radikal-Demokraten liberaler Gesinnung und rufen auf, die Landtagswahl in Niedersachsen und ihre Folgen ernst zu nehmen. Insbesondere sind die Chancen zu nutzen, über eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat die Tendenz des zunehmenden Sozialabbaus, der Minderung von Arbeitnehmerrechten und der Entdemokratisierung der Gesellschaft zu stoppen und umzukehren.

Zur Verwirklichung einer demokratischen Kultur fordern wir:
Die Gesellschaftsordnung darf nicht gegen Bürger und einzelne Gruppen eingestellt sein. Eine moderne Dienstleistungsverwaltung anstelle der Obrigkeitsbürokratie erfordert ein Höchstmaß an informeller Selbstbestimmung (Datenschutz) und durchschaubare Strukturen, die „gläserne" Verwaltung. Darüber hinaus müssen alle Kandidaten und Gruppen bei Wahlen und Mandatsausübung gleiche Chancen und Rechte haben. Das Wahlrecht, die Kommunalverfassung und die Wahlkampfkostenerstattung sind entsprechend zu ändern, das einzelne Ratsmitglied muß volles Antragsrecht erhalten, eine weitestgehende Öffentlichkeit der Ausschußsitzungen ist sicherzustellen. Ausländern ist das kommunale Wahlrecht einzuräumen.
Staatsorgane dürfen nicht benutzt werden, um Bürger zu kontrollieren und zu reglementieren. Nicht „soviel Sicherheit wie möglich", sondern „soviel Freiheit wie möglich" soll Grundsatz sein. Auf dieser Grundlage ist das Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) zu novellieren und eine strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten herzustellen. Durch Nichteinführung der Lesegeräte muß in Niedersachsen die Ablehnung der „Sicherheitsgesetze" durch eine neue Landesregierung dokumentiert werden. Die Regelanfrage bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst ist abzuschaffen und die Opfer von Berufsverboten sind wieder einzustellen.
Allen Beteuerungen der Parteien zum Trotz sind Mädchen und Frauen in Schule, Beruf und Politik noch immer diskriminiert und durch Doppelbelastung von Beruf und Haushalt benachteiligt. Aufgabe des Staates muß es daher sein, Voraussetzungen zu schaffen, die auch Frauen eine qualifizierte Ausbildung, berufliches Fortkommen und politischen Einfluß ermöglichen. Im Land und in den Kommunen sind Gleichstellungsstellen einzurichten und mit entsprechenden Rechten auszustatten. Beim Öffentlichen Dienst als Arbeitgeber sind bei Einstellungen und Beförderungen Frauen entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten zu berücksichtigen.
Der Einsatz der eigenen Arbeitskraft und das damit verbundene Einkommen sind wesentliche Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Arbeitslosengeld und Sozialhilfe können nur ein befristeter und unzureichender Ersatz sein. Vorrangige Aufgabe einer humanen Gesellschaft muß daher die Beschaffung von Arbeit für alle Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen sein. Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und deren gerechte Verteilung müssen Vorrang vor Gewinnsteigerung für wenige erhalten.
Voraussetzung, einen Teil dieser Vorstellungen durchsetzen zu können und weitere Verschlechterungen abzuwenden, ist die Ablösung der Regierung Albrecht, die Verhinderung einer CDU-geführten Regierung in Niedersachsen und die damit verbundene Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat.
Dieses Ziel zu unterstützen rufen wir Sie auf.

Almuth Fischer (Vorsitzende der Wählerinitiative, Lehrte); Ralf Bartz (Bundesvorsitzender der Liberalen Demokraten, Bochum); Dr. William Borm (Bonn); Prof. Dr. Ingeborg Drewitz (Berlin); Axel Eggebrecht (Hamburg); Prof. Dr. Ulrich Klug (Köln); Wolfgang Latendorf (Landesvorsitzender der Liberalen Demokraten, Wilhelmshaven); Prof. Dr. Theo Schiller (Marburg); Prof. Dr. Dorothee Sölle (Hamburg) u.a.

Die Klatsch-Kolumne

von Christian Walther

Ehrung

Ossip K. (Kurt) Flechtheim (77) erhält den Fritz-Bauer-Preis der Humanistischen Union. Der in Rußland geborene Politikwissenschaftler lebt seit 1951 in Berlin. 1932 verließ der Marxismus-Kenner die KPD, zwangzig Jahre später trat er der SPD bei. Doch auch dies blieb Zwischenspiel. 1962 war er wieder draußen, in ihren linklieberalsten Zeiten fand sogar die FDP seine Unterstützung, doch das ist vorbei. Seit Jahren zählt der emeritierte Professor des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin zu den zuverlässigen Unterstützern der Partei seiner Studenten, der Alternativen Liste.
Auf die Frage nach der am meisten bewunderten militärischen Leistung schrieb er einmal der Zeitung mit dem klugen Kopf in's Magazin: „Fahnenflucht". Und als die meist verachteten geschichtlichen Gestalten benannte er bei gleicher Gelegenheit Hitler, Mussolini, Stalin.
Daß Flechtheim in der Humanistischen Union wie auch in der Liga für Menschenrechte verwurzelt ist, liegt nah. Doch den Fritz-Bauer-Preis erhält man nicht für lange Mitgliedschaft. Es ist weit mehr, was da zu ehren ist.

Wiedersehen

Damals, Ende der 60er Jahre, hatten sie gemeinsam im Kreisvorstand Pinneberg von Jungdemokraten und FPD gesessen. Und so um 70/71 hatten die bieden sogar ein Jahr lang zusammen in einer Wohnung in Wedel gewohnt. Doch dann trennten sich die Wege. **Werner Thies,** heute 34 Jahre alt, ging nach Berlin, wurde Journalist und ist heute – jedenfalls laut Arbeitsvertrag – Chef vom Dienst bei regionalen Fernsehmagizin Berliner Abendschau. Aus der aktiven Politik ist er längst ausgestiegen – aus beruflichen Gründen. Der Austritt aus der FDP war dann allerdings eher politisch motiviert.
Der andere, **Martin Schumacher** (40), blieb. Nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch in der FDP. Seinen Job als Fraktionsgeschäftsführer der Partei im Kieler Landtag ist er los – weil es keine Fraktion mehr gibt. Zunächst arbeitete der Vater einer Tochter für denn NDR und dpa aus seinem Büro in Noderstedt, inzwischen aber ist auch er Fernsehmacher beim NDR-Regionalfernsehen in Kiel. Anlaß des Wiedersehens nach 15 Jahren: der Regionalfilm-Wettbewerb von Radio Bremen. Werner Thies, Id-Redakteur und Abenschau-Reporter Christian Walther sowie ihre Kollegin Susanne Opalka hatten gemeinsam einen Preis für eine Halbstundenreportage aus Stuttgart erhalten.

Aufstieg

Angefangen hatte es mit dem Abstieg des Berliner Senats in den Sumpf von Korruptionsverdacht und Spendenmachenschaften. dann kam es zum mehr oder minder freiwilligen Rücktritt von drei Senatoren. Franke und Lummer von der CDU sowie Horst Vetter von der FDP. Sein Rücktritt hatte viele Gründe. Fachliche Kompetenz für sein Ressort Stadtentwicklung mit Umweltschutz hatten ihm nie sonderlich große Kreise der Öffentlichkeit attestiert. Dann hatte auch er vom Baulöwen Kurt Franke 10.000 Mark angenommen. Im Umschlag nach einem Abendessen. Erst zuhause habe er nachgesehen und sich erschrocken, sagte er später. Erschrocken, fragte ein Abgeordneter, weil es so wenig war? Vetter schickte das Geld trotz Finanznot seiner Berliner Parteifreunde an die Bundespartei, denn da war wohl noch eine Rechnung offen, eine Rechnung aus der Zeit, als mit hohem finanziellen Aufwand neue Mitglieder zur Wende der Berliner FDP geworben wurden. Und außerdem waren es wohl Proporzgründe, die auch der FDP ein Senatorenopfer abvelangten. Vetter also war weg vom Fenster? vielleicht wird er da recyclet: vom Umweltminister zum Bundestagsabgeordneten. Wer aber sollte Nachfolger werden? viele Namen machten die Runde. Nur kommen mochte niemand. Die Personaldecke der FDP erwies sich wieder einmal als reichlich kurz. Nachdem der saarländische Umweltexperte Paul Müller abgesagt hatte, griff die Partei nach außen: der frühere Präsident der Technischen Universität, der letztes Jahr durch einen Rechteren ersetzt wurde, der 48-jährige Chemiker, der den Bereich technischen Umweltschutz an der TU etablierte – freundliche Vermittler zwischen Hochschulen – der und Wirtschaft, dem der Aufbau der Berliner Innovations- und Gründerzentrums zugerechnet wird, kurz Professor Jürgen Sternick wurde von der FDP nominiert und schließlich auch vom Agbeordnetenhaus gewählt. Ob sich der Senator jetzt mit dem Gedanken trägt, in die Partei einzutreten, die ihn erwählte, ist nicht bekannt.

Zeit

Frauen kommen langsam, aber gewaltig, singt Ina Deter, und sie hat recht. In Köln kommen sie nun auch staatsgewaltig und das nicht nur als Politessen, sondern als Polizeivizepräsidentin. Das – so entnehme ich der ZEIT – ist der jüngste Karriereschritt von Barbara Krebs-Bludau, einer durch Hildegard Hamm-Brücher in der FDP gehaltenen Liberalen. Die Juristin leitet künftig den Verwaltungsbereich der Kölner Polizei. Ihre Berufung geht einher mit der Benennung von zwei weiteren Frauen in staatliche Schlüsselpositionen durch Johannes Rau: sich selbst hat er eine parlamentarische Staatssekretärin an die Seite gestellt, und eine zweite Staatssekretärin wurde in die Landesvertretung NRW in Bonn berufen. Die beiden letztgenannten dürften wohl der SPD angehören. Krebs-Bludau war früher beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf sowie im Innenministerium in NRW tätig, zuletzt hat sie an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung gelehrt. Zugleich ist sie Vorsitzende der Bundeskommission für Gleichberechtigung und Familienglück ihrer Partei.
Daß durch die Berufung einer Frau zur Polizeivizepräsidentin von Köln im Verhältnis zwischen Staat und Bürger eine zärtliche Grundstimmung eintritt, ist nicht zu erwarten. Zeit wurde es dennoch.

Vorlauf

Was macht eigentlich Werner Lutz, der frühere Bundesvorsitzende der Jungdemokraten? Aus der politischen Szene ist er offenbar abgetaucht, und in Niedersachsen ist er auch nicht mehr zuhause. Ein Anruf schafft Klarheit. Der 36-jährige mit den vielen Diplomen (Volkswirt, Politologe, Gartenbauingenieur) hat seine Hannoveraner Tätigkeit als Dezernent im Wirtschaftsdezernat beim Regierungspräsidium aufgegeben und einen neuen Job angenommen bei der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ). Statt um Energie und Datenschutz kümmert er sich jetzt um das kaufmännische Vertragswesen der in Eschborn beheimateten Entwicklungshilfeorganisation. Ein Aufstieg, sagt Lutz, ist der Job nicht, aber mal was anderes. Anders sind auch die Arbeitsbedingungen. „Maloche" nennt der vom öffentlichen Dienst Verwöhnte das. Zum Nachdenken sei erst nach Dienstschluß Zeit. Da aber schreibt er an seiner Promotion über Preisbildung und -regulierung in der Elektrizitätswirtschaft. Da kann er die in Hannover gewonnenen Prozesse auswerten. Aus den Jungdemokraten ist Lutz – altersbedingt – raus. Die LD hat er Ende '84 – politisch bedingt – verlassen. Zu den Grünen unterhält er lose Kontakte. Ob er sich vorstellen kann, zur grünen Regierungsmannschaft in Niedersachsen zu gehören? „Das ist furchtbar weit weg." Er will nicht beruflich von der Politik abhängig sein. Und so bleibt erstmal die Mitarbeit im AK Energie des BUND Hessen. Ansonsten? Im nächsten Jahr wird geheiratet. Das eine Jahr wird noch geübt. Vier Jahre haben sie schon Vorlauf.

Von Tag zu Tag

Anmerkungen zum Fortschritt und Rückschritt unserer Republik

von Volker Hummel

Tschernobyl

„Freiheit oder Kernenergie" ist die Frage nach jenem GAU, der unser aller Leben nachhaltig veränderte. Plötzlich waren Freiheiten eingeschränkt, die sich zuvor niemand hätte nehmen lasse: Milch trinken, Salat essen, auf der Wiese liegen, im Sandkasten spielen. Nicht nur die Gesundheit hat Schaden genommen, sondern auch die Glaubwürdigkeit von Staat und Politik: Wer, wie die Regierenden, erst sagt "Ist weit weg, macht nichts" und dann einschneidende Maßnahmen anordnet, kann nicht darauf setzen, daß ihm bei anderer Gelgenheit geglaubt wird. Und wer bei einer Katastrophe, die sich eher zufällig in der UdSSR ereignete, einerseits hilflose Helfer präsentiert und dies mit chauvinistischer Überheblichkeit überspielen will, erweist sich als verantwortungslos.

Wackersdorf

Pfingsten in Wackersdorf. Nach Tschernobyl ist der Protest gegen die geplante atomare Wiederaufarbeitunsganlage heftiger denn je. Gewalttäter wittern und nutzen die Chance. Die polizeiliche Reaktion eskaliert, bis hin zum Abwurf von Reizgas aus Hubschraubern über friedliche Demonstranten. Hans Heigert nennt dies in der 'Süddeutschen Zeitung' den „wohl unlverzeihlichsten Fehler der Polizeitaktik" und erinnert an den Job der Polizei: „Ihr Teil bleibt es, vernünftiger und besonnener zu sein als ihre Gegner, mögen sich diese noch so provokativ aufführen."

Unterdrückung

„Ich versichere, daß die Bayrische Staatsregierung den Terror nicht hinnehmen, sondern unterdrücken wird", sagte Franz-Josef Strauß, Bayrischer Ministerpräsident und Vorsitzender der CS-Union, nach den Wackersdorf-Ausschreitungen zur Bild-Zeitung.

Möllemann

Der „liberale" Politiker Möllemann hat nach Wackersdorf wahrhaft „liberale" Vorschläge gemacht, wie „bürgerkriegsähnliche Schlachten" künftig verhindert werden könnten: 1. Einsatz der Anti-Terror-Einheiten des Bundes (GSG 9) und der Länder (Mobile Einsatz-Kommandos) 2. Abriegelung des Demonstrationsortes im Umkreis von 20 km, danach nur noch müdemachender Fußmarsch erlaubt, und 3. Geldprämien an „friedliche" Demonstranten, die gezielte Informationen über Gewalttäter geben.

Mißverständnis

Die Koblenzer Staatsanwaltschaft prüfte und stellte fest: der Vorwurf der uneidlichen Falschaussage gegen Kanzler Kohl läßt sich nicht aufrechterhalten, ein „Mißverständnis" sei es wohl gewesen. Mag sein, aber das hindert Unionspolitiker nicht, weiter von einer „schmutzigen Kampagne" der Grünen zu reden. Keinerlei Respekt vor dem Gericht, das immerhin feststellte, Schily habe in seiner Anzeige keine „unwahren Tatsachen behauptet".

Amtfrau

Rechtzeitig vor der Niedersachsen-Wahl tat der dortige Justizminister Remmers dem Emanzipationsgedanken etwas gutes. Niedersächsische Beamtinnen können künftig zwischen den Bezeichnungen „Amtfrau" und „Amtmännin" wählen. Hintergrund: eine Rechtspflegerin wollte lieber nicht befördert werden, als eine „Amtmännin" zu sein.

Folter

ai-Vorsitzende Brigitte Erler nennt es einen Skandal, daß sich die Bundesregierung seit anderthalb Jahren hartnäckig weigert, die UN-Anti-Folterkonvention zu unterzeichnen. Der Widerstand komme vor allem aus Bayern und richte sich gegen Artikel 3 der Konvention. Danach sollen Abschiebungen und Auslieferungen bei Gefahr von Folter verhindert werden.

Absurd

Die Sache mit den Berufsverboten wird immer absurder. Wegen „aktiver Mitgliedschaft in und für die DKP" ist der Hauptschullehrer Wolfgang Jung aus Kaiserslautern für drei Jahre zu einer Kürzung seines Gehalts auf 85 Prozent verurteilt worden – im Schuldienst darf der ach so gefährliche Mann aber bleiben, vielleicht auch deshalb, weil er in 25 Jahren Lehrtätigkeit „in keiner Weise negativ aufgefallen" war. Und auch das noch: 1984 wollte die Bezirksregierung die an Jung „versehentlich" verliehene Dankesurkunde zurückbekommen.

Spranger

Neuer Schnüffel-Vorwurf gegen Zimmermann Parlamentarischen Staatsekretär Spranger: vom Verfassungsschutz habe er nicht nur Dossiers über Grüne-Abgeordnete fertigen lassen, auch SPD-Politiker fanden seine Aufmerksamkeit, so z.B. der Flick- und Parteispenden-Experte Dieter Spöri. Der Skandal nach dem Skandal: Spranger ließ das Verfassungsschutz-Dossier über die Pressestelle des Innenministeriums an eine kleine Anzahl von Journalisten verteilen. Wer schützt die Verfassung vor solchen Verfassungsschützern?

Celle

Erst jetzt wurde bekannt, daß 1978 nicht Terroristen ein Loch in die Celler Gefängnismauer bombten, sondern der Staat selbst, vertreten durch zwei vom „Verfassungsschutz" angeheuerte Gewaltkriminelle. Die Staatsbombe führte bei allen Verantwortlichen auch acht Jahre danach nur zur üblichen Reaktion: Selbstgerechtigkeit. Allen vernichtenden Kommentaren zum Trotz, fand oder erfand Ministerpräsident Albrecht das umwerfende Argument, dadurch sei ein Menschenleben gerettet worden. Dafür fehlt jeder Schimmer eine Ansatzes eines Beweises.

Berufskleidung

„Einen Skandal" nannte – ausgerechnet – das „Deutsche Komitee für europäische Zusammenarbeit der Kriegsopfer und Kriegsteilnehmer" das Verhalten zweier evangelischer Pfarrer in Bremen, die sich geweigert hatten, einen Feldwebel in Uniform zu trauen. Der Komitee-Vorsitzende, VdK-Präsident Weishäupl: „Die Bundeswehr hat es nicht verdient, sich anpöpeln zu lassen."

Sicherheit

Alles spricht dafür, daß die restlichen „Sicherheitsgesetze" – vor allem das umstrittene ZAG (Zusammenarbeitsgesetz) – in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden. Grund zum Jubeln ist das nicht, denn eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Polizei, Verfassungsschutz und dgl. Institutionen findet allemal statt, wenn nicht mit gesetzlicher Grundlage, dann eben ohne.

Sonnenschein.

Zugegebenermaßen aus politischen Gründen errichtet die Schwarz-Schilling-Firma „Sonnenschein" ihr neues Werk nicht in Hessen, sondern in Bayern. Dort habe man es mit „industriefreundlichen und -erfahrenen Behörden zu tun."

Werbung

Das Berliner Oberverwaltungsgericht hat die politische Werbung auf Taxis verboten. Anlaß war ein handtellergroßer Aufkleber „Menschen gegen Auf-Rüstung e.V. – gemeinnützig." Durch den Ausschluß politischer Aussagen werde sichergestellt, daß Taxis nicht aufgrund der an ihnen angebrachten Texte ausgewählt oder gemieden werden, was für ein störungsfreies Funktionieren des Taxiverkehrs erforderlich sei.

Verdoppelung

Wäre es nach dem Staatsanwalt gegangen, hätte der 36-jährige Schriftsteller Markus Fenner 600 Mark Strafe wegen eines Blokkade-Aufrufe gegen die Pershing-Raketen zahlen müssen. Der Münchner Amtsrichter verdoppelte auf 1.200 Mark, unter anderem mit der Begründung „Versuch der Umfunktionierung des Gerichtssaales in ein politisches Forum". Allgemeiner ausgedrückt: je besser die Verteidigung, desto höher das Strafmaß.

Belästigung

Eine Arbeitnehmerin, die ihren Arbeitsplatz kündigt, weil sie sich anders nicht gegen sexuelle Belästigungen durch Kollegen oder Vorgesetzte wehren kann, bekommt sofort Arbeitslosenunterstützung. Es tritt also keine Sperre ein, wie sie sonst üblich ist. Der Nürnberger Arbeitslosen-Präsident Franke vor dem Deutschen Frauenrat: Der Tatbestand „sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz" sei stets ein „wichtiger" Kündigungsgrund.

Ideenwettbewerb ›Neue Arbeitsplätze – aber wie?‹

Hintergründe, Ergebnisse und Erfahrungen eines Marburger Pilotprojektes

von Jochen Stauder und Hubert Hoffmann*

Der Ideenwettberwerb der Stadt Marburg „Neue Arbeitsplätze – aber wie?" – am 22. April 1985 eingeleitet und am 15. November des gleichen Jahres mit der Verleihung von sieben Preisen im Gesamtwert von 12.000,– DM abgeschlossen – hat in der Region, aber auch weit darüber hinaus, große Beachtung gefunden. Viele Einsendungen und Anfragen aus allen Teilen der Bundesrepublik belegen dies. Von Anfang an war beabsichtigt, die eingereichten Vorschläge der interessierten Öffentlichkeit zugängig zu machen. Die unerwartet große Zahl von Einsendungen macht es jedoch notwendig, die Dokumentation auf eine Auswahl von 44 Ideen zu begrenzen. Für uns ist die Dokumentation der eingereichten Ideen gleichzeitig Gelegenheit, um über die Hintergründe, Ziele, Ergebnisse und die im Rahmen des Ideenwettbewerbs gemachten Erfahrungen zu referieren, zumal der Marburger Wettbewerb manche Stadtverwaltung angeregt hat, sich dieses Prinzip – wenn auch zum Teil für andere Themen – zu eigen zu machen. Eine Dokumentation über Ergebnisse und Erfahrungen des Projektes kann beim Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Marburg bezogen werden.

Hubert Hoffmann (l.) und Jochen Stauder

Idee und Ziel des Ideenwettbewerbs

Arbeitslosigkeit und Kommunen

So lange wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung gesichert erschien, war die wirtschaftspolitische Haltung der Kommunen wenig problematisch; es ging vordringlich darum, durch geeignete Maßnahmen die regionalen Wachstumsengpässe zu beseitigen (z.B. durch den Ausbau der kommunalen Infrastruktur) und über die Förderung von Unternehmensansiedlungen am gesamtwirtschaftlichen Wachstum möglichst optimal teilzunehmen.
Bei konjunkturell bedingter Arbeitslosigkeit ist vor allem der Bund für Gegensteuerungsmaßnahmen zuständig. Die Gemeinden konnten aufgrund der Erfahrungen bis in die 70er Jahre hinein davon ausgehen, daß Arbeitslosigkeit durch eine globale Beschäftigungspolitik binnen kurzer Frist wieder beseitigt würde. Die Frage eines ausreichenden Beschäftigungsniveaus löste sich aus der Sicht der Kommunen also gewissermaßen von selbst. Entsprechend waren auch Gewerbe- und Ansiedlungspolitik als Hauptpfeiler der kommunalen Wirtschaftsförderung unbestritten und ausreichend.
Erst die 80er Jahre haben die Beschäftigungsfrage auch auf kommunaler Ebene aktuell werden lassen:

- Aus fiskalischen Eigeninteressen: Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sind die finanziellen Belastungen für die Kommunen (Sozialhilfe, zunehmender Anteil der reparativen Leistungen im Bereich der Jugendarbeit u.v.a.) sehr stark angestiegen.
- Aus politischen Gründen: Mit den Schwierigkeiten der global-staatlichen Beschäftigungspolitik sind die Gemeinden zunehmend zum Adressaten beschäftigungspolitischer Forderungen geworden.
- Aufgrund gesamtwirtschaftlicher Erwägungen: Für die Bekämpfung struktureller Arbeitslosigkeit (also Arbeitslosigkeit, die nicht durch einen konjunkturellen Nachfrageausfall bedingt ist und nicht ohne weiteres durch ein traditionelles Konjunkturprogramm beseitigt werden kann) lassen sich Argumente aufzeigen, daß auch die Kommunen einen Beitrag für mehr Beschäftigung leisten können.

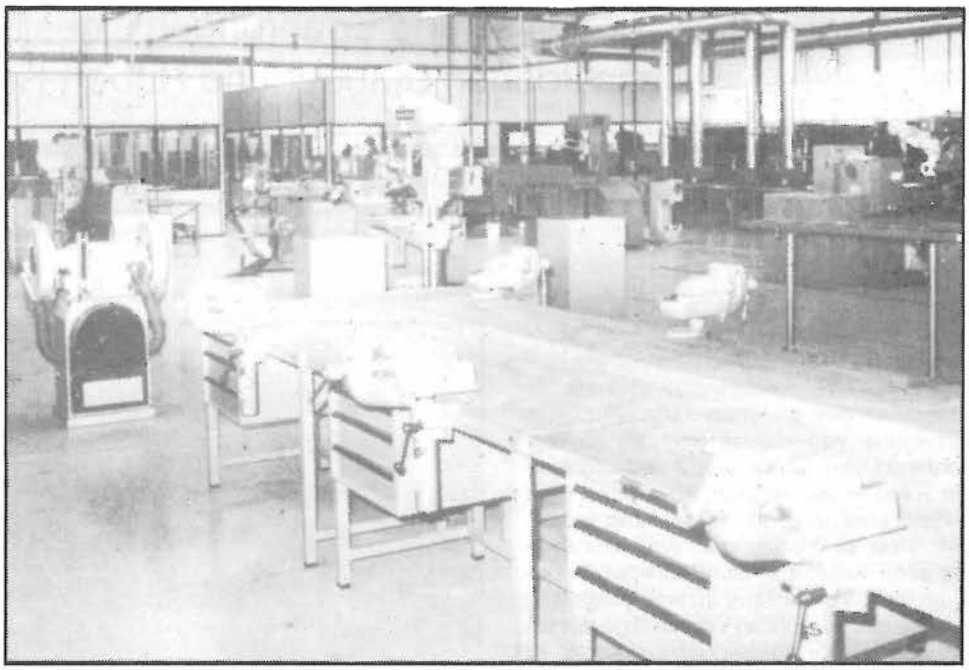
Die klassischen Instrumente der Wirtschaftsförderung (Ansiedlungs- und Gewerbepolitik) sind für die aktuelle Aufgabenstellung allerdings nur sehr bedingt einsetzbar, da sie dem Ziel – Schaffung neuer Arbeitsplätze – nur indirekt und unter großen Effizienzverlusten (Mitnahmeeffekte) dienstbar gemacht werden können. Insbe-

sondere die Kommunen aus strukturschwachen Regionen geraten bei der härter werdenden „Bürgermeisterkonkurrenz" um Unternehmensansiedlungen immer mehr ins Hintertreffen. Sie sind deshalb darauf angewiesen, neue und effiziente Wege für eine kommunale Beschäftigungspolitik zu entdecken, die ihren spezifischen Bedingungen gerecht werden. Freilich existieren für eine Beschäftigungspolitik auf kommunaler Ebene weder theoretische Konzeptionen noch – sieht man von verschütteten Experimenten in der Weimarer Republik einmal ab – praktische Erfahrungen, weil Beschäftigungspolitik erst in allerjüngster Zeit als kommunale Herausforderung entdeckt worden ist. Es kann daher nicht verwundern, wenn die neuen Aktivitäten der Kommunen in diesem Feld zum Teil sehr kontrovers diskutiert und nicht immer den Ansprüchen gerecht werden, die an eine Beschäftigungspolitik zu stellen sind. Ein Beispiel hierfür ist das inzwischen weit verbreitete „Hamburger Modell" (befristete Arbeitsverträge für Sozialhilfeempfänger), bei dem es im Kern darum geht, die Kosten der Arbeitslosigkeit auf einen anderen Träger (Bundesanstalt für Arbeit) weiterzuwälzen.
Unsere Ausgangsthese lautet: Ein dauerhafter Zuwachs an Beschäftigung läßt sich im wesentlichen nur über neue Produkte und neue Bedürfnisse, also über die innovative Ausdifferenzierung des bestehenden Angebotes realisieren. Eine lediglich quantitative Ausweitung des gängigen Marktabgebotes führt mittelfristig nur zur Umlenkung der Nachfrageströme, zum Verdrängungswettbewerb und damit zum Abbau von Beschäftigung an anderen Stellen. Sofern es den Gemeinden gelingt, die Entdekkung neuer Tätigkeitsfelder anzuregen und ihre wirtschaftliche Nutzung zu unterstützen, leisten sie einen Beitrag für den Abbau von Arbeitslosigkeit.

Ideenwettbewerb zur Entdeckung neuer Bedürfnisse und neuer Produkte

Bei der Initiative zum Ideenwettbewerb sind wir von der Überlegung ausgegangen, daß für die Entdeckung neuer Produkte, neuer Bedürfnisse, ungenutzter Ressourcen und regionale Entwicklungschancen nicht nur die Fachleute gefordert sind – schließlich verfügt die Gesamtheit der Bürger über mehr Wissen und Phantasie als wenige Experten. Aus den unterschiedlichsten Lebenszusammenhängen, in denen sich der Einzelne befindet und aus der Nähe zur Praxis ergeben sich Ideen, die bislang nicht beschäftigungswirksam genutzt werden, etwa, weil nicht jeder, der über eine realisierbare Produktidee verfügt, willens oder in der Lage ist, sie wirtschaftlich zu verwerten. Ziel des Ideenwettbewerbs war es also zunächst, über die Erfahrungen und Kompetenz sowie den Einfallsreichtum vieler Laien und Fachleute potentielle neue Tätigkeitsfelder ausfindig zu machen und so zu Produktideen/Angebotsmöglichkeiten zu kommen, die sich derzeit am Markt noch nicht etabliert haben, mit Hilfe eines Anstoßes, z.B. in Form einer finanziellen Anlaufförderung, aber bis zur Marktreife weiterentwikkelt werden können.

Das schien uns insofern ein interessanter Ansatzpunkt zu sein, als im Zuge veränderter Lebensbedingungen und Werte neue Bedürfnisse (und damit neue Arbeitsfelder) entstanden sind, denen aber noch kein entsprechendes Angebot an erwerbsmäßigen Arbeitsmöglichkeiten gegenübersteht. Gründe für dieses Angebotsdefizit können sein:



- Die neuen potentiellen Arbeitsfelder/Produktmöglichkeiten sind zumindest bei denen, die zu einer wirtschaftlichen Umsetzung in der Lage wären, noch unbekannt.
- Der privaten Wirtschaft ist es unter den bestehenden Verhältnissen zu riskant, solche neuen Arbeitsfelder zu erschließen.
- Für Leistungen, die prinzipiell nur von der öffentlichen Hand finanziert werden können: Die neuen Bedürfnisse/Arbeitsfelder werden vom Staat noch nicht als öffentliche Aufgabe gesehen, obwohl es aus der Verpflichtung des Staates zur Daseinsvorsorge heraus notwendig wäre. Z.B. hat es viele Jahre gedauert, bis Umwelt- und Naturschutz als wichtige öffentliche Aufgabe (erst bei Bund und Ländern, in den letzten Jahren auch zunehmend bei den Kommunen) anerkannt worden ist.

Der Text in der Ausschreibung war relativ offen gehalten, um nicht schon von vornherein bestimmte Möglichkeiten auszuschließen: „Es sollen Vorschläge der Bevölkerung gesammelt werden, in welchen Bereichen Aussicht besteht, daß neuartige Arbeitsplätze entstehen können". Wichtige Bedingungen waren lediglich:

- Die vorgeschlagenen Produkte/Leistungen müssen zumindest mit Blick auf die regionale Angebotsstruktur neuartig sein.
- Es sollen in Verbindung mit diesen neuen Produkten/Leistungen Dauerarbeitsplätze entstehen.
- Es müssen Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene vorhanden sein.

Offen war dagegen, wer bzw. welche Institution rechtlicher und finanzieller Träger des neuen Angebots sein sollte.
Grundsätzlich gibt es drei Möglichkeiten:

- Das neue Angebot finanziert sich mittel- und langfristig über den Markt (Marktsektor).
- Das neue Angebot wird in den Katalog öffentlicher Leistungen aufgenommen (Staatssektor).
- Die Kosten der neuen Arbeitsplätze können nur zum Teil über Markterlöse finanziert werden, es ist aber möglich, dauernde Zuschüsse von Dritten (die verschiedenen Ministerien von Bund und Land, die Kommune, sonstige öffentliche, halböffentliche und private Organisationen) zu erhalten (Mischsektor).

Prinzipiell waren Vorschläge zu allen Bereichen gefragt, wobei allerdings die marktfähigen Projekte gerade unter dem Blick einer dauerhaften Finanzierung neuer Arbeitsplätze die interessantesten sein dürften: Die Ausweitung des Staatssektors stößt gerade bei den Kommunen auf enge Grenzen und mischfinanzierte Projekte sind wegen der Notwendigkeit dauerhafter Zuschüsse relativ labil, d.h. können immer wieder in Frage gestellt werden.

Organisation des Wettbewerbs

Um die Seriosität und die hohe gesellschaftliche Akzeptanz dieser Aktion nach außen zu dokumentieren und schon im Ansatz organisatorische und finanzielle Möglichkeiten für die Umsetzung einzelner Vorschläge im Rahmen des Ideenwettbewerbs zu eröffnen, haben wir es für notwendig angesehen, die Unterstützung des Ideenwettbewerbs durch möglichst alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen zu erreichen und nach außen sichtbar zu machen. Zu diesem Zweck sind verschiedene Organe geschaffen und möglichst breit besetzt worden.
Aufgabe des **Repräsentantenkreises** war die gemeinsame Schirmherrschaft prominenter Personen, die das gesamte gesell-

schaftliche Spektrum vertreten, welches mit dem Wettbewerb angesprochen werden sollte.
Hinsichtlich der **Jury** galten im Prinzip die gleichen Maßstäbe wie für den Repräsentantenkreis. Allerdings wurde hier Prominenz weniger wichtig angesehen als Praxisnähe.
Dem wissenschaftlichen **Beirat** gehörten zwei Hochschullehrer vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg an.
Um eine möglichst hohe Beteiligung der Bevölkerung am Ideenwettbewerb zu erreichen, war eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Als fruchtbar hat sich der Weg erwiesen, bestimmte relevante Zielgruppen wie einzelne Wirtschaftszweige, die Universität, Schulen, die Stadtverwaltung u.a. gesondert anzusprechen.
Weiterhin sind auf unsere Initiative hin drei Arbeitsgruppen oder Gesprächskreise entstanden (eine an der Volkshochschule Stadt Marburg, eine studentische Gruppe am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, eine interdisziplinäre Runde von Wissenschaftlern der Philipps-Universität), die sich über einen längeren Zeitraum in der Regel einmal wöchentlich zusammengefunden haben, um in einem gemeinsamen Brainstorming neue Arbeitsplatzideen zu entdecken und konzeptionelle Vorstellungen für die Umsetzung zu entwickeln. Ein Großteil der eingereichten Vorschläge (über 30 %) sind in diesen drei Arbeitsgruppen entstanden.

Ergebnisse und Erfahrungen

Die Resonanz des Ideenwettbewerbs in der Bevölkerung war überraschend groß; 200 Vorschläge sind während der rund ½jährigen Laufzeit des Wettbewerbes beim Amt für Wirtschaftsförderung eingegangen. Qualität und Umfang der Vorschläge war sehr unterschiedlich. Sie reichen von sehr umfangreichen und detailliert ausgearbeiteten Konzepten bis hin zu Vorschlägen, die mit wenigen Worten auskommen. Überdurchschnittlich viele Einsendungen gab es zu folgenden Bereichen:
- Umwelt (Energie, Abfallverwertung),
- Soziales, Altenarbeit,
- Staatliche Beratungsleistungen,
- Kultur und Sport,
- Stadtsanierung,
- Bildung und Ausbildung,
- Erfindungen.

Die Prämierung der eingereichten Ideen erfolgte in Anlehnung an Kriterien, die sowohl in einer Schrift zur Konzeption des Wettbewerbes als auch in der Teilnehmerunterlage niedergelegt worden waren.
Gemessen an dem eigentlichen Ziel des Ideenwettbewerbs, neue Produktideen und Bedarfsfelder herauszufiltern, welche die Basis für die Schaffung neuer Arbeitsplätze abgeben könnten, hat der Wettbewerb weitestgehend seine Entdeckungsfunktion erfüllt. Viele Ideen sind erst durch den Wettbewerb entstanden oder zumindest öffentlich gemacht worden. In den vom veranstaltenden Amt initiierten und betreuten Arbeitsgruppen haben sich kreative Arbeitsergebnisse quasi selbstlaufend eingestellt. Der für Arbeitsgruppen angefertigte Leitfaden dürfte den Einstieg erleichtert haben, hat aber gemessen am Verlauf der Gruppensitzungen, eine mehr oder minder untergeordnete Rolle gespielt.
Wenig Resonanz hat der Wettbewerb in den Schulen gefunden. Dies läßt sich nicht nur an der Zahl der beim Veranstalter eingereichten Vorschläge ablesen. Auch Sitzungen der Lehrerfortbildung zum Wettbewerbsthema waren schlecht besucht. Dagegen war die vom Veranstalter eigens zum Thema Arbeitslosigkeit zusammengestellte Lehreinheit begehrt. Wir schließen daraus, daß zwar das Thema für die Schularbeit von Interesse war, eine Teilnahme am Wettbewerb aber deshalb erschwert wurde, weil eine Aufnahme des Themas in das laufende Unterrichtsprogramm kurzfristig nicht zu disponieren war.

Insgesamt hat der Ideenwettbewerb nicht kausal zu neuen Arbeitsplätzen geführt, jedoch mittelbar weitere Voraussetzungen hierfür geschaffen bzw. die Umsetzung verschiedener Projektvorschläge begünstigt. Weitere positive Ergebnisse des Ideenwettbewerbs sehen wir in folgenden Punkten:

- Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit Innovatoren und Unternehmensgründern hat sich verstärkt. Knapp 6 Monate nach Ablauf der Maßnahme registriert das Amt für Wirtschaftsförderung überdurchschnittlich viele Anfragen innovativer Existenzgründer, insbesondere aus dem technischen Bereich.
- Die Beziehungen zur ortsansässigen Universität haben sich weiter verbessert. Über die Wahrnehmung eines Lehrauftrages konnte das Thema kommunale Beschäftigungspolitik in die Universität getragen, dort bearbeitet und weiterentwickelt werden.
- Technische Fragestellungen bei der Beurteilung der Marktchancen potentieller Unternehmensgründer wurden auf der Basis der im Wettbewerb geschaffenen Kontakte bereitwillig und unbürokratisch von Mitarbeitern der Universität behandelt.
- Der Wissenstransfer zwischen Universität und Stadt hat sich auch dahingehend verstärkt, als einzelne Projektideen im Rahmen von Seminarthemen weiterbehandelt und v.a. einer Wirtschaftlichkeitsanalyse unterzogen werden konnten.
  Dies hat einerseits die „Kapazität" des Amtes für Wirtschaftsförderung erweitert, andererseits haben Universität und Studenten die damit verbundene praktische Tätigkeit und das Vertiefen der Probleme „vor Ort" als weiterbringend erfahren.
- Die große öffentliche Aufmerksamkeit des Wettbewerbes hat die Umsetzungsmöglichkeit einzelner Projektideen um einiges erweitert. So hat er nicht nur dazu geführt, daß öffentliche Mittel für die projektgebundene Prüfung und Umsetzung zur Verfügung gestellt wurden. Er hat auch bewirkt, daß die projektbezogene Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und verschiedenen Stellen der öffentlichen Hand neu aktiviert bzw. ermöglicht worden ist.

Die möglicherweise entscheidenste mittelbare Wirkung des Wettbewerbs dürfte darin liegen, daß Überlegungen entstanden sind, wie auf kommunaler Ebene die Ergebnisse des Wettbewerbes umgesetzt werden könnten. Im Kern ging es also um die Frage, welche Chancen auf kommunaler Ebene für eine Beschäftigungspolitik bestehen und welcher Weg auch unter Anlegung gesamtwirtschaftlicher Kriterien und aufgrund begrenzter ökonomischer Möglichkeiten der erfolgversprechendste ist.
Wir haben gleichlaufend mit dem Wettbewerb hierüber nachgedacht und uns für die Aktivierung einer differenzierten örtlichen Angebotspolitik mittels Existenzgründungen entschieden. Die darauf abzielende Konzeption wird Mitte des Jahres 1986 auf Kreisebene umgesetzt werden können. Kreis- und Stadtparlament haben im April 1986 die entsprechenden Beschlüsse gefaßt. Das Land Hessen hat sich bereiterklärt, die Marburger Initiative zur Beschäftigungspolitik modellhaft und institutionell zu fördern.

**Jochen Stauder ist Wirtschaftsförderungsreferent der Stadt Marburg, Hubert Hoffmann ein Mitarbeiter des Marburger Wirtschaftsförderungsamtes.*

Gesamtwirtschaftliche Aspekte kommunaler Beschäftigungspolitik

von Rolf-Dieter Postlep*

Der von der Stadt Marburg ausgerichtete Ideenwettbewerb zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region Marburg läßt sich als Versuch interpretieren, die lokale Beschäftigungssituation positiv zu beeinflussen. Vor dem Hintergrund der hohen Dauerarbeitslosigkeit auch im Marburger Raum wird nach Wegen gesucht, das private und öffentliche Leistungsangebot beschäftigungswirksam zu verändern bzw. zu erweitern.

Aus der Sicht der Kommune erscheint es einleuchtend, ergänzend zu den allgemeinen bundes- und landespolitischen Bemühungen im Bereich der Beschäftigungsförderung verstärkt nach Möglichkeiten zu suchen, mit denen die Arbeitslosigkeit gezielt verringert werden kann. Eine erfolgreiche Strategie mindert einerseits die hohen Sozialkosten, die von denKommunen im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit zu tragen sind, und erhöht andererseits die Wirtschaftskraft der Region und die kommunale Finanzkraft. Auch kommunalpolitisch erscheint eine solche kommunale Initiative angezeigt, wenn in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, daß die eigene Kommune einen Beitrag zum Abbau der lokalen Arbeitslosigkeit leisten solle und auch könne.

Aus übergeordneter Sicht stellt sich freilich die Frage, ob entsprechende kommunale Aktivitäten mit Blick auf die Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsniveaus wünschenswert und sinnvoll sind. Hier kommt es entscheidend auf die konkrete Ausgestaltung der beschäftigungspolitischen Bemühungen an. Dabei erscheinen aus ökonomischer Sicht vor allem folgende Aspekte bedeutsam:

1. *Eine gezielte finanzielle Förderung privatwirtschaftlich rentabler Projekte mit den dazugehörigen Arbeitsplätzen wirft Probleme auf, insbesondere, wenn der Raum Marburg für diese Projekte keine besonderen Standortvorteile aufweist. Legt man einen gesamtwirtschaftlichen Maßstab an, so besteht die Gefahr einer „Subventionskonkurrenz" unter den Gemeinden. Diese könnte dazu führen, daß die vorhandenen Arbeitsplätze lediglich regional umverteilt werden, ohne gesamtwirtschaftlich zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.*
   Daraus ist jedoch nicht zu folgern, daß die Kommunen grundsätzlich keine Anstrengungen mehr unternehmen sollten, um etwa durch entsprechende Vorleistungen für den Unternehmenssektor als Standort attraktiv zu sein und damit regional und wohl auch gesamtwirtschaftlich einen Wachstumsbeitrag zu leisten. Nur sollten diesen Bemühungen in der Regel allgemein ausgelegt sein (z.B. durch Bereitstellung einer geeigneten Infrastruktur) und nicht selektiv, etwa durch die gezielte Subventionierung einzelner Unternehmen.
   Neben diesem Aspekt könnten die Kommunen die Bemühungen der zuständigen Wirtschaftsverbände unterstützen, die Information bezüglich eventueller (regionaler) Marktlücken, aber auch überlokaler Finanzierungshilfen usw. zu verbessern.
2. *Von der Absage an eine direkte kommunale Unternehmensförderung auszunehmen sind eventuell solche Produktionen, die etwa aufgrund besonders hoher Risiken oder anfänglicher Finanzierungsengpässe einer öffentlichen Initialförderung bedürfen, sofern sich solche Projekte mit einiger Wahrscheinlichkeit auf längere Sicht privatwirtschaftlich selbst tragen. Soweit eine Anfangsförderung nicht in erster Linie durch regionsspezifische Standortnachteile verursacht wird, erscheint eine gezielte kommunale Wirtschaftsförderung hier als gesamtwirtschaftlich weniger problematisch. Allerdings sind in diesem Bereich wohl in erster Linie übergeordnete Gebietskörperschaften zur Förderung aufgerufen.*
3. *Aus verschiedenen, auch nichtökonomischen Gründen, könnten sich die Kommunen ungeachtet der zuvor diskutierten Zusammenhänge zu einer stärker selektiven Unternehmensförderung entschließen. In diesem Fall wäre es aus gesamtwirtschaftlicher Sicht am ehesten sinnvoll, solche Produktionen bzw. Betriebe zu bevorzugen, für die die Region Standortvorteile im Vergleich zu Konkurrenzstandorten aufweist. In diesen Wirtschaftsbereichen scheint auf längere Sicht ein relativ hohes Maß an privatwirtschaftlicher Eigendynamik möglich. Zu diesen Standortvorteilen zählen in Marburg etwa die zentrale geographische Lage, der hohe Freizeitwert oder die Einrichtungen und Kommunikationsmöglichkeiten (mit) der Universität.*
4. *In traditionell kommunal mitfinanzierten oder ausschließlich von den Kommunen abgedeckten Versorgungsbereichen besteht zum einen die Daueraufgabe, bei gegebenem Leistungsangebot nach Einsparungsmöglichkeiten zu suchen und damit Finanzmasse für andere beschäftigungswirksame Aufgaben freizusetzen; zum anderen ist unter dem Beschäftigungsaspekt die bisherige Prioritätensetzung der Aufgabenerfüllung zu überprüfen. Bei gegebenen kommunalen Finanzmitteln könnte eine Veränderung der Verausgabung der Mittel in der Weise erfolgen, daß im Endeffekt die Zahl der kommunalen Arbeitsplätze erhöht wird. Dies hat freilich eine Umbewertung im Zielspektrum der Kommunalpolitik zur Voraussetzung, verändert sich doch gleichzeitig die Struktur der angebotenen Leistungen. Diese Veränderung geschieht dann in der Tendenz zu Lasten der investiven Aufgabenerfüllung.*
5. *Sollte es durch die kommunale Beschäftigungspolitik, in welcher Form auch immer sie betrieben wird, zu einer Ausweitung der kommunalen Aufgaben kommen, so sind im hier interessierenden Zusammenhang in jedem Fall die negativen Beschäftigungswirkungen einzubeziehen, die durch die zusätzliche Aufbringung der notwendigen Finanzierungsmittel im privaten Sektor verursacht werden.*

Insgesamt dokumentiert der Ideenwettbewerb als Ansatzpunkt einer kommunalen Beschäftigungspolitik, stärker als dies bislang durch die kommunale Wirtschaftspolitik der Fall war, ein unmittelbares kommunales Interesse an der Verbesserung der kommunalen Beschäftigungssituation. Unter Beachtung der zuvor diskutierten Rahmenbedingungen kann dabei sogar ein Beitrag zur Anhebung des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsniveaus geleistet werden und es kommt nicht zu einem „Export der Arbeitslosigkeit" in andere Regionen. Dies enthebt Bund und Länder allerdings nicht ihrer Verpflichtung, die beschäftigungspolitischen Bemühungen im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten oder sogar zu verstärken.

* *Der Verfasser ist Akademischer Rat am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg*

Innovation und Qualifikation

von Hans-Herbert Wilhelmi*

Eine einfache Formel lautet: Maschinen haben die Kraft des Menschen verstärkt, Informationstechnik verstärkt die Intelligenz des Menschen. Zum Werkzeug tritt also das „Denkzeug" hinzu. Es unterstützt und erweitert die menschlichen Fähigkeiten zur Aufbewahrung wie Verarbeitung von Informationen und zur Kommunikation. Der Begriff „künstliche Intelligenz" zeigt die Tendenz der weiteren Entwicklung auf.

44 Jahre sind vergangen, seit der erste programmgesteuerte Rechenautomat in Betrieb genommen worden ist: die ZUSE Z 3. Die Erfindung des Transistors und die Herstellungstechnologien für hochintegrierte Halbleiterbausteine ab Mitte der 60er Jahre haben dann die bekannte Dynamik ausgelöst, die zu immer leistungsfähigeren und handlicheren Geräten geführt hat. Mit der Massenfertigung und der zunehmenden Integration von Schaltkreisen ist eine drastische Verminderung der Kosten einhergegangen. Die programmierbare Informationsverarbeitung für jedermann ist heute kein Schlagwort mehr, sondern Realität bei Herstellern und Nutzern aller Art.

Bildfernsprechen, Daten-, Text- und Bildübertragung, fernsteuern u.ä. über alle Entfernungen hinweg werden die noch üblichen Formen der Kommunikation teils ergänzen, teils ablösen. Bald wird das digitale Netz integrierter Dienste – meist ISDN genannt – als neues Element zur bisherigen Infrastruktur von Verkehr, Strom und Fernsprecher hinzutreten. Kurz, die „Informatisierung" der Gesellschaft in nahezu allen Lebensbereichen hat begonnen.

„Informatisierung" der Gesellschaft

Wir leben im gleitenden Übergang von der Industrie- und Informationsgesellschaft. Wissenschaft und Technik treiben diesen Prozeß voran. Die Wirtschaft aber setzt ihn um: in neue Produkte oder neue Produktionsverfahren. Diese sind z.T. zugleich neue Arbeitsmittel oder Arbeitsverfahren. Darauf ist die Bundesrepublik Deutschland als ein energie- und rohstoffarmes Land mit vergleichsweise hohem Qualifikations- und Lohnniveau auch angewiesen. Ihre Wirtschaft ist international stark verflochten. Nur die Verbesserung vorhandener und die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren

sichert die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze. Diese Innovationskonkurrenz kennzeichnet den internationalen Wettbewerb zwischen den entwickelten Industrieländern, aber auch zwischen ihnen und den zum Markt drängenden Schwellenländern. Die rasche Beherrschung und wirtschaftliche Nutzung neuer Technologien stellt hier eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg dar. Damit erlangt das Element der Innovation einen immer höheren Stellenwert.

Die beschleunigte technische Entwicklung sowie die Wandlungen der Märkte und der Wettbewerbsbedingungen zwingen immer mehr Unternehmen aller Größenordnungen und wirtschaftlichen Sektoren zur verstärkten Einführung neuer Technologien. Neben der Industrie sind auch Handwerk und Handel sowie freie Berufe und die Verwaltung gleichermaßen einbezogen. Wo immer diese Prozesse ablaufen, geht es um Automatisierung, Computerisierung, Digitalisierung, Robotisierung und Standardisierung. Alle diese Begriffe kennzeichnen die Übernahme menschlicher Fertigkeiten und Fähigkeiten auf Maschinen. Das seit Jahrzehnten vertraute Mensch-Maschine-System der Industriegesellschaft verändert im Übergang zur Informationsgesellschaft seine Schnittstellen.

Neue Technologien zur Humanisierung der Arbeit

Es ist dieser Tatbestand, der auf den grundlegenden Zusammenhang von Innovation und Qualifikation verweist. Die Rolle des Menschen im Wirtschafts- und Arbeitsprozeß wandelt sich in einer Weise, die herkömmliche Vorstellungen übersteigt. Anschaulichkeit und direkter Zugriff bei Produktionsvorgängen gehen verloren; ein Rückgriff auf frühere Erfahrungen entfällt vielfach; individuelle Verantwortlichkeit in einem automatisierten Gesamtprozeß ist nur noch schwer festzumachen. Zugleich ist freilich festzustellen, daß die Anwendung neuer Technologien zur Humanisierung der Arbeitswelt beitragen kann. Es gibt schon Beispiele dafür, daß an die Stelle immer weiter vorangetriebener Arbeitsteilung eine Zusammenfügung von Arbeitselementen tritt, so daß ganzheitlichere Strukturen entstehen.

In der öffentlichen Debatte werden diese positiven Chancen nicht immer gesehen, in der einzelbetrieblichen Realität nicht immer genutzt. Nach Ansicht eines bekannten Unternehmensberaters werden nämlich die nötigen sachlichen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen häufig mißachtet. Aus einem längeren Katalog gravierender Fehler möchte ich nennen:

- Blindes traditionelles Vertrauen in die Technik, ohne zu bedenken, daß Menschen sie nutzen und effizient machen müssen;
- Vernachlässigung der motivations- und verhaltenspsychologischen Grundsätze.

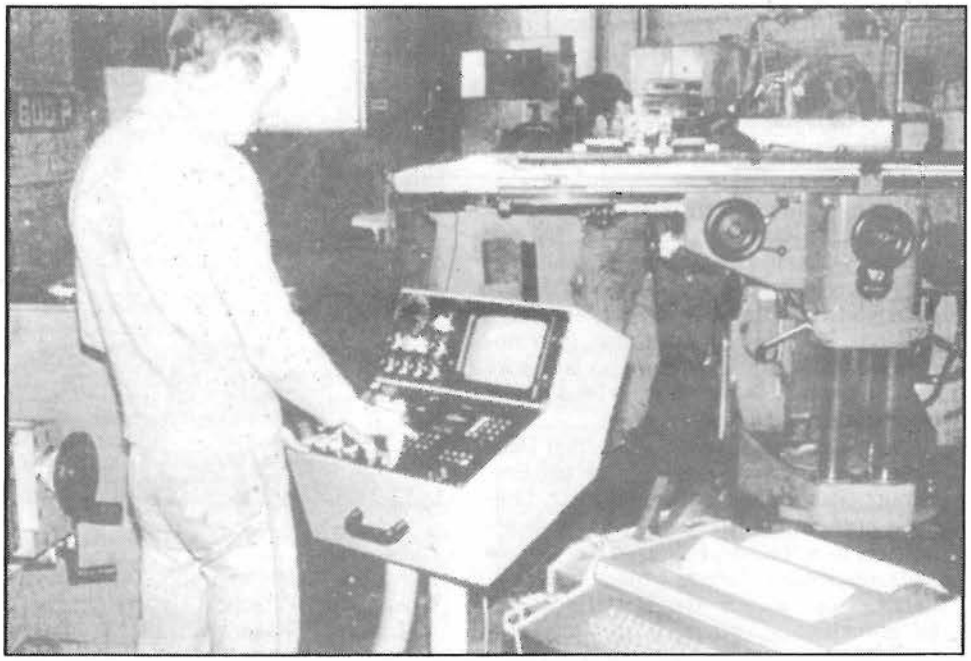
Es geht um die Einsicht, daß im Innovationsprozeß die Rolle des Menschen als Subjekt zu bewahren ist, er also nicht als Objekt scheinbarer technischer Sachzwänge behandelt werden darf. Das Motto „Keine Innovation ohne Qualifikation" meint somit, daß die Situation und die Bedürfnisse aller beteiligten Personen zu bedenken ist – vom Management bis zu den Un- oder Angelernten. Das aber bedeutet zugleich eine außerordentliche Herausforderung an das Bildungssystem, also an die allgemeine wie die berufliche Bildung gleichermaßen.

Berufliche Weiterbildung im Betrieb

Es wäre vorschnell, den Ball nunmehr an die Bildungspolitik und das Geschehen in den Bildungseinrichtungen zurückzuspielen. Denn zunächst einmal sind es die Betriebe, die in eigener Verantwortung und auf eigenes Risiko entscheiden, ob und wann, in welcher Breite und auf welchen Wegen sie technische Innovationen vollziehen wollen. Dies ist die Ausgangslage. Sie wird zum einen bestimmt von Markt und Wettbewerb, zum anderen von Strategie und Kapazität. Zur Kapazität eines Betriebes jedoch gehört sein „Humankapital". In Japan sagt man: „Das Gold ist in den Köpfen der Mitarbeiter". Das scheint mir ein guter Denkansatz, um die Faktoren Technik, Organisation und Personal angemessener zu gewichten.
Ein Betrieb muß also ausgehen von den vorhandenen Mitarbeitern, von ihrem Können und von ihrer Leistungsbereitschaft. Beides, Können wie Leistungsbereitschaft, hängt in hohem Maß davon ab, was der Betrieb in seine Mitarbeiter investiert. Neueinstellungen frisch ausgebildeter Kräfte können nur in begrenztem Maß einen dauerhaft angelegten Innovationsprozeß tragen und den Betrieb so nach vorn bringen.
Diese Aussage erscheint trivial. Sie ist es jedoch nicht. Das erfährt man schnell, wenn man mit Mitarbeitern von Betrieben offen spricht. Nicht umsonst hat der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Herr von Amerongen, Anfang November 1985 in einer Rede gefordert: „Weiterbildung muß Bestandteil der Personal- und Firmenpolitik werden ... Jede Führungskraft sollte mindestens einige Jahre lang in der betrieblichen Weiterbildung eingesetzt werden ..." Es kommt wohl in der Tat auf das Beispiel des Managements an, damit auf den unteren Funktionsebenen innovatives Denken und Handeln Platz greift. Je mehr dies aber gelingt, desto eher wird sich der hierfür nötige Aufwand – etwa an Lehrgängen – durch verbessertes Können und erhöhte Leistungsbereitschaft rentieren. Das ist keine leere Behauptung. Eine ganze Reihe vo Unternehmen haben diese Erfahrung längst gemacht, und das nicht nur in der besonders dynamischen Branche der Informationstechnik selbst.
Damit bin ich bei dem Stichwort der beruflichen Weiterbildung angelangt. Sie wird in den nächsten Jahren quantitativ wie qualitativ prägend sein. Das wird von der Kommission Weiterbildung des Landes Baden-Württemberg ebenso betont wie vom Institut der deutschen Wirtschaft. Als Bedingung für erfolgreiche Innovationsprozesse dürfen dann freilich nicht nur berufs- und arbeitsplatzbezogene Weiterbildungsmaßnahmen im Vordergrund stehen; vielmehr müssen gleichzeitig Status-, Hierarchie-, Flexibilitäts- und Mobilitätsprobleme angegangen werden, um den Mitarbeitern in den Betrieben die Chance zu geben, die Veränderungen auch verantwortlich mitzutragen und damit potentielle Konflikte zu minimieren.
Unbestreitbar ist die Motivation des einzelnen die wichtigste Voraussetzung, wenn berufliche Weiterbildung Erfolg haben soll. Die Wurzeln zu dieser Motivation sollten schon früh gelegt werden, nämlich in der Schule und in der beruflichen Erstausbildung. Der einzelne sollte also erfahren, daß Lernen Spaß macht und daß es ihn weiterbringt. Auf der anderen Seite muß eine solche Lernbereitschaft aber auch anerkannt und belohnt werden. Hier fehlt es bei manchen Vorgesetzten und in der Personalführung in Betrieben nicht selten an der richtigen Einstellung. Erst mit einer sichtbaren Personalentwicklung wird ein Betrieb die dauerhafte Motivation seiner Mitarbeiter zur ständigen Auffrischung des Fach- und Erfahrungswissens schaffen und aufrechterhalten können.
Soweit diese Erkenntnis in höheren Stufen des Managements, insbesondere bei Ingenieuren und Kaufleuten, noch fehlt und dies nicht auf Vorurteilen beruht, wäre dem leicht abzuhelfen: durch vermehrte und verbesserte Informationen. Das Angebot hierzu ist reichhaltig und vielfältig. Es käme wohl darauf an, sich für diese Thematik mehr Zeit zu nehmen als bisher. Mit der Delegation der entsprechenden Aufgaben an Fachleute, seien sie aus dem eigenen Betrieb oder stammen sie von draußen, wird es auf die Dauer nicht getan sein.
Bei aller Dynamik der Entwicklung läßt sich dennoch eins festhalten: Das gerade in Deutschland gewachsene und bewährte System der Berufe und der Berufsausbildung wird durch die neuen Technologien zwar berührt, aber nicht durchlöchert oder gar aufgehoben. Es zeichnet sich auf vielen Feldern ab, daß die herkömmlichen Berufe zwar andere Teilqualifikationen erfordern werden, daß sie aber insgesamt bestehen bleiben und daß nur relativ wenige neue Berufe hinzukommen werden. Damit wird der Schwerpunkt künftiger Anstrengungen zur Qualifizierung eher auf praxisbezogenen Teilqualifikationen liegen. Dies gilt sowohl für die berufliche Erstausbildung – die jetzt akute Neuordnung in den wichtigen Berufsfeldern Elektrotechnik und Metalltechnik wird hierfür als Beispiel dienen – als auch für die berufliche Weiterbildung.

Neue Technologien in der beruflichen Bildung

Die Kernfrage lautet gegenwärtig, welche neuen Anforderungen sich durch die Einführung der Informationstechnik in Berufen und Berufsfeldern ergeben und welche Bildungsinhalte aus diesem Grund künftig zusätzlich vermittelt werden müssen. Die meisten Aktivitäten des „BMBW-Aktionsprogramms: Neue Technologien in der beruflichen Bildung" laufen in diese Richtung. Erste Erkenntnisse aus Forschungsvorhaben und Modellversuchen liegen auch schon vor. In der Literatur sind ebenfalls einige Ergebnisse vorgelegt worden. Dies gilt nicht zuletzt für das Thema „Schlüsselqualifikationen".



Der Erkenntnisstand ist insgesamt jedoch noch nicht befriedigend. Das hat auch ein erster Workshop gezeigt, den das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation zum Thema „Mikroelektronik in der industriellen Verwaltung – die Weiterbildung in der kaufmännischen Sachbearbeitung" veranstaltet hat. Dieser Workshop ist der erste in einer Reihe von zehn ähnlich angelegten Veranstaltungen, die zu einer Gesamtauswertung der verfügbaren Daten und Fakten auf dem Feld der Auswirkungen der neuen Technologien beitragen soll. Es hat sich dabei wiederum bestätigt, daß größere Firmen mit eigener Bildungsabteilung am ehesten in der Lage sind, auf die neuen

Anforderungen zu reagieren. Demgegenüber sind mittlere und kleinere Unternehmen in einer schwierigen Lage. Am Ende der Skala stehen die Arbeitslosen, die auf Angebote der verschiedenen Bildungsträger angewiesen sind, ohne daß diese Angebote mit dem tatsächlich vorhandenen Qualifikationsbedarf in den Betrieben abgestimmt werden.
Ein weiteres Ergebnis dieser Veranstaltung war, daß die häufig geltend gemachten Tendenzen zu ganzheitlicheren Strukturen in der Arbeitsorganisation und zur dementsprechenden Höherqualifizierung der Mitarbeiter nicht durchgängig nachgewiesen werden konnten. Einige technische Entwicklungen für das Büro der Zukunft weisen jedenfalls darauf hin, daß aufgrund höherer Automatisierung und vereinfachter Bedienung die Tätigkeiten im Büro nicht ohne weiteres angereichert und erweitert werden können. Ob sich hier bei Einführung einer integrierten Daten- und Textverarbeitung, verbunden mit einer vernetzten Bürokommunikation, neue Aspekte ergeben werden, ist zunächst noch offengeblieben.
Auf der anderen Seite kann nicht außer acht gelassen werden, daß in wenigen Jahren alle Schulabsolventen eine informationstechnische Grundbildung erhalten haben werden. Sie kommen dann also mit einem Wissen in die berufliche Erstausbildung, das heute erst nachträglich in der Weiterbildung vermittelt werden muß. Zwar ist die entsprechende Umsetzung des „Rahmenkonzepts für die informationstechnische Bildung in Schule und Ausbildung", das die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung am 7. Dezember 1984 beschlossen hat, noch nicht in allen Ländern voll im Gange. Es ist aber schon an vielen Stellen erkennbar, daß die vermehrten Anstrengungen zur Curriculumentwicklung und zur Lehrerfortbildung Früchte tragen. Auf längere Sicht muß man sich daher darauf einstellen, daß schon in der Allgemeinbildung das Thema der Informationstechnik behandelt worden ist. Die Berufsbildung kann auf diesem Grundwissen aufbauen und so mit ihrer Spezialisierung eher ansetzen.
Dann jedoch stellt sich eine andere Frage, die mit der schnellen Veraltung des Fach- und des Erfahrungswissens zusammenhängt. Welche Inhalte gehören künftig noch in die berufliche Erstausbildung und welche eher in die berufliche Weiterbildung? Hierauf gibt es derzeit keinerlei Antworten. Die Anstöße müssen wohl eher von der beruflichen Weiterbildung erwartet werden. Im besten Fall kann die Weiterbildung Pilotfunktion für die Erstausbildung übernehmen. Die Ergebnisse der zahlreichen Modellversuche und ihre Auswertung werden etwa ab dem Jahr 1987 wichtige Fingerzeige geben können.
Mit dieser letzten grundsätzlichen Fragestellung möchte ich abbrechen. Es kommt nunmehr auf den Dialog mit allen Beteiligten an. Der Zweck dieser Überlegungen wäre erfüllt, wenn die Untrennbarkeit des Zusammenhangs von Innovation und Qualifikation erkannt und anerkannt würde.

Der Verfasser ist stellv. Bundesvorsitzender der Liberalen Demokraten.

Als ein Grüner bei den Blau-Gelben

von Dr. Ernst Hoplitschek

Es gilt heute nicht mehr als chic, die Liberalen zu wählen. Noch weniger, darin Mitglied zu sein, geschweige denn, ihnen als Mitglied beizutreten, wenn man, so wie ich, vorher aktives Mitglied der GRÜNEN war. Berücksichtigt man zusätzlich, wie viele Freunde und Bekannte diesen Schritt bewerten, dann scheint man den Himmel mit der Hölle vertauscht zu haben. Man gilt als „Überläufer" schlechthin, was freilich der Kriegssprache entlehnt ist und von jenen kommt, die den Frieden sonst über alles stellen.
Es ist richtig, daß es gewichtige Gründe geben muß, das „Lager" zu wechseln, zumal von einem subjektiven „Hoffnungsträger" wie den Grünen, zu einer Partei, mit der maximal all dasjenige assoziiert wird, was mit „Kapital", „Flick" und „Wende" zusammenhängt. Dabei hängt ein solcher Schritt mit den GRÜNEN selbst zusammen.
Hätten diese ihre historische Chance genutzt und hätten sie sich auf dem Höhepunkt der Diskussion über die „Wende" entschieden, welche Themen mit welchen Formen zu transportieren seien, dann wäre ein solcher Schritt vielleicht überflüssig geworden. Keine Frage: Eine Festlegung auf rechtsstaatliche Prinzipien, ein klares und unzweideutiges Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie als Grundprinzip und zum staatlichen Gewaltmonopol (hierzulande) sowie zum „Markt" statt zum „Plan", dann hätte die F.D.P. historisch ausgespielt. Es wäre heute, wie in den Anfängen der GRÜNEN, immer noch chic, die GRÜNEN zu wählen, aktiv mitzuareiten.
Heute werden die GRÜNEN – und dies garantierte bisher ihre parlamentarische Existenz – von frustrierten Sozialdemokraten, aber kaum von so bezeichneten „bürgerlichen" Schichten gewählt, die zumindest gegen eines sind: gegen Großlösungen aus dem Geschichtsmuseum. Diese einmalige Chance haben die GRÜNEN vertan, obwohl sie, und dies gilt uneingeschränkt, mit ihren Themen und Forderungen (1980) auf der Höhe der Zeit waren.

Grüne = angegrünte USPD?

Heute sind die GRÜNEN eine angegrünte USPD, das „linke" Gewissen der SPD mit einer irreversiblen Festlegung, sich wenn überhaupt, nur die Macht mit der SPD zu teilen. Da sie deshalb kein echtes Drohpotential gegenüber der SPD haben, wird die Festlegung langfristig zum Strick, mit allen Folgen. Da sich in den Führungsstäben der GRÜNEN mittlerweile die gesamte ehemalige „Linke" außerhalb der SPD versammelt hat, ist da keine Veränderung zu erwarten. Zielsystem dieses Bündnisses ist der alte Traum, die vereinigte Linke gegen den herrschenden „reaktionären" Block zu stellen.
Dies muß in einer großen Stamokap-Lösung enden, in einem großen Projekt einer Pädagogisierung der Politik, unter dem Motto, der Mensch ist (von Kapital und Springer) verführt und außengeleitet, und da er von „Natur" aus gut ist, muß er von den „fremden Mächten" befreit werden, wenn nötig, mit etatistischer Stärke. Insofern überrascht es nicht, daß SPD und GRÜNE mit „Staatsknete" der „Neuen Heimat" unter die Arme greifen wollen, und paradoxerweise jene Megamaschine mit Steuergeldern subventionieren wollen, die menschen- und kulturfeindliche Kahlschlagsanierung in den innerstädtischen Bezirken, wie in Berlin, radikal betrieben hat und – als ein Ergebnis – die Kraft und Innovation der Neuen Sozialen Bewegungen (wie die Hausbesetzer) erst hat entstehen lassen. Jeder kann sich ausmalen, was bei einer Machtkonstellation eines solchen „Lehrersozialismus" passieren könnte: eine zunehmende Verstaatlichung der Gesellschaft.
Da es völlig aussichtslos geworden ist, dem sozialistischen Konzept, das sich teilweise auch hinter dem Etikett der „Realos" versteckt, etwas Erfolgreiches entgegenzusetzen, bleibt nur, sich in Frustration zu begeben oder Ansätze in anderen Parteien auszuloten, wo liberale Realpolitik versucht wird.

Für Ökolibertäre bleibt nur die F.D.P.

Für Ökolibertäre bleibt da nur die F.D.P., mit der noch einiges an Grundannahmen geteilt werden kann: Daß beispielsweise die Zeit des Individuums und der bürgerlichen Freiheiten nicht zu einem historischen Ende gekommen ist und daß weltanschaulich be-

gründeten Großmodellen und der Kultur der „Fünf-vor-zwölf"-Mentalität ein radikaler Liberalismus entgegengehalten werden muß, der lebens- und lustfreundlich ist und sich das Prinzip des trial and error zu eigen macht.
Die Liberalen hätten jetzt die Chance, besonders zu verdeutlichen, daß Politik keine Antwort auf die allerletzten Fragen geben kann und sich gegen autoritäre Lösungen radikal wenden muß, und seien die Problemlagen noch so dringend, die durch das „Projekt der Moderne" aufgeworfen und verursacht worden sind.

F.D.P. derzeit nicht attraktiv

Nun stellen sich die Liberalen derzeit alles andere als attraktiv für kritische und sensible Anhänger dar. Sieht man einmal von den Reibungsverlusten ab, die von der Wende herrühren.
Beispielsweise gegen reine monetaristische Lösungen, wie sie vom Koalitionspartner verfolgt werden; gegen eine Reideologisierung der politischen Kultur (Familie et.), wie sie von den Hardlinern im Bund auch anderswo, z.B. von Zimmermann und Co., angestrebt wird. „Querdenken" statt „Quertreiben" nach dem Muster von Bangemann. Das steht auf der Tagesordnung.
Wer sich sonst immer zum Anwalt des Marktes macht, der darf bei der Bundespost nicht stehenbleiben. Er kann nicht, wie etwa die Berliner F.D.P.-Fraktion, die radikalen Sparpläne des CDU-Senats so einfach und völlig phantasielos mittragen. Wo bleibt liberales Verständnis, nimmt man etwa die Massenarbeitslosigkeit unter den Akademikern, und die Probe auf und für den Markt, wo der Staat wie im Bildungswesen das Monopol hat? Wo bleibt die zeitgemäße Forderung nach einer garantierten Mindestrente? Hier könnte die F.D.P. ihre Sensibilität auch für soziale Fragen unter Beweis stellen, statt zum Scheitern verurteilten Lösungen im herrschenden System nachzuhängen.

Gegen Großprojekte mit liberalem Denkansatz

Anderes Beispiel: Die Berliner F.D.P. tut sich ungemein schwer im Umgang mit den Krankenhausplänen des Senators Ulf Fink. Entweder verweilt sie in einem zaudernden „Ja". Das heißt dann „koalitionsgemäßes" Verhalten. Oder sie reduziert ihr „Nein", wie der „linke" Flügel, auf die gängigen gewerkschaftlichen Muster.
Ein liberaler Denkansatz wäre doch, sich für Lösungen einzusetzen, die am liberalen und für Experimente aufgeschlossenen Sozial- und Gesundheitssenator ansetzen. Es wäre ein Wagnis gewesen, jenseits der nun geplanten Großlösung einen echten, dezentral und von den Intentionen subsidiär angelegten Modellversuch zu realisieren, der den Zielen der Selbsthilfegruppe im Gesundheitswesen entsprechen würde.
Dennoch, abgesehen von den hier nur gestreiften Defiziten, die sich verlängern ließen, gibt es für liberale und libertäre GRÜNE keine Alternative als die, die Liberalen stark zu machen und ihnen zu einer neuen liberalen Substanz zu verhelfen. Das freie Wort, der freie Gedanke, Sachverstand und Kompetenz – Merkmale, die bei den GRÜNEN und den „Alternativen" sowieso in den dritten Rang verwiesen werden – müßten doch bei der F.D.P. anerkannt werden, hier lassen sich Ansätze für eine neue liberale Kultur finden.

Ein Denkmal der Arbeiterkultur und die Interessen eines Konzerns

– Eine Fallstudie –

von Jochen Werner

Erteilt der Rat der Stadt Duisburg dem Mannesmann-Konzern die Erlaubnis zum Abriß von 252 Wohnungen in der Werkssiedlung Alt-Hüttenheim im Duisburger Süden? Diese Frage, die schon seit Anfang 1984 ein kommunalpolitischer Streitpunkt ist, wird voraussichtlich in den nächsten Wochen entschieden. Dabei geht es aber nicht nur um Erhalt oder Abriß von Wohnraum, sondern auch um eine Arbeitersiedlung, die von Denkmalschützern übereinstimmend als einzigartig bezeichnet wird.
In den siebziger Jahren war der Erhalt von Arbeitersiedlungen vor allem im Ruhrgebiet ein heiß umstrittenes Thema. Das Beispiel Hüttenheim zeigt, daß dieses Thema immer noch aktuell ist, obwohl es in der Öffentlichkeit vom Fall Neue Heimat verdrängt worden ist. Hüttenheim zeigt darüberhinaus, wie schwer es selbst in einer SPD-regierten Stadt ist, ein Stück Arbeiterkultur zu verteidigen. Exemplarisch wird hier eine Sichtweise deutlich, die Denkmalschutz nur als opportun ansieht (und sich dann damit schmückt!), wenn keine mächtigen wirtschaftlichen Interessen dadurch berührt werden. Insofern weist Hüttenheim auch hier über einen speziellen kommmunalpolitischen Fall hinaus und ist ein Beispiel für das Spannungsverhältnis von Kulturfragen und Wirtschaftsinteressen, das im Denkmalschutz häufiger anzutreffen ist.
Alt-Hüttenheim ist eine Werkssiedlung des Mannesmann-Konzerns für die Beschäftigten der nahegelegenen Huckinger Hütte, wo der Stahl für die Röhrenproduktion von Mannesmann geschmolzen wird. Sieben Baublöcke in zweieinhalbgeschossiger Bauweise mit 532 Wohnungen bilden eine geschlossene Bebauung. Die weiten Innenhöfe, die Vorgärten und die großen Bäume im ganzen Viertel lassen ahnen, welche Wohnqualität für die Bewohner bei einer Erhaltung und Modernisierung der Häuser möglich wäre.
Anfang der siebziger Jahre wurde Hüttenheim durch die Belegungspolitik von Mannesmann zum Türkenghetto. Notwendige Instandhaltungen wurden auf ein Mindestmaß beschränkt, die Siedlung sah immer heruntergekommener aus. Um die Jahreswende 1983/84 führte die Firma Mannesmann im Zusammenhang mit der damaligen staatlichen Rückkehrhilfe eine Abfindungsaktion für ausländische Belegschaftsangehörige durch. Über 900 meist

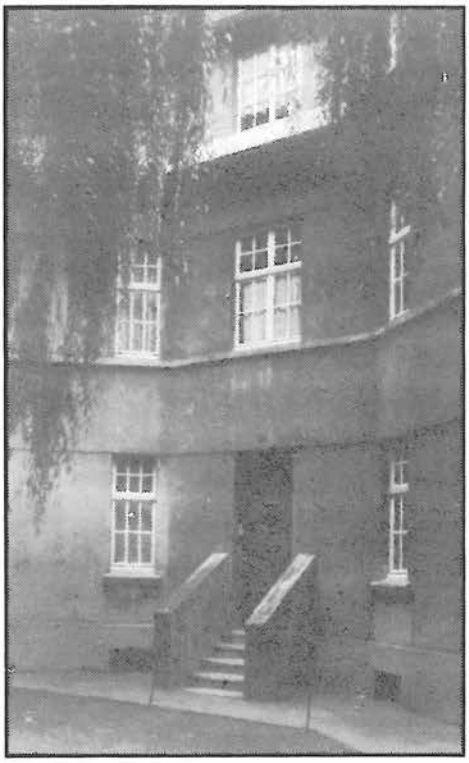
türkische „Mannesmänner" verließen die Hütte, fast alle kehrten mit ihren Familien in die Türkei zurück. Dieser bundesweit bekanntgewordene „Massenexodus" veränderte die Situation in Hüttenheim schlagartig: In kürzester Zeit wurde etwa die Hälfte der 532 Wohnungen in der alten Kolonie frei.

Bagger warten auf Einsatz

Im Januar 1984 erfuhren die Hüttenheimer aus der Zeitung von Abrißplänen: „Bagger warten auf Einsatz". Beunruhigt durch solche Meldungen veranstalteten die Bewohner eine Bürgerversammlung und gründeten die Bürgerinitiative „Rettet Hüttenheim!"
Nach einiger Zeit wurden die Abrißpläne konkreter: Mannesmann beantragte bei der Stadt Duisburg den Abriß von vier der sieben großen Wohnblöcke in der alten Kolonie mit 248 Wohnungen. Begründet wurde der Abrißantrag mit dem schlechten baulichen Zustand der Häuser und dem zu hohen Kostenaufwand für eine Modernisierung. Auf der Fläche solle eine Grünanlage angelegt werden. Den Verkauf der Häuser lehnt Mannesmann ab, weil man grundsätzlich alle werksnahen Grundstücke in seinem Besitz behalten wolle.
Ebenfalls durch die Abrißpläne alarmiert wurde das Rheinische Amt für Denkmalpflege, das im März 1984 bei der Stadt Duisburg für die gesamte Siedlung Denkmalschutz beantragte. In dem Antrag wird die „industrie- und stadtbaugeschichtliche Bedeutung" der 1911/12 gebauten Siedlung hervorgehoben. Sorgfältige, detailaufwendige Gestaltung habe eine monotone Kasernenarchitektur verhindert. Der ehemalige Uhrenturm am zentralen Platz der Siedlung erinnere an Rathäuser. Alt-Hüttenheim sei „ein Zeugnis für die Siedlungsarchitektur nach 1900 im ständig expandierenden Industrieraum des Rheinlandes, das exemplarisch nicht nur die formal-künstlerische Bewältigung der zeittypischen Bauaufgabe, sondern insgesamt das reformerische Ideengut der Gartenstadtbewegung nach einer modellhaften Gestaltung der gesamten Umwelt des Menschen dokumentiert."
Im April hatte auch die Bürgerinitiative in einem Bürgerantrag vom Stadtrat Denkmalschutz für die Siedlung gefordert. Außer der Eingangsbestätigung hat die Bürgerinitative bis heute offiziell keine Antwort erhalten. Im Unterschied zum Antrag des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege hat der Bürgerantrag nur appellativen Charakter und wird deswegen von der Stadt Duisburg wohl als vernachlässigbare Größe angesehen und behandelt. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die bloß schmückende Funktion dieser Form von Bürgerantrag, der unter dem Schlagwort „Bürgerbeteiligung" in die Gemeindeordnung von Nordrhein-Westflen eingebaut wurde.

Ruhrpott-Filz

Die im Duisburger Rat tonangebende SPD hatte schon bald ihr Einverständnis mit den Abrißplänen von Mannesmann zu erkennen gegeben. Duisburger SPD und Stadtverwaltung (das ist in dieser traditionellen SPD-Hochburg faktisch gleichzusetzen) übernahmen die Argumentation von Mannesmann: durch den schlechten baulichen Zustand seien die Wohnungen nicht mehr bewohnbar, eine Modernisierung sei wegen der hohen Kosten und der dadurch bedingten enormen Mietssteigerungen nicht vertretbar. Die Zahlen von Mannesmann wurden bei dieser Argumentation gleich mit übernommen.
Allerdings wurde vom Rat der Stadt keine förmliche Abrißgenehmigung nach der sogenannten Zweckentfremdungsgenehmi-



gung erteilt, denn auf Anregung der Bürgerinitiative hatte der Duisburger Architekt Peter Poelzig eine umfangreiche Stellungnahme zu der Siedlung erarbeitet. Poelzig führte seine Untersuchung unter der Fragestellung durch, wie zu möglichst geringen Kosten, durch Beschränkung auf die notwendigen Renovierungen und durch Eigenleistung der Mieter die Siedlung mit preiswertem Wohnraum erhalten werden könnte. Ergebnis: die Bausubstanz sei durchaus erhaltenswert und zu wesentlich geringeren Kosten als von Mannesmann und der Stadt angegeben zu sanieren. Aufgrund dieser völlig verschiedenen Aussagen verschob der Stadtrat im Vorfeld der Kommunalwahlen eine endgültige Entscheidung. Nach längeren Abstimmungen mit dem Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr von Nordrhein-Westfalen gab die Stadt Ende 1985 ein Gutachten über die Siedlung in Auftrag.
Der städtische Beigeordnete Uwe Steckert formulierte in bemerkenswerter Offenheit die zentrale Fragestellung für dieses Gutachten aus seiner Sicht: „Ist es der Firma Mannesmann zuzumuten, 248 Wohneinheiten weiter in ihrem Bestand zu halten, wieder herzurichten und zu vermieten?"
Diese Verschiebung der Fragestellung auf die „Zumutbarkeit" für die Firma Mannesmann ist eine entscheidende Veränderung dessen, was den Sinn der Zweckentfremdungsverordnung des Landes ausmacht, auf die letztlich das Gutachten zurückgeht, denn die Sicherung preiswerten Wohnraums für Mieter, die durch die Zweckentfremdungsverordnung, angestrebt wird, ist in Steckerts Umformulierung den Interessen des Vermieters, gekleidet in den weit interpretierbaren Begriff „Zumutbarkeit", untergeordnet.
Inzwischen liegen die ersten Zwischenergebnisse vor. Die Gutachter Schmitz (Aachen) und Zlonicky (Dortmund) beurteilen den Zustand von 75% der untersuchten Häuser als gut oder normal. In detaillierten Kosten- und Finanzierungsrechnungen kommen sie zu dem Ergebnis, daß mit einer entsprechenden Landesförderung, deren Gewährung von einem Vertreter des Ministeriums schon signalisiert worden ist, eine vollmodernisierte 70 qm-Wohnung mit Heizung noch keine 400 DM Kaltmiete kosten würde.
Als zusätzliche Fragestellung ist noch die mögliche Vermietbarkeit der modernisierten Wohnungen in das Gutachten einbezogen. Dieser Punkt ist im Laufe der Zeit von Seiten der Stadt immer stärker in den Vordergrund gerückt worden, weil die Argumente „zu hohe Kosten" und „zu hohe Mieten" immer mehr entkräftet worden waren. Hier liegen bisher noch keine Zwischenergebnisse des Gutachtens vor. Allerdings äußerte die Bürgerinitiative massive Kritik an der konkreten Vorgehensweise: gefragt wird nämlich nach Namen und Adressen von derzeitigen Mietinteressenten bei Mannesmann und bei der Bürgerinitiative! Diese Form der Ermittlung der Vermietbarkeit von Wohnungen ist wohl ziemlich einmalig und auch in Duisburg bei sonstigen Wohnungsbauprojekten völlig unüblich. Schließlich: Welcher Wohnungssuchende bemüht sich schon um eine Wohnung in einem Stadtteil, mit dessen Abriß die politisch Verantwortlichen mehr oder weniger deutlich ihr Einverständnis erklärt haben. Im übrigen ist es schon bemerkenswert, wie hier über das vom Land finanzierte Gutachten Maklerdienste für die Firma Mannesmann abgewickelt werden.
Das endgültige Gutachten soll im Mai vorgelegt werden. Dann muß der Rat entscheiden, was mit den seit über zwei Jahren leerstehenden Wohnungen geschehen soll.

Strangulierter Denkmalschutz

Fragen des Denkmalschutzes sind in dem Gutachten von Schmitz und Zlonicky bewußt ausgeklammert. Bis heute ist der Antrag des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege vom März 1984 trotz mehrerer Anmahnungen nicht entschieden. Im Gegenteil hat die Stadt auf verschiedene Weise versucht, diese Entscheidung herauszuzögern und am besten sogar den unliebsamen Denkmalschutzantrag wieder vom Tisch zu bekommen. So intervenierte hinter den Kulissen der Duisburger Oberstadtdirektor Herbert Krämer persönlich (übrigens Aufsichtsratsmitglied bei den Mannes-

mann-Röhrenwerken) mit einem sechsseitigen Schreiben beim Landschaftsverband Reinland als vorgesetzte Behörde des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege. Man habe erhebliche verfahrensrechtliche Zweifel, so Krämer, ob überhaupt bisher ein wirksamer Denkmalschutzantrag gestellt sei. Denn der vorliegende Antrag habe so weitreichende Konsequenzen, daß er nicht von „nachgeordneten Bediensteten" (gemeint sind die Denkmalschutzexperten) gestellt werden könne, sondern von den politischen Gremien des Landschaftsverbandes beraten werden müsse. Dieses Ansinnen des Oberstadtdirektors, hinter dem die offensichtliche Absicht stand, die Denkmalschutzfrage schon im Vorfeld politisch abzuwürgen, wurde jedoch vom Landschaftsverband zurückgewiesen.
Erst kürzlich ließ der SPD-Sprecher im städtischen Bauausschuß verlauten, man müsse bei dieser Angelegenheit auch an den Eigentümer Mannesmann denken: ein solches Denkmal koste ihn Geld und sei mit Einschränkungen in der Nutzung verbunden. Solche wirtschaftlichen Erwägungen stehen eindeutig im Widerspruch zum nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetz. So mußte sich die Stadt Duisburg erst kürzlich einer Ministerentscheidung in einer anderen Denkmalschutzangelegenheit beugen. Auch da hatte die Stadt gegen den Denkmalschutz argumentiert, der Erhalt des Denkmals sei der Pächterin aus wirtschaftlichen Gründen nicht zuzumuten. Vom Ministerium für Stadtentwicklung wurde dagegen die Unterschutzstellung des umstrittenen Gebäudes angeordnet mit Hinweis auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums sowie auf umfangreiches Förderungsmöglichkeiten des Landes. Im Falle Hüttenheim wird durch die wirtschaftliche Argumentation eher die Rücksichtnahme der Duisburger SPD auf den Mannesmann-Konzern deutlich. Und so fragt die Bürgerinitiative zu Recht: „Will die Duisburger SPD diese alte Arbeitersiedlung, die auch ein Stück Arbeiterkultur darstellt, den Konzerninteressen von Mannesmann opfern?"
Die Verschleppungstaktik in Duisburg hat sogar schon zum Befremden im nordrhein-westfälischen Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr geführt. Das Ministerium von Christoph Zöpel (SPD) ist nach dem Denkmalschutzgesetz die oberste Denkmalbehörde und muß im Zweifel über die Siedlung Hüttenheim entscheiden. Im Dezember 1985 forderte das Ministerium die Stadtverwaltung auf, sich zum Denkmalschutz endlich zu äußern. Der zuständige Beigeordnete Uwe Steckert machte jedoch in der Lokalpresse deutlich, daß die Duisburger Hinhaltetaktik trotzdem weitergefahren wird: Eine Stellungnahme der Stadt sei erst dann sinnvoll, wenn das Gutachten über die Erhaltungswürdigkeit der Siedlung vorliege. Es gibt heute schon Anzeichen dafür, daß durch eine geschickte Interpretation des Gutachtens die Unwirtschaftlichkeit des Erhalts der Siedlung belegt werden soll. Im Schlepptau einer solchen Interpretation erscheint die Genehmigung des Abrißantrags trotz Denkmaleigenschaft der Öffentlichkeit gegenüber wohl leichter legitimierbar. Wie aus dem Ministerium zu erfahren war, soll vom Rheinischen Amt für Denkmalpflege noch einmal ein Gutachten über Hüttenheim vorgelegt worden sein, das ausführlich den Denkmalwert der Siedlung belegt.

Was ist der SPD die Arbeiterkultur wert?

Gerade Zöpels Ministerium hat sich in der Vergangenheit beim Erhalt von Arbeitersiedlungen engagiert, wie das Beispiel der Genossenschaft Rheinpreußen-Siedlung in Duisburg-Homberg zeigt. Auch hier haben aber erst ein spektakulärer Hungerstreik der Bewohner und der sanfte Druck aus der Landeshauptstadt Düsseldorf die Duisburger SPD zum Erhalt dieser Zechensiedlung bewegen können. An diesen Teil der Geschichte läßt sich der Duisburger Oberbürgermeister Josef Krings nicht gern erinnern, wenn er heute die „Rheinpreußen" bei jeder Gelegenheit als Beispiel für die Wiederbelebung des Genossenschaftsdenkens in höchsten Tönen lobt. Es ist zu hoffen, daß Zöpel seine Duisburger Genossen auch im Fall Hüttenheim zum Umdenken bewegen kann, damit dieses „besondere Juwel deutscher Baugeschichte" (so die Denkmalschutzexpertin Frau Professor Hartmann von der Universität Braunschweig) erhalten bleibt. Für die Bürgerinitiative stellt sich jedenfalls die Frage: „Was ist der SPD die Arbeiterkultur wert?"
Mit einem anderen Akzent lautet die Frage: was veranlaßt die Duisburger SPD, gegen vielfältige bessere Argumente ziemlich offen das Geschäft von Mannesmann zu betreiben? Mit Spekulationen über Korruption, für die es im übrigen keine Belege gibt, macht man es sich wohl zu einfach. Vielmehr scheint hier ein anderer Abhängigkeitsmechanismus zwischen den politisch Verantwortlichen einer Stadt mit 15%iger Arbeitslosenquote und einem wichtigen Arbeitgeber wirksam zu sein. Hier soll anscheinend durch Wohlverhalten in Sachen Abrißantrag vermieden werden, die Firma Mannesmann zu verärgern. Erhofft wird ein freundliches Investitionsklima und in dessen Gefolge der Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen. Es ist sicher kein Zufall, daß 1984 Gerüchte lanciert wurden, der beabsichtigte Abriß in Hüttenheim stände in direktem Zusammenhang mit dem geplanten Bau eines neuen Röhrenwerkes mit 500 neuen Arbeitsplätzen in Duisburg. Angeblich sollten durch den Abriß kostspielige Umweltschutzauflagen umgangen werden. Heute spricht niemand mehr von diesem Röhrenwerk; aber das sagt ja noch längst nichts aus über die Wirksamkeit der Arbeitsplatzerpressungsargumente in der einen oder anderen Form bei der Übernahme der Mannesmann-Begründung für den Abriß von Hüttenheim durch die SPD bzw. Stadtverwaltung. Angesichts der eigenen Ohnmacht, das Problem Arbeitslosigkeit wirksam anzupacken, sehen die meisten Kommunalpolitiker dann nur noch die Möglichkeit, potentielle Investoren bei Laune zu halten. Daß dabei im Konfliktfall andere soziale Interessen der bloßen Hoffnung auf Arbeitsplätze geopfert werden müssen, wird hingenommen. Auf kommunaler Ebene allein ist allerdings eine wirksame Alternative zu diesem „Modell" von Arbeitsplatzschaffung kaum zu entwickeln. Trotzdem bleibt den so agierenden Politikern anzukreiden, daß solche Konflikte den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern nicht transparent gemacht werden. Auch durch das Verschleiern solcher Zusammenhänge, gepaart mit der Pose „wir wissen, wo's langgeht", wird eine verfehlte Entwicklungsrichtung von Politik festgeschrieben. Insofern ist das zähe Ringen um soziale Interessen, das von aktiven Bürgerinnen und Bürgern wie hier z.B. der Bürgerinitiative „Rettet Hüttenheim!" betrieben wird, ein Lichtblick im trostlosen Grau einer Politik, die nur 'weitermachen wie bisher' kennt.

Einsichtsrecht in Umweltakten

von Norbert Mann*

Die Grünen im Bundestag haben im vergangenen Jahr eine besonders von Theo Schiller profilierte Forderung der Liberalen Demokraten nach einer „gläsernen Umwelt" aufgegriffen und beispielhaft einen Gesetzentwurf zum Einsichtsrecht in Umweltakten der Öffentlichkeit präsentiert. Damit soll der erste Schritt gemacht werden, Bürgern, Initiativen und Betroffenen frühzeitig und umfassend Einblick in staatliche Planungsvorhaben zu geben. Dieser Gesetzentwurf wurde in einer Anhörung erstmalig mit Experten der Fachöffentlichkeit diskutiert und hat ein reges, teilweise kontroverses Echo gefunden.

Ein von mir außerordentlich geschätzter Journalist schrieb mir am 29. Oktober 1985 zu unserem Gesetzentwurf, wir würden mit dieser Initiative die große, die wahre, die oft gescheiterte Revolution beginnen, nämlich die Verwaltung zu Transparenz zu zwingen. So ist es, und genau dies ist die Aufgabe der Grünen! Unser Entwurf für ein Gesetz über das Einsichtsrecht in Umweltakten ist zugleich realpolitisch und fundamental. Wie auch bei der sonstigen Auseinandersetzung um grüne politische Perspektiven handelt es sich hier nur um einen scheinbaren Gegensatz. Unser Gesetzentwurf ist realpolitisch, weil beispielsweise ein Staat wie die USA seit etwa zwangzig Jahren mit dem „Freedom of Information Act" über ein weitergehendes Gesetz als das von uns vorgelegte verfügt.

Zunächst möchte ich aber noch darauf hinweisen, daß dieser Gesetzentwurf der allererste Versuch überhaupt ist, im deutschen Rechtsbereich das Recht auf Einsicht in Umweltakten für Jedermann und jede Frau zu regeln.

Die bisherigen Forderungen zur Übertragung des amerikanischen „Freedom of Information Act" in innerstaatliches Recht und die Empfehlung des Europarates beschränken sich auf Appelle, ohne sich zu Fragen der praktischen Umsetzung des Prinzips der Verwaltungstransparenz zu äußern.

Der Gesetzentwurf schafft einen Rechtsanspruch für Jedermann und jede Frau, natürliche und juristische Personen, ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, auf Einsicht in Umweltakten, ohne Nachweis eines berechtigten Interesses oder Angabe eines Verwendungszweckes. Es geht um die Schaffung eines neuen Bürgerrechtes, auf Kontrolle der Bürokratie durch Einsicht in Akten der Umweltverwaltung. Die Ausübung dieses Rechtes an bestimmte Zwecke und Voraussetzungen oder das Anliegen eines berechtigten Interesses zu binden, würde die Intention dieses Rechtes beeinträchtigen:

Die Kontrolle des Kontrolleurs darf es nicht geben

Die Ausgestaltung der Regelungen des Gesetzentwurfes verfolgt die Absicht, die Akteneinsicht zur tausendfach genutzten Alltäglichkeit werden zu lassen. Als Regelfall bei der Formulierung des Gesetzes hatten wir folgendes vor Augen: Ein Bürger erhält Kenntnis von einem ihn interessierenden Vorgang. Er sucht ohne Voranmeldung die zuständige Behörde auf und bittet um Akteneinsicht. Ein Sachbearbeiter, der den Akteninhalt kennt, überprüft kurz die Akten im Hinblick auf Daten- und Geheimnisschutz sowie u.U. behördliche Schutzinteressen, bevor die Akten der Person herausgegeben werden. Die Gewährleistung einer solchen, möglichst unkomplizierten, Rechtsausübung verlangt zweierlei: Eine klare Fassung der Vorschriften und die Regelung eines reibungslosen Verfahrensablaufes.

> Der Gesetzentwurf zum Akteneinsichtsrecht ist erhältlich beim Arbeitskreis Recht + Gesellschaft. Die Grünen im Bundestag, Bundeshaus, 5300 Bonn 1

Die Behörden, die seit ewigen Zeiten an ihre Geheimhaltungspraxis gewöhnt sind, sind durch präzise gesetzliche Vorgaben an dieses neue Gebot der Aktenöffentlichkeit und Transparenz der Verwaltung zu binden. Im Gesetzentwurf mußte und wird deshalb weitgehend auf Generalklauseln, unbestimmte Rechtsbegriffe und Ermessensspielraum verzichtet.

Zielkonflikte bei der Akteneinsicht

Bei der Regelung der Akteneinsicht waren vor allem zwei Zielkonflikte zu bewältigen: Der Datenschutz und der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.

Der **Datenschutz,** dem die Grünen zurecht seit langem besondere Aufmerksamkeit schenken, ist nicht ausschließlich als Individualschutz aufzufassen, hinter dem sich der Staat vor Informationsbegehren und Bürgerkontrolle verstecken kann. Datenschutz heißt auch, Regeln der Offenlegung zu finden, die nachvollziehbar machen, wer was wann von wem weiß und wissen darf.

Unser Gesetzentwurf geht deshalb vom grundsätzlichen Verbot der Offenbarung personenbezogener Daten aus. Im Umweltbereich interessieren vorwiegend naturwissenschaftliche und technische Einzelheiten, die Aufschluß über die Umweltrelevanz einer Produktionsanlage oder eines bestimmten Verhaltens geben.

Der vorliegende Regelungsvorschlag trennt nunmehr die beim Akteneinsichtsrecht interessierenden und zu offenbarenden Daten von denjenigen, die aus Gründen des individuellen Datenschutzes geheimgehalten werden sollen, indem er den Begriff der umweltbezogenen Angaben einführt und die Akteneinsicht auf diese sachbezogenen, nämlich umweltbezogenen Angaben beschränkt.

Daneben wird nur bezüglich weniger, häufig ohnehin bekannter oder teilweise auch im Rahmen von Bürgerbeteiligungsverfahren bekanntzugebender personenbezogener Daten ein Zugang gewährt, nämlich Name, Vorname, Beruf, Anschrift.

Die Offenbarung dieser wenigen personenbezogenen Daten ist gerechtfertigt, um den Zugang zu umweltbezogenen Daten, dem Ziel des Akteneinsichtsrechts, nicht zu versperren und damit die Ausweitung der für die Bürger und Bürgerinnen notwendigen Informationen zur Beurteilung ihrer Umwelt, die Verstärkung der Verwaltungskontrolle und damit die Verbesserung des Umweltschutzes zu ermöglichen.

Der Gesetzestext verbietet es auch, den **Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen** den unbedingten Vorrang einzuräumen. Zunächst kann nach unserem Vorschlag Geheimnisschutz nur beansprucht werden, wenn durch die Offenbarung ein nicht nur unwesentlicher wirtschaftlicher Schaden droht. Die Offenbarung ist in solchen Fällen gleichwohl zulässig, soweit das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis in Angaben über schädliche Umwelteinwirkungen oder Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen besteht. Wer die der Allgemeinheit zustehenden Naturressourcen benutzt oder ausbeutet und wer Gefahren oder sogar Schäden für die Allgemeinheit durch sein Verhalten oder seine wirtschaftliche Tätigkeit verursacht, kann sich gegenüber den Informationsbedürfnissen der Allgemeinheit nicht unter Berufung auf seine privaten Interessen durch Geheimhaltung verschließen.

Als dem Eigentum unterfallendes Recht unterliegen die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Sozialbindung, Art. 14 GG.

Die weiteren Schwerpunkte des Gesetzes möchte ich nur stichpunktartig aufzählen:

- Der **Begriff der Akten** ist umfassend gemeint und bezieht sich beispielsweise auch auf computermäßig festgehaltene Messungen von Emissionen;
- **Informationsbeschaffungsrechte:** sofern Umweltvorschriften bestimmte Personen zur Führung von Nachweisbüchern o.a. Aufzeichnungen verpflichten, die der zuständigen Behörde auf Verlan-

gen vorzulegen sind, kann jedermann von der Behörde fordern, daß diese ihr Recht auf Vorlage ausübt;

- Die **Pflicht zur Veröffentlichung von allgemeinen Verwaltungsvorschriften,** also von verwaltungsinternen Regelungen, die zur Durchführung von Umweltgesetzen erlassen werden; daneben sind besondere behördliche Datensammlungen wie Emissionskataster und Abwasserbücher ohne Akteneinsicht generell allgemein zugänglich zu machen.
- **Das Gesetz enthält ausführliche Verfahrensvorschriften, um behördliches Widersetzen und Unterlaufen des Akteneinsichtsrechts zu verhindern;** desweiteren die Pflicht zur Unterstützung und Erläuterung der Aktenbestimmung und Aktenvorlage, um zu verhindern, daß die Behörde den Informationsanspruch in einer Informationsflut untergehen läßt, kurze Bescheidungsfristen und umfangreiche Begründungspflichten bei Ablehnung eines Akteneinsichtsrechts oder Beschränkungen;
- Daneben **Gebührenregelungen,** desweiteren die Angleichungen der Geheimhaltungsvorschriften des Bundesimissionsschutzgesetzes und des Chemikaliengesetzes an das Akteneinsichtsrechtsgesetz. Das Gesetz stellt die bereichsspezifische Regelung der Aktenöffentlichkeit, bezogen auf das Umweltschutzrecht im engeren Sinne dar.

Langfristig ist an einem umfassenden Akteneinsichtsrechtsgesetz zu arbeiten, welches für alle Verwaltungsbereiche gilt und welches die faire und demokratische Verteilung von Informationen in der Gesellschaft beinhaltet. Eine solche Datenverkehrsordnung hat auch die Datenschutzgesetze als Teil der Informationsverteilung mit einzubeziehen. So wird beispielsweise 1984 vom kanadischen Quebec ein Gesetz erlassen, welches den Datenschutz und „Freedom of Information Act" in einem gemeinsamen Gesetz regeln. Im Programm für die Bundestagswahl 1980 forderte die FDP ein Recht auf Akteneinsicht. Trotzdem ist unsere Initiative im guten Sinne fundamental oder besser radikal insofern, als wir mit außerordentlich starken Widerständen, vor allem seitens der Exekutive rechnen. Ich selbst möchte unseren Gesetzentwurf als ein gelungenes Beispiel radikaldemokratischer, grüner Reformpolitik bezeichnen. Wir wollen mit unserer Initiative zum einen den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen qualitativ verbessern und wollen zum anderen Bürgerrechte stärken, ein Mehr an Demokratie wagen. Die Zeit dafür ist überreif. Die Situation unserer Umwelt – beispielhaft erwähne ich das Waldsterben sowie die Vergiftung von Wasser, Luft und Boden – erfordert radikale Veränderungen. Eine Reihe von Skandalen zeigt, daß Unternehmen jahrelang ungehindert und mit Wissen der Behörden die Umwelt zerstörten, obwohl sich Art und Umfang der Umweltbeeinträchtigungen ohne weiteres aus den Akten der Umweltverwaltung entnehmen ließ. Der Ruf nach einer Umweltpolizei oder nach einer Verschärfung der Umweltkriminalitätsbekämpfung zeigt unserer Überzeugung nach keinen Ausweg zur Lösung dieser Probleme auf. Die demokratische Antwort auf derartige Herausforderungen liegt vielmehr in einer Stärkung der Bürgerrechte und in der Herstellung von Öffentlichkeit. Dies belegen die vielfältigen Erfahrungen der Bürgerrechtsbewegung der letzten fünfzehn Jahre. Wir vertrauen auf den viel zitierten, häufig mißbrauchten mündigen Bürger. Das von uns geforderte Einsichtsrecht in Umweltakten ermöglicht es, daß frühzeitig und umfassend informierte Bürger auf die Planungen von umwelt- und gesundheitsgefährdender Produktion Einfluß nehmen und diese so nötig auch verhindern.

** Der Verfasser ist MdB der Grünen.*

Bundestagswahl 1987 Informationsfreiheitsgesetz?

Das Thema 'Gläserne Verwaltung' scheint mittlerweile im kommenden Bundestagswahlkampf für Linkes-Liberale einen zentralen Stellenwert zu bekommen. Der Bundesvorstand der LIBERALEN DEMOKRATEN hat zu einem a. O. Bundesparteitag am 22. Juni '86 nach Dortmund geladen. Dem Bundesparteitag liegt folgender Antrag zur Diskussion vor:

Bundestagswahl 1987

1. Die Bundestagswahl 1987 stellt die Liberalen Demokraten, die sich nicht mit Kandidaten und Listen an ihr beteiligen werden, vor die Frage, wie sie sich in die Wahlauseinandersetzung einbringen können, um den Aufbau ihrer Partei fortsetzen zu können und um das politische Ziel zu erreichen, die Regierung Kohl/Genscher abgelöst zu sehen.
2. Vom Grundsatz her bieten sich zunächst drei Beteiligungsformen für die Liberalen Demokraten:

Das Herausstellen eines Bündels von Forderungen in Form von z.B. Wahlprüfsteinen, um Entscheidungshilfen anzubieten.

Die Veranstaltung von Foren, um politische Forderungen zu diskutieren.

Die bewußte Beschränkung auf eine Forderung, für die den Liberalen Demokraten eine besondere Kompetenz zugesprochen wird.

3. Angesichts der Möglichkeiten der Liberalen Demokraten, sich in der Öffentlichkeit zu artikulieren, sollten sie sich auf eine Forderung beschränken. Diese Forderung sollte die nach der Informationsfreiheit, nach der 'Gläsernen Verwaltung' sein, wie sie in dem Programm „Die Demokratie erneuern" Eingang gefunden hat.
4. Um die Forderung möglichst perfekt zu machen, sollte mit den infrage kommenden Parteien verhandelt werden mit dem Ziel, einer von ihnen die volle Unterstützung der Liberalen Demokraten gegen die Zusage zuzusichern, daß die Forderung nach einem Informationsfreiheitsgesetz erfüllt wird, wenn hierzu die parlamentarischen Möglichkeiten ausreichen.
5. Damit die Liberalen Demokraten sich glaubhaft für diese Partei oder Gruppierung einsetzen können, sollte diese publizistisch auf die Liberalen Demokraten und ihre zu verwirklichende Forderung hinweisen.
6. Der Bundesparteitag wird gebeten, die Reihenfolge der infrage kommenden Parteien festzulegen, mit denen im Sinne der Ziffern 4 und 5 verhandelt werden soll.

Ob es bei dieser einen Forderung bleibt oder ob die Delegierten nicht doch noch draufsatteln, etwa beim Ausländerwahlrecht, steht dahin.

H.-H. S.

Die Bewährung liegt noch vor uns

Vortrag zur Eröffnung der ›Woche der Brüderlichkeit‹ in Hamburg am 2. März 1986

von Hildegard Hamm-Brücher, MdB-FDP

Für viele Bürger mochte das Thema der „Woche der Brüderlichkeit" – „Die Bewährung liegt noch vor uns" – ein Ärgernis, vielleicht eine Torheit sein. Hatten sie doch gehofft, daß die lästige Vergangenheit spätestens mit der historischen Rede des Bundespräsidenten am 8. Mai 1985 endgültig „bewältigt" sei. Tatsächlich sieht es nun heute – knapp ein Jahr später – so aus, als trüge diese Hoffnung. Da gibt es zahlreiche Anzeichen für wiederaufbrechende antisemitische und neonazistische Strömungen, begleitet von erschreckend demonstrativen Akklamationen und Sympathien, was mindestens ebenso erschreckend ist. Und da gibt es hierfür leider auch nicht viel mehr als betretenes Schweigen seitens der Politiker. Vor „der Sünde des Wegsehens" hat ja schon Theodor Heuss wiederholt gewarnt, und es wäre schlimm, wenn wir uns dieser Sünde abermals schuldig machten.

So verstanden, empfinde ich das Thema der diesjährigen „Woche der Brüderlichkeit" als eine Herausforderung. Als eine doppelte sogar:

- Einmal als Nachfrage, weshalb 40 Jahre Nach-Hitler-Zeit offenbar nicht ausgereicht haben, die Bewährungsprobe der Nach-Hitler-Zeit ein für allemal bestanden zu haben,
- und zum anderen als Anfrage, wie wir uns nun – angesichts dieser wiederaufbrechenden Tendenzen – bewähren wollen – nun, da offenbar ein „Nachkriegstabu zerbrochen" ist (DIE ZEIT) – (wie erschreckend wäre es, wenn es sich hier tatsächlich um nicht mehr als ein „Tabu" der Politiker gehandelt hätte und nicht um eine ehrliche gemeinsame Überzeugung!).

Ja, es ist eine Herausforderung anläßlich der "Woche der Brüderlichkeit" 1986, daß wir uns zumuten müssen, uns diesen beiden Fragen neuerlich zu stellen: Haben wir in den letzten 40 Jahren alles getan, um unsere Bewährungsprobe zu bestehen, und wie stehen wir heute zu dem damals vor über 40 Jahren in unserem Namen geschehenen schrecklichen und grausamen Unrecht an Millionen und Abermillionen Juden, Polen, Russen, aus rassischen – oder angeblich sozialen Gründen – Verfolgten, Gemordeten, Vernichteten...? Wie denken wir – wie sprechen wir heute darüber? Wie verhalten wir uns im Umgang mit Überlebenden oder deren Nachkommen? Das ist die Bewährung, um die es heute geht. Richard von Weizsäcker hat hierzu klare Maßstäbe gesetzt, als er am 8. Mai 1985 sagte: „Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zu einem Teil des eigenen Innern wird... Gerade deshalb müssen wir verstehen, daß es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann... Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen... Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren...

Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind mitverantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird. Wir Alten schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen ihnen helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten..."

Diese Botschaft, die auf uns – nach den quälenden Diskussionen über die Bedeutung des 8. Mai 1945, über Bitburg und über das Motto zum Schlesiertreffen – klärend und befreiend gewirkt und die in der ganzen Welt Achtung und Zustimmung gefunden hat – diese Botschaft empfinde ich als eine fortwirkende Verpflichtung, an der alles zu messen ist, womit wir es nun zu tun haben.

Wider der „Sünde des Wegsehens"

Des Geschehenen ehrlich und rein zu gedenken und dieses Geschehen anzunehmen – wie haben wir es damit seit 1945 gehalten? Diese Frage nach der Bewährung ist ja nicht erst seit einem Jahr gestellt, sondern seit jener sogenannten „Stunde Null", an die sich nur die Älteren unter uns noch erinnern können und die Theodor Heuss treffend als Datum bezeichnet hat, an dem wir „vernichtet und erlöst zugleich" waren.

„Vernichtet und erlöst" – diese „paradoxe", schicksalhafte Verstrickung der Nachkriegszeit hatten bereits die Märtyrer des Widerstands erkannt. Ich zitiere drei, die ich als eine fortwirkende Mahnung verstehe:

Die Flugblätter der „Weißen Rose" beschäftigten sich bereits 1942 gedanklich mit der Nach-Hitler-Zeit. Ich zitiere:

„...aus Liebe zu kommenden Generationen muß (deshalb) nach Beendigung des Krieges ein Exempel statuiert werden, daß niemand auch nur die geringste Lust verspüren sollte, Ähnliches aufs Neue zu versuchen."

In einem seiner letzten Briefe aus dem Zuchthaus Tegel schrieb Pfarrer Dietrich Bonhoefer im März 1945:

„Nur durch die Niederlage können wir Sühne leisten für die furchtbaren Verbrechen, die wir gegen Europa und die Welt begangen haben."

Und zur gleichen Zeit etwa schrieb in einem anderen Berliner Gefängnis der Geowissenschaftler Albrecht Haushofer in einer seiner Moabiter Sonetten unter der Überschrift „Untergang":

„...Daß dieses Volk die Siege nicht ertrug – die Mühlen Gottes haben schnell gemahlen. Wie furchtbar muß es nun den Rausch bezahlen.

Es war so hart, als es die anderen schlug, so taub für seiner Opfer Todesklagen – Wie mag es nun das Opfer-Sein ertragen..."

Wenn wir uns heute Rechenschaft ablegen, ob wir die Sühne für die furchtbaren Verbrechen, die während der Nazi-Herrschaft im deutschen Namen gegen Millionen Menschen begangen wurden, wirklich geleistet – ob wir das Exempel statuiert haben? Wie wir das „Opfer-Sein" ertragen haben – und was uns daraus erwachsen ist? – Dann zögere ich mit einem klaren „ja" oder „nein" ... Erst spätere Historiker werden das objektiv beurteilen können. Ich persönlich bis aus eigener Erfahrung der Meinung, daß wir es trotz ernsthafter Bemühungen wohl doch nicht ausreichend geschafft haben.

Schauen wir zurück: 1945 waren wir Deutschen ein äußerlich und innerlich total zerstörtes, demoralisiertes und entkräftetes Volk, mit einer schrecklichen Vergangenheit belastet und ohne Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Wie sollte es gelingen, dieses allen freiheitlichen und demokratischen Prinzipien abholde Volk mit den Bedingungen eines freiheitlichen Gemeinwesens zu befreuen? Wie sollte es gelingen, verlorenes Ansehen und Vertrauen bei den europäischen Nachbarn und in der Welt zurückzugewinnen? Und wie konnte nach der totalen wirtschaftlichen Zerstörung und Demontage, nach dem Zustrom von über 10 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen aus osteuro-

päischen Ländern ein materieller Aufbau überhaupt eine Chance haben?
Die Ausgangslage nach Kriegsende war also von schweren Hypotheken belastet, die teilweise bis heute und auch in Zukunft fortwirken. Theodor Heuss, unser erster Bundespräsident (1949 bsi 1959), beurteilte die Chancen für eine Demokratiewerdung der Deutschen nach 1946 sehr skeptisch: „Es ist das geschichtliche Leid der Deutschen, daß die Demokratie von ihnen nicht erkämpft wurde, sondern als letzte, als einzige Möglichkeit der Legitimierung eines Gesamtlebens kam, wenn der Staat in Katastrophen zusammengebrochen war. Dies ist die Last, in der der Beginn nach 1918, in der der Beginn bis heute mit uns steht ... das Fertigwerden mit den Vergangenheiten..."

Entnazifizierung

„Das Fertigwerden mit den Vergangenheiten" – das war ja die erste, die wichtigste, aber auch schwierigste Konsequenz, die wir aus der Zeit des Nationalsozialismus zu ziehen hatten.
Und zwar zuerst einmal ganz vordergründig und formal: Wer war „Nazi" gewesen – mit welchen Ämtern und Positionen – mit welcher Schuld und Verantwortung belastet? Wenn ich mich an die erste Nachkriegszeit zurückerinnere, dann fällt mir außer dem starken Glücksgefühl, frei – und vor allem frei von Angst – zu sein – abgesehen auch von Not, Zerstörung und Mangel an allen Gütern des täglichen Bedarfs – die sogenannte „Entnazifizierung" ein. Sie war die erste und für viele Deutsche die einzig greifbare Konsequenz aus ihrer Zugehörigkeit und Zustimmung (zumindest, so lange es mit den Nazis aufwärts ging) zum Nationalsozialismus. Die Entnazifizierung war ein mehr oder weniger bürokratisches Verfahren, das über Fragebögen abgewickelt wurde und dem in schweren Fällen Verhandlungen vor Spruchkammern folgten. Kleinere Nazis kamen dabei mit dem Schrecken davon, größeren wurden Geldstrafen auferlegt – zeitweise auch Berufsverbot (das bereits in den 50er Jahren durch ein großzügiges Wiedereinstellungsgesetz, das sogenannte 131er Gesetz korrigiert wurde). Größerer Schuld und Verantwortung verdächtige Nazis kamen in den ersten Nachkriegswochen in Lager – ein Teil davon später vor ordentliche Gerichte. Viele braune „big-shots" tauchten unter (einige bis heute). Zur Einsicht und inneren Umkehr dürften diese Verfahren nach meiner Erfahrung wenig beigetragen haben.

Dennoch gab es viele Deutsche, die sich ihrer braunen Vergangenheit, ihrem Mitläufertum oder ihrer Zustimmung (zumindest in ihrem stillen Kämmerlein) geschämt haben. Von Politik – von Demokratie gar – wollte zumindest bis Ende der 40er Jahre, Anfang der 50er Jahre kaum jemand etwas wissen. Die Jüngeren werden erstaunt fragen: Wer aber hat dann in dieser desolaten Konstellation eigentlich die ersten Schritte für einen demokratischen Neuanfang getan? – Nun, zweifellos vor allem die westlichen Besatzungsmächte. Sie hatten ziemlich genaue Listen mitgebracht von unbescholtenen, von verfolgten Deutschen der älteren Generation, die sie örtlich mit ersten öffentlichen Aufgaben betrauten. Die westlichen Alliierten waren es, die Ende 1945 die ersten Parteien und Zeitungsblättchen lizensierten, Kommunalwahlen vorbereiteten und ab 1946 in ihren Besatzungszonen demokratische Verfassungen ausarbeiten ließen, die zum Beispiel in den Ländern der US-Besatzungszone bereits am 1. Dezember 1946 durch Volksabstimmung angenommen wurden.

Demokratiewerdungsprozeß

Unter der Oberfläche dieses von oben angeordneten Demokratiewerdungsprozesses existieren tiefe Risse – und es fehlte jedes Fundament (Heuss-Zitat). Da waren zweifellos noch eine stattliche Anzahl echter Nazis übriggeblieben, die sich zunächst stillverhielten – in späteren Jahren jedoch immer wieder einmal ihre Rückkehr und Rehabilitierung probten. Dann gab es die große Mehrheit der im Grunde ziemlich unpolitischen Mitläufer und die jüngere Generation, die nichts anderes als den Nationalsozialismus gekannt hatte, die sich mißbraucht fühlte und teilweise von Selbstmitleid erfüllt war. Nur eine hauchdünne Schicht von Anti-Nazis, Demokraten, Christen, Gewerkschaftern, Intellektuellen hatten überlebt, waren weder ausgewandert noch umgebracht worden. Sie waren es, die alle verbliebenen Kräfte einsetzten, um Konsequenzen aus den Erfahrungen der Hitlerzeit und dem Scheitern der Weimarer Demokratie zu ziehen.

Wenige Schuldbekenntnisse

Ein eindeutiges Schuldbekenntnis wurde eigentlich nur von der Evangelischen Kirche am 19. Oktober 1945 abgelegt. Darin heißt es: „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden..."„Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregime seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat, aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben." Wenn ich mich an das erste Nachkriegsjahrzehnt und bis in die 60er Jahre zurükkerinnre, dann war es unter den führenden Nachkriegspolitikern vor allem Theodor Heuss (seit 1949 unser erster Bundespräsident) mit seinen konsequenten und anrührenden Bekenntnissen (und eigentlich nur er), der uns Deutschen die Zusammenhänge von politischer Schuld und Sühne wieder und immer wieder ins Gedächtnis zurückgerufen hat.

Hierfür drei Zitate, die für ungezählte andere sprechen:
1. „Wir Lebenden, wir Überlebenden stehen noch im unmittelbaren Eindruck. Wir kannten den und den und den, der nicht mehr ist. Wir wissen von den Qualen, in denen er unterging. Es sind viele auch heute in diesem Hause, die Verfolgung, Demütigung, Gefängnis, Zuchthaus, KZ erlitten, sie sind in ihrem Sein, in ihrem Erzählen, in ihrem Wirken die anklagenden Zeugen der schlimmen Jahre. Aber auch sie, wie wir, werden eines Tages nicht mehr sein. Namen und Erinnerungen verblassen... Aber gerade das darf nicht eintreten.
Das deutsche Volk hat es sich leicht gemacht, zu leicht gemacht in seiner Masse, sich in die Fesseln des Nationalsozialismus zu geben. Es darf es sich nicht leicht machen, diese Fesseln, an denen es schlimm trug, von denen es sich nicht selber hatte lösen können, es darf es sich nicht leicht machen, die bösen Dinge wie einen wüsten Traum hinter sich zu werfen... um unserer moralischen Volkszukunft willen..."
2. „Mut zur Liebe" (7. Dezember 1949) „Wir dürfen nicht vergessen, dürfen auch nicht Dinge vergessen, die die Menschen gerne vergessen möchten, weil das so angenehm ist. Wir dürfen nicht vergessen die Nürnberger Gesetze, den Judenstern, die Synagogenbrände, die Abtransporte von jüdischen Menschen in die Fremde, in das Unglück, in den Tod. Das sind Tatbestände, die wir nicht vergessen dürfen, weil wir es uns nicht bequem machen dürfen..."
3. Rundfunkansprache zur Woche der Brüderlichkeit 1952: „Mir hat neulich einer einmal geschrieben, ich solle doch nicht mehr gegen den Nationalsozialismus etwas sagen – der sei ein Stück geschichtliches Schicksal gewesen, wie es eben über die Völker komme. Ich konnte ihm nur antworten: so bequem dürfen wir es uns nicht machen.
...Wer möchte die Unverfrorenheit besitzen, jüdischen Menschen zu sagen: 'Vergeßt doch nicht!' So billig, das Wort im moralischen wie im materiellen Sinn, wird Hitlers Hinterlassenschaft nicht beglichen – es ist eine unerhört schwierige Aufgabe, sich durch das Erbe dieser Geschichte hindurchzuarbeiten. Denn aus viel Leid ist auch viel Haß erzeugt worden – wer wollte sich darüber wundern?"

Zeit der Verdrängung

Wenn wir uns heute bemühen wollen, über unsere Geschichte der Nach-Hitler-Zeit nachzudenken, dann sind diese Dokumente von großer Bedeutung. Denn leider sind die Bemühungen von Theodor Heuss in der Folgezeit nicht mit der gleichen Intensität und Überzeugungskraft fortgesetzt worden. In meiner Erinnerung waren es eher gegenläufige Tendenzen, die in der Zeit des florierenden Wirtschaftswunders den mühsam in Gang gekommenen politischen und moralischen Prozeß der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus schon bald überlagerten. Man wollte vergessen und verdrängen, was in deutschem Namen geschehen war, und man tat es auch. Man glaubte mit der materiellen Wiedergutmachung sei alles abgegolten.

Unter dieser Verdrängung haben junge Deutsche, die wie ich die Nachkriegszeit bewußt als „Nach-Hitler-Zeit" verstehen wollten, sehr gelitten. Wir waren von dieser öffentlichen und privaten Einstellung und dem Ausmaß der konservativen Restauration sehr enttäuscht. Ich erwähne dies nicht, weil ich meine damalige Enttäuschung besonders herausstellen möchte, sondern weil dies im Laufe der 60er Jahre immer mehr – vor allem junge – Menschen so empfanden. So wurde das Ende der Ära Adenauer – Mitte der 60er Jahre – zugleich auch der Beginn einer Zeit des Aufbegehrens und des Umbruchs.

Die bis dahin versäumten gesellschaftlichen Reformen wurden beklagt, Demokratisierung und Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen gefordert.

2. Abschnitt unserer Demokratiewerdung

Mit den seit 1967 um sich greifenden Studentenunruhen und der Entstehung einer starken außerparlamentarischen Opposition begann der zweite Abschnitt unserer Demokratiewerdung. Es war die gleiche Zeit, in der das heiß diskutierte Buch von Alexander Mitscherlich „Über die Unfähigkeit zu trauern" der westdeutschen Gesellschaft den Spiegel ihrer mangelhaften Aufarbeitung der Vergangenheit vorhielt. Das Geschehene war verdrängt, die notwendige Trauerarbeit versäumt worden. Bis zu dieser Zeit waren freiheitliche Veränderungsprozesse nicht erprobt worden. Nun werden sie in allen Bereichen auf einmal gefordert. Viele dieser Reformen sind steckengeblieben oder ganz gescheitert. Insgesamt aber haben die Studentenunruhen doch eine spürbare Fortentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft und ihres Selbstverständnisses erbracht. Ich denke an das großartige Engagement ungezählter junger Menschen für Menschenrechte, Frieden und Gerechtigkeit – an die ungezählten großen und kleinen Beispiele für mehr Mitmenschlichkeit, die besonders in den letzten zwei Jahrzehnten neuen demokratischen Lebensformen Auftrieb gegeben haben. Und ich denke auch an das Engagement der örtlichen Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

Aussöhnung mit dem Osten

In diese Zeit eines ersten selbständigen demokratischen Aufbruchs fallen auch die Ostverträge und die Bemühungen um Aussöhnung und Entspannung mit den osteuropäischen Staaten.
Und in diese Zeit fällt auch ein 1979 nach langen Kämpfen mit großer Mehrheit gefaßter Beschluß des Bundestages, die Verjährungsfrist für Naziverbrechen endgültig aufzuheben – eine der verspäteten, aber wichtigen Konsequenzen aus der Tatsache, daß viele ungesühnte Naziverbrechen andernfalls nicht hätten weiterverfolgt werden können.
Dennoch: Eigentlich waren es Medienereignisse wie die Holocaust -Serie, der Majdanek-Film und andere verdienstvolle Beiträge, mit denen endlich das Tabu des Schweigens und Verschweigens aufgebrochen wurden. Nun endlich wurde in vielen Wohnstuben der Nation diskutiert, nachgedacht, bekannt...

Nach 40 Jahren neue Dreistigkeit

Das Datum des 40. Jahrestages des Kriegsendes und der Befreiung von der Nazi-Diktatur – von der wir uns nicht aus eigener Kraft befreien konnten – hat die alten schmerzhaften Wunden in ihrer ganzen Tiefe aufbrechen lassen.
Da gab es einerseits die große Rede von Richard von Weizsäkker, die in der geistigen Nachfolge von Theodor Heuss stand und die uns ein neues Stück Tradition für unsere immer noch und immer wieder angeschlagene demokratische Kultur (DIE ZEIT nennt sie ein „Kunstprodukt") erbracht hat. Dann aber folgte eine ganze Serie schockierender Ereignisse, vom Kameradschaftstreffen ehemaliger SS-Verbände, über die Auseinandersetzungen mit dem Fassbinder-Stück, die antisemitischen Äußerungen alter und junger Parteifunktionäre und altneue Auseinandersetzungen über die Entschädigung für Sklavenarbeiter in Rüstungsbetrieben. Diese Ereignisse haben die erschreckende Diskrepanz aufgezeigt zwischen dem Anspruch Richard von Weizsäckers an unsere geschichtlich fortwirkende Verantwortung einerseits und dieser Wirklichkeit andererseits.
Diese Diskrepanz ist es, die auch die diesjährige Woche der Brüderlichkeit überschattet und nicht zuläßt, daß wir uns in die Sphäre gehobener Feierlichkeit vom grauen Alltag der Wirklichkeit absetzen. Vielleicht ist dies übrigens schon zu oft und zu lange so gehalten worden. Die einen – eine Minderheit – setzen die Maßstäbe und die anderen – eine Mehrheit – halten sich an die sogenannten Realitäten oder schweigen. Anders ist das Glaubwürdigkeitsdefizit zwischen Reden und Verhalten jedenfalls nicht zu erklären. Davor aber müssen wir uns hüten, weil Glaubwürdigkeitsdefizite dieser Art nicht wieder gut zu machenden Flurschaden an unserer politischen Kultur anrichten.

Glaubwürdigkeitsdefizite

In diesen unaufgearbeiteten Defiziten liegt übrigens auch der Schlüssel zum Verständnis des unnatürlich verkrampften Generationskonflikts, den wir seit den 60er Jahren mit uns herumschleppen: Es reicht eben nicht aus, die Irrtümer, Versäumnisse und schuldhaften Verstrickungen unserer Geschichte an sperrigen Gedenktagen mehr oder weniger verlegen zu artikulieren. Wir müssen vielmehr in unserem politischen Denken, Handeln und Verhalten insgesamt menschlich und politisch glaubwürdig sein, und das bezieht sich gleichermaßen auf unsere unteilbare Verantwortung für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Unsere demokratische Ordnung wird so lange nicht endgültig gefestigt sein, als wir das nicht leisten – nämlich im Sinne von des ersten und sechsten Bundespräsidenten glaubwürdig zu sein. Hier liegt der Ansatzpunkt, um die Kontaktsperre zu nachwachsenden Generationen zu ent-sperren und sie für die von uns geschaffene demokratische Ordnung zu gewinnen. Hier muß der Grundstein für eine glaubwürdige demokratische Kultur erst noch gelegt werden! Auch diese Bewährung liegt noch vor uns!

Bewährungsproben

Damit bin ich bei unserem eigentlichen aktuellen Thema: Sind es nur Zufälle, daß sich in den letzten Monaten und Wochen Nachrichten über antisemitische Äußerungen häufen? Und wenn es wirklich nur Zufälle wären, wie ist dann die oft lauthalse und klammheimliche Zustimmung zu erklären? Und darf man beides zusammengenommen mit Schweigen oder Bagatellisieren übergehen? Ich meine Nein.
Unsere Sensibilität ist in jedem Fall für die zunächst unterschwellig freigesetzten Tendenzen gefordert. Wir dürfen die Wachsamkeit und den Protest nicht den unmittelbar Betroffenen überlassen. Wir dürfen es uns nicht abermals zu leicht machen. Von wiederaufbrechendem Rassismus, in welchem Gewand auch immer, und seien es auch nur Stammtischparolen, sind wir alle betroffen. Mit dem lapidaren Satz aus regierungsamtlichen Mund „Das deutsche Volk hat aus seiner Geschichte gelernt", ist das nicht abgetan. Es ist und bleibt nach wie vor eine „unerhört schwere Aufgabe" und es ist eine „unerhört schwere Aufgabe", unsere Geschichte so anzunehmen, wie Richard von Weizsäcker es zurecht verlangt. Denn: „Wer sich der Unmenschlichkeiten nicht mehr erinnern will, wird anfällig für neue Ansteckungsgefahren!" Und diese „unerhört schwere Aufgabe" gilt auch keineswegs nur für das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden, obgleich es hier ganz sicher am schwierigsten und schmerzempfindlichsten ist, wie wir immer wieder begreifen müssen. Es gilt ebenso für unsere Einstellung und Verhaltensweise gegenüber allen Gegnern und Opfern nationalsozialistischer Verfolgung – seien es politische Widerstandskämpfer oder Emigranten, Polen oder Russen, ja auch Amerikaner und Niederländer, oder auch jene fast total vergessenen Gruppen, der aus Rassendünkel, sozial Verfolgten und Vernichteten, der Sinti und Roma, der Zwangssterilisierten und Homosexuellen.
Die menschlich verständliche Mentalität, „es muß endlich einmal Schluß sein!", die sich, wie wir hörten, bereits Ende 1945 bemerkbar machte, hat eben zur Verdrängung und nicht zur Heilung geführt. Deshalb bedarf es auch weiterhin jener tapferen und geduldigen Aufarbeitung sowie der verständnis- und lernbereiten Auseinandersetzung.

Der politischen und moralischen ›Entsorgung‹ entgegentreten

Tendenzen zu einer politischen und moralischen 'Entsorgung' der Bundesrepublik (Habermas) von ihrer jüngsten Geschichte dürfen wir nicht zulassen! Stattdessen müssen wir geduldig und gewissenhaft die teils versäumte, teils verdrängte Aufarbeitung jenes „wüsten Geschehens" weiter leisten, bevor wir wirklich zu einer neuen „Normalität" finden können. Hierfür lassen sich die Erfahrungen aus der Psychoanalyse durchaus vom einzelnen Menschen auf Gruppen und Völker übertragen: Daß nämlich Verdrängen und Vergessen von Schuld und Angst, von Konflikten und Erfahrungen, nur scheinbar wirklich befreit, daß das Verdrängte vielmehr unausweichlich und oft verstärkt, mit verheerenden Folgen wieder zurückkehrt. Kommt das auf uns zu? Mit den Denkkategorien Fellners und Spees – und dem Heer ihrer Sympthisanten? Mit ausländerfeindlichen Skinheads und dem Heer ihrer Sympathisanten? Mit verbalen Kraftmeiereien und unüberhörbar revanchistischen Tönen auf Vertriebenentreffen (von denen die Mehrheit längst keine Vertriebenen mehr sind)?

Dauerhaftes Versöhnen meint dauerhaftes Erinnern

Das darf nicht geschehen, das dürfen wir nicht zulassen. Und deshalb ist Wachsamkeit geboten. Wir dürfen nicht durch Wegsehen oder durch Stillschweigen neuerlich versagen und dürfen uns auch nicht mit lauwarmer Distanzierung zufriedengeben. Dauerhafte Versöhnung setzt dauerhaftes Erinnern voraus! Diese Bewährung liegt tatsächlich noch vor uns! Deshalb müssen wir die Kräfte in unserem Lande unterstützen, die im Sinne unseres ersten und unseres sechsten Bundespräsidenten den Weg des Erinnerns zur Aussöhnung gehen. Und hierfür gibt es ja bewegende und ermutigende Beispiele, wie wir sie gerade vor zwei Wochen bei der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises vorgestellt haben....

Selbstkritik und Selbstbefreiung

Aber es mehren sich auch die Zweifel, ob sie stärker sind als wiederaufbrechende Gegenströmungen. Auf den ersten Blick ist die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland innen- und außenpolitisch eine Erfolgsstory. Erst auf den zweiten Blick stellen sich – im Rückblick auf diese 40 Jahre – im demokratischen Gefüge auch Schwachstellen und Haarrisse heraus, die wir nicht bagatellisieren oder verdrängen dürfen.
Mit tiefem Erschrecken müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß uns unsere eigene unzureichend aufgearbeitete Geschichte abermals einholt und herausfordert. Die Visionen der Märtyrer Bonhoefer und Haushofer und der Verfasser der Flugblätter der „Weißen Rose", die beschwörende Mahnungen von Theodor Heuss über die Bedeutung der weiterzuleistenden Trauerarbeit, dies alles liegt als konkrete Bewährungsprobe auf unserer Gegenwart und fortwirkend wohl auch auf unserer Zukunft. Aus dieser Sicht und auch aus der Einsicht vieler Deutscher steht die eigentliche politische, aber auch die seelisch-moralische Bewährungsprobe noch aus. Carl Popper, einer der großen Deutsch-Österreicher, der von Hitler außer Landes getrieben wurde, hat diese Bewährungsprobe politisch so definiert: „Nur aus unseren Irrtümern können wir lernen, und nur der wird lernen, der bereit ist, die Irrtümer anderer als Schritte zur Wahrheit zu schätzen – und der nach seinen eigenen Irrtümern sucht, um sich von ihnen zu entfernen..." Dieser Weg der Selbstkritik und Selbstentfernung ist uns aufgetragen. Aber es geht auch um etwas anderes – um etwas sehr Subtiles. Leo Beack – ein anderer großer deutscher Jude – hat es anläßlich seiner Begegnung mit Theodor Heuss so beschrieben: „Einander begreifen", schreibt Leo Baeck, „darin formt sich die innere Gemeinschaft mit ihrem Frieden, den sie gibt. Ein Ich hat zu einem Ich gesprochen, seelisches Geschick ist vernommen worden, das Wissen von einer seelischen Verbundenheit ist erwacht... Manch einer hat es so erfahren, wenn er zu Theodor Heuss – und einst zu seiner Frau – kam. Auch Menschen jüdischen Schicksals wissen voller Dankbarkeit darum. Sie, denen mehr als anderen das Leben seine schwersten Fragen gestellt hat. Mehr noch als andere sehnen sie sich danach, begriffen zu werden, denn sie sind, wie das Prophetenwort sie nennt, 'die an Hoffnung Gebundenen'. Wenn Theodor Heuss zu ihnen sprach, konnten sie dessen bewußt werden, weil ein seelisches Begreifen zu ihnen sprach."

„Seelisches Begreifen" des Geschehenen – diese Form des Erinnerns ist es, die, so glaube ich, als Schlüsselbegriff gelten kann, wenn wir den langen Prozeß der Normalisierung und Bewährung unseres Verhältnisses nicht nur zu unseren jüdischen Mitbürgern, sondern zu allen Opfern und Nachkommen von Opfern nationalsozialistischer Schreckenstaten beschreiten wollen! Erst „seelisches Begreifen" schafft dauerhaftes Verständnis, Vertrauen und führt zu guter Letzt zu Versöhnung. Wirklich „normalisieren" wird sich dieses Verhältnis erst dann, und nur dann, wenn wir gelernt haben, das in unserem Namen Geschehene „seelisch zu begreifen" und dieses „Begreifen" glaubwürdig zu vermitteln und mitmenschlich zu gestalten. Das ist gelebte Brüderlichkeit! Diese Bewährung ist jedem von uns auferlegt und sie muß erst noch und immer wieder bestanden werden.

Glückwunsch

Hildegard Hamm-Brücher konnte soeben ihren fünfundsechzigsten Geburtstag feiern. Sie zu feiern hatte die bayrische FDP dann doch nicht gewagt. Gelobt sei – nur dies eine Mal – die 5-Prozent-Hürde.
So hat die „loyale Dissidentin" (DIE ZEIT) für den Fall eines FDP-Wahlerfolges die Chance, im Bundestag weiter auf so Respekt-gebietende Weise liberale Glaubwürdigkeit einzuklagen. Ob's bei dieser FDP was nutzt, darf füglich bezweifelt werden. Aber das ist wohl gleichgültig. Gehört doch das Donquichottesque zur liberalen Mentalität.
Hildegard Hamm-Brücher hat die Id-Redaktion als liberale „Fundis" bezeichnet. Voilà, der liberalen „Realo" entbieten diese ein herzliches „Kopf-Hoch".

H.-H. S.

Kapital gegen Kapitalismus

Arbeiterfonds in Schweden

von Erik Gurgsdies

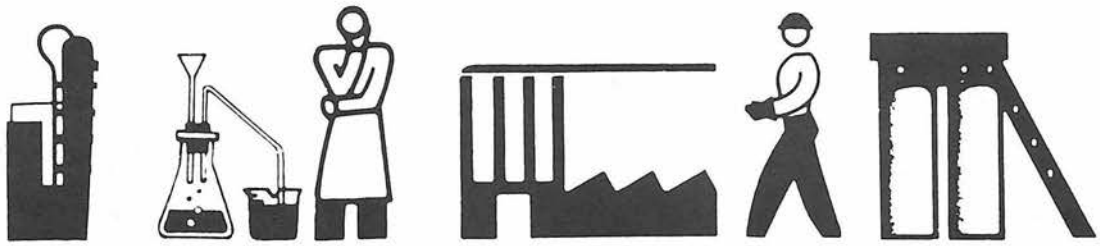
1984 hat die schwedische Regierung per Gesetz und nach langen Auseinandersetzungen mit Unternehmern und bürgerlichen Parteien sogenannte „Arbeitnehmerfonds" eingerichtet.
Erik Gurgsdies, Dozent an der Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ahrensburg, hat Gesetz und politische Auseinandersetzungen unter die Lupe genommen.

Es muß sich schon um etwas Besonderes handeln, wenn ungefähr 75000 dezent gekleidete Herren – auch Damen waren dabei – mittleren und fortgeschrittenen Alters mit Transparenten versehen den Innenstadtverkehr zum Erliegen bringen. Und in der Tat ereignete sich am 4. Oktober 1983 in Stockholm Besonderes: Mit einer Unternehmerdemonstration suchten Arbeitgeber und bürgerliche Oppositionsparteien eine letzte Einflußnahme auf Reichstagsmitglieder und Öffentlichkeit auszuüben.
Dabei waren die Fronten bereits deutlich abgesteckt: Transparente wie "Gewerkschaften gehören nicht in Unternehmensleitungen" oder "Arbeitnehmerfonds – Das perfekte Verbrechen!" markierten das schroffe Nein der Oppositionsparteien sowie der Arbeitgeber. Dem stand auf seiten der Sozialdemokraten sowie der ihnen nahestehenden Arbeitergewerkschaft *LO* der feste Wille gegenüber, die Arbeitnehmerfonds nach nahezu zehnjähriger politischer Diskussion über die parlamentarischen Hürden zu bringen. Da die Kommunisten Arbeitnehmerfonds nicht gut ablehnen konnten, war die parlamentarische Mehrheit sicher.

Das Gesetz

Ende 1983 beschloß der Reichstag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die Einführung regionaler Kapitalfonds zum 1.1.1984:

- Es werden fünf Regionalfonds eingerichtet, die in das System der seit Ende der fünfziger Jahre bestehenden Rentenfonds eingeführt werden.
- Die Fondleitungen bestehen aus neun Personen, wovon fünf Arbeitnehmerrepräsentanten sein müssen. Die Leitungen werden anfangs jährlich von der Regierung ernannt; gleichzeitig wird geprüft, wie die Leitungen zukünftig durch direkte Wahlen bestimmt werden können.
- Die Kapitalaufbringung geschieht auf doppelte Weise: Zum einen durch eine Gewinnabführung von zwanzig Prozent, wobei ein großzügiger Freibetrag kleine und mittlere Unternehmen ausspart. Diese Abgabe soll rund 1,5 bis 2 Milliarden Kronen erbringen. Zum anderen durch eine Anhebung der lohnbezogenen Rentenbeiträge der Arbeitgeber um 0,2 Prozent, die etwa 600 Millionen Kronen ergeben soll.
- Bis einschließlich 1990 sollen pro Fonds jährlich 400 Millionen Kronen zugeführt werden, die diese unabhängig voneinander und regionalbezogen in schwedischen Beteiligungswerten anzulegen haben. Schwerpunkt der Kapitalanlage soll das produzierende Gewerbe sein, dessen Eigenkapital- und damit Risikokapitalbasis gestärkt werden soll.



Perspektiven des Demokratischen Sozialismus

pds

Zeitschrift der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialimus (HDS)
ISSN 0176 - 0750

Herausgegeben von:
Iring Fetscher
Jiří Kosta
Leo Kißler
Norbert W. Kunz
Karl Theodor Schuon

Heft 1/1986

Wirtschaftsdemokratie
Konzeptionen
Realisierungsansätze
Internationaler Vergleich

Sven Papcke spricht mit András Hegedüs über die ›Demokratisierung des Realsozialismus‹

Jenö Koltay: Wirtschaftsreform und Wirtschaftsdemokratie in Ungarn

Leo Kißler: Sozialistische Unternehmensreform und Arbeitermitspracherecht in Frankreich

Ota Sik: Für eine zielbewußte Wirtschaftsdemokratisierung

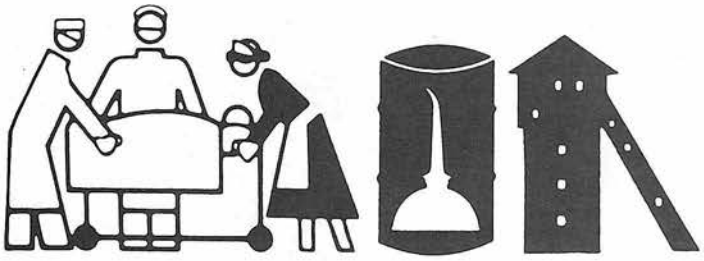
Außerdem: Diskussion zu Ökologie und Sozialismus, Programmdiskussion in der SPD, Demokratischer Sozialismus – Theorie oder Programm?

75 Seiten · DM 7.-

Die pds erscheinen viermal jährlich (3 reguläre plus 1 Sonderheft). Einzelhefte DM 5.-, Jahresabo DM 15.- (incl. Versand).

Die pds erscheinen im SP-Verlag, Norbert Schüren GmbH

Bestellungen an:
SP-Verlag
Deutschhausstraße 31
3550 Marburg



Um eine Subventionierung regionaler Krisenbranchen durch Fondskapital zu erschweren, wird eine jährliche reale Verzinsung von drei Prozent gefordert (bei einer Preissteigerung von fünf Prozent also acht Prozent). Das Zinsaufkommen wird an die Pensionsfonds abgeführt, die die Renten ausbezahlen.
Es ist anzunehmen, daß die Fonds-Mittel über die Börse hauptsächlich an die Großunternehmen gehen werden. Die kleineren und mittleren Unternehmen sind durch die Freibeträge zwar von der Gewinnabgabe ausgeschlossen, müssen aber die erhöhten Arbeitgeberbeiträge bezahlen. Zur Förderung auch dieser Unternehmen wurde deshalb ein Mittelstandsfonds mit 100 Millionen Kronen eingerichtet.
• Was die Mitbestimmung betrifft, so darf jeder Fonds maximal acht Prozent der Stimmrechte eines Unternehmens halten, alle zusammen also höchstens vierzig Prozent. Diese Stimmrechte sollen auf den Hauptversammlungen bei der Wahl der Unternehmensleitungen geltend gemacht werden. Auf Wunsch erhalten die gewerkschaftlichen Unternehmensvertretungen die Hälfte der Fonds-Stimmrechte zu ihrer Verfügung.
Soweit das Gesetz. – Um einen Eindruck der finanziellen Größenordnung zu geben: 1982 lag der Wert der börsennotierten Großunternehmen (exklusive gegenseitiger finanzieller Verflechtungen) bei rund 65 Milliarden Kronen. Bis 1990 werden die Fonds ein Kapital von rund 14 bis 17 Milliarden Kronen aufweisen. Bis dahin wird sich aber auch der Wert der Großunternehmen beträchtlich erhöht haben, so daß die Arbeitnehmerfonds über nur ca. 5–6 % des Aktienkapitals verfügen werden.
Bedenkt man, daß sozialistisch ausgerichtete Regierungen in wirtschaftlichen Krisenzeiten eher mit dem Rücken zur Wand stehen, ist es schon erstaunlich, daß die schwedischen Sozialdemokraten das Gesetz gegen den überaus harten Widerstand von Opposition und Arbeitgebern durchzusetzen vermögen. Die Ursache hierfür liegt zum einen im politisch-ökonomischen System Schwedens, zum anderen in der Reformdiskussion Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre begründet.

Das sog. Schwedische Modell – Grundlinien

Im Vergleich zur Bundesrepublik fallen folgende Charakteristika des politisch-ökonomischen Systems Schwedens ins Auge:

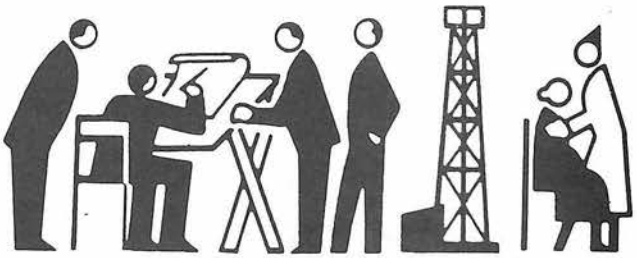
• Die starke Stellung der *Socialdemokratiska Arbetarepartiet* im politischen System, die in enger Kooperation insbesondere mit der Arbeitergewerkschaft *LO* die Weichen auf dem Weg in den Wohlfahrtsstaat stellte.

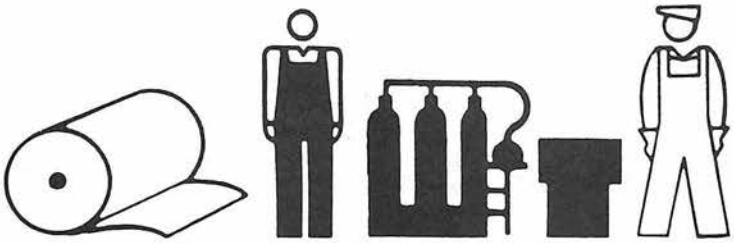
• Der überaus hohe Stellenwert der Gleichheits- und – hieraus abgeleitet – der Vollbeschäftigungszielsetzung.
Dabei meint die Gleichheitszielsetzung einen langfristig anzustrebenden Abbau gesellschaftlicher Ungleichheit. Ein wichtiges Instrument hierfür wie für das Vollbeschäftigungsziel war der starke Ausbau des öffentlichen Sektors. Die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten ist in Schweden mehr als doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik.

• Ein stark ausgebauter öffentlicher Sektor und ein hoher materieller Wohlstand lassen sich in einer kapitalistischen Ordnung nur bei Produktions- und Einkommenswachstum erreichen: Wachstum bildet die Grundlage zunehmender privater Einkommens- wie auch öffentlicher Umverteilungszahlungen. Aufgrund des engen schwedischen Binnenmarktes von acht Millionen Einwohnern mußte dieses Wachstum zu großen Teilen auf dem Weltmarkt stattfinden, was seinerseits eine hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie voraussetzte.
Diese Wettbewerbsfähigkeit wurde in den Tarifauseinandersetzungen auch als ein Grundpfeiler akzeptiert: Die Lohnentwicklung orientierte sich in der Regel an der Produktivitätsentwicklung des Exportsektors. Der andere Grundpfeiler bestand aus einer solidarischen Lohnpolitik: Ausgehend von der Gleichheitszielsetzung wurden einmal der Abbau von Einkommensunterschieden zwischen den Branchen, zum anderen die Durchsetzung des Prinzips "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" angestrebt.
Eine an der durchschnittlichen Produktivitätsentwicklung orientierte Lohnpolitik erzeugt in Marktwirtschaften jedoch zwei Grundprobleme: Zum einen überaus hohe Gewinne in den überdurchschnittlich produktiven Unternehmen. Dies verschärft entweder die Vermögenskonzentration oder, wo die Arbeitnehmer Kompensationsforderungen durchsetzen, die Einkommensunterschiede zwischen den Unternehmen und Branchen.
Zum anderen bedingt diese "Durchschnittspolitik" über kurz oder lang das Aus für produktivitätsschwache Betriebe, was Arbeitsplätze vernichtet.
Beim ersten Punkt kommen, wie wir sehen werden, die Arbeitnehmerfonds, beim zweiten eine aktive Arbeitsmarktpolitik ins Spiel: Umfangreiche Mobilitätshilfen und Umschulungsprogramme sollen den Übergang von den produktivitätsschwachen in die hochproduktiven Unternehmen erleichtern und somit Vollbeschäftigung bei gleichzeitig hoher Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Wirtschaft sichern.
Dieses als schwedisches Modell bezeichnete System aus wohlfahrtsstaatlichen öffentlichen Einrichtungen, leistungsfähigen privatkapitalistischen Betrieben und Einkommensnivellierungen erlebte in den sechziger und beginnenden siebziger Jahren seine Blütezeit.

Wirtschaftsdemokratie und Kapitalbildung

Die Forderung nach Teilhabe der Arbeitnehmerschaft an den Produktionsmitteln und den Produktionsentscheidungen ist so alt wie die Arbeiterbewegung selbst und stellt die eigentliche Machtfrage zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dar. Daß diese Forderung mit immer stärkerem Nachdruck in die politische Debatte der beginnenden siebziger Jahre eingebracht wurde, war kein Zufall.
Denn obwohl das wohlfahrtsstaatliche Wachstums- und Umverteilungsmodell in den sechziger Jahren seine Blütezeit erlebte, wurden mit seinem Erfolg auch die Grenzen immer deutlicher sichtbar.
1969 wurde mit dem sogenannten Gleichheitsbericht einer Arbeitsgruppe der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften eine Bestandsaufnahme der seit dreißig Jahren durchgeführten Reformen vorgelegt (deutsche Übersetzung bei: W. Menningen (Hg.): Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat, 1971). Er kam zu dem Ergebnis, daß die Reformpolitik zwar eine beträchtliche Steigerung des materiellen Wohlstands und eine starke Verbesserung der sozialen Sicherheit bewirkt, kaum aber zu einer tiefgreifenden Veränderung der sozialen Ungleichheit geführt hatte.
Mit Beginn der siebziger Jahre wurde deshalb eine neue Art von Forderungen gestellt, die mit „Teilhabe am Wirtschaftsleben" gekennzeichnet werden kann. In diesem Zusammenhang wurde auch vom dritten Stadium der Demokratie gesprochen: Nach der politischen Demokratie durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts und deren materieller Absicherung durch wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen sollte nun durch Miteigentum und Mitentscheidung die wirtschaftliche Demokratie erreicht werden. Dazu wurde von der Arbeitergewerkschaft als treibender Kraft die Forderung nach Einführung gewinngespeister kollektiver Kapitalfonds in die politische Debatte eingeführt.
Die zunehmende Verhärtung der politischen Debatte ließ das Demokratisierungsziel jedoch immer stärker in den Hintergrund treten. Hinzu kam, daß die Weltwirtschaftskrise seit Mitte der 70er Jahre tiefe Spuren in der schwedischen Ökonomie hinterließ: Der Verlust von Weltmarktanteilen und die Ölpreisverteuerung trieben Schweden in ein Außenhandelsdefizit, das nach Modellrechnungen nur mit einem um zehn Prozent größeren Industriesektor zu beheben sein würde.
Aufgrund dessen gewann ein weiteres Motiv zunehmend an Gewicht: Die Kapitalbildung sollte zu verstärktem Sparen und damit zusätzlichen Mitteln für die Erweiterung und Modernisierung des Industriesektors führen. Deshalb sollten die Fonds-Mittel nicht mehr nur durch Gewinnabführungen, sondern auch durch erhöhte Rentenbeiträge aufgebracht werden. (Diese an der Lohnsumme bemessenen Abgaben werden in Form von Arbeitgeberbeiträgen erhoben.) Um die Kostensituation der Unternehmen aber nicht zu verschärfen, sollte die Abgabenerhöhung durch lohnpolitische Mäßigung der Gewerkschaften ausgeglichen werden. Diese Zurückhaltung sollte jedoch nur um den Preis einer Mitbeteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, also bei Einführung der Arbeitnehmerfonds zu haben sein.
Die sozialdemokratische Partei (SAP) nahm zu Beginn dieser Debatte eine abwartende Haltung ein. Auch suchte sie angesichts der Wahlen im Jahr 1976 die Fonds-Frage eher im Hintergrund zu halten. 1976 verlor die SAP zum ersten Male nach vierzig Jahren die Regierungsmacht. Während der folgenden sechs Jahre dauernden Oppositionszeit wurde die Fonds-Debatte dann von gemeinsamen Arbeitsgruppen der Partei und der Gewerkschaft vorangetrieben.





Das bereits 1975 auf Betreiben der Liberalen eingesetzte parlamentarische Komitee, das die Fondsfrage prüfen und Vorschläge unterbreiten sollte, schloß seine Arbeit 1981 ohne politisches Ergebnis ab. Dies war der Schlußpunkt einer zunehmenden Verhärtung der Diskussion: Innerhalb des bürgerlichen Lagers gaben die kompromißlos ablehnenden Konservativen den Ton an.
Obwohl sich in Meinungsumfragen nur eine Minderheit der Schweden für die Fonds aussprach, gewannen die Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl 1982 mit 46 Prozent mehr Wähler als die bürgerlichen Oppositionsparteien zusammen. Nach diesem Wahlsieg erfuhr die Diskussion um die Einrichtung der Fonds eine Beschleunigung: Mitte 1983 wurde ein Vorschlag vorgelegt, der im Herbst präzisiert wurde und am 1. 1. 1984 in Kraft trat.
Im Nachhinein lesen sich die Meinungsumfragen allerdings anders: In einer ausführlichen Untersuchung wurde 1984 festgestellt, daß zwar 58% aller Schweden gegen die Fonds waren, 13-19% aber deshalb, weil ihnen das Fonds-Gesetz nicht weit genug ging.

Einschätzungen

■ Die grundsätzlichste Kritik an den Fonds, die sich auch die bürgerlichen Oppositionsparteien zu eigen machten, lautet wie folgt: Die Einführung „gewerkschaftseigener Arbeitnehmerfonds" würde die Marktwirtschaft vernichten und wäre einer Sozialisierung gleichzusetzen, die auch die politische Demokratie bedrohen würde. Es würde eine „zentralisierte korporative Gesellschaft entstehen, in der die starke und teils durch Personalunionen noch verstärkte Interessengemeinschaft zwischen SAP und LO eine direkte Gefahr für die Meinungsfreiheit, die Meinungsvielfalt und den Pluralismus, also die politische Demokratie schlechthin darstellen würde."

Dabei gehen diese Grundsatzkritiker auch weniger von der gegenwärtigen Ausgestaltung des Fonds-Gesetzes aus: „Die Arbeitnehmerfonds sind ein politisches Instrument, das verändert und entwickelt werden kann" sagte A. Johnson, Aufsichtsratsvorsitzende des Johnson-Konzerns am 4. Oktober 1984 vor ca. 30.000 Antifonds-Demonstranten in Stockholm.
Wer sich diese Art von Kritik zu eigen macht, kann die Fonds nur noch abschaffen. Folgerichtig haben die Oppositionsparteien im Falle eines Wahlsieges 1985 eine Auflösung der Fonds versprochen. Dabei wurde der Vorschlag, die dann vorhandenen Fondsmittel unter alle Schweden zu verlosen, wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Diese Grundsatzkritik lebt von einer Anhäufung schlecht- oder unbewiesener Behauptungen: Freiheit und Demokratie sollten schon bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1918 und bei der Errichtung des Pensionsfonds 1957 untergehen. Sie lebt aber auch von der Angst vor der normativen Kraft des Faktischen: Wenn das Fonds-System erst einmal hinreichend lange existiert hat, wird es kaum noch möglich sein, es problemlos abzuschaffen.

■ Ein weiterer Hauptkritikpunkt war der Verzicht auf individuelle Arbeitnehmeranteile an den Fonds. Erwirtschaftete Renditen kommen den Arbeitnehmern nicht direkt, sondern indirekt über Zuführungen zu den Rentenfonds zugute, die die zukünftige Rentenzahlungen sichern sollen.
Der entscheidende Einwand gegen individuelle Anteile war, daß eine breite Streuung von Eigentumsrechten keine wirkliche Gegenmacht zur Verfügungsgewalt der Unternehmensleitungen entstehen läßt. Dies ist aber eines der Hauptziele, das nur durch eine kollektive Lösung erreicht werden kann. Zur Veranschaulichung: Gegenwärtig kontrolliert VOLVO über die mit ihm verbundenen Unternehmensgruppen rund 1/5 des schwedischen Börsenkapitals. Dagegen sind dann die 5–6% des Börsenkapitals zu setzen, das die Arbeitnehmerfonds 1990 erreicht haben werden.
Messen wir das Gesetz nun an seinen eigenen Zielsetzungen:

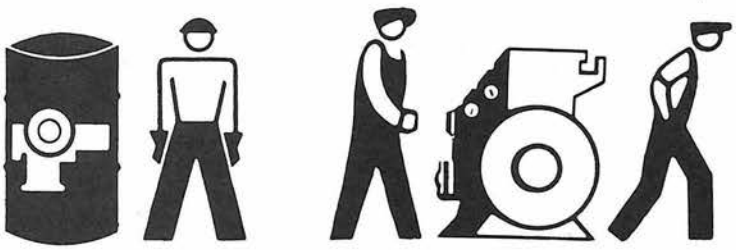
■ Die Fonds sollen die private Vermögenskonzentration entschärfen. Die Gewinnabführung trägt hierzu sicherlich bei, jedoch mit geringerer Wirkung als ursprünglich gedacht war. Denn nach dem Gesetz können die Gewinnabgaben in der Steuererklärung des nächsten Jahres geltend gemacht werden. Bei durchschnittlichen Unternehmenssteuersätzen von rund fünfzig Prozent heißt dies, daß die Hälfte der Fonds-Mittel aus Steuerverzichten stammt. Letztlich handelt es sich hier deshalb um einen eher kleinen Schritt zur Vermögensumverteilung und nicht um die große Enteignung, die die Kritiker beschworen.

■ Arbeitnehmerfonds sollen die solidarische Lohnpolitik unterstützen. Eine an der durchschnittlichen Produktivitätszunahme des Exportsektors orientierte Lohnentwicklung läßt in den überdurchschnittlich produktiven Unternehmen „Übergewinne" entstehen. Auf diese Gewinne zielte beispielsweise die ursprüngliche Finanzierungsregelung, die Gewinne erst aber einem bestimmten Renatbilitätsniveau abschöpfen wollte.
Das Fondsgesetz schreibt jedoch eine allgemeine Gewinnabgabe von zwanzig Prozent vor, die die Nettogewinne der Unternehmen zwar vermindert, die sogenannten „Übergewinne" aber unangetastet läßt. 1984, einem außergewöhnlich guten Wirtschaftsjahr, ergaben sich „Fonds-Einnahmen" von ca. 4 Mia. skr., wovon laut Gesetz aber nur 2 Mia. skr. auch tatsächlich an die Fonds verteilt werden durften. Die überschüssigen Mittel werden im Rahmen des allgemeinen Rentensystems gesammelt und sollen erst in schlechten Zeiten an die Fonds ausgezahlt werden.
Das Problem der „Übergewinne", die entsprechende Lohnforderungen in den hochproduktiven Unternehmen nach sich ziehen und so zur Lohndrift beitragen, ist aber auch durch solche Sonderregelungen nicht beseitigt. Deshalb können die Arbeitnehmerfonds in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung auch nur sehr beschränkt zur Unterstützung einer solidarischen Lohnpolitik beitragen.

■ Arbeitnehmerfonds sollen die zukünftigen Rentenzahlungen sichern helfen. Geht man von einem abgeschwächten Wirtschaftswachstum und einem weiterhin hohen Rationalisierungsdruck in den westlichen Industrieländern aus, so wird sich – rationalisierungsbedingt – der Gewinnanteil der Industrieproduktion stetig zuungunsten des Lohnanteils erhöhen. Dies stellt dann die Rentenfinanzierung vor zunehmende Probleme.
Im Gegensatz zur Bundesrepublik speisen sich die schwedischen Rentenzahlungen teilweise aus Gewinneinkünften: Die Rentenfonds legen nicht benötigte Beiträge verzinslich an und erzielen so Gewinneinkommen. Die Arbeitnehmerfonds eröffnen durch die Gewinnabgabe nun einen zusätzlichen direkten Zugriff auf die Gewinne. Diese Finanzierungskomponente wird um so wichtiger werden, wie Rationalisierungen die Lohnsumme schrumpfen bzw. nur noch unzureichend wachsen lassen.

■ Arbeitnehmerfonds sollen schließlich – und hier kommen wir zum entscheidenden Punkt – die Mitbestimmung auf allen Ebenen fördern. Das Fonds-Gesetz sieht vor, daß die betriebliche Gewerkschaftsvertretung die Hälfte aller in den Fonds angesammelten Stimmrechte des eigenen Unternehmens für sich in Anspruch nehmen kann; im Extremfall also ein Fünftel der Stimmrechte auf die Hauptversammlung des eigenen Unternehmens.

■ Aus der Sicht der einzelnen Arbeitnehmervertretungen ist die Mitbestimmungsregelung also eher bescheiden ausgefallen. Bedenkt man aber, daß die Fonds-Mittel im wesentlichen in florierenden Unternehmen angelegt werden müssen, um die geforderte Verzinsung zu erreichen, so kommen auch nur Arbeitnehmer dieser Unternehmen in den Genuß der Mitbestimmungsrechte. Dies spricht dafür, die Arbeitnehmerbeteiligung an den Stimmrechten eher gering zu halten.
Mit dieser Mitbestimmungsregelung soll auch verhindert werden, daß eine zu starke Arbeitnehmervertretung im Zusammenspiel mit der Unternehmensleitung Entscheidungen zu Lasten der Allgemeinheit durchsetzt; etwa hohe Preise, um hohe Löhne und hohe Gewinne zu finanzieren.
Betrachtet man das Mitbestimmungsziel aus einer allgemeineren Perspektive, so gilt, daß alle gesetzlichen Mitbestimmungsrechte nur soviel wert sind, wie wirtschaftliche und politische Gegenmacht zur ihrer faktischen Durchsetzung vorhanden ist. Und diese Gegenmacht könnte durch die Fonds eine stetige Verstärkung erfahren.
Bleibt es nach der Reichstagswahl im Herbst bei einer sozialdemokratischen Regierung, so werden Arbeitnehmerfonds in der vorgesehenen Form weiterarbeiten können. Sie werden dann mit zunehmender Dauer die normative Kraft des Faktischen haben. Mit zunehmender Größe der Fonds wird die Planzierungspolitik zu einem immer wichtigeren Datum für die Unternehmensleitungen der Region werden. Die Lockung mit der Gewährung zusätzlichen Risikokapitals wie die Drohung mit dem Verkauf bereits erworbener Unternehmensanteile sind in einem gewinnorientierten Wirtschaftssystem ein nicht zu unterschätzender Machtfaktor. Die hieraus resultierende Gegenmacht kann als wichtiges Mittel zur Demokratisierung der Wirtschaft auf allen Ebenen eingesetzt werden – eine Einschätzung, die auch von der Arbeitgeberseite mit ihrem für schwedische Verhältnisse erbitterten Widerstand, geteilt wird.



Expansionistisch? Imperialistisch? Solidarisch?

Sowjetunion und ›Dritte Welt‹

von Hans Seus*

Während die Gegnerschaft zum US-amerikanischen Imperialismus und der Politik der kapitalistischen Staaten insgesamt politisch eindeutig und begründet ist, befindet sich die Beschäftigung mit der sowjetischen Politik gegenüber der 'Dritten Welt' noch in den Anfängen. Obwohl der autoritäre Staatssozialismus sowjetischer Prägung für die große Mehrheit der westdeutschen Linken keine Attraktivität mehr besitzt, schwankt das Verhalten vieler zur Politik der SU zwischen Nichtbeachtung und emotionaler Solidarisierung. Dies hängt sicherlich mit der Tatsache zusammen, daß in Befreiungskämpfen in der 'Dritten Welt' die von uns unterstützten Kräfte oft gleichzeitig die Hilfe der SU genießen.

In anderen Worten: Die SU ist „der Gegner, zumindest der Konkurrent des US-Imperialismus, den auch wir als unseren Gegner identifizieren", was zu der Logik verführt, „daß der Feind des Feindes ein Freund, zumindest ein Neutraler sein müsse" (blätter des iz3w, 1983). Eine intensive Auseinandersetzung mit der Politik der SU gegenüber Befreiungsbewegungen und 'Entwicklungsländern' ist notwendig, da ein moralisch und intellektuell überzeugende Politik sich nicht auf die Analyse einer Großmacht beschränken darf:

Ist die SU gleichberechtigte, gar überlegene Supermacht? Ist ihre Politik expansionistisch, verfolgt sie imperialistische Ziele oder wird sie von Motiven internationaler Solidarität geleitet? Welche, insbesondere ökonomischen Interessen vertritt die SU in den 'unterentwickelten' Ländern, und mit welchen Mitteln wird versucht, diese umzusetzen?

Neben den USA betrachtet sich die SU als zweite gleichberechtigte Großmacht. Grundlage sowjetischer Politik ist eine bipolare Sichtweise der Welt, d.h. für die SU dominiert in allen internationalen Fragen der Ost-West-Gegensatz. Gegensätze zwischen 'Norden' und 'Süden', aber auch zwischen den kapitalistischen Zentren USA, EG und Japan, werden zu Nebenwidersprüchen reduziert.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete dieser Anspruch die Aufgabe einer bloßen Verteidigung des eigenen Einflußbereiches (wozu die Militärinvasionen in der DDR 1953, Ungarn 1956 und Tschechoslowakei 1968 aus sowjetischer Sicht dienten) und die Formulierung eines weltweiten Anspruches politischer Mitbestimmung in allen Angelegenheiten. Außenminister Gromyko 1971, auf dem 24. Parteitag der KPdSU: „Es gibt keine irgendwie bedeutende Frage mehr, die man ohne die SU oder gar im Gegensatz zu ihr regeln könnte."

Dieser Anspruch wurde erstmals 1972 von US-Präsident Richard Nixon durch die Anerkennung „gleicher Sicherheit" für beide Großmächte und der Koexistenzdoktrin bestätigt. Die Aufkündigung dieses Grundsatzes durch die Reagan-Regierung ist ein Grundpfeiler der aktuellen US-amerikanischen Außenpolitik.

Die Realisierung des sowjetischen Anspruchs kann grundsätzlich in Zweifel gezogen werden, betrachtet man den geringen Einfluß der SU im gesamten lateinamerikanischen Raum, ihre Machtlosigkeit im Pazifik, mit Ausnahme Indochinas, und ihre Fast-Zuschauerrolle im Nahen Osten (zudem stellt sich z.B. bezüglich der sowjetischen Beziehungen zu Libyen oder Syrien die Frage, ob nicht die SU auf diese beiden Länder stärker angewiesen ist, als umgekehrt). In diesen Regionen dominieren eindeutig US-Interessren.

Trotzdem konstituiert der Anspruch, weltumspannend zu handeln, sowjetische Außenpolitik. Hierin liegt das Hauptmotiv einer mit Verteidigungszwecken allein nicht zu rechtfertigenden Rüstung, insbesondere der Ausbau der Flotte, begründet. Das angestrebte militärische Gleichgewicht der SU und ihrer Verbündeten gegenüber der NATO

ist jedoch aufgrund vor allem technologischer und ökonomischer Unterlegenheit mehr Postulat denn Wirklichkeit.

Zwei fatale Konsequenzen ergeben sich aus dem sowjetischen Selbstverständnis. Es produziert ein politisches Denken und Handeln in der Blocklogik gegenseitiger Abschrekkung, das die ständige Gefahr der Eskalierung regionaler Krisen in einen globalen Konflikt in sich birgt.

Zum zweiten ist die SU nicht in der Lage, grundlegende Widersprüche, die sich der angenommenen Bipolarität entziehen, wahr- und in ihre Politik aufzunehmen:

- die Konflikte um die ökonomische Vorherrschaft auf dem Weltmarkt zwischen den kapitalistischen Zentren,
- Handelskonflikte zwischen teilindustrialisierten 'Entwicklungsländern' oder

- innerkapitalistische Konkurrenz um Märkte und Einflußzonen, wie z.B. zwischen den USA und Frankreich im Tschad.

Dieser Analyseansatz wertet die sowjetische Politik nicht, weil die Feststellung grundsätzlicher sowjetischer Unterlegenheit gegenüber dem Westen noch nichts über Aggressivität, Ausbeutungsabsichten oder Hegemoniestreben der SU gegenüber anderen Staaten, auch und gerade der 'Dritten Welt', aussagt. Die Formen sowjetischer Einflußnahme sollen im folgenden anhand ihrer Konsequenzen für die nationale Souveränität und die innergesellschaftliche Demokratie, im Sinne umfassender Partizipation der Betroffenen, in den unterentwickelt gehaltenen Ländern des Südens analysiert werden.

Imperial oder imperialistisch

Für die Frage, ob die SU eine imperialistische Politik betreibt ist die Untersuchung ihrer Wirtschaftsform entscheidend. Nur kapitalistische Gesellschaften, deren oberstes Prinzip Profitmaximierung und das Privateigentum an Produktionsmitteln darstellt, sind in der Lage, äußere Märkte mit diesem Mechanismus zu erobern, ganze Staaten ihrer Produktionsweise anzugliedern.

Der 'Reale Sozialismus' ist durch ein anderes Verhältnis von Politik und Ökonomie gekennzeichnet. Die gesellschaftlichen Prioritäten werden nicht von der Ökonomie bestimmt, sondern durch politische Vorgaben der Partei- und Staatsführung. Es existieren in der SU keine Konzerne, die durch Kapitalexport auf fremde Märkte vordringen, um dort Profite zu realisieren. Aus dem Fehlen dieses Kapitalverwertungsprozesses in der SU folgt, daß dort keine grenzüberschreitende ökonomische Expanison, die der kapitalistischen vergleichbar wäre, stattfinden kann. Damit aber fehlt, per definitionem, die materielle Grundlage des Imperialismus.

Dies schließt keineswegs aus, daß die SU versucht, aus ihren ökonomischen Beziehungen zu 'unterentwikkelten' Ländern einseitig Vorteile zu ziehen, doch kann dies lediglich auf der Ebene des Handels stattfinden, nicht auf der Ebene ökonomischer Durchdringung mittels transnationaler Konzerne. Trotzdem ist die Frage zu stellen, ob die SU in ihrem Handel mit den 'Entwicklungsländern' durch ihre eigene Integration in das System der internationalen Arbeitsteilung und durch die Struktur ihres Handels mit der 'Dritten Welt' nicht deren zugewiesene Rolle als Lieferanten von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten für den 'Norden' stabilisiert und damit die weltweiten Ausbeutungsverhältnisse reproduziert.

Ursula Schmiederer nennt die eher traditionelle Großmachtpolitik der SU, die vorwiegend mit politisch-militärischen Mitteln versucht, Einflußgebiete zu verteidigen oder, wo möglich, auszudehnen, ohne 'Entwicklungsländer' in den eigenen, inneren Verwertungsprozeß miteinbeziehen zu können, treffend „imperiale Politik". Da die SU an der ökonomischen Überlegenheit ihrer Produktionsweise festhält und weitgehend die gleichen Wachstumsziele und Effizienzkriterien anlegt wie die kapitalistischen Gesellschaften, ist sie auf wirtschaftliche Expansion orientiert, bzw. dazu verdammt. Vor allem, wenn bedacht wird, daß mit erweiterten Konsummöglichkeiten für die eigene Bevölkerung deren Partizipationsforderungen befriedet werden sollen. Dies ist allein durch die ineffiziente Wirtschaft im Inneren nicht zu gewährleisten, deshalb besteht verstärkter Bedarf an Rohstoffen und Know-how von außen, an verstärkter Beteiligung an der internationalen Arbeitsteilung. In diesem Zusammenhang wird die Außenwirtschaft zum Wachstumsfaktor für die sowjetische Wirtschaft. Gerade im Handel mit den 'Entwicklungsländern' versucht die SU, sich Vorteile zu verschaffen, d.h. Handelsüberschüsse zu erzielen.

Handelsbeziehungen der SU zur „Dritten Welt"

Die SU besaß 1977 einen Anteil am weltweiten Industrieexport von 8,3% (1965: 11,6%), die OECD-Länder exportierten 83,9%, die 'Entwicklungsländer' 7,8% (1965: 4,4%) (Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche). Diese Zahlen unterstreichen die Dominanz der kapitalistischen Staaten im Welthandel und weisen auf die relativ geringe Bedeutung der sowjetischen Wirtschaft für den internationalen Warentausch, insbesondere im Bereich der verarbeitenden Güter, hin. Zudem deuten diese Daten auf den Verlust sowjetischer Anteile zugunsten der partiell industrialisierten 'Entwicklungsländer' hin.

Diese wickeln lediglich 5% ihres Außenhandels mit der SU ab. Die Zahl soll allerdings nicht davon ablenken, daß die Handelsbeziehungen zur SU für einige wenige 'Entwicklungsländer' erhebliche Bedeutung besitzen, da sich die sowjetischen Aktivitäten auf wenige Staaten der 'Dritten Welt' konzentrieren. 1978 umfaßten die Importe der SU aus dem 'Süden' zu 20% Rohöl und Naturgas, zu 43% Lebensmittel, einschließlich Kakao, Kaffee und Tee. Der Rest bestand vorwiegend aus Industrie-Rohmaterialien wie Gummi, Wolle und Eisenerz. Lediglich Indien lieferte einen bedeutenden Anteil von Maschinen und Ausrüstungsgegenständen. Andererseits exportiert die SU vor allem Maschinen und Industriegüter in die 'Dritte Welt', agiert als Industrieland. Von diesen Exporten sind die Waffenlieferungen, die bis auf 50% geschätzt werden, ein erheblicher Faktor.

Umgekehrt tritt die SU, ausgewiesen in ihrer Exportstruktur, gegenüber den kapitalistischen Staaten überwiegend als 'Entwicklungsland' auf, das primär Rohstoffe liefert.

Mit dem Versuch, aus dem Handel mit der 'Dritten Welt' einseitig Vorteile zu ziehen, benutzt die SU die ansonsten angeklagte kapitalistische Weltwirtschaft. Aus den 'Entwicklungsländern' importierte Rohstoffe werden durch Be- und Verarbeitung veredelt. Bei der Lieferung von Industrieprodukten wird dann die Verschlechterung der „terms of trade" zuungunsten von Primärgütern aus dem 'Süden' ausgenützt, d.h., die 'Entwicklungsländer' müssen ständig mehr Rohstoffe oder landwirtschaftliche Produkte für die gleiche Menge von Maschinen, Fabriken, Fahrzeugen, Computern usw. liefern.

Die Konsequenz dieser Handelspolitik sind ständig wachsende Überschüsse: waren es 1970 800 Mio. Dollar, so betrug der Überschuß 1976 2,2 Mrd., 1977 3,2 Mrd. und 1978 bereits 4,2 Mrd. Dollar, wobei wahrscheinlich ein entscheidender Teil auf die umfangreichen Waffenexporte der SU entfällt.

Im Handel mit der SU herrscht eine besondere Zahlungsweise. Nicht einzelne Lieferungen werden bezahlt, sondern es werden Verrechnungskonten eingerichtet, die nach bestimmten Zeiten ausgeglichen werden müssen. Dadurch sind die 'Entwicklungsländer' zunehmend gezwungen, westliche Devisen zum Kontoausgleich in die SU zu überweisen, ohne andererseits Devisen zur freien Verfügung von dort zu erhalten. Durch diese scharfe Form der Lieferbindung ist der Handel mit der SU nicht besonders attraktiv, zudem werden seiner Expanison enge Grenzen gesteckt. Als weiteres Problem für die SU kommt hinzu, daß sie aus Gründen technologischer Unterlegenheit gegenüber dem Westen in vielen Sektoren ihres Güterangebots zunehmend der Struktur der sog. Schwellenländer, so z.B. dem aggressiven, stark expandierenden Waffenexport Brasiliens. Beide stehen sich auf dem Weltmarkt verstärkt als Konkurrenten gegenüber.

Die 'Entwicklungsländer' verfügen damit über die Möglichkeit, immer mehr Güter, die die SU anbietet, auch im Süd-Süd-Handel erwerben zu können. Dies drückt sich in der Statistik eines wachsenden Industriewarenumsatzes der 'Entwicklungsländer' untereinander aus (von 7,4% in 1965 auf 10,4% in 1977), zuungunsten der RGW-Staaten, deren Anteil von 6,3% in 1965 auf 4% in 1977 sank.

Die große Mehrheit der in der Blockfreienbewegung oder der Gruppe 77 zusammengeschlossenen Länder weigert sich, den von den Großmächten definierten Ost-West Hauptwiderspruch zu übernehmen. Spätestens seit der Konferenz der Blockfreien 1970 in Lusaka traten in der Diskussion der 'Dritten Welt' wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund. Die nur an den Ost-West-Blöcken orientierte Entspannungspolitik wird kritisiert, da es nach Meinung der 'unterentwickelten' Länder nicht ausschließlich um die Entspannung der reichen Staaten untereinander gehen darf. Es wird festgestellt, daß es für sie keine prinzipielle Ost- oder Westorientierung geben darf (und in der Realität trotzdem häufig gibt), sondern daß die 'Entwicklungsländer' je nach Situation und eigener Interessenlage entscheiden müssen. Verstärkte Süd-Süd-Kooperation wird propagiert, von allen reichen Staaten wird Entwicklungshilfe gefordert. Sowohl die industrialisierten Staaten des Westens wie des Ostens werden angeklagt, ein Weltwirtschaftssystem zu verteidigen, das für die Mehrheit ihrer Völker einen Zustand von Hunger und Elend produziert und stabilisiert. Die Hervorhebung des Nord-Süd-Gefälles als entscheidende Frage wird von der SU als „maoistische Theorie" (bezieht sich auf die Drei-Welten-Theorie der VR China) scharf abgelehnt.

Die SU ist einerseits *Täter* auf dem Weltmarkt, indem sie die herrschenden Strukturen gegenüber der 'Dritten Welt' ausnutzt, wobei garantierte Festpreise und lange Laufzeiten von Verträgen mit der SU für die 'Entwicklungsländer' durch mittelfristige Sicherung ihrer Einnahmen durchaus vorteilhafter ist, als der Handel mit transnationalen Konzernen.

Die SU ist jedoch gleichzeitig *Opfer* des kapitalistischen Weltmarktes. Sie ist in ihrem Handel mit westlichen Industrieländern denselben Ausbeutungsmechanismen unterworfen, wie die 'Dritte Welt'. Außerdem verhindert ihr geringer Anteil am Welthandel und ihre technologische Abhängigkeit vom Westen die Entlastung von starkem ökonomischen Druck. Vor allem ihr fehlender Einfluß auf die Steuerung weltweiter Kapitalströme und die Entscheidungszentren des Weltmarktes, wie z.B. den IWF, verhindern, daß die SU ökonomisch ein gleichberechtigter Konkurrent der kapitalistischen Staaten wird.

Defensive Expansion

Die SU und die USA versuchen aus der Logik von Großmächten, möglichst viele Länder möglichst abhängig zu machen. Entscheidend für den Grad von Abhängigkeit und Fremdbestimmung der betroffenen Staaten sind jedoch primär die Methoden und Handlungsmöglichkeiten der beiden Systeme.

Die ökonomische Abhängigkeit einiger 'Entwicklungsländer' findet nur auf der Ebene des Handels statt und kann selbst bei beträchtlichem Ausmaß nicht zu der strukturellen Abhängigkeit führen, die kapitalistische Staaten in der Lage sind zu schaffen. Über Maßnahmen des IWF werden z.B. Märkte für das internationale Kapital geöffnet, werden die 'Liberalisierung' des Außenhandels

HALT

Gehören Sie etwa auch zu jenen 50 % unserer Abonnenten, die bisher vergessen haben, ihr Id-Abo zu bezahlen?

Wir und die Marburger Volksbank (BLZ 53390000) freuen uns auf Ihre Überweisung auf das Id-Konto Nr. 258172

und Exportorientierung erzwungen. Der Westen interveniert über Sperrung von notwendigen Krediten durch Banken und internationale Finanzinstitutionen. Er bekämpft so sehr effektiv und lautlos, ohne einen Soldaten in Marsch setzen zu müssen, ihm unbequeme linke, aber auch nationalistische oder populistische Regierungen.

Die SU verfügt nur sehr begrenzt über ökonomische Druckmittel. Sie ist jeweils rasch vor die Entscheidung einer militärischen Intervention gestellt und bejaht dies, wo sie meint, eigene „vitale Interessen" seien gefährdet. Zusammen mit ihren Verbündeten kümmert sie sich, wie im Fall der Invasion in Afghanistan, nicht um die Normen des Völkerrechts.

Das fragwürdige sowjetische Argument des Hilferufs kann diese Invasion nicht rechtfertigen, auch nicht eine eventuelle Grenzsicherung. Allein historisch gewachsene Einkreisungsängste und die Furcht vor einem Eindringen fundamentalistisch-islamischer Einflüsse auf die starke moslemische Minderheit in der SU sprechen gegen das im Westen häufig genannte Argument, die Afghanistan-Invasion würde einen offensiven Schritt zur Erlangung eines eigenen sowjetischen Zugangs zum Golf darstellen.

Erfolge ihrer Politik in Afrika und Lateinamerika waren fast immer Konsequenz westlichen 'Versagens' bzw. kamen ohne aktives sowjetisches Zutun zustande, z.B. die Revolution in Kuba.

An den Beispielen Ägypten, Somalia, Vietnam und Nicaragua wird die unterschiedliche Qualität der Abhängigkeit von den beiden Großmächten deutlich. In Ägypten und Somalia wurden trotz vorheriger intensiver militärischer, politischer und ökonomischer Kooperation, die sowjetischen Berater aus dem Land gewiesen; es fand eine Umorientierung auf den Westen statt, die die SU sich gefallen lassen mußte. Sie war vorher nicht in der Lage gewesen, tiefgreifende, strukturelle Abhängigkeiten zu schaffen, die solches Verhalten hätte verhindern können.

In Vietnam mußten mehr als drei Millionen Menschen sterben, bevor eine US-hörige Diktatur gestürzt werden konnte und der direkte Einfluß der USA gebrochen war. In Nicaragua sind trotz des Sieges der sandinistischen Revolution noch so tiefgreifende wirtschaftliche Verbindungen zu den USA vorhanden, daß deren ökonomische Destabilisierungskampagne (Reduzierung des Zucker- und Bananenimportes aus Nicaragua, Verhinderung neuer Kredite) neben der politische-militärischen Intervention das Land in existentielle Schwierigkeiten bringt.

„Dies Verhältnis zwischen der grundsätzlichen, strategischen (auf Verteidigung des status quo ausgerichteten, d.Verf.) Orientierung und andererseits" der Erlangung „taktischer Vorteile, wo diese sich bieten, möchte ich mit dem Begriff 'defensiver Expansionismus' umschreiben", so R. Kößler 1983 in iz3w, Nr. 110.

SU und Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt"

Das politische Handeln der SU in der „Dritten Welt" ist nicht von sozialistischen oder internationalistischen Motiven dominiert. Es leitet sich primär aus staatlich-nationalen oder großmachtstrategischen Interessen ab.

a. *Die SU versucht, den Kampf von Befreiungsbewegungen an ihre eigenen, jeweiligen weltpolitischen Strategien anzubinden.*

b. *Grundlage für die politische Einschätzung von „Entwicklungsländern" durch die SU sind nicht deren innere Verhältnisse, sondern ihre außenpolitische Orientierung.*

c. *Strategische Interessen sind konstituierende Momente sowjetischer Unterstützung.*

d. *Die SU verfolgt mit Mißtrauen Befreiungsbewegungen, die in ihrer außenpolitischen Orientierung unabhängig sein wollen und sich im Inneren auf die eigene Kraft verlassen.*

e. *Zur Erringung strategischer Vorteile ist die SU bereit, Verbündete zu opfern.*

SU und „Dritter Weg"

Mit der Kennzeichnung der Grundlagen und Methoden sowjetischer Außenpolitik bleibt die Frage unbeantwortet, ob die Existenz und Politik der SU den „Entwicklungsländern" und Befreiungsbewegungen nutzt, ob sie auf ihre Situation keinen Einfluß ausübt oder schadet.

Hier müssen zwei Ebenen unterschieden werden. a) Kann die SU von „Entwicklungsländern" und Befreiungsbewegungen für ihre eigenen Ziele genutzt werden? b) Führt das sowjetische Staats- und Parteimodell, das die SU auf Staaten des „Südens" zu übertragen sucht, zur Selbständigkeit, zu sozialistisch-emanzipatorischen Gesellschaftsformationen oder ist es im Kern autoritär und transportiert hierarchisch-zentralistische Politik?

„...obwohl taktisch konterrevolutionär, bleibt der sowjetischen Außenpolitik doch ein objektives, revolutionäres Moment erhalten, und zwar insofern, als sie unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz de facto gezwungen ist, mit gesellschaftlichen Gruppen und politischen Klassen zusammenzuarbeiten, die sich aus der Dominanz des amerikanischen Kapitalismus bzw. Imperialismus zu befreien suchen" (Erich Krippendorf).

Der Bestand der kubanischen Revolution, die ohne sowjetische Beteiligung über die Batista-Diktatur siegte, wäre ohne die SU und ihre langfristige, massive Unterstützung nicht möglich gewesen. Kuba ist sicherlich das deutlichste Beispiel. Vietnam ist zu nennen, aber auch zahlreiche Befreiungsbewegungen. Sowohl die MPLA in Angola wie die FRELIMO in Moçambique suchten erst im Westen nach Unterstützung. Nachdem dies abgelehnt worden war, wandten sie sich an die SU. In diesem Sinne gibt es eine positive Funktion der SU.

Die SU versucht natürlich als Großmacht, über ihre Unterstützung Einfluß auf Befreiungsbewegungen und, nach deren Sieg, auf Staaten und Staatsparteien zu nehmen. Aber gerade die aktuellen Versuche von Angola und Moçambique, aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihre Kontakte zum Westen zu intensivieren, zeigen das Unvermögen der SU, diese Länder langfristig an sich zu binden. Falls Angola und Moçambique sich entschließen sollten, die Beziehungen zur SU zu reduzieren, wird es ihr kaum gelingen, dies zu verhindern. Kuba und Vietnam stellen in diesem Zusammenhang Ausnahmen dar, sie haben im Augenblick keine Alternative zu ihrer engen Bindung an die SU. Dies hat jedoch mehr mit westlicher Blockadepolitik als mit sowjetischer Attraktivität zu tun.

Die Widersprüche zwischen den USA und der SU schaffen für Staaten und Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt" Spielräume, die diese zu Recht für ihre eigene Politik nutzen. Ähnliche Spielräume schaffte z.B. die Politik der Sozialistischen Internationale in Zentralamerika gegenüber den USA für den Erfolg der sandinistischen Revolution in Nicaragua.

Die positive Funktion, die die SU für die „Dritte Welt" haben **kann,** bedeutet keinesfalls, daß die SU damit, wie sie sich selbst definiert, der „natürliche Verbündete" der „Entwicklunsgländer" ist. Aufgrund ihrer eigenen autoritär-zentralistischen Verfassung kann und wird die SU in der „Dritten Welt" keine eigenständig-sozialistischen Positionen unterstützen, es sei denn, wie in Nicaragua, aus übergeordneten strategischen Interessen, die sich aus der Blocklogik ergeben. Die politischen Inhalte und Konzepte sowjetischer Politik tragen wenig zum Abbau der Herrschaft von Menschen über Menschen bei. Konsequenterweise lehnt die SU deshalb auch strikt Konzepte von Blockfreiheit und eigenständigen „Dritten Wegen" ab: „Die Anwendung des Prinzips 'sich auf die eigenen Kräfte stützen' durch die Entwicklungsländer – losgelöst von der sozialistischen Gemeinschaft – kann lediglich ihre Unabhängigkeit gefährden, die Positionen des Neokolonialismus in der Dritten Welt stärken" (I.V.Formitschewa, Moskau 1972).

Eine unabhängige, an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ansetzende Politik der 'Entwicklungsländer' muß sowohl gegen die USA als auch gegen die SU durchgesetzt werden.

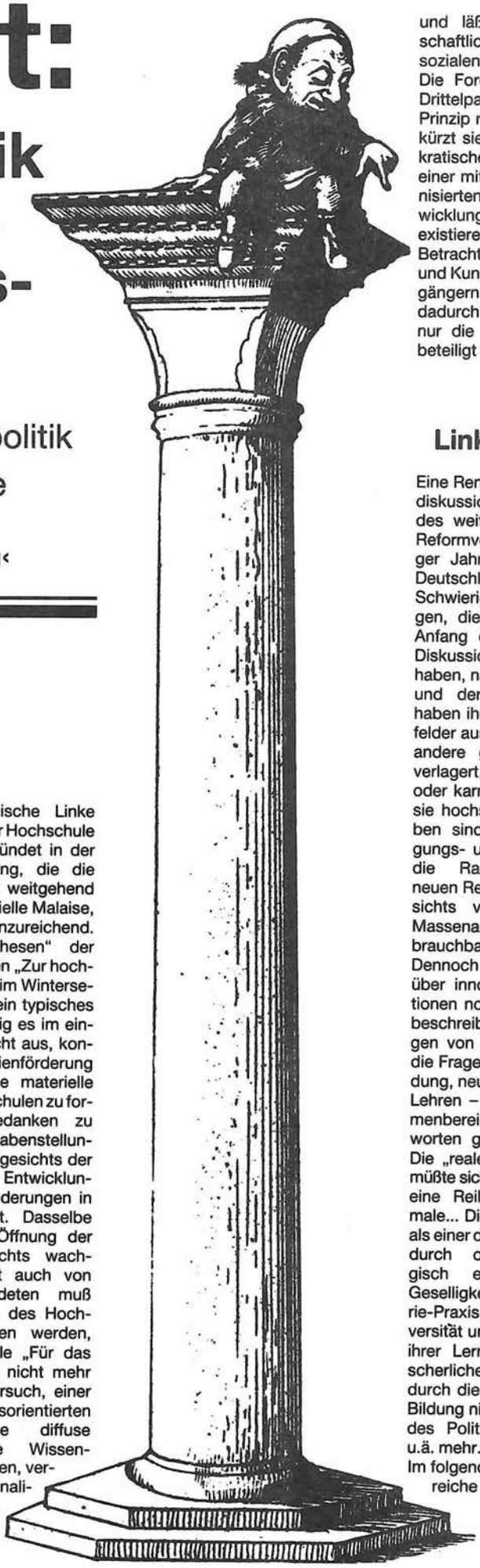
**Der Verfasser ist Student der Politologie und Germanistik in Gießen.*

Gesucht:

Hochschulpolitik jenseits von Beschäftigungstherapie

Rainer Braun zum Status quo emanzipatorischer Hochschulpolitik

Ein Plädoyer für eine neuerliche Grundsatzdiskussion: ›Hochschulutopien neu denken‹



Akute und aktuelle Krisenerscheinungen der bundesdeutschen Hochschulen werden mit der HRG-Novelle nicht gelöst. Weder auf die miserable materielle Ausstattung der Hochschulen (in denen auf 800 000 ausfinanzierten Studienplätzen ca. 1,3 Millionen Studenten/innen studieren), noch auf zunehmende Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen, noch auf die sich aufgrund neuer technologischer und gesellschaftlicher Veränderungen aufdrängende Frage nach neuen Funktionsbeschreibungen von Hochschule im Spannungsfeld von Bildung und Ausbildung gibt die konservative Hochschulpolitik eine Antwort. Stattdessen wird vorrangig die eigene Klientel bedient: der Professorenschaft werden neue Machtbefugnisse zugestanden; Elitestudiengänge sollen dafür sorgen, daß – wenn schon nicht verhindert werden kann, daß es „zu viele" Akademiker/innen gibt – es wenigstens nur ein Teil von ihnen sein soll, der Ansprüche auf „Spitzenpositionen" anmelden kann; Technologie- und Personaltransfer sollen jetzt auch klein- und mittelständische Unternehmen auf die „high-tech"-Sprünge helfen; massive Finanzspritzen für sogenannte Zukunftstechnologien sollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Unternehmen erhalten.

Die bundesrepublikanische Linke nimmt sich der Krise der Hochschule erst zögernd an. Begründet in der verkürzten Fragestellung, die die Krise der Hochschule weitgehend reduziert auf ihre materielle Malaise, sind ihre Antworten unzureichend. Die sogenannten „Thesen" der Juso-Hochschulgruppen „Zur hochschulpolitischen Arbeit im Wintersemester 1985/86" sind ein typisches Beispiel dafür. So richtig es im einzelnen ist: es reicht nicht aus, konstendeckende Studienförderung und eine ausreichende materielle Ausstattung der Hochschulen zu fordern, ohne sich Gedanken zu machen über neue Aufgabenstellungen der Hochschule angesichts der durch technologische Entwicklungen ausgelösten Veränderungen in der Arbeitsgesellschaft. Dasselbe gilt für das Prinzip „Öffnung der Hochschulen": angesichts wachsender Arbeitslosigkeit auch von akademisch Ausgebildeten muß eine neue Sinngebung des Hochschulstudiums gefunden werden, die sich mit der Parole „Für das Recht auf Ausbildung" nicht mehr abdecken läßt. Der Versuch, einer kapital- und verwertungsorientierten Hochschulpolitik eine diffuse „arbeitnehmerorientierte Wissenschaft" entgegenzusetzen, vertauscht die eine Funktionalisierung der Hochschule durch eine andere und läßt einen zentralen gesellschaftlichen Bereich, den der neuen sozialen Bewegungen, außen vor. Die Forderung nach Viertel- oder Drittelparität schließlich ist zwar im Prinzip richtig, isoliert gelassen verkürzt sie aber die Idee einer demokratischen Hochschule auf das Bild einer mittels Gruppengremien organisierten Hochschule, ohne Fehlentwicklungen und Sackgassen der real existierenden Gruppen-Struktur in Betracht zu ziehen, wo Seilschaften und Kungelkreise sich von ihren Vorgängern in den fünfziger Jahren nur dadurch unterscheiden, daß nicht nur die Herren Professoren daran beteiligt sind.

Linke Hypotheken

Eine Renaissance linker Hochschuldiskussion hat neben der Hypothek des weitgehenden Scheiterns von Reformvorstellungen in den siebziger Jahren im Zuge des „Modell Deutschland" mit einer weiteren Schwierigkeit zu kämpfen: diejenigen, die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre diese Diskussionen vorangetrieben haben, nämlich die Studentenschaft und der akademische Mittelbau, haben ihre politischen Betätigungsfelder aus der Hochschule heraus in andere gesellschaftliche Bereiche verlagert, geben sich brav, angepaßt oder karrierebewußt, oder – soweit sie hochschulpolitisch aktiv geblieben sind – verharren in Verteidigungs- und Abwehrkämpfen. Auch die Rahmenbedingungen einer neuen Reformdiskussion sind angesichts von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit nicht brauchbar.

Dennoch ist eine neue Diskussion über innovative Hochschulkonzeptionen notwendig. Neue Funktionsbeschreibungen, neue Verknüpfungen von Arbeits- und Studienwelt, die Frage nach Bildung oder Ausbildung, neue Modelle von Lernen und Lehren – dies sind einige der Themenbereiche, in denen neue Antworten gefunden werden müßten. Die „reale Utopie" der Hochschule müßte sich dabei auszeichnen „durch eine Reihe ausformulierter Merkmale... Die institutionelle Autonomie als einer demokratisch begründeten; durch organisatorisch-bau-ökologisch ermöglichte intellektuelle Geselligkeit; durch eine neue Theorie-Praxis-Verbindung an der Universität und ihren Fächern in der Art ihrer Lernprozesse und ihrer forscherlichen Theoriebildung selber; durch die sich in Wissenschaft und Bildung niederschlagende Reflexion des Politikums von Wissenschaft u.ä. mehr." (Narr).

Im folgenden sollen vier Problembereiche angerissen werden. Zugegebenermaßen beschränkt sich dies

mehr auf das Aufzeigen von Defiziten als auf das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten.

Verlust der sozialen Lebenswelt

Die Krise der Massenuniversität besteht im Verlust der sozialen Lebenswelt Hochschule, der sozialen Atomisierung der hier Arbeitenden und Studierenden, dem Fehlen geeigneter Strukturen und materieller Bedingungen, Hochschule als Erfahrungsraum nutzbar zu und damit politisierbar zu machen. Die Atomisierung universitärer Zusammenhänge betrifft auch das Fehlen interdisziplinären Forschens und Lehrens, das Nebeneinander unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen, die sich nicht oder kaum aufeinander in Bezug setzen.
Gemeint ist hier aber vor allem der Verlust von Kommunikations- und sozialen Zusammenhängen. Hervorgerufen wird dies einerseits durch die schiere Zahl von Studierenden und Lehrenden. Die Öffnung der Hochschulen hat zwar – und dies ist eine der großen Leistungen der Hochschulreform – über die Ausweitung der Studentenzahlen die soziale Öffnung von bisher einer kleinen Elite vorbehaltenen Bildungswegen erreicht, das heißt vor allem Arbeiterkindern, Frauen und Kindern aus ländlichen Gegenden das Hochschulstudium ermöglicht. Die quantitative Ausweitung der Hochschule aber in iher jetzigen großbürokratischen Struktur hat gleichzeitig eine ganze Reihe von Problemen mit sich gebracht, deren Lösung bisher nicht versucht wurde. Psychosoziale Probleme von Studenten/innen in der Anonymität der „Massen"universität, wie sie in der gerade erschienen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes hervorgehoben werden, sind ein Beispiel.
Ursache dieser Probleme sind nicht nur die schlechten materiellen Rahmenbedingungen, angefangen von zu großen Lehrveranstaltungen, Fehlen geeigneter Kommunikationsräume, lebensfeindliche architektonische Riesengebilde, die die Entfremdung des Menschen von der von ihm betriebenen Wissenschaft auch sinnlich erfahrbar widerspiegeln.
Ursachen liegen auch in der Struktur des Studiums , das kollektives, sich über längeren Zeitraum hinziehendes Lernen und Studieren in den seltensten Fällen vorsieht. Kollektive Arbeits- und Lernprozesse, die damit auch zu sozialen Zusammenhängen führen, sind meist der Privatinitiative der/des Einzelnen überlassen. Das Dilemma vieler Studiengänge, nämlich das Fehlen inhaltlicher Zusammenhänge zwischen den angebotenen Lehrveranstaltungen, reproduziert sich im Fehlen von Arbeitszusammenhängen auf Seiten der Studierenden (und Lehrenden).
Ergebnis des beschriebenen Prozesses ist der Zerfall einer universitären Öffentlichkeit. Ereignisse, Prozesse und Entwicklungen innerhalb der Hochschule werden für den Einzelnen kaum noch durchschaubar und beeinflußbar. Erfahrbar ist gerade noch der Ausschnitt Hochschule, in dem man selber drinsteckt. Eine Politisierung der Hochschule bzw. ihrer Mitglieder wird durch diese Segmentierung erschwert. Politik an der Hochschule wird zur Angelegenheit einer kleinen Funktionärskaste in den Gremien, von Seilschaften, Kungelkreisen und pressure groups.
Betroffen davon ist vor allem studentische Politik an der Hochschule. Während früher Hochschule der Ort war, wo Student/in nicht nur studierte, sondern auch „lebte", hat hier eine Trennung stattgefunden. So wie der Arbeiter in der Fabrik nicht „lebt" sondern arbeitet, so studiert der Student an der Hochschule, „lebt" aber im Projekt/der Initiative/dem Kiez/der Wohngemeinschaft/der Familie. Dies bedeutet eine Hypothek für studentische Hochschulpolitik dort, wo sie mehr sein will als das Einklagen von ausreichenden Büchereibeständen, Studentenwohnheimsplätzen und Dozentenstellen.
„Studium und Politik triften auseinander und stehen sich am Ende nicht mehr nur als Theorie und Praxis gegenüber, sondern als enttheoretisierte Theorie und entpolitisierte Praxis. Und so, wie sich das eines Leitinteresses ermangelnde Studium nach fremden Maßstäben zu orientieren beginnt, so läßt sich eine der programmatischen Perspektive entledigte Politik ihre Inhalte nur mehr von außen vorgeben." (Holmer Steinfath)
Nostalgische Rückbesinnung auf die Zeit der Studentenbewegung, als für die Studierenden die Hochschule gleichzeitig Ort des Studiums (der inhaltlichen Arbeits- und Diskussionszusammenhänge), der politischen Aktivität (nicht nur die Hochschule betreffende, sondern von dieser ausgehend auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgerichtet), und der sozialen Zusammenhänge war (dies auch im Sinne von sozialen Freiräumen in einer ansonsten repressiven Gesellschaft) kann für die heutige Situation keine Orientierungspunkte bieten. Denn wenn die Studentenbewegung eines erreicht hat, dann war es die Schaffung dieser sozialen und politischen Freiräume auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, z.B. dort, wo sich heute die sogenannten neuen sozialen Bewegungen tummeln. Eine Überwindung der genannten Spaltung, die damit den Bereich der Hochschule für die Studentenschaft tendenziell auch wieder politisierbar macht, ist m.E. nur möglich durch eine inhaltliche Verknüpfung dessen, was an den Hochschulen studiert wird, mit dem, was außerhalb der Hochschulen politisch-sozial gelebt wird. Möglich sein wird dies nur mit neuen organisatorischen Strukturen von Studium und Lehre, die praxisbezogen sind, längerfristige inhaltliche und soziale Arbeitszusammenhänge ermöglichen und eine Einbeziehung von Studenten/innen in Forschungsprozesse beinhalten.

Schaschlik-Studiengänge

Die Atomisierung der sozialen Zusammenhänge, die Abwesenheit „intellektueller Geselligkeit" (Narr) widerspiegelt die Zersplitterung von Lehr- und Lernzusammenhängen und findet hier gleichzeitig eine ihrer Ursachen. Die inhaltliche Zersplitterung dieser Zusammenhänge liegt in der immer weiter fortschreitenden Arbeitsteilung in der Wissenschaft, der Segmentierung dessen, was geforscht und gelehrt wird. Eines gemeinsamen Erkenntnisinteresses weitgehend beraubt (der Impetus kritisch-rationaler Aufklärung ist trotz der heuchlerischen Feierreden zum 150. Todestag Humboldts bei der heutigen Wissenschaftlergeneration weitgehend verloren, wenn er denn je vorhanden war) verliert sich der Lehrend-Forschende und der Lernende gleichermaßen in den Irrgärten ihres Fachgebietes, dessen Einbettung in das Ganze nicht mehr überblickt wird. Dies gilt – auf verschiedenen Ebenen – gleichermaßen für die Geistes- und Sozialwissenschaften wie für Naturwissenschaften oder Fächer wie Medizin und Jura.
Erstere leiden vor allem unter dem Fehlen eines „Leitmotivs", eines leitenden Erkenntnisinteresses und werden zu „Schaschlikstudiengängen ohne zusammenhaltenden Spieß" (Narr). Das Fehlen inhaltlicher Zusammenhänge der angebotenen Lehrveranstaltungen, die ohne Bezug aufeinander den Warenhauskatalog des Vorlesungsverzeichnisses darstellen, hinterläßt eine gewisse Orientierungslosigkeit bei den Studierenden. Versuche, sich eigene Schwerpunkte zu setzen, vor allem sich kollektiv zu erarbeiten, werden in den seltensten Fällen gemacht, sie ergeben sich eher zufällig im Verlaufe des Studiums.
Die Beliebigkeit der Themen wird ergänzt durch die Art und Weise, wie die Lehrveranstaltungen „abgehakt" werden. Schlechte Vor- und Nachbereitung auf beiden Seiten, platte Diskussionsverläufe, Reproduktion von Fakten, unverbindlich-unregelmäßige Teilnahme (was zusammenhängende, sich aufeinander beziehende Diskussionsverläufe oft gar nicht erst entstehen läßt) sind die natürliche Konsequenz, wenn die angebotenen Themen zwar „irgendwie" interessieren, aber halt nur „irgendwie".
Anders gelagert sind die Probleme bei den Naturwissenschaftlern und Fächern wie Medizin und Jura. Starke Verschulung des Studiums, Reglementierung, scharfer Leistungsdruck durch Prüfungen und Klausuren, verbunden mit scharfer Auslese im Verlauf des Studiums lassen hier den Blick über den fachwissenschaftlichen Tellerrand erst gar nicht mehr zu. Freiräume, auch fachfremden Studien nachzugehen, sind kaum vorhanden. Noch weniger als in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern wird nachgefragt, was eigentlich gelehrt und gelernt wird. Reflexion des Wissenschaftlers, die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz der erzeugten wissenschaftlichen Erkenntnisse findet kaum statt. Erst Umwelt- und Friedensbewegung scheinen hier erste Anstöße gegeben zu haben, sich der eigenen Verantwortung wieder bewußt zu werden.
Die genannten Probleme werden zur Zeit noch verschärft durch die rapide wachsende Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventen. Wer in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern ohnehin kaum Aussichten hat, nach Abschluß des Studiums in eine traditionelle Laufbahn für Akademiker einzusteigen, dem kann es zunächst mal völlig egal sein, was er/sie studiert. In den anderen Fächern wächst die Tendenz zur Anpassung, zum noch unkritischeren Hinnehmen des vorgesetzten Wissensstoffes, zu noch mehr persönlicher Anstrengung, die sich auftürmenden Hindernisse auf dem Weg zu einem erfolgreichen Studienabschluß zu überwinden und sich dann mit einem möglichst guten Abschluß vielleicht doch noch einen Arbeitsplatz zu sichern.
Generelles Dilemma sowohl der Geistes/Sozialwissenschaften wie der anderen Studiengänge ist der weitgehend fehlende Praxisbezug dessen, was man/frau sich theoretisch aneignet. Theoretisches Wissen wird angehäuft, ohne es in der gesellschaftlichen Praxis einzusetzen oder eine Kenntnis von Verwendungsmöglichkeiten vermittelt zu bekommen.
Didaktische Unkenntnis und Unfähigkeit der meisten Dozenten/innen ist ein weiteres Defizit der vorhandenen Struktur von Studium und Lehre. Ohne von einer Didaktik Wunderdinge zu erwarten – das interessanteste Thema verkommt zur gähnenden Langeweile angesichts der Phantasielosigkeit, mit der viele Dozenten/innen ihre Lehrveranstaltungen abziehen, bemüht, ihr Lehrdeputat mit einem Mindestaufwand an Zeit und Mühe zu erfüllen.
In welche Richtung müßten Überlegungen gehen, die auf eine neue Struktur der Studienorganisation abzielen? Folgende Punkte scheinen mir wichtig:

1. Die inhaltliche Atomisierung der Fächer untereinander und innerhalb des Faches muß aufgebrochen werden. Interdisziplinarität muß nicht nur gesagt, sondern praktiziert werden.
2. Die Struktur des Lehr- und Lernprozesses muß dazu beitragen, zusammenhängende Diskussionsverläufe zu ermöglichen, soziale Zusammenhänge herzustellen, kollektive Arbeitsprozesse zuzulassen. Dies hieße z.B., daß

Lehrveranstaltungen nicht vereinzelt, sondern in einem inhaltlich-zeitlichen Zusammenhang angeboten werden, z.B. in Form von „Lehrzyklen" zu bestimmten Problembereichen, an denen Studenten und Dozenten gemeinsam über einen längeren Zeitraum arbeiten.

3. Praxisbezug muß dort hergestellt werden, wo er möglich und sinnvoll ist.
4. Neue Formen der Lehre abseits von Frontalvorlesungen und langweiligen Seminaren. Projektstudium, exemplarisches Lernen, forschendes Lernen könnten hier Stichworte sein.

Neue Aufgaben

Das entscheidendste Potential gesellschaftlicher Veränderungen sind m.E. zur Zeit die technologischen Entwicklungen im Bereich der Produktion. Ohne gesellschaftliche Machtverhältnisse, damit zusammenhängende Aneignungs- und Distributionsprobleme und das problematische Verhältnis zur Dritten Welt außer acht zu lassen, seien folgende Überlegungen erlaubt:

1. Aufgrund der technologischen Entwicklung sinkt der zur materiellen Reproduktion der Gesellschaft notwendige Teil der Arbeit ab.
2. Damit steigt der Anteil, der zu sog. „nicht-produktiver" Arbeit oder für sog. „Freizeit" verwendet werden kann.
3. Damit ergeben sich neue Funktionsbeschreibungen für die Bildungseinrichtungen des sekundären und tertiären Bereiches. Einerseits reduziert sich generell die Ausbildungsfunktion hinsichtlich konkreter Berufsfelder, andererseits sind mehr universell verwendbare Fertigkeiten und Flexibilität gefragt als fest umrissene „skills".
4. Unter der Annahme einer veränderten Verteilung von Arbeit sind neue Verknüpfungen von Arbeitswelt und (Aus)Bildungswelt vorstellbar, d.h. die Aufhebung des starren Phasenablaufs Ausbildungsphase-Arbeitsphase, indem Arbeitsphasen immer wieder von Weiterbildungs- und Allgemeinbildungsphasen unterbrochen werden.

Damit ergeben sich neue Aufgabenstellungen für die Hochschule und ihre Organisationsform, über die nachgedacht werden muß.

Die Bereitstellung von Bildungsangeboten für Nicht-Akademiker, z.B. die kommunale Bevölkerung, könnte eine solche Zukunftsaufgabe sein. Dies nicht in Form von intellektuell aufgewerteten Volkshochschulen, sondern durchaus verbunden mit der Möglichkeit, auch ohne formale Hochschulzugangsberechtigung neue Qualifikationen und Abschlüsse erwerben zu können, ein Weg, wie ihn z.B. die englische „Open University" eingeschlagen hat.

Es ergibt sich die Notwendigkeit einer stärkeren Flexibilität und Differenzierung von Studienangeboten, Studiengängen und Studienformen. Es ergibt sich auch die Frage nach der Relevanz von Hochschulabschlüssen, die ja bereits heute als Eintrittskarte in etablierte berufliche Laufbahnen unter dem inflationären Konkurrenzdruck von Zusatz- und Doppelfunktionen an Wert verloren haben.

Einer der entscheidenden Kritikpunkte am HRG von 1976 war die Unterordnung der Hochschule unter den Staat, der Verlust der früheren Autonomie. An dieser Unterordnung ändert auch die vorgesehene konservative Novellierung des HRG nichts. Zwar reden konservative Hochschulpolitiker gerne von Konkurrenz der Hochschulen untereinander und der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien in der Hochschullandschaft. Doch wird dies allenfalls staatlicherseits „angeordnet."

Daß die Genehmigungspflicht von Studienordnungen beispielsweise nach dem vorliegenden HRG-Entwurf entfallen und durch eine „Anzeigepflicht" ersetzt werden soll, ist nicht mehr als Kosmetik. Über Einspruchsmöglichkeiten gegen nicht genehme Studienordnungen und vor allem die nach wie vor genehmigungspflichtigen Prüfungsordnungen bleibt dem Staat (Kultus/Wissenschaftsbürokratie) genügend Handlungsspielraum, seine Vorstellungen der Hochschule aufzuoktroyieren. Gleiches gilt für die Personalpolitik, wo gerade die Berliner Hochschulen und Fachhochschulen seit dem Amtsantritt eines CDU-Wissenschaftssenators beispiellose Willkürakte des Staates erlebt haben.

Die Wiedergewinnung der Autonomie der Hochschule gegenüber dem Staat muß ein zentraler Punkt einer neuen Hochschulkonzeption sein. Dabei muß Autonomie mit zwei Bedingungen verbunden sein. Erstens darf es nicht die Autonomie der Professorenmehrheit sein, so wie die frühere Autonomie die Autonomie der Lehrstühle war. Eine demokratische Struktur, die allen Gruppen gleichberechtigt Einfluß- und Entscheidungsmöglichkeiten läßt, ist Voraussetzung.

Zweitens darf Autonomie der Hochschule gegenüber dem Staat nicht verstanden werden als Autonomie der Hochschule gegenüber der Gesellschaft. Vielmehr müssen gerade die Verbindungen zwischen Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis ausgebaut werden, muß das in der Hochschule vorhandene Potential sich gesellschaftlicher Fragestellungen annehmen – und dies nicht nur dort, wo es um wirtschaftlich verwend- und verwertbare Ergebnisse geht. Die Anbindung der Hochschule an alte und neue soziale Bewegungen beispielsweise muß hier ein zentraler Punkt sein. Wenn Krieg und Frieden, Umwelt, neue Entwicklungen in der Arbeitsgesellschaft, Patriarchat, soziale Verelendung, die Ausbeutung der Dritten Welt zentrale gesellschaftliche Fragen sind, dann muß sich die Hochschule dieser Fragestellungen auch annehmen.

Wenn anfangs die Forderung nach einer Viertel- oder Drittel-Parität kritisiert wurde, so sollte damit nicht die Gruppenuniversität abgelehnt werden. Aber die Idee einer demokratischen Hochschule ist mehr als die Organisation hochschulinterner Entscheidungsgremien durch Paritäten funktionaler Gruppen. Sie besteht v.a. in der Öffnung der Hochschule gegenüber der Gesellschaft, dem Abbau von Distanzen zwischen akademischer und nicht-akademischer Welt.

Die Ansätze der Wissenschaftsläden beispielsweise sind richtige Nutzbarmachung wissenschaftlicher Erkenntnisse auch für die, die nicht über das Geld für aufwendige Forschungsaufträge verfügen, die Einbeziehung von von Forschung Betroffenen in diesselbe.

Die Öffnung der Hochschule gegenüber der Gesellschaft darf sich nicht in einer reinen Dienstmagdfunktion erschöpfen. „Wenn überhaupt zu rechtfertigen ist, Forschung an der Universität zu organisieren, dann deshalb, weil diese über eine institutionelle, habituell sich auswirkende Distanz verfügen kann." (Narr). Nur darf diese Distanz keine strukturelle, organisatorische sein, sondern muß eine inhaltlich-methodisch begründete sein.

Neue Hochschulpolitik

Abgesehen von einer kurzen Phase sozialdemokratischer Reformpolitik zu Beginn der siebziger Jahre war die Forschungs- und Technologiepolitik der BRD immer geprägt von einer ökonomischen Ausrichtung. Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt, Entwicklung neuer exportfähiger Technologien bestimmte und lenkte die Geldströme, die aus den öffentlichen Haushalten in die Forschungseinrichtungen flossen.

Während organisatorisch die Forschungspolitik der siebziger Jahre geprägt war von der Auslagerung wichtiger Bereiche aus den Hochschulen heraus in außer-universitäre Großforschungseinrichtungen, so geht der Trend z.Zt. dahin, als Mittel regionaler Wirtschaftspolitik das Potential der Hochschulen für klein- und mittelständische Betriebe nutzbar zu machen (Technologietransfer, Gründerparks) bzw. durch direkte Kooperation mit der Industrie die Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu beschleunigen.

Nach wie vor findet Forschung weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, werden gesellschaftliche Folgen von Forschungsergebnissen in den Forschungsprozessen zu wenig berücksichtigt, werden ökologische und soziale Fragen hinter ökonomischen Interessen zurückgestellt.

Notwendig sind also (in aller Kürze)

- Transparenz von Forschung
- Nutzbarmachung des Forschungspotentials der Hochschulen auch für solche gesellschaftliche Gruppen, die nicht über das große Geld verfügen
- die Wiedereingliederung des Forschungsprozesses in den Lehrprozeß, die tendenzielle Wiederherstellung der Einheit von Forschung und Lehre, die in den letzten Jahren zunehmend aufgebrochen wurde.

Reale Hochschulutopie?

Die obigen Ausführungen sind erste Überlegungen, in welche Richtung eine neue Diskussion über Hochschulkonzepte gehen müßte. Eine solche Diskussion erscheint mir dringend notwendig, wenn wir auf Dauer wegkommen wollen von demotivierenden, entpolitisierenden Verteidigungs- und Rückzugsgefechten, gegen konservative Hochschulgesetzgebung, wie wir sie mit dem sommerlichen HRG-Kampf einmal mehr vorgeführt bekamen. So richtig Widerstand gegen eine weitere Verschlechterung der hochschulpolitischen Lage ist: ohne überzeugende Alternativvorstellungen und Gegenkonzepte wird er nur ein Strohfeuer bleiben, in dem sich einige studentische Funktionäre beschäftigungstherapeutisch profilieren können, aus dem aber nicht der Phoenix einer realen Hochschulutopie sich erhebt.

Literaturhinweise

Wolf-Dieter Narr, Wissenschaft wofür? in: AZ-Magazin Hochschulpolitische Reihe No.5, Hrsg. AStA FU Berlin

ders., Wenn schon keine neuen Bildungsideen, so doch der Versuch der Änderung einer schlechten Praxis

Holmer Steinfath, „Zeitgeist" – vom Verfall studentischer Theorie und Politik. in: AZ-Magzin Hochschulpolitische Reihe No. 6., Hrsg. AStA FU Berlin

Dirk Axmacher, Studier-Arbeit und Hochschulkultur in der Krise, in: Widersprüche Nr. 15 (Juni 1985)

ders., Politische Ökonomie des Ausbildungssektors – eine folgenlose Theorie oder Ansatzpunkt für eine neue hochschulpolitischen Kultur? in: AZ-Magazin Hochschulpolitische Reihe No.4, Hrsg. AStA FU Berlin

Joachim Hirsch, Den Tiger reiten – vor der zweiten Hochschulreform, in: Links Nr. 175

Die Deutschen in Mitteleuropa 1618 – 1945

Ein Beitrag zur Geschichte der ›Deutschen Frage‹

von Dr. Wolfgang Weber

Geschichtliche Vergewisserungen im politischen Kontext sind nicht allein deswegen notwendig, weil sich politisches Handeln stets in historisch gewachsenen Handlungskonstellationen vollzieht. Sie sind unverzichtbar vielmehr auch deshalb, weil wesentliche Ziele, Motive und Strategien des politischen Handelns geschichtlich bestimmt sind oder wenigstens unter Bezug auf Geschichte legitimiert werden.

Ein klassischer Fall ist das Problem, mit dem wir uns hier beschäftigen wollen. Der in der Präambel des Grundgesetzes aufgenommene Aufruf an die Deutschen, in freier Selbstbestimmung ihre Einheit und Freiheit zu vollenden, formuliert nämlich ein Ziel, dessen Wurzeln in der deutschen Geschichte liegen bzw. das sich nach Auffassung der Mehrheit unseres Volkes und der deutschen politischen Elite damals wie heute aus der Geschichte zwingend ergibt. Zwingend jedenfalls in dem inzwischen verfassungsrechtlich eindeutig fixierten Sinn, daß weder die gegenwärtige Generation der Deutschen noch die in absehbarer Zeit folgenden kommenden Generationen für sich in Anspruch nehmen dürfen, von diesem Ziel abzurücken bzw. es für obsolet zu erklären.
Damit wird nicht nur die politische Dispositionsfreiheit der demokratischen Bundesrepublik Deutschland an dieser Stelle massiv eingeschränkt. Vielmehr bekräftigt dieses Urteil den provisiorischen Charakter des Staates Bundesrepublik Deutschland selbst – ein höchst bemerkenswerter Vorgang, der sich nur durch den Rekurs auf die Geschichte legitimieren läßt. Umso bedeutsamer wird es aber, die deutsche Geschichte möglichst unvoreingenommen dahingehend zu befragen, welchen Stellenwert die Deutschen einer nationalen Vereinigung in einem gemeinsamen Staat jeweils zubilligten und unter welchen Umständen sie dies taten.

Wie bekanntermaßen auch im Grundgesetz klar zum Ausdruck kommt, ist das Problem der nationalen Einheit der Deutschen wegen der europäischen Mittellage ihres Territoriums einerseits und der unverzichtbaren Norm der demokratischen Freiheit andererseits nämlich unauflöslich sowohl mit der inneren Ordnung des Staates, als auch mit dessen Rolle im friedlichen Miteinander mit den europäischen Nachbarstaaten verknüpft. Mit anderen Worten, aus der politischen Einsicht in den konstanten, wenngleich historisch unterschiedlich akzentuierten und je nach den Zeitumständen mehr oder weniger virtuellen Funktionszusammenhang zwischen Frieden, Freiheit und Einheit, ergibt sich für die historische Analyse der „deutschen Frage" die Notwendigkeit, sowohl das internationale Bezugssystem als auch die innerstaatliche Ebene zu berücksichtigen. Hierbei wird aber dem Problem gesicherten Friedens ein besonderer Stellenwert zuzusprechen sein, weil die Prämisse der Freiheit im historischen Prozeß den stärksten Wandlungen unterworfen war und in ihrer heute anzustrebenden Form ein Ergebnis des 19. Jahrhunderts ist.

„Regnum Teutonicorum"

Als im Zerfallsprozeß des Karolingerreiches neue europäische Herrschaftsgebilde entstanden, übernahm der mit seinem Schwerpunkt östlich des Rheins gelegene Nachfolgestaat das universalistisch-römische Erbe des von oben her langsam christianisierten Frankenreichs. Ein nationales Eigenbewußtsein, wie es in der zunächst gelegentlich und später häufigeren nicht offiziellen Eigen- und Fremdbezeichnung „regnum teutonicorum" zum Ausdruck kommt, bildete sich jedoch erst allmählich heraus. Die volkssprachliche Grenze im Westen wurde noch lange durch die gemeinsame lateinische Gebildetensprache und vielfältige Lehens- und Verwandtschaftsbindungen im Adel überlagert. Lediglich im Osten verstärkte sich das nationale Einheitsgefühl, solange dort die Sprach-, Herrschafts- und Glaubensgrenzen zusammenfielen. Mit der Christianisierung dieser Räume setzte aber auch hier ein vielfältiger grenzüberschreitender Verflechtungsprozeß auf der Ebene des herrschaftsausübenden Adels ein, so daß als konstantes politisch relevantes Unterschei-

dungsmerkmal lediglich die differierenden Rechtssysteme bestehen blieben.
Aus der wegen der Größe des Raumes und des unzulänglichen Standes der Kommunikations- und Verkehrssysteme resultierenden Unmöglichkeit für das gewählte Reichsoberhaupt, Herrschaft in der erforderlichen Dichte ausüben zu können, erwuchs einerseits eine immer größere Selbständigkeit der stärkeren Adelsfamilien und andererseits eine immer größer werdende Notwendigkeit für das Reichsoberhaupt, seine Stellung durch möglichst enge Anknüpfung an die Tradition des mächtigen römischen Reichs zu überhöhen und dadurch zu festigen. Während die Inhaber der Zentralgewalt in Frankreich sich dynastisch konsolidieren und ihre Rivalen entscheidend schwächen konnten, was wiederum Voraussetzung für die fortschreitende Abgrenzung nach außen war, wurde die Machtbildung auf der höchsten Ebene im Reich durch die institutionalisierte Kontinuitätsbedrohung der Wahl, die zusätzliche, nicht ohne weiteres in Machtgewinn ummünzbare Verpflichtungen mit sich bringende notwendige Anknüpfung an die altrömische Tradition und die wachsende Selbständigkeit der zu Landesherren avancierenden obersten Lehensträger gehemmt.

Reichskonzeption der Habsburger und der Dreißigjährige Krieg

Erst nachdem es im Übergang zur frühen Neuzeit den Habsburgern gelang, Ressourcen aus außerhalb des Reiches liegenden Herrschaftsgebieten für den Kampf um die Hegemonie im Reich zu mobilisieren, zeichnet sich ein Wachstum der Zentralgewalt und damit eine ernsthafte Bedrohung der von den Betroffenen als Freiheit empfundenen Selbständigkeit der Territorialherren ab, die mit einer wesentlichen Veränderung der Sicherheitslage in Europa einhergehen mußte. Bislang verhinderte die Zersplitterung des Raumes, daß sich die europäischen Mächte zu nahe kamen und damit gegenseitig bedrohten oder von einer neuen mitteleuropäischen Macht bedroht fühlen mußten. Jetzt, im 16. Jahrhundert, betrieb eine weltweit präsente Dynastie die Formung des neuen Machtblocks, der wegen seiner zentralen Lage weder zu übersehen noch als Randphänomen abzutun war. Die neuerliche Zersplitterung des Reiches, die aus dem Steckenbleiben der Reformation und deren Umschlag zur Konfessionalisierung resultierte, schien durch eine katholische Restauration, die freilich eine zuvor ungeahnte Intensivierung der Herrschaft mit sich bringen mußte, sowohl in den Augen von deren Betreibern als auch der Betroffenen und der europäischen Rivalen der Habsburger nicht gänzlich unrevidierbar. Immerhin scheuten nämlich die habsburgischen Monarchen auch vor bis dahin nahezu unbekannten radikalen Maßnahmen in diesem Politik und Konfession eng verknüpfenden Zusammenhang nicht zurück, wie die fast vollständige Auswechslung der böhmischen Adelsoberschicht in der ersten Phase des Dreißigjährigen Krieges zeigte.

Der konfessionelle Bürgerkrieg, der im 16. Jahrhundert im lokalen und regionalen Rahmen entflammt war und sich zunächst überwiegend auf diese Ebenen beschränkt hatte, setzte sich nun in größerem Maßstab fort. Er brachte nicht nur die letzten längst vereinsamten Säulen der mittelalterlichen Vorstellung einer gemeinsamen europäischen res publica christiana zum Einsturz, sondern setzte eben dadurch auch die nackte Staatsraison endgültig frei, nach der ab jetzt Politik betrieben werden sollte.
1635, als sich ein Sieg des Kaisers und damit der habsburgischen Absolutismusbestrebungen mit ihren unvermeidlichen negativen Folgewirkungen für die bestehende europäische Sicherheitslage abzuzeichnen schien, griff Frankreich, das sich vor einer neuerlichen, diesmal wegen des auch in den habsburgischen Landen bereits fortgeschrittenen Verstaatungsprozesses gefährlichen Umklammerung fürchten mußte, offen in den Krieg ein. Der Friede 1648 wurde von den beiden am relativ stärksten modernisierten und daher zu rationalem Zweck-Mittel-Kalkül, weitgehender Machtentfaltung und effizientem politisch-diplomatischem Durchsetzungsvermögen befähigten europäischen Mächten bestimmt, nämlich Frankreich und Schweden. Mit seinem Doppelcharakter als zugleich völkerrechtlicher und verfassungsrechtlicher Vertrag wurde er zum Modell für spätere Lösungen und zugleich Ausgangspunkt für die einzigartige europäische Sonderrolle Deutschlandes, in seiner staatlichen Existenzform durch internationale Verträge festgelegt bzw. garantiert zu sein.

Westfälischer Frieden – europäisch garantierte Staatenvielfalt

Allerdings ist neben diesem in jüngster Zeit oft betonten Aspekt ein weiterer, gelegentlich vergessener, zu beachten. Im Westfälischen Frieden kommt auch erstmals massiv das Bestreben der europäischen Großmächte zum Ausdruck, den Territorialbestand des Reiches bzw. Deutschlands gegebenenfalls als Kompensationsmasse zur Begradigung oder Ausweitung der eigenen Grenzen zu betrachten. Hierin lag aber das letztlich unlösbare sicherheitspolitische Dilemma der deutschen Mittellage bis zum Entstehen des dualistischen Mächteweltsystems heute. Denn obwohl die Chancen derartiger chirurgischer Eingriffe für fremde Mächte mit der staatlichen Zersplitterung des deutschen Siedlungsraumes stiegen, konnte dennoch auch ein geeinter Staat sich dieser Annexionsgelüste zumindest dann nie erwehren, wenn sich die außerdeutschen Mächte einig waren. Eine Machtakkumulation bis zu dem Grade, daß ein vereinter Zugriff der fremden Mächte abzuwehren war, bedeutete aber die Einnahme einer europäischen Hegemonialstellung, die wiederum die Sicherheitsinteressen der Nachbarn gefährden und damit diese zu einer möglichst frühzeitigen Intervention provozieren mußte.
Der Preis der „Liberalität" der Reichsstände jedenfalls war die Offenheit des Reiches ausländischen politischen oder gar militärischen Interventionen gegenüber – ein Preis, der zwar von den kleinen Reichsständen, die angesichts ihrer eigenen Schwäche auf einen starken Kaiser angewiesen waren, heftig beklagt wurde, aber nicht zu einer Wiederbelebung und gar Internsivierung der während der Reformation besonders im lutherischen Teil Deutschlands vorübergehend historisch wirksm gewordenen frühen Nationalgefühle führte. Die Einheit existierte weder, noch wurde sie als wesentliches Ziel angestrebt. Im Gegenteil, sowohl die zunehmend durch bürgerliche Gelehrte gestützte adelige politische Elite des Reiches als auch die patrizischen Stadtobrigkeiten richteten sich weiter dauerhaft in ihren verschiedenen Territorien ein und lernten (wenigsten partiell), die politische Zersplitterung nicht nur als Partikularismus, sondern auch als begrüßenswerten Pluralismus zu begreifen.
Für die breite Masse der Deutschen hingegen bedeutete die europäisch garantierte herrschafliche Vielfalt dieser Zeit eine verstärkte Auslieferung an die jeweiligen Obrigkeiten, die sich im Zeichen des Absolutismus anschickten, ihre rechtlich und gesellschaftlich noch immer vielfach gegliederten, innerlich durch verschiedene Treueverhältnisse gegenseitig verpflichteten Bevölkerungen zu einem möglichst einheitlichen und politisch handhabbaren Untertanenverband umzuformen. Den bäuerlichen Massen kam zwar zugute, daß die europäische Garantie der deutschen Staatenpluralität auch das Ende des konfessionellen Bürgerkriegs mit seinen in den Kampfzonen verheerenden Folgen einschloß. Die europäische Konstellation wurde jedoch unmittelbar nach dem Pyrenäenfrieden von 1659, der noch zur Konsolidierung von 1648 zählt, erneuten Belastungen ausgesetzt, und zwar vor allem deshalb, weil sich die Dynamik Frankreichs noch keineswegs erschöpft hatte.

Mit der im Dreißigjährigen Krieg erreichten Begrenzung der Macht Habsburgs noch immer unzufrieden, trieb es den Kampf um die europäische Vormacht nunmehr über gesteigerte Interventionen bei den Kaiserwahlen, durch seit dem Friedensschluß offiziell zulässige Bündnisse mit deutschen Fürsten und schließlich durch massive, auch militärische Maßnahmen umfassende Eingriffe in die anstehenden europäischen Thronfolgeregelungen weiter voran.
Zuerst entwickelte sich im Norden ein neuer Konflikt, als der schwedische Sieg über Polen, den das protestantische Königreich zur Festigung seiner Herrschaft im Ostseeraum angestrebt hatte, eine national-religiöse Erhebung in Polen auslöste und die wegen der wachsenden Übermacht Schwedens besorgten Nachbarmächte auf den Plan rief. Schweden wurde schließlich in die Defensive gedrängt, aber im Frieden von Oliva 1660 von Frankreich gerettet, das an einer mit der Revision des Westfälischen Friedens gleichzusetzenden Niederlage Schwedens nicht interessiert sein konnte. Für Deutschland jedoch hatte der außerhalb seiner Grenzen entstandene Kampf zum Ergebnis, daß der Zusammenhalt des Reiches weiter unterhöhlt wurde, Brandenburg durch die europäische Garantie seiner Herrschaft in Ostpreußen den ersten Schritt zu seinem Aufstieg zur europäischen Groß-

macht unternehmen konnte und der österreichische Einfluß im nun entscheidend geschwächten Polen durch den französischen abgelöst wurde, während noch weiter im Osten Rußland sich auf seine europäische Rolle vorzubereiten begann.

Die zweite Phase des französischen Griffs nach der unangefochtenen europäischen Vormacht setzte mit dem Angriff auf die spanischen Niederlande 1667 ein, dem fünf Jahre später der Krieg um Holland und gegen Schweden folgte. Diese Auseinandersetzungen verschoben das politische Gewicht in Europa zugunsten Frankreichs, wie die jeweiligen Friedensverträge in Aachen und Nymwegen 1679 zeigten. Gleichzeitig bereiteten sie jedoch den Boden zu jenem grundsätzlichen mächtepolitischen Umschwung vor, der wenig später zur europäischen Leitmaxime mit einer Gültigkeitsdauer bis ins 20. Jahrhundert hinein avancieren sollte. Schon zwischen 1667 und 1668 sah sich das wiedererstarkende England veranlaßt, zugunsten der Feinde Frankreichs einzugreifen. Der französiche Angriff nach Norden führte bei den deutschen Territorialfürsten am Rhein zu einem ersten ernüchterten Abrücken vor diesem unersättlichen Nachbarn.

Die französische Diplomatie verstand es zwar erneut, sich durch Lockung, Drohung und klingende Münze der Hilfe insbesondere der bayerischen und der brandenburgischen Potentaten zu versichern. In der politisch noch weitgehend irrelevanten deutschen Öffentlichkeit verstärkten sich jedoch die antifranzösischen Gefühle, und zwar nicht zuletzt auch deshalb, weil die absolutistischen Despoten sich sowohl in ihrer Herrschaftstechnik als auch in Sitten und Gebräuchen nach dem französischen Vorbild richteten. So intensivierten die auf fragwürdige Rechtstitel gestützte gewaltsame französische Reunionspolitik im Elsaß und schließlich der Pfälzische Krieg 1688-1697 nur, was bereits keimhaft angelegt war. Der Kampf gegen die französische Bedrohung ließ die Deutschen stärker zusammenrücken und reaktivierte wenigstens partiell den nie sehr kräftig erblühten Reichspatriotismus. Mit Ausnahme vor allem Bayerns, das wegen seiner Lage an der Grenze zu Österreich auf ständige französische Unterstützung angewiesen zu sein meinte, ordneten sich auch die deutschen Fürsten allmählich in die europäische Koalition der Frankreichgegner ein, der England den Stempel seiner kontinentaleuropäischen Gleichgewichtspolitik aufdrückte.

Die Friedensschlüsse von Utrecht und Rastatt 1713/14 markierten die Wende, indem sie erstmals dem Balancegedanken, unter dessen Namen die spanische Thronfrage gelöst wurde, den Vorzug vor der strengen Erbfolgelegitimität gaben. Von jetzt an erforderte jede relevante machtpolitische Änderung in Europa ein Zusammenspiel und die Zustimmung der Großmächte. Habsburg-Österreich konnte sein Ziel einer erneuten Vereinigung mit Spanien nicht erreichen, obwohl es auch nach dem Friedensschluß ein freilich nicht lückenloses Gebiet von der belgischen Küste bis zum Mittelmeer umfaßte. Im Nordosten, also in einem weiteren Randbereich, setzte endgültig der Aufstieg Preußens ein, nachdem die Vorherrschaft Schwedens dank der Anstrengungen Sachsens, Polens, Dänemarks, Rußlands und schließlich auch Preußens selbst gebrochen war (1720 Friede von Stockholm, bzw. 1721 Friede von Nystad). Von den jetzt folgenden relativ friedlichen Jahren bis 1740 zog vor allem das „dritte Deutschland", die zwischen Preußen und Österreich liegende Territoriallandschaft, Gewinne, indem diese Gelegenheit zur wirtschaftlichen und staatlichen Regeneration erhielt, welche die Obrigkeiten freilich nur zum Teil entschlossen umsetzten.

Schlesien und die Kolonien

Nach dem Tode Kaiser Karls VI. und Friedrich Wilhelms I. (Soldatenkönig) in Preußen 1740, nutzte Friedrich II. der Große die noch nicht voll anerkannte Thronfolge Maria Theresias dazu, sich Schlesien anzueignen. Damit hatte sich die europäische Konfliktkonstellation wieder auf das Reich zurückverlagert. Nicht mehr außerhalb entstandene Auseinandersetzungen, sondern im Innern entflammte unterhöhlten den europäischen Status quo, weil sich einerseits zunächst die wichtigsten Habsburggegner auf die Seite Preußens stellten und andererseits wenig unter anderem durch dessen Machtzuwachs sich die europäische Szenerie erneut veränderte. Erstmals in der Geschichte wirkten nämlich außereuropäische Rivalitäten so auf Europa zurück, daß sich dort jahrhundertealte Konfrontationslinien auflösten und zuvor unmögliche Allianzen entstanden: Der in aller Härte geführte Kolonialkrieg Frankreichs gegen England in Indien und Nordamerika veranlaßte beide Gegner, nach Verbündeten auf dem europäischen Kontinent Ausschau zu halten. England wandte sich an das jetzt gestärkte Preußen, Frankreich jedoch an niemand anderes als Österreich.

Auf diese Weise auf der europäischen Ebene substituiert, verschärfte sich der innerdeutsche Staatenkonflikt immer weiter, wobei Preußen durch seine ungeschminkte Machtpolitik einen entschieden neuen Stil in die Auseinandersetzung einbrachte. Auf den Überfall auf Kursachsen zu Beginn des Siebenjährigen Krieges reagierte die Mehrheit der Reichsstände mit dem Beschluß der Reichsexekution gegen Preußen, der jedoch historisch wirkungslos blieb. Im Frieden von Hubertusburg 1763 mußte die Großmachtstellung Preußens hingenommen und abgesegnet werden.

Nachdem sich die beiden westlichen Großmächte England und Frankreich vorübergehend aus der Kontinentalpolitik zurückzogen, wurden sowohl Preußen als auch Österreich mit dem vorwärtsdrängenden Rußland konfrontiert. Aber auch diese gemeinsame Gegnerschaft vermochte nicht den innerdeutschen, trotz der allenthalben rezipierten Aufklärung auf beiden Seiten, nach wie vor konfessionell untermauerten Gegensatz zu überbrücken. Der Ausgleich zwischen den drei Kontrahenten, den die Unterwerfung und Zerstückelung Polens 1772 zu erlauben schien, brachte nur vorübergehende Entlastung.

Staaten des 'dritten Deutschland'

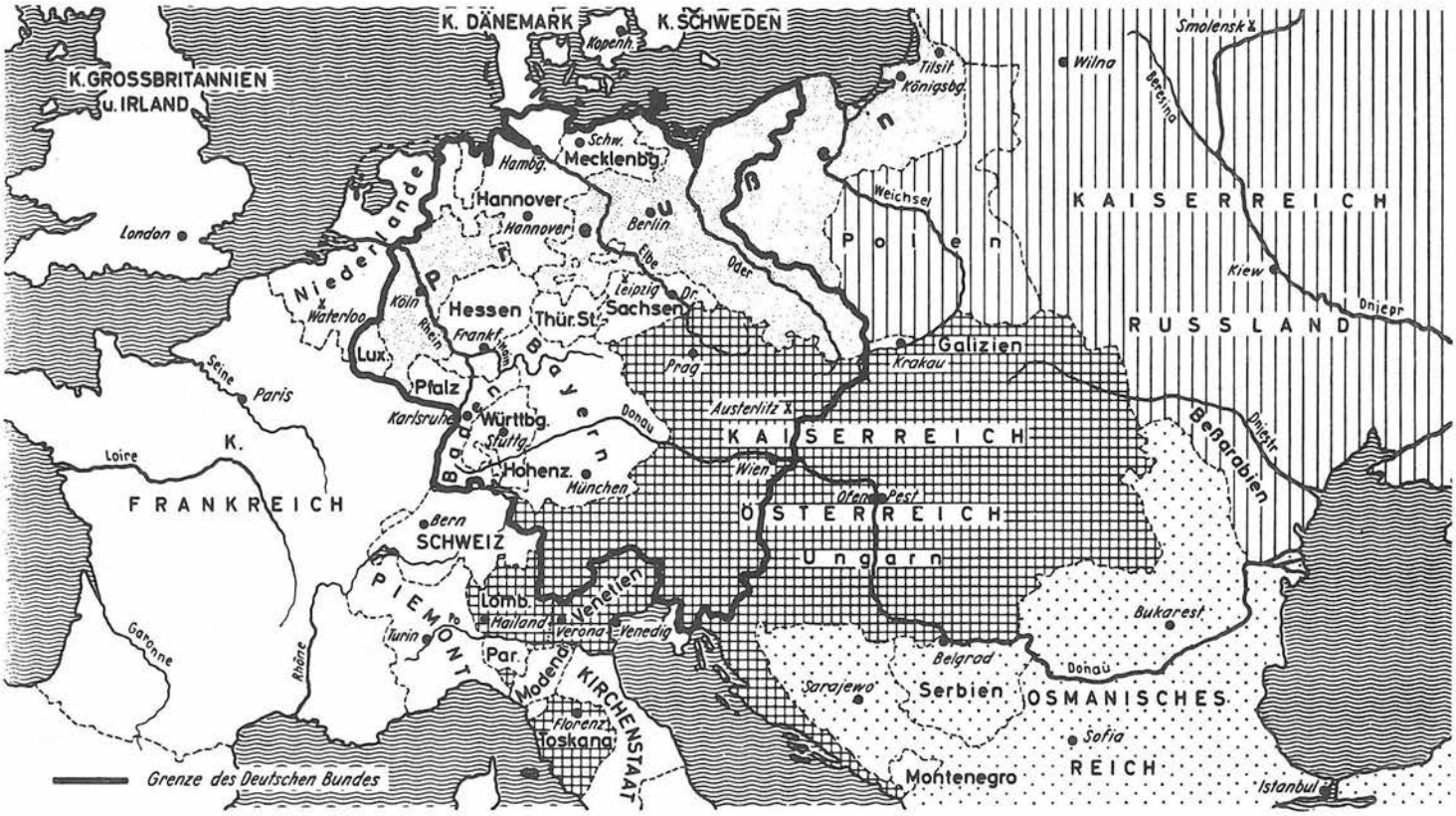
Nachdem aber die Konfliktfelder an den Rändern des Reiches weitgehend unter europäischer Kontrolle standen, mußte sich die Rivalität erneut ins Reichsinnere verlagern. Österreich versuchte sich auf Kosten der übrigen Reichsfürsten zu festigen und auszuweiten, was Preußen zu reichspolitisch legitimierbaren Gegenmaßnahmen zwang. Eine militärische Auseinandersetzung um Bayern kam lediglich deshalb nicht zustande, weil der dritte Rivale Rußland intervenierte. Der Teschener Friede 1779 brachte Österreich lediglich das Innviertel ein, installierte jedoch Rußland in der Nachfolge Schwedens als neue Garantie- und Kontrollmacht des Friedens in Deutschland neben Frankreich. 1785 regte sich zwar noch einmal unter den dritten deutschen Staaten ein reichspolitisches Bewußtsein, als diese einen kurzfristig zwar gegen Österreich, langfristig aber zur Wiederbelebung des Reiches bestimmten Deutschen Fürstenbund ins Leben riefen. Wieder aber waren die deutschen politischen Entscheidungsträger nicht zu einer friedlichen Bereinigung ihrer Gegensätze in der Lage und eröffneten durch diese Gegensätze Spielräume für ausländische Interventionen bzw. konnten sie sogar nur durch ausländische Intervention von einem Umschlagen in Selbstzerfleischung abgehalten werden.

Und wieder ging das Daniederliegen der Staatskunst nach außen mit einer Blüte des Geisteslebens im Innern einher, die unter den Gebildeten das Nationalgefühl förderte und deren Solidarität mit den arbeitenden Ständen verstärkte, ohne sie freilich zu grundlegenen sozialen Reformen zu veranlassen.

Noch immer mit der Erschließung der Welt des Geistes beschäftigt, war das deutsche Bürgertum, das sich notwendig territorial zersplitterte, zu einer entschlossenen Konfrontation mit dem herrschenden Adel weder willens noch fähig, auch wenn es an offenen Worten zunehmend keineswegs fehlte. In vielen deutschen Staaten hatte freilich die Aufklärung auch die Fürsten beeinflußt, so daß deren durch die Erneuerung der europäischen Kontrolle über Deutschland beschränkte äußere Bewegungsfreiheit strukturell auf die Gebiete der Kultur und Wissenschaft gelenkt wurde. Der freiheitlichste Staat dieser Zeit war indes Hannover mit seiner Göttinger Universitätsgründung, weil dorthin über das englische Königtum der Hannoveraner die freiheitlicheren Verhältnisse Englands zurückwirkten.

1789 und danach

Als in Frankreich der revolutionäre Sturm losbrach, schlossen sich zwar 1791/92 Preußen und Österreich zu einem Verteidigungsbündnis zusammen, während die Staaten des dritten Deutschland sich im Ganzen eher abseits verhielten. Das gemeinsame Interesse ist aber insbesondere bei Preußen relativ gering ausgeprägt, so daß die national und revolutionär motivierten und daher nicht überall von vornher-



Europa 1815

ein nur feindlich empfangenen französischen Massenheere nicht aufzuhalten sind. Im Frieden von Campo Formio 1797 wird erstmals nicht mehr für den deutschen Raum die Garantie des Westfälischen Friedens bestätigt. Preußen hatte bereits in seinem Sonderfrieden von Basel 1795 der französischen Forderung nach Abtretung seiner linksrheinischen Gebiete bis zur endgültigen Regelung in einem Reichsfriedensvertrag zugestimmt. Jetzt mußte Österreich auf seine Niederlande und andere Gebiete besonders im Mittelmeerraum verzichten und gestand ebenfalls Frankreich die Einverleibung des linken Rheinufers einschließlich der Brückenköpfe Mannheim und Mainz zu. Dadurch wurde die territoriale und verfassungsmäßige Integrität des Reiches erstmals durch Regelungen auf höchster Ebene schwer geschädigt. Daß die Reichsfriedensdeputation in Rastatt bis 1789 diese Forderungen schließlich akzeptierte, belegte dementsprechend sowohl erneut die grundlegende innere Schwäche des alten Reiches, als auch den unaufhaltsamen Vormarsch des revolutionären Frankreich zur nahezu unbeschränkten Herrschaft über Europa, die das überkommene Gleichgewichtssystem aufhob.

Der für das Reich geschlossene Friede von Lunéville 1801 bestätigte die Regelungen von Campo Formio und verfestigte sie sogar, weil nunmehr auch die zweite Garantiemacht, Rußland, im Hintergrund mit beteiligt war. „Die Rivalität zwischen Preußen und Österreich sowie die Annexions- bzw. Kompensationslust der kleineren Länder", die im Windschatten der Auseinandersetzung mit Frankreich gewachsen war, ordnete sich nahtlos in das politische Kalkül der beiden Großmächte ein. „Frankreich wünscht(e) starke Mittelstaaten als eine von Paris abhängige dritte Kraft, Petersburg (wollte) die mit ihm verwandten südwestdeutschen Dynastien (Hessen-Darmstadt, Württemberg, Baden, Bayern) gut ausgestattet sehen."

Der Reichsdeputationshauptschluß von 1803 besiegelte die beschleunigte Auflösung der Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, indem er die territorialen Abtretungen und deren Kompensation durch Gebietstausch, Säkularisierung und Mediatisierung sanktionierte und damit die bisherige Verfassung endgültig zerstörte. 112 bisherige, insbesondere geistliche, Reichsstände verschwanden, rund 3 Millionen Menschen wechselten ihre Staatsangehörigkeit, die katholische Reichskirche erhielt einen vernichtenden Schlag.

Die Gewinne der weltlichen Staaten überdecken jedoch deren wachsende Abhängigkeit von den europäischen Nachbarmächten, die jetzt kaum noch Rücksichten auf innerdeutsche politische Verflechtungen nehmen müssen. Als Napoleon die letzten Reste der Reichsverfassung lästig werden, setzt er deren vollständiges Verschwinden durch. „Im Rheinbund verwandelte Frankreich einen großen Teil des alten Reiches in ein militärisch-politisches Glacis seiner Macht." Die von Napoleon ultimativ verlangte Niederlegung der Kaiserkrone durch Franz I. am 6. August 1806 vollzieht die Vernichtung des Reiches.

Wiener Kongreß
Konnex der uneinigen Brüder

Aus den teilweise gegen das Kalkül der deutschen Fürsten zustandegekommenen Befreiungskriegen ging ein zwar durch den Wiener Kongreß völkerrechtlich auf staatliche Zersplitterung festgelegtes Deutschland hervor. Der infolge des preußisch-österreichischen Dualismus, des klein- und mittelstaatlichen Souveränitätsanspruchs und nicht zuletzt des in Bezug auf Deutschland antinationalen, antidemokratischen und antiliberalen Balancedenkes der Großmächte zur Vermeidung eines neuen zentral regierten deutschen Reiches etablierte deutsche Bund, verdeckte jedoch entscheidende Veränderungen im sozialen und geistig-kulturellen Bereich. Das deutsche Bürgertum erstarkte und war unter dem Eindruck der Kriege bzw. im Zuge der Romantik fast geschlossen national und liberal eingestellt. Die von Frankreich durchgesetzten bzw. indirekt veranlaßten Reformen am Rhein und in Preußen führten zu einer weiteren Schwächung des Feudaladels und einer bedeutsamen Modernisierung der Wirtschaft und der Staatsapparate, während gleichzeitig die durch Polizeimaßnahmen abgesicherte Restauration der Fürstenherrschaft die politische Erfahrung und das Selbstbewußtsein der bürgerlichen Kräfte weiter stärkte.

Der Wiener Kongreß stellte also sowohl erneut die territoriale Substanz und föderative Struktur Deutschlands, als auch indirekt die innere Verfassung der Teilstaaten unter europäische Kuratel und schrieb sie damit erneut international fest. Mit der Folge, daß erstens alle territorialen Fragen des zwischen 41 und 38 Mitglieder umfassenden Deutschen Bundes auf europäischen Konferenzen zu entscheiden waren und zweitens diese lockere staatliche Organisationsform gleichzeitig erneut zur Bedingungsdeterminante des europäischen Friedens wurde. Dennoch öffnete sich aber mit-

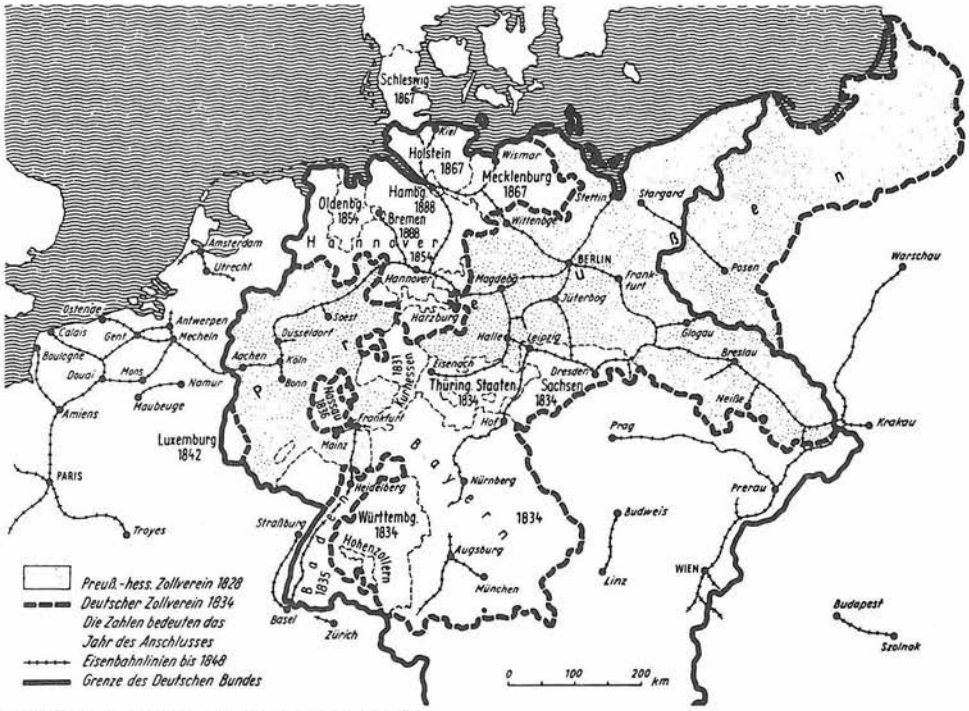
tel- und langfristig der Weg einer eigenständigen nationalen Entwicklung, weil den auf Eigenständigkeit und damit Partikularismus bedachten deutschen Fürsten zunehmend ein auf politische Partizipation drängendes, von dem Gedanken der nationalen Einheit beseeltes Bürgertum entgegentrat, das auf gewisse Sympathien im europäischen Ausland setzen konnte. Hinzu kamen wirtschaftliche Entwicklungstrends. Der sich zunehmend beschleunigende Industrialisierungsprozeß stellte einerseits die herkömmlichen Grundlagen politischer Macht in Frage und begann andererseits die Struktur des deutschen Staatenmosaiks unweigerlich zu transformieren. Der staatlich geförderte allmähliche Aufschwung der Wissenschaften besonders in Preußen steigerte das Selbstbewußtsein und die Artikulationsmöglichkeiten des Bürgertums ebenfalls weiter.

Die meisten deutschen Fürsten waren nun nicht mehr in der Lage, den Erlaß einer Verfassung bzw. den hierdurch und durch den allmählichen Abbau der Wahlrechtshemmnisse freigeräumten Einstieg in die Parlamentarisierung länger hinauszuzögern. Daran änderten auch die unter dem Eindruck der Julirevolution in Frankreich 1830 vom Bundestag beschlossenen „Maßregeln zur Herstellung und Erhaltung der Ruhe in Deutschland" nichts, mit der die Restauration sich neue Polizeimittel verschaffte.

Die Septemberrevolution in Brüssel im selben Jahr zeigte indessen erstmals unübersehbar, daß die bürgerlich-demokratische Bewegung auch staatstragend sein konnte. Sie machte nämlich die in Wien beschlossene Vereinigung der südlichen katholischen und der nördlichen calvinistischen Niederlande gewaltsam wieder rückgängig, was insbesondere bei den großdeutsch gesinnten Kreisen in Österreich grundsätzliches Nachdenken hervorrufen mußte. Diese erneute Teilung stellte überdies einen erheblichen Einbruch in das Gleichgewichtssystem des Wiener Kongresses dar, das den Konnex der uneinigen Brüder herbeigeführt hatte, um das französische Übergewicht in diesem Raum auszubalancieren. Deshalb waren die Garantiemächte erst ein Jahr später zur Sanktionierung dieses Prozesses bereit.

Der mitteleuropäische, hauptsächlich deutsch beherrschte Landgürtel war für die Stabilität des europäischen Staatensystems jedoch noch erheblich bedeutsamer, so daß die außerdeutschen Großmächte territoriale und verfassungsmäßige Änderungen in diesem Raum noch viel weniger tolerieren zu können meinten. 1839 wurde das Ausgreifen der Niederlande nach Belgien, das die Gewichte wenigstens im westlichen Nordseeraum verschoben hätte, abgeblockt und der ganze Bereich durch Festschreibung der Teilung und Neutralisierung konsolidiert. Dabei erhielt sogar der Deutsche Bund durch die Neubildung des Großherzogtums Luxemburg vorübergehend – bis 1866/67 – Zuwachs. Dieser Gewinn war jedoch sehr bescheiden und wurde eben dadurch, daß er minimal war, überhaupt nur möglich. Denn schon die Aufnahme Schleswigs und Holsteins nach dem 1. Deutsch-Dänischen Krieg überstieg die von den Garantiemächten definierte europäische Toleranzgrenze und wurde daher im Londoner Protokoll 1850 rückgängig gemacht. Aus dem gleichen Grunde scheiterten die weit ausgreifenden deutschen Föderalisierungs- und Mitteleuropapläne des österreichischen Ministerpräsidenten Schwarzenberg 1850/51 auf Druck Englands, Frankreichs und Rußlands, weil diese eine Neuauflage der habsburgischen Hegemoniebestrebungen fürchteten.

Diese enttäuschenden Erfahrungen intensivierten jedoch keineswegs die möglichen innerdeutschen Kontakte und Absprachen, sondern verschärften unter der Führung der feudalen Oberschichten die preußisch-österreichische Rivalität kontinuierlich zum offenen politischen und militärischen Antagonismus, zumal auch die konfessionellen Gegensätze wieder hervortraten (1852-60 Badischer Kirchenstreit). Innenpolitisch wirkte sich diese Entwicklung nach der letztlich an den preußischen Bajonetten gescheiterten Revolution von 1848/49 zuerst als Rückkehr zum Neo-Absolutismus aus, auf den insbesondere Österreich wegen der nationalen Heterogenität seiner Bevölkerung wie auf seinen Staatskatholizismus vital angewiesen war. Die Bevölkerung der Donaumonarchie war zu 75 Prozent nichtdeutsch, diese überwältigende Mehrheit aber in sich stark zersplittert.



Entwicklung des Zollvereins und Eisenbahnlinien bis 1848

Preußen – ein gesuchter Bundesgenosse für die europäischen Flügelmächte

1853 jedoch löst die russische Expansionspolitik im südlichen Balkanraum und den mediterranen Meerengen den Krimkrieg aus, der die Aufmerksamkeit der westlichen europäischen Großmächte auf diesen Raum und auf Rußland als neuen Ruhestörer lenkte. Diese, durch die Aufkündigung der bisherigen Solidarität der europäischen Flügelmächte durch Rußland, bedingte Verlagerung der Konfliktkonstellation und ihre Rückwirkungen auf Deutschland erwiesen sich als ausschlaggebend für die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Dadurch nämlich, daß Preußen jetzt die Rolle bewaffneter, zu allen Konfliktpartnern gleich distanzierter Neutralität übernehmen und die deutschen Mittelstaaten in dieser Politik hinter sich bringen konnte, legte es den Grundstein zu einem neuen, den eigenen Spielraum wesentlich erweiternden, europäischen, mächtepolitischen Funktionszusammenhang. Gestützt auf sein wachsendes demographisches, ökonomisches und damit machtpolitisches Potential wächst Preußen zu einem eigenständigen, in bestimmten Situationen von allen Seiten gesuchten potentiellen Bundesgenossen heran, dessen Gunsten man gegebenenfalls sogar durch entsprechende Konzessionen zu erringen suchen mußte.

Im Krimkrieg selbst war es Rußland, das unmittelbar davon profitierte, daß sich Preußen nicht vorbehaltlos auf die Seite der angegriffenen Türkei bzw. Österreichs und der westeuropäischen Mächte stellte, die alle das Osmanische Reich als Gegengewicht zu Petersburg erhalten sehen wollten. Wenig später suchte sich Frankreich Preußen zu verpflichten. Die Annäherung Österreichs an den Westen während des Krimkrieges blieb nämlich in Bezug auf das unter Napoleon III. erneut aufstrebende Frankreich ohne dauerhafte positive Ergebnisse, weil Napoleon ungeachtet dieser Anlehnung die antiösterreichische Eingigungsbewegung in Italien unter Cavour unterstützte, um Österreich zu schwächen und sich im Gegenzug von Italien Nizza und Savoyen einhandeln zu können.

**Dieser Beitrag wird im nächsten Heft fortgesetzt.*

Essay

Der Diskurs des Verrats

Anmerkungen zur Funktion eines politischen Kampfbegriffs

von Thomas Noetzel*

Verrat ist wohl einer der irisierendsten politischen Begriffe. Assoziationsketten, die sich an ihn schließen lassen, sind praktisch unendlich und nur eindimensional denkende Juristen glauben zu wissen, wovon sie reden, wenn sie vom Verrat sprechen. Doch die gesetzlichen Regelungen tragen wohl am wenigsten zur Erklärung der Verratsfaszination bei. Verrat und Verratsvorwurf sind nicht auf die staatliche Ebene in ihrer formalisierten und codifizierten Rechtsform begrenzbar. Der bedeutende Politikwissenschaftler Carl Joachim Friedrich hat versucht, die gesellschaftlichen Aspekte des Loyalitätsbruchs herauszuarbeiten und deutlich zu machen, warum gerade sie dem Verratsbegriff eine besondere Brisanz verleihen. Die von Carl Joachim Friedrich gegebene Definition des Verrats beleuchtet in ihrer Einfachheit die sozialen Bezüge, verdeutlicht aber auch, wie schwierig auf der nicht-juristischen Ebene eine Definition des Verrats ist: „Ein Verräter handelt anders, als es andere auf der Grundlage der Beziehungen zu ihm erwarten dürften ... In der Politik erleben wir ständig eine Verhaltensweise, die darin besteht, daß eine Person anders handelt, als eine politische Organisation, eine Regierung, eine Partei, eine Behörde usw. es von ihr erwarten dürften." Hier fällt zunächst auf, daß Friedrich nicht auf die stigmatisierende Funktion des Verratsvorwurfs eingeht. Die sozialen Bezüge des Begriffs verweisen sowohl auf die reale Verratshandlung (ob damit der Bruch mit Normen und Gruppen gemeint ist oder der Geheimnisverrat an eine bzw. das Zusammenarbeiten mit einer ausländischen Macht, kann zunächst unberücksichtigt bleiben), als auch auf seine Eigenschaften als Kampfbegriff. Weil Friedrich nur auf die Mechanik der Verratshandlung schaut, wird ihm die spezifische Qualität des öffentlich erhobenen Verratsvorwurfes nicht hinreichend deutlich. Die Kategorie der Erwartungstäuschung ist zur Kennzeichnung von Verrat zwar notwendig, aber nicht ausreichend. Hinter jedem Verrat steckt eine Erwartungsenttäuschung, doch nicht jede Erwartungsenttäuschung wird als Verrat begriffen und diskutiert. Die Schwäche seines Definitionsversuchs ist wohl auch darin begründet, daß auf der Erscheinungsebene zwischen einem Alltagsverständnis von Verrat und seinen politischen Formen nicht unterschieden wird. Diese Differenz zeigt sich nach Friedrich erst bei der Untersuchung der Funktionen, die die jeweiligen Verratshandlungen erfüllen. Für ihn sichert der politische Verrat eine systemnotwendige Flexibilität: „In gewissem Sinne könnte kein politisches System hoffen, sich den Veränderungen in seiner sozialen Substruktur der Wertmaßstäbe, Interessen und Glaubensinhalte anzupassen, wenn einige Männer nicht bereit wären, die alte politische Ordnung der neuentstehenden zu verraten. Der Verrat, d.h. der Hochverrat, wird zu einem dynamischen Faktor." (1) Friedrich wirft damit aber mehr Fragen auf als er beantworten kann. Daß die Kategorie der Dynamisierung des politischen Systems fragwürdig ist, mag ein Hinweis auf die russische Revolution von 1917 verdeutlichen. Im Verständnis von Carl Joachim Friedrich waren die Bolschewisten Verräter, sogar erfolgreiche Verräter; aber hat sich deshalb das zaristische politische System anderen subkulturellen Wertmaßstäben und Verhältnissen angepaßt?

Ähnlich wie bei der Definition des Verrats selbst, operiert der Autor auch in der Erklärung des Zusammenhangs von Loyalitätsbruch und politischem System mit Katego-

rien, die wegen ihrer Allgemeinheit fast jede analytische Schärfe verloren haben. Daß der wichtige Versuch, die Funktionalität des Verrats zu beschreiben, mißglückt, liegt auch an dem synonymen Gebrauch der Begriffe Funktion und Norm: „Alles hängt davon ab, welches Maß an Funktionalität sie (die Verräter, TN) erreichen können. Wenn aus ihren Bemühungen eine bessere ... Ordnung hervorgeht, wird man das entsprechend würdigen." (2) Aber nach diesen Kriterien kann es eine vom wertenden Betrachterstandpunkt unabhängige Funktion des Verrats nicht geben (und damit wäre der Funktionsbegriff entleert), weil die Frage nach der Verbesserung der Ordnung allein schon wegen widerstreitender gesellschaftlicher und politischer Interessen nicht zu beantworten ist.

Die Funktion der öffentlichen Diskussion über den Verrat

Analytisch fruchtbar scheint es nur zu sein, wenn nicht nur nach der Funktion des Verrats, sondern wenn auch nach der Funktion der öffentlichen Diskussion über ihn gefragt wird. Gerade unter politikwissenschaftlichen Fragestellungen nach Machterwerb, nach Machtbehauptung und Machtzerfall kann die Verratshandlung vom sozialen Diskurs (3) über sie nicht getrennt werden. Das abweichende politische soziale Handeln begründet den Verratsvorwurf wie auch das Nichtübereinstimmen mit Rollenerwartungen, so weit kann Friedrich zugestimmt werden. In den gesellschaftlich erhobenen Vorwürfen des Loyalitätsbruchs stecken Machtansprüche und Herrschaftsausübung. Der Verratsvorwurf wird als Disziplinierungsinstrument und als Gewaltlegitimation eingesetzt. Diese Mechanismen verlaufen nicht nur von oben nach unten. Verrat ist zu einer Anklage geworden, die sich gesellschaftliche Gruppen gegenseitig machen können und machen. (4) Sie dient zur Entlastung bei Mißerfolgen und Niederlagen; sie macht Wirklichkeit erklär- und begreifbar. Wer als Individuum oder Gruppe nationale, klassenmäßige, ideologische (die Reihe ließe sich verlängern) Identitäten, die ihn bzw. sie eigentlich selbst definieren müßten, in Zweifel zieht, steht in der Gefahr, als Verräter gebrandmarkt zu werden.

Die „fünfte Kolonne ..."

Die Definitionen dieser jeweiligen Dissenspositionen entwickelten sich analog zu der Ausweitung des zunächst in der bürgerlich industriellen Gesellschaft angelegten Klassenkonflikts auf der Ebene der internationalen Politik (durch Entstehung und Konsolidierung der UdSSR). Verstärkt seit 1917 und fast aussschließlich nach 1945 wird Verrat an der ideologischen Trennungslinie im Ost-West-Konflikt angesiedelt. Treuebruch heißt dann vor allem, den Glauben an die Überlegenheit und höhere Moral des eigenen Systems aufgeben. Der „Konversionspotenz" (5) von Sozialismus und Sowjetunion nachzugeben, wird in den kapitalistischen Ländern zu einem Synonym für Verrat. Die immer wieder erhobenen Vorwürfe gegen Individuen, Gruppen oder Parteien, diese seien „die fünfte Kolonne Moskaus", verträten sowjetische Interessen etc. sind Ausdruck dieses Verratsverständnisses. Beklagt wird in solchen Anprangerungen ja nicht nur die Tätigkeit für die Interessen einer ausländischen Macht, sondern der Einsatz für eine von Grund auf anders strukturierte Gesellschaftsorganisation. Verrat bedeutet danach also nicht mehr nur Aufkündung der Loyalität zu Staat und Nation, sondern signalisiert ideologische Gefährdung und Gefährlichkeit. Diese Beschreibung gilt klapp-symmetrisch auch für das Lager des realen Sozialismus. Allerdings ist auf einen wichtigen Unterschied in der Verratswahrnehmung hinzuweisen: verbindet sich in den liberal-demokratischen Systemen – wie noch gezeigt werden wird – Verratstheorie und Gesellschaftskritik, wird hier der Verrat als Teil des Gesellschaftssystems begriffen, so ist im Ostblock Verrat immer Ausdruck einer individuellen Abweichung. Stellvertretend kann Julian Semjonow zitiert werden, der feststellt, daß „... Verrat (auf, T.N.) eine pathologische Denkweise deutet, die dem Normalbürger fremd ist ... Bloß einer mit angeknackster Moral kann zum Spion werden ... Das (der Verrat, T.N.) widerspricht im Grunde unserer Gesellschaft. Einer, der freiwillig oder auch nur unter Druck dem entsagt, was unser Leben ihm bietet, ist eine Anomalie." (6)

In diesem Zusammenhang der gesellschaftlichen Treuegebote hat André Thérive mit seinem Wort von der „unbestimmten Form des Molochs Gesellschaft und (seinem, T.N.) launenhaften Zorn" (7) einen wichtigen Hinweis auf die Ausweitung möglicher Verratshandlungen, die Inflationierung des Verratsvorwurfs und die Artikulation von Verratsängsten geliefert. Thérives Aussage ist deskriptiv und normativ zugleich. Mit der Feststellung einer zunehmenden Vergesellschaftung des Verrats legen Thérive und die Autoren, die ihm folgen, wie Boveri, West oder Berglar (8) nicht nur mehr oder weniger systematische Analysen des Verrats vor, sondern greifen selbst in diese Verratsprozesse als Ankläger ein. Ihre Arbeiten haben auch deshalb eine hohe Aussagekraft für die gesellschaftliche Füllung des Verratsbegriffs, weil in ihnen neben der theoretischen Reflexion auch die Stigmatisierungskraft des Verratsvorwurfes erkennbar wird.

Verratstheorie als Gesellschaftstheorie

Die von den Verratstheoretikern wahrgenommene Bedrohung durch die Existenz eines gesellschaftlichen, realsozialistischen Gegenmodells führt dazu, daß sich bei ihnen Verratstheorie zur Gesellschaftstheorie auswächst. Nach Boveri gehen mit Demokratisierung, Ideologisierung und Säkularisierung Treueverlust und Entfremdung einher. Die Autokatalyse der Scholastik und die Aufklärung habe den „gesunden Menschenverstand (als, T.N.) Richter über alle Fragen" (9) eingesetzt und dem Individuum damit stützende Orientierungen geraubt. Diese rationalismuskritische Argumentation wird an anderer Stelle noch deutlicher vertreten; sie beleuchtet die im Zusammenhang mit dem Systemkonflikt entwickelten Identitätsängste und Bedrohungswahrnehmungen. So seien in der heutigen Zivilisation „Abfall und Verrat geradezu alltäglich geworden", entsprächen einem „Werte-Chaos", einer sozialen Orientierung, die „dem theozentrischen Ordo des Mittelalters" (10) eine Absage erteilt habe. Aus dieser potentiell immer verrats-

gefährdeten Gesellschaft könne nur eine stärkere Betonung des Staates einen Weg weisen. Allein die Rückbesinnung auf einen über den gesellschaftlichen Interessen angesiedelten Staat wird als Gegenmittel gegen die festgestellte Verratsepidemie angesehen. Die Kategorie des Verrats, so etwa Boveri, müsse „in ihrem ursprünglichen nationalen Sinn wieder Geltung haben." (11) An dieser Stelle wird deutlich, daß die Bedrohung gerade in der pluralistischen Verfaßtheit der liberal-bürgerlichen Gesellschaften gesehen wird. Die Interessenvereinheitlichung über den Staat wird als

Chance begriffen, dem angenommenen östlichen monolithischen Block eine westliche Entsprechung entgegenzusetzen, die verhindert, daß das Individuum der Anziehungskraft des Systemgegners erliegt. Für die Schwere der Bedrohungswahrnehmung spricht, daß an diese Lösung nicht geglaubt wird. Die Wiederbelebung „archaischer Treueempfindungen" (12) sei nicht möglich, der Verrat gehöre inzwischen zu einer „Phänomenologie der Freiheit – nämlich (der) menschliche(n) Freiheit, bestimmte Positionen in Gedanken, Worten und Werken zu ändern und ins Gegenteil zu kehren ..." (13)

Verratstheorien scheinen immer apokalyptische Neigungen zu haben. Die anthropologische Konstante der Anfälligkeit für Kurswechsel erhält durch die Möglichkeit eines anderen gesellschaftlichen Entwicklungsgangs ihre eigentliche Bedrohlichkeit. Ist der Mensch in seiner Freiheit auf Halt und Institutionen angewiesen, so werden ihm diese aber durch die Wertevielfalt und die Existenz eines anderen, sich als Gegenentwurf verstehenden, Systems entzogen. Rationalität und ethische Bindungslosigkeit sowie das Fehlen von sozialem Zusammenhang gelten in diesem Verständnis als die modernen Ursachen des Verrats: „The treachery of these men (vor allem Joyce und Fuchs, T.N.) recalled what a nation should be: a shelter ... they (die Verräter, T.N.) needed a nation which was also a hearth, and their capacity for suffering made it tragic that they had gone out from their own heath to suffer among strangers because the intellectual leaders of their time had professed a philosophy which was scarcely more than a lapse of memory, and had forgotten, among much else, that a hearth gives out warmth." (14) In dieser Verbindung von Verratstheorie und Gesellschaftskritik drückt sich nicht nur die Kampfqualität der Verratsdiskussion aus (etwa Kritik an angeblich desorientierten Intellektuellen), sondern hier stößt man auch auf wichtige Muster, die die Wahrnehmung von Verrat und Verrätern in der Öffentlichkeit bestimmen. Die Absage an Gemeinschaft und an einen emotionalen Patriotismus, die beklagte Ideologisierung von Staat und Gesellschaft prägen danach die Typologie des Verräters. Boveri stellt bei ihnen „Enttäuschung, Skeptizismus, Zynismus, (eine, T.N.) gewisse Gefühlsverrohung" (15) fest. Bereichert man diese Aufzählung noch um das Wort Gespaltensein, so hat man schon fast die Topoi der trivialliterarischen Bearbeitung des Verrats zusammen. Verrat gilt als krankhafte Abirrung, als „**sozial**-pathologischer" (16) Prozeß. Im Verräter erscheint hier ein Zivilisationstypus, in welchem gesellschaftliche Identitätsdefizite ihren adäquaten Ausdruck finden. Bei Boveri, West und Berglar ist der Verrat deshalb auch auf die bürgerlich-parlamentarischen Systeme beschränkt. Im Zusammenhang mit Überläufern aus dem Lager des realen Sozialismus gilt der Loyalitätsbruch nicht mehr als krankhaft, sondern als „erste Stufe zur Selbstbefreiung" (17), als „die sittliche Neugeburt" (18), als eine Manifestation des „reine(n) menschliche(n) Gewissen(s) – verschüttet, vereist, dennoch immer noch lebendig – explodier(end) in einer Tat des Hochverrats wider den zum System gewordenen Menschheitsverrat" (19). Der Verratsbegriff ist offensichtlich so negativ besetzt, daß Verräter immer nur die anderen sein können (20). Und selbst wenn, wie oben skizziert, der Begriff Hochverrat für das eigene Lager reklamiert wird, so besteht der eigentliche Verrat, besteht doch das eigentliche Verbrechen im „Menschheitsverrat"; so ist der Hochverräter also eigentlich gar keiner.

Verrat als Metier sozialer und intellektueller Führungsschichten

Diese unterschiedlichen Sicht- und Bewertungsweisen des Verrats treffen sich allerdings wieder in ihrem Verständnis von der sozialen Funktion des Verräters. In allen bisher zitierten Analysen ist er ein isolierter Vorreiter. Führt allerdings die eine Avantgarde aus einem totalitären System heraus und stiftet neuen humanen Lebenssinn, so wird die Vorreiterrolle der westlichen Abtrünnigen als Bedrohung wahrgenommen. Sie gewinnt noch an Dramatik mit der Feststellung, daß auch Konservative verratsanfällig seien. Diese politische Einschätzung findet ihre soziologische Unterfütterung. Besonders die „bürgerlichen Intellektuellen" in ihrer ambivalenten Stellung zwischen sozialistischer Neuordnung und konservativer Beharrung scheinen verratsgefährdet zu sein. In der Rückübertragung des zwischenstaatlichen Ost-West-Konflikts auf binnengesellschaftliche Strukturen und Prozesse wird die neue Verratsqualität betont. Die politische Entwicklung stelle jeden Einzelnen vor tiefgreifende Loyalitätsüberlegungen, und einige seien diesen Zweifeln nicht gewachsen. Eine Gesellschaft, die ihre Mitglieder unter diesen permanenten Entscheidungszwang stelle, habe die Verräter, die sie verdiene (21). Betont dabei Boveri – in ihrer ganzen Argumentationsrichtung der Krankhaftigkeit des Verrats wird das deutlich – eher die Opferrolle der (intellektuellen) Verräter, die in keiner emotionalen Bindung zum Vaterland mehr leben könnten und Heimatverlust traumatisch erfahren hätten, so gehen andere in der Kritik an Dissidenten weiter. Deutlich tritt hier wieder die Verbindung von Verratstheorie und Gesellschaftskritik hervor. So gehören etwa die linken britischen Intellektuellen (von denen einige wie Blunt oder Philby zu KGB-Spionen wurden) der dreißiger Jahre zu einer „negativist generation" (22); „... they formed an elect class which should be allowed to do as they liked ... The U.S.S.R. has posed to the scientists of the world as the one country which gives their tribe real power." (23)

Typologien

Auch in den, in zahlreichen Arbeiten entwickelten, Verrätertypologien werden diese impliziten Zurechnungen des Verrats als

Metier sozialer und intellektueller Führungsschichten deutlich. Geld gilt als niederer Verratsgrund, während Spielermentalität, Abenteuerlust und Gefahrenkitzel als „etwas gehobene Motive" angesehen werden (24). Immer wieder wird Verrat mit Machtstreben und dem Ehrgeiz, die Führungsrolle, wenn auch in pervertierter Form, wahrzunehmen, in Zusammenhang gebracht. Der Eindruck, daß der Verrat einen Teil seiner Faszination aus dem Loyalitätsbruch traditioneller sozialer und politischer Oberschichten erhält, drängt sich bei der Untersuchung des folgenden Zitats auf: „Es macht eben einen gewaltigen Unterschied aus, ob sich konservative Adelige, Offiziere, hohe Staatsbeamte unter Gewissensqualen von allem, was sie über Treue, Loyalität, Fahneneid u.s.f. gelernt haben, von einer eingefleischten und seit Jahrhunderten geübten prinzipiellen Konsens-Haltung losreißen müssen, ob sie sich im heftigen inneren Widerstreit der Werte zu einer neuen Priorität durchkämpfen müssen – oder ob eine derartige Konfliktsituation schon deshalb mehr oder weniger entfällt, weil von vornherein keine ethischen oder affektiven Bindungen an das betreffende ‚Verratsobjekt' (Heraushebung im Original, T.N.) bestanden haben." (25) Die Anziehungskraft und der Schrecken, der von diesem Verrat ausgeht wird noch deutlicher, wenn man sich die Attributierungen ansieht, mit der diese Handlungsweisen der konservativen Adeligen, Offiziere und hohen Staatsbeamten versehen werden: schrecklich, tragisch, schicksalhaft, schuldhaft, Heroismus bis zum Tode. Schon das Pathos signalisiert, daß die Verräter, trotz ihres Bruchs mit gesellschaftlicher Zugehörigkeit, in ihrem Verrat Herrschaftliches bewahrt haben. Und wenn im gleichen Text festgestellt wird, daß „(das) Moment der Lüge, Heimtücke, ..., wie man sich auch dreht und wendet, dem Verrat und dem Verräter auf den ersten Blick einen besonderen Makel aufdrückt", so wird hier die Ambivalenz in den sozialen Aspekten des Verratsbegriffs noch einmal deutlich. Semantik und Syntax lassen erkennen, wie der Autor sich zu einer Verurteilung des Verräters, die ja schließlich vorgenommen wird, durchringen muß. Die Kritik am Verräter und an dem gesellschaftlichen Verfallsprozeß, der diesen erst produziert, paart sich mit der widerwilligen Bewunderung für die auch im Verrat manifestierten Führungsqualitäten. Zur Bedrohungswahrnehmung tritt also die Faszination. Dieser Widerspruch macht den Verräter zum beunruhigenden, skandalösen und gleichzeitig bewunderten Wesen. Simmel verweist in diesem Zusammenhang auf die Machtqualität der Verratshandlung und verbindet in seinen Ausführungen diesen Herrschaftsaspekt fast idealtypisch mit dem Pathos des Schreckens: „Auch das Geheimnis ist getragen von dem Bewußtsein, es verraten zu können, und damit die Macht zu Schicksalswendungen und Überraschungen, zu Freuden und Zerstörungen, wenn auch vielleicht nur zur Selbstzerstörung in der Hand zu haben. Darum umspielt Möglichkeit und Versuchung des Verrats das Geheimnis,

und mit der äußeren Gefahr des Entdecktwerdens verschlingt sich diese innere des Sich-Entdeckens, die der Anziehungskraft des Abgrunds gleicht." (25a) Verrat in seiner gesellschaftlichen Bedeutung impliziert Isolation und Avantgarde. Wieweit der Konsens in der Verratsanalyse im Hinblick auf diese Aspekte geht, deutet etwa André Gorz in einer Passage aus „Der Verräter" an: „Sie (die Gesellschaft, T.N.) braucht Verräter, die sie verfolgen kann, denn sie fühlt sich verraten, da die Geschichte ihrem Verhalten einen objektiven Sinn verleiht, der ihr ihre Absichten raubt, den Sinn dieser Absichten aufhebt, um ihn durch einen anderen zu ersetzen. Die Verräter sind ganz einfach diejenigen, die erkennen, was sie nicht sehen will: das Unvermeidliche, dem sie rückwärtsgehend zusteuert." (26)

Verrat und Verräter als Indikatoren eines – nur unterschiedlich zu bewertenden – gesellschaftlichen Entwicklungsgangs. In der politischen Auseinandersetzung über Verrat und in den immer wieder auftretenden Spionage- und Geheimnisbruchskandalen geht es neben der jeweiligen Verratshandlung auch immer um den Zustand von Staat und Gesellschaft. Verratsfälle entzünden und in ihnen dokumentieren sich Generaldebatten über Inhalt und Form politischer Identität und Organisation – hierin liegt ihre eigentliche Anziehungskraft und Erklärungsbedürftigkeit.

Anmerkungen

1 beide Zitate: Carl Joachim Friedrich, Pathologie in der Politik, Frankfurt/M., New York 1973, S. 68 und 71.

2 Friedrich, Pathologie der Politik, S. 81.

3 Der Begriff Diskurs steht hier in seiner Wörterbuch-Bedeutung für Erörterung. Diese gesellschaftliche Erörterung ist aber nicht beliebig. Auch wenn man die Terminologie Foucaults wegen des undifferenzierten Wahrheits- und Machtbegriffs nur schwer übernehmen und operationalisieren kann, so sind die Fragestellungen auch für die Untersuchung der Debatte über Verrat sehr anregend: „Welche Rechtsregeln wendet die Macht an, um Diskurse der Wahrheit zu produzieren? Oder weiter: Welcher Machttyp vermag Diskurse der Wahrheit zu produzieren, die in einer Gesellschaft wie der unsrigen mit derart mächtigen Wirkungen ausgestattet sind", Michel Foucault, Dispositive der Macht – über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin 1978, S. 75.

4 Für Verratsauseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung bezeichnet der Slogan „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" eine der Konfliktlinien. Eine Ausführung dieses Themas liefert Kurt Tucholsky, Die Verräter, Weltbühne 1931, Nr. 45, S. 720 f.

5 Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München und Zürich 1974, S. 438.

6 So das sowjetische Pendant zu John le Carré, Julian Semjonow in seinem Roman, Die Würfel fallen in Moskau, dt. Ausgabe, Dortmund 1985, S. 125, 241, 275.
Semjonows Bücher sind pädagogische Vermittlungen der Regierungspolitik (so beteiligen sich z.B. die Geheimdienstangehörigen an der offiziellen Abstinenzkampagne, der Verräter ist demgegenüber Alkoholiker). In ihnen manifestiert sich mehr als nur eine persönliche Meinung.

7 Thérive, Essai sur les Trahisons, p. 196: „Le crime de lèse-société a remplacé le crime de lèse-majesté, avec cette différence que la personne du souverain était facile à identifier, et donc à mettre hors d'atteinte, tandis que la société est un Moloch aux formes vagues et aus colères capricieuses."

8 An Arbeiten, in denen neben der Darstellung von Verratsfällen auch noch über den Verrat reflektiert wird, sind zu nennen: Margret Boveri, Der Verrat im Zwanzigsten Jahrhundert (hier zitiert in der Sonderausgabe Reinbek 1976); Hans Magnus Enzensberger, Zur Theorie des Verrats, in: ders.: Politik und Verbrechen, S. 361-385, Frankfurt/M. 1985; Peter Berglar, Was ist Verrat, in: Die Tragik der Abtrünnigen, Herder-Initiative Bd. 38, S. 9-45; André Thérive: Essai sur les Trahisons, Paris 1951; Rebecca West, The Meaning of Treason, London 1952 und dies., The New Meaning of Treason, London 1964; als Beispiel für eine Behandlung des Themas, die sich in der Schilderung von Einzelschicksalen verliert und in der dennoch theoretisierende Ansprüche angemeldet werden: Peter Noll, Landesverräter – 17 Lebensläufe und Todesurteile, Stuttgart 1980.

9 Boveri, Verrat im 20. Jahrhundert, S. 283.

10 Berglar, Was ist Verrat? S. 16.

11 Boveri, Verrat im 20. Jahrhundert, S. 357.

12 Berglar, Was ist Verrat? S. 30.

13 ebenda, S. 32.

14 West, Meaning of Treason, S. 381.

15 Boveri, Verrat im 20. Jahrhundert, S. 31.

16 Berglar, Was ist Verrat? S. 43; Boveri, Verrat im 20. Jahrhundert, S. 294, fordert, daß die westlichen Intellektuellen „immun gegen die Ansteckung" des Sozialismus werden müßten. Eine „gesunde" (ebenda, S. 302) Gesellschaft hat keine Verratsskandale.

17 Strauss, Abtrünnige und Neophyten, S. 152, in: Herder-Initiative, Heft 38; Hendrik van Bergh, Der Überläufer, Würzburg 1979, S. 11, stellt axiomatisch fest, „man riskiert nicht für ein ‚besseres Leben' (Hervorhebung im Original, T.N.) sein Leben, ..., er (der Überläufer, T.N.) wählt die Freiheit und setzt dabei alles aufs Spiel".

18 Strauss, Abtrünnige und Neophyten, S. 140.

19 ebenda, S. 151; an den Beispielen sowjetischer Überläufer findet eine Diskussion über die Legitimation eines Loyalitätsbruchs statt.
Berglar, Was ist Verrat? S. 43, sieht eine laokoonhafte Schuldverstrickung: „Verrat kann nicht makellos begangen werden". Die Sonderstellung des östlichen Überläufers besteht in dieser tragischen Verstrickung von Schuld und richtigem Handeln, in der moralischen Legitimation des Verbrechens, das unterscheidet ihn vom westlichen Überläufer.

20 Enzensberger, Theorie über den Verrat, S. 363; weil Verräter immer die Gegner sind, erhalten die für die Staaten des realen Sozialismus Tätigen auch den Ehrentitel „Kundschafter des Sozialismus". Der Stigmatisierungskraft des Begriffs kann sich wohl kein Lager entziehen. In diesem Zusammenhang kann auch an das Wort von Harrington erinnert werden, der feststellte, daß es keinen erfolgreichen Verrat gebe. Sei der Verräter erfolgreich und setze sich durch, nenne man ihn nicht mehr so.

21 Boveri, Verrat im 20. Jahrhundert, S. 26; auch Friedrich, Pathologie der Politik, S. 71, spricht von einem Versagen des Gemeinwesens.

22 West, Meaning of Treason, S. 333.

23 ebenda, S. 325 und 338.

24 Berglar, Was ist Verrat? S. 39 ff.; Friedrich, Pathologie der Politik, S. 90.

25 Berglar, Was ist Verrat? S. 42.

25a Georg Simmel, Soziologie, 2. Aufl. Leipzig 1922, S. 274.

26 Gorz, Der Verräter, Frankfurt/M. 1980, S. 169.

*Der Verfasser ist wiss. Mitarbeiter am Institut für Wissenschaft von der Politik an der Universität Marburg.

Rambomania

Amerikas Trivialmythen heute: Wiedererwachen oder Alptraum?

von Dieter Selzer*

Seit jüngst „Rambo" Stallone auch in bundesdeutschen Kinos mit den Vietcong aufgeräumt und damit ein Stück Weltgeschichte revidiert hat, ist unseren Kritikern und Kritikastern des Trivialen in den Medien der populären Kultur aufgefallen, daß das Thema „Horror- und Gewaltvideos" ein bißchen wie Schnee von gestern anmutet. God's own country hat offenbar wieder mal auf neue alte Weise zu sich selbst zurückgefunden, Neopatriotismus, Antikommunismus und Sendungsmythos haben Selbstzweifel, Krisenstimmung und Identitätsbrüche abgelöst. America goes Rambomaniac und die „moral majority" inclusive ihres Präsidenten Ronald Reagan haben diese neuerliche Entwicklung insbesondere im Filmgeschäft flugs vereinnahmt, wenn nicht ausgelöst. Die Chiffre „Ronbomania" klassifiziert als neue Wortschöpfung den geschäftsträchtig hochgekochten Brei aus politischen Dolchstoßlegenden, gezielt geschürten Wieder erweckungsbewegungen des american spirit, internationalen Spannungen und innergesellschaftlichen Traumata, mediengerecht aufbereiteten Mythen von Rache, Ehre, Stärke und Wille zur Selbstbehauptung in einer Umgebung von Dekadenz, Terrorismus (politischer und pathologischer Natur), Amoralität und Gefahr. Die dazugehörigen Gegen- und Feindbilder liegen auf der Hand. Das nun nach fast zwanzig Jahren wieder neu vermarktete Feindbild bildet nur die primitive Spitze einer wiederaufbereiteten Müllhalde, die mehr über den Zustand der Weltmacht Nr. 1 erzählt, als so manche Analyse internationaler Spannungen, der Klassenkämpfe oder der ökonomischen Entwicklungen zu leisten vermag.

Pauschal betrachtet scheint es, als symbolisierten „Rambo" Stallone und Chuck Norris, wenn sie den Vietnam-Krieg im Blut folternder Gelber badend nachträglich gewinnen, oder „Rocky" Stallone, wenn er als Boxer dem tumb-brutalen russischen Champion die Fresse poliert, oder die Ninjas, Remos, Matrix und wie sie alle heißen, die als Killermaschinen und Ein-Mann-Armeen ihre Familien, Städte, das Land und die freie Welt vom Feind säubern, zuallererst jenen militant-antikommunistischen Neopatriotismus, den ihr großer Kommunikator selbst medienträchtig pflegt, wenn er über das Böse in der Welt herzieht und androht, doch auch einmal ein paar Rambos nach Libyen zu schicken. Die Bilder, die für dieses Bild sprechen, sind kaum noch zu zählen, nur noch spothaft auszuleuchten: Rambo III ist schon klar, gesucht wird nur noch der Ort des Geschehens – zur Disposition steht der Nahe Osten; ob er jedoch Afghanistan von den Roten befreit oder Palästina von den Palästinensern, ist noch offen. Chuck Norris wird demnächst in „Invasion USA", der das Grundmuster der „Roten Flut" mit dem der Ein-Mann-Armee vereinigen wird, sowjetische, kubanische und DDR- (!!!) Invasoren zurückschlagen. Die Fernsehgesellschaft ABC, wegen ihres „The Day After" der Einseitigkeit bezichtigt, produziert die Serie „America", in der Unterwanderungsängste mit Invasionsbildern und Unterdrückungsphantasien kombiniert werden. In „Teenager-Apocalypse" befreit eine kleine Privatarmee von Guerillas entführte Studenten. In neuen Ninja-Filmen räumen die wenigen Amerikaner, die diesem fernöstlichen Geheimbund an käuflichen Killerkünstlern wenigstens in Sachen Tötungsfertigkeiten angehören, mit Infiltratoren östlicher und inneramerikanischer Herkunft auf. Und allein ein Blick auf die Liste mit Video-Neuerscheinungen des Action-Genres enthält folgendes Neues und jetzt geschäftstüchtig auf Cassette wieder verfügbar Gemachtes: In „Macho Trip" gerät ein Vietnam-Veteran nebst weiblichem Anhang in die Fänge einer gefährlichen Hippie-Gemeinde – es folgt, was folgen muß. In „Crossfire" verhindert ein Spezialagent den „Verkauf" eines Physikprofessors an die Rotchinesen. Im übrigen sprechen selbts schon die Titel für sich: „Blood Force", „Delta Fox", „Fighting Killer", „Hell Warriors", „Love Fighters", „Mission Thunderbolt", „Final Game"...

Und auch ein Blick in ein anderes Medium der populären Kultur Nordamerikas läßt Zeichen der Wandlung entdecken. Nachdem in Superhelden-Comics der fünfziger und sechziger Jahre mindestens die Hälfte der Bösewichter allein von der Physiognomie und der Namensgebung her, inclusive der Symbolik von Farbgebung und Gestik, der breiten Palette möglicher „Hunnen" angehörte, tummelten sich in den folgenden anderthalb Jahrzehnten viel eher „gewöhnliche" Bösewichter, machtbesessene Geisteskranke und Mutanten. Auf der Seite der Helden tauchten auch schon häufiger Frauen, Farbige und zwielichtige Figuren auf. Beispielsweise mit der aktuellen Wiederveröffentlichung des Magazins „Savage Tales", verlegt vom Comic-Imperium Marvel und einst den vorzeitlichen Barbaren/innen vorbehalten und nach Abebben der Welle eingestellt, deutet sich auch hier der neue Zug an. Martialismus und Krieg sind wieder „in" – und das nicht in grauer Vorzeit oder in ferner Galaxis, sondern hier, gestern und heute.

Hollywood macht mobil

Wie „rechtfertigen" die Beschwörer und Claqueure dieser neuen alten bösen Geister ihre Umtriebe? Kalter Krieg wie gehabt? Macht Hollywood mobil? Gezielte Indoktrination? Tumbe Lust an der Gewalt? Oder ist es only business, just for fun? Die Fragen determinieren die Antworten, ein plattes Nein ist ausgeschlossen. Doch gerade weil politische Analyse noch nie so einfach zu betreiben schien wie heute, wo ganze Kohorten von Möchtegern-Analytikern internationaler Politik meinen, eine illustre Zitatensammlung Reaganscher Verbalinjurien genüge inzwischen vollauf, die bevorstehende Apokalypse infolge imperialistischer Ausflipper zu verifizieren, gerade deshalb sollte man sich nicht zu schade sein, einen Blick in den Kopf jener Amerikaner statt auf ihre Zunge zu werfen. Also auch kein klagendes eindeutiges Ja auf die Fragen, auf grobe Klötze gehören in vielen Fällen keine groben Keile.

„Unsere Figuren handeln, ohne Schuldgefühle zu entwickeln", schreibt Larry Hama, Redakteur besagten Comic-Magazins „Savage Tales", „wer bittere aufgeblähte Auslassungen über das Thema 'Gewalt löst keine Probleme' schätzt, der wird 'Savage Tales' nicht mögen. Aber Gewalt löst nun mal einige Probleme. Gewalt löste das Problem Hitler, stimmt's?" Und los geht die Morderei. In solchen Geschichtchen und Filmchen, die allzuoft in ihrer Machart ihrem Gehalt wenig nachstehen, mag sich das noch so einfach hinbiegen lassen, denn dort kommt unweigerlich das letzte Bild, der Vorhang fällt und der supporting cast will abgespult werden. Im „real life" geht Geschichte leider weiter und so mancher hat die Folgen zu tragen. Reflektiert solche Weltsicht vielleicht die Neigung – und das gilt gewiß nicht nur für die Amis – Geschichte in Geschichtchen aufzudröseln, den allgegenwärtigen Konflikt mit remoralisierter Gewalt so peu á peu zu erwürgen und so den jeweils eigenen Frieden zu zeugen. Ein bundesdeutscher Fließbandschreiber von Agentenromanen üblerer Sorte rotzte einmal die Worte aufs

Papier: „Warnung. Gebt endlich Ruhe." Er paßt sicher gut in diese Galerie jenseits des großen Teichs, wo Rocky IV in Werbespots mit dem Satz „Macht euch bereit für den nächsten Weltkrieg" angekündigt wurde und Matrix-Schwarzeneggers Killing-Tour in „Commando" gar als eben dieser bezeichnet wird. Gewiß, daß gerade jetzt die „Helden" als Vietnam-Veteranen eingeführt werden, daß gerade darin ihr Außenseitertum begründet liegt, daß sie dennoch – ja, gerade sie – fürs Ausfechten der letzten Schlacht prädestiniert sind, das läßt einen genauso schaudern wie der weniger in die Stories zart hineinverwobene als primitiv-brutal hineingeprügelte Antikommunismus. Einer von der Sorte, wie er in C-Pictures der fünfziger Jahre üblich war, nunmehr aber garniert mit Akteuren, vor denen kein „duck and cover" mehr schützt wie damals noch vor der Bombe. Aber erschöpft sich die Rambomania in Ronbomania, ist Rambo bloß das Symbol einer Nation, die sich mit Hilfe von Geschichtsklitterung wieder aufrichtet, bloß das Symbol eines patriotisch-martialisch gefärbten Wiederaufstiegs einer ökonomisch, politisch und kulturell angeschlagenen Weltmacht, deren Selbstbewußtsein sich am Zittern des östlichen und globalen Weltpublikums erweist?

Moralisten und Maschinenmenschen

Vergleicht man den möglicherweise Mythos Rambo & Killercompany mit jenen amerikanischen Trivialmythen, die diese Gesellschaft und ihren Entwicklungsprozeß populär verkörpern und verklären, dann läßt einen das fast schon eher für diese als vor dieser Gesellschaft fürchten. Wo ist da noch der Westerner, der die „Zivilisierung" der Prärien erst ermöglicht, indem er in Freiheit der ihm nachfolgenden Vergesellschaftunf voraneilt, instinktiv und naturwüchsig Recht und Ordnung die Bahn ebnet, die Kolonisatoren schützt, die Städte befriedet und Würgegriffe der feudalen Rinderbarone und Bahnbosse lockert, um – letztendlich – familiengründend an der Gesellschaftswerdung teilzuhaben? Wo ist da noch der letzte Moralist, der Kämpfer in den Wolkerkratzerschluchten, der, umgeben von Korruption, Rauschgift und Verbrechen, sein verregnetes Leben als „private eye" fristet, Sysiphosarbeit in Sachen „Aufklärung" leistet, sich dabei nur von Sumpf zu Sumpf schleppt und dennoch seine Integrität nicht verliert? Wo ist da noch der aufgeweckte, saubere und – wenn auch mal über die Stränge schlagende – anständig-clevere charming all-american boy, der als Sinnbild von Unternehmungsgeist, als Warner, Explorer, Schützer oder Aufrüttler den „american way of life" erst ermöglicht und entwickelt? Nicht mal mit gebrochenen Helden der Spätwestern haben die Rambos viel gemein. Mit jenen Überbleibseln vergangener Zeiten, denen die Integration in die Gesellschaft verstellt war, die ihre Freiheit gegen die Gesellschaft verteidigten und auf den letzten Höhepunkten ihres Lebens, ihre Überlebtheit erkennend, frei von Selbstsucht, Rachegelüsten oder Machtwünschen in den elegischen Tod gingen. Die „Helden" des neuen Action-Kinos sind in den seltensten Fällen mehr als bloße Träger von Eigenschaften, sie sind keine Vorbilder oder Gegenbilder der Gesellschaft: Sie sind Strandgut, sich aufbäumende Außenseiter, käuflich-skrupellose Spezialisten und allem und allen mißtrauende Existenzen. Im Action-Kino und seinen Pendants in Comics und Trivialliteratur sind Bestandteile von Vorgängergenres zusammengeflossen, die allein ohne geschäftlichen, ästhetischen und inhaltlichen Substanzverlust derartige Wandlungen nicht hätten verkraften können: der Polizei- und Gangsterfilm, der Western, das Spionagegenre (beispielsweise unabhängig vom Ost-West-Konflikt undenkbar).

Der Action-Film war in seiner Genese noch dicht an einzelnen dieser Genres, Sam Pekkinpah etwa hat seine Spätwestern mit action-Zuschnitt konsequent aus den traditionellen Figuren und Mythen entwickelt und seine Blutorgien mitgedreht, „um zu zeigen, wie es aussieht, wenn einer erschossen wird". Heute ist es eher umgekehrt.

Im neueren Action-Genre kommen die Cyborgs zum Zuge – Maschinenmenschen, die stieren, kämpfen, töten. Man kann sie käuflich machen, zu Rächern werden lassen, zu Wahnsinnigen, Verbrechern oder auch hehren Helden. Sie werden je nach Bedarf in Situationen versetzt, in denen jede rationale Konfliktlösung ausscheidet; Situationen, in denen sich traditionelle Grundmuster trivialer Gesellschafts- und Politikdarstellung mit Ausbruchsphantasien und verzerrter Realitätswahrnehmung paaren. Die Rambos mißtrauen Politik und Staat zutiefst. Da sind vor allem Entscheidungsunfähige, Korrumpierte und Blinde am Werk. Überhaupt findet Politik in diesem Genre „unterhalb" von Politik statt, in den Labyrinthen der Geheimdienste, special agents, Erpresser, Terroristen und Militärs. Autoritäten, außer personalen, wird grundsätzlich mißtraut. Sie verlassen sich zu leicht auf eingespielte Strukturen, neigen zum Konventionellen, sind zu berechenbar, fixiert auf ihre Apparate und Ressourcen. Zudem sind sie oft genug selbst korrupt, under cover oder schlicht schwachköpfig.

Meuchelnde Bigotterie

Alles Gesellschaftliche wird, läßt es sich nicht auf nahezu intime Verhältnisse reduzieren oder emotionale Motive, feindlich oder wenigstens irrelevant. Die eigene schicksalsgeborene Emotion, der Auftrag, die spezifische Konfliktlösungsfähigkeit der Protagonisten steht über dem Gesetz (das ohnehin versagt), der Menschenwürde (der Gegner hat keine), gesellschaftlichen Normen (behindernde Zwänge). Was zählt ist Geld, Rache und ein Ehrbegriff, der dem Gegner einen solchen nicht mehr zugesteht. Werden hier nicht wenigstens ebensoviel Ängste vor realer Unterdrückung, unentrinnbaren Zwängen, gewaltförmiger Konkurrenz, mangelnden Partizipationsmöglichkeiten und -hoffnungen oder rationaler Konfliktlösungsfähigkeit deutlich? Kapitalismus auf die Spitze getrieben? Dallas hoch drei? Im Umkippen zur Barbarei begriffen? Fragen, die mindestens so erwägenswert sind, wie die vermeintliche Gefahr für den Weltfrieden. Fragen, deren Aufarbeitung auch mehr über die United States (und andere) offenbaren, als das bloße Studium der Verlautbarungen des Pentagon. Neben der heuchelnden Bigotterie der 'moral majority', die dort die Gewalt anprangert und sie hier mit moralischen Weihen versieht – und das noch schneller, als es Rambo Stallone selbst begreifen konnte (man sagt, das bedeute nicht viel) – deutet sich hier eine mögliche Unfähigkeit zu gesteuertem innergesellschaftlichem Wandel in Nordamerika an, der zu brisant ist, als daß sich die Konservativen beruhigt zurücklehnen könnten. Im Trivialen spiegelt sich gesellschaftliche Wirklichkeit. Unterhaltung dient nicht primär der Ablenkung, sondern einer spezifischen Aufarbeitung. Unterhaltung, selbst der Rambomania, haften gesellschaftskritische Züge an – nur keine herrschaftskritischen im normativen Sinne. Die Unterhaltungsindustrie mit ihren mächtigsten Bastionen in den USA des Konservatismus zu bezichtigen wäre albern, die Produktionsweise derselben und ihr Gegenstand, die Trivialisierung und Mythologisierung von Wirklichkeit lassen nur in Ausnahmefällen anderes zu. Unterhaltung ist zuallererst big business. Hier werden Gefühle, Ängste und Hoffnungen fleißig ausgebeutet und in harte Dollars verwandelt. In einer brutalisierten Gesellschaft wie den USA mit ihren spezifischen Freiheits- und Vermarktungsvorstellungen gleichen die Tabuzonen für die ökonomische Ausbeutung von Gewalt, Sex and Crime eher Reservaten für Kleinkinder als hierzulande. Nur wird auch diesmal die Frage die Gemüter entzweien, ob die „Rambomania" Folge oder Voraussetzung gesellschaftlicher Entwicklungen ist. Einige Look-alike-Rambo-Wettbewerbe machen jedenfalls noch keine Eingreiftruppe. Die gibt's schon längst.

**Der Verfasser ist Diplomsoziologe aus Marburg.*

Das Bundeswehr-Tagebuch

(1. Teil)

von einem, der auszog seinen Wehrdienst zu leisten

Mein Name tut nichts zur Sache, manche mögen mich kennen, viele nicht. Auch der jeweilige Ort der „Handlung" ist unwichtig, austauschbar, zeitabhängig-abstrakt und verschwimmt selbst in meinem Gedächtnis. Ich mußte mich hier bei der Bundeswehr verpflichten, über dienstliche Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren, was jedoch nicht ausschließt, daß ich meine persönlichen Eindrücke, Gedanken und Erlebnisse niederschreibe und anderen zugänglich werden lasse.

– Die ersten Tage sind vorüber und ich hatte Zeit für mein Vorhaben, diesen Bericht zu schreiben. Es wird wohl generell so aussehen, daß ich nur kurze Gedankengänge und Erlebnisse aufnotiere – aus dem Zusammenhang und der Situation gerissen, aber deswegen sicherlich nicht uninteressanter.

– Es ist wohltuend, nach drei Tagen im BW-Trainingsanzug endlich eingekleidet zu werden und zugleich ein widerliches Gefühl, wenn man auf einmal feststellt, daß man sich in einer Uniform stark und schön und wohl fühlt.

– Ich werde als Panzerschütze ausgebildet – ich werde also einer von denen sein, die direkt töten oder töten soll'n.

– Eine Reihe Panzer. „... das sind Eure ...", tönte es irgendwo. Sie stehen direkt vor unserem Fenster. Wir können sie sehen, wenn wir wollen. Sie sind faszinierend schön und schrecklich zugleich, morgens um 5.15 Uhr im Nebel ...

– Heute die „Schutzvorschrift für den Umgang mit Waffen" abgeschrieben. Wortlaut: „Du sollst niemals im Scherz auf Menschen zielen". Ich schrieb ganz gedankenlos „Du sollst niemals auf Menschen zielen" – die anderen haben lautstark gelacht. Hatte ich doch nicht recht?

– Mußten heute das erste Mal „Panzer Hurra" schreien.

– Schießlehre: Ziel ist es, dem Feind bei Tag und Nacht zuvorzukommen.

– Ich zähle schon die Tage, aber sie dauern zu lange, wenn der Tag um 5.15 Uhr beginnt. Es sind viele Stunden mehr als früher. Früher in dieser anderen Welt.

– Spindordnung: Die Hemden und Unterhosen müssen auf Din-A-4-Größe gelegt werden. Dazu muß ein Blatt Papier in das Hemd eingefügt werden, welches zu spüren sein muß, aber nicht zu sehen sein darf. Es gehen Gerüchte um, daß solche Praktiken verboten sind. Es fällt mir nicht leicht, frische Hemden aus meinem Spind zu nehmen.

– Spruch: Jetzt stehen Sie auf eigenen Füßen, aber ihre Schuhe gehören uns.

– Heute in „innerer Führung" fest eingeschlafen – Gott sei Dank schnarche ich nicht.

– Die ganze Woche habe ich mir gewünscht, nach Hause fahren zu können – am Samstag Abend war ich endlich da, aber doch nicht ganz. Meine Gedanken waren immer bei der BW. Ich kam gar nicht dazu, mich zu entspannen, mich sicher und zu Hause zu fühlen, jetzt bin ich wieder hier.

– Am liebsten würde ich allen meinen Freunden aus dem Wege gehen. Ich fühle mich in ihrer Gegenwart noch viel schlechter als schon jetzt – mit meinen kurzen Haaren. Ich fühle mich wenig oder doch fast wie Samson – mit meinen langen Haaren habe ich auch meine Kraft verloren. Neidisch und sehnsüchtig schaue ich auf all die Freaks und Langhaarigen – jetzt sind sie mir nicht mehr so sympathisch wie früher – ich bin keiner mehr von ihnen. All ihre Fragen sind mir unangenehm. Sie verleiten mich dazu auszuweichen oder Geschichten zu erzählen, die, wären sie nicht wahr, zum Lachen wären – natürlich lacht man. Ich werde ihnen aus dem Wege gehen.

– Stiefel putzen, Knöpfe annähen, Revier reinigen, Betten bauen, zum Essen geführt werden, das Laufen beigebracht bekommen ... werde ich nach 15 Monaten noch in der Lage sein zu studieren? Dort erwartet mich selbständiges Arbeiten.

– Ich bin ewig müde. Es ist kalt, aber wir dürfen die Ärmel nicht herunterkrempeln und der oberste Knopf unserer Hemden muß ewig geöffnet bleiben. Gewaschen wird sich mit freiem Oberkörper.

– Zum ersten Mal echt schikaniert worden, weil wir zu langsam aufgestanden sind – minutenlang aufstehen, setzen, aufstehen, setzen, aufstehen, setzen in rascher Folge.

– ... da drückt der Schuh. Das ist hier wörtlich zu nehmen. Ich habe Blasen bekommen.

– Fahnenflüchtige werden auch in Kriegszeiten nicht an die Wand gestellt und erschossen – die Todesstrafe ist laut Grundgesetz eindeutig abgeschafft, darauf habe ich unseren Hauptmann aufmerksam gemacht. Er hat zu Hause nachsehen und mir recht geben müssen. Ich weiß nicht, ob ich darauf ein wenig stolz sein sollte oder fürchten, die Sympathien dieses Mannes aufs Spiel gesetzt zu haben.

– Was darf wann wo befohlen werden? Immer überall alles – zu dienstlichen Zwecken (hämisches Grinsen).

– Die Zivilisten, das klingt hier immer abfällig, aber ich schreibe hier für Euch und für mich. Es hilft mir ein wenig!

– Gestern waren wir (ich auch) geschlossen mit unserer Stube im Kino: Rambo II – kein Kommentar.

– Heute Maschinenpistole auf Zeit zerlegt und zusammengesetzt. Ich benötigte eine Minute zehn Sekunden – Zielzeit: 30 Sekunden. Später zerlegen wir im Liegen, Einzelteile auf dem Rücken ablegen, damit sie nicht schmutzig werden (vielleicht dürfen wir später auch einmal Panzer zerlegen, auf Zeit, mit ABC-Schutzmaske und Poncho und die Einzelteile auf dem Rücken ablegen).

– Jetzt hängt ein Rambo-Poster bei uns an der Tür – das war nicht meine Idee.

– GVB-Dienst gehabt: 24 Stunden Dienst inclusive drei Stunden Schlaf, eine Stunde Freizeit (waschen, duschen, Nickerchen), dann normal im Dienst weiter. Bei uns stand gleich Sport auf dem Programm – allgemeine Leistungsüberprüfung, 50m-Sprint, 2000m-Lauf.

– Ich habe meine Essensmarken verschlampt. Morgen habe ich eine ganze Woche ohne Essensmarken hinter mich gebracht – ich hoffe, daß ich die für den restlichen Monat zu Hause irgendwo finde, denn hier sind sie nicht.

– Spruch: Ohne Ende stillgestanden.

– Heute das erste Mal im Feld gewesen, mit Koppeltragehilfe, ABC-Schutzmaske und Zubehör, Spaten, zwei Munipacks, die beim Laufen die Hoden quetschen, die UZI in der Hand und drückende Schuhe ... muß Aufhören: Zapfenstreich.

– Wir sind zehn Mann auf der Stube und gehen uns langsam auf den Nerv. Es gelingt nicht immer, sich zusammenzunehmen oder sachlich Kritik zu üben. Dafür fallen öfters sarkastische Sprüche wie „Dummheit muß bestraft werden. Du wirst an die Wand gestellt und erschossen".

– Heute in „innerer Führung" auf einer Din-A-4-Seite jedes zweite Kästchen ausgemalt.

– Heute nach dem Frühstück Blut und grünen Auswurf gespuckt. Die Nasenschleimhäute sind ausgetrocknet, die Nase mittlerweile wundgeputzt, alle fünf BW-Taschentücher (50 x 50cm groß) aufgebraucht.

Dieser Beitrag wird im nächsten Heft fortgesetzt.

Eine ungewöhnliche Ausstellung fand im Januar im Kölner LZ statt. Im Rahmen einer Multi-Media-Präsentation wurde die Amsterdamer ›Spraykunst‹-Szene vorgestellt. Außerdem waren die Werke der jungen Amsterdamer Graffiteure Delta Joker und Shoe zu sehen. Jean Lehnert und Michael Kleff beschreiben das Phänomen ›Graffiti‹.

»Sorry – if my Art = Crime«

Graffiti aus Amsterdam in einer Ausstellung in Köln

von Jean Lehnert* und Michael Kleff**

Amsterdam, die verrückte, von jeher eigensinnige Hauptstadt der Niederlande gilt noch immer als die Stadt mit freier Atmosphäre und Dynamik, die so viele junge Leute anzieht. Es ist auch die Großstadt Amsterdam, die, außer einem alten Stadtkern und verträumten Gassen, Brücken und pittoresken Grachten, mit den gleichen Problemen zu kämpfen hat wie New York, Frankfurt, London oder Berlin, und eine Stadt mit einer Jugend, die ihren eigenen Lebensstil entwickelt hat.
Die Discoszene mit ihren Lacoste-Shirts, der Status teurer Nike-Sprinter, Irokesenschnitt, Blockheads, Bodywarmer und Ghettoblaster mit dröhnenden Beat-Box-Rhythmen oder Break-Dance: die non-stop Suche nach neuen Kicks und Selbstbestätigung.

Eine uralte Form der Selbstdarstellung wurde am Höhepunkt der Hausbesetzer- und der Punkbewegung zu neuem Leben erweckt: GRAFFITI!

Zu Anfang schlechthin dazu benutzt, um Protesten sichtbaren Nachdruck und Ausdruck zu verleihen – ästhetische Ansprüche kannten die meisten damals nicht – entwickelte sich die „Graffitomanie" im Laufe einiger weniger Jahre von „Wandschmierereien" in Form von einfarbigen Buchstaben, Schlagwörtern und Parolen über spritzige Pseudonyme und phantasievolle (Künstler-) Namen (sog. „Tags") bis hin zu kreativen Meisterwerken: „Pieces", oft einige Meter lang und kopfhoch, mit intensivem Gebrauch greller Farben und perfektionierter Technik. „Bubble"- oder Blockbuchstaben mit 3-dimensionalem Effekt, Außenlinien, Füllungen mit Staub- oder Wellenmuster, Rastern, Sternen und Kugeln, Glanz- und Schattenlinien, Hintergrundschattierungen und natürlich die Unterschrift des Künstlers, sein „Tag"; dies alles fabriziert in oft nur wenigen Stunden von Straßenartisten ohne jegliche Kunstausbildung und häufig in ständiger Angst vor der Entdeckung ihrer „kriminellen Kunst".
Auch die neue Generation von Graffiteuren aus Amsterdam scheint auf den ersten Blick einem Trend der Veramerikanisierung zu unterliegen. Obwohl von einem gewissen Einfluß aus den USA gesprochen werden kann, kommt in den Graffiti aus Amsterdam jedoch ein besonderer, eigenwilliger Stil zum Ausdruck. Neue Techniken wurden entwikkelt. Die Parallelen mit New York, Paris oder London weisen eher auf den internationalen Charakter des Phänomens Graffiti und die persönlichen Freundschaften zwischen den verschiedenen Graffiteuren hin. Auch gemeinsame „Roots", wie beispielsweise die Anerkennung für Werke bekannter Comiczeichner wie Bodé und Giraud tauchen immer wieder auf.
Wie bei so vielen Modeerscheinungen schien auch Graffiti für viele vor allem eine vorübergehende Pubertätsphase zu sein; viele Jugendliche gaben in der Zwischenzeit auch ihr „Hobby" auf, weil es oftmals zu schwer

mit Schule oder anderen Pflichten zu kombinieren war oder weil sie festgenommen, verurteilt oder auch von aufgebrachten Bürgern zusammengeschlagen wurden.
Unter den vielen „Schreibern", die mit phantasiereichen Namen wie **Arson**, **Sunk**, **Vampirella** oder **Zap** in der Amsterdamer Graffiti-Szene operierten, verfolgte eine kleine Gruppe hartnäckig ihr Ziel, arbeitete an sich selbst und eroberte sich den Status der Elite; „Kings" mit ihrer Faszination für Pseudonyme wie **Angel**, **Cat 22**, **Delta**, **Joker**, **Jaz**, **Jezis**, **Shoe** oder **Yann**.
Neben diesen „Einzelsprühern" gibt es in Amsterdam – wie auch in der Graffiti-Stadt New York – eine ganze Anzahl von verschiedenartigen „Graffiti-Gruppen". Unzählige Schreiber treten als Mitglied der ein oder anderen „festen" oder „freien Gruppe" mit Namen wie **Kings go Bomb**, **OTB**, **Inc.**, **Double Dutch** und **USA** auf. Doch nicht nur das Leben in der Illegalität mit all ihren Folgen ist den „Straßenartisten" bekannt – der Erfolg, die offizielle Anerkennung blieb nicht aus. Bereits 1983 erteilte die Stadt Amsterdam dem air-brush Veteranen Hugo K-man den Auftrag zu einem Graffiti-Projekt.
Mitte 1985 erlebte die Amsterdamer Graffiti-Szene dann einen wahren Boom: unzählige Geschäftsleute ließen ihre Rolläden in Graffiti-Art mit Namen und Slogans besprühen, Musikläden, Coffeeshops und Diskotheken entdeckten diese Art der Reklame, große Wohnungsbauvereine ließen riesige Betonflächen u.a. als Vorbeugungsmaßnahme gegen Graffiti-Vandalismus dekorieren, und selbst die Stadt sorgte für die nötige Publizität, indem sie zwei Wagen der städtischen Müllabfuhr besprühen ließ.
Aber die „echten" Werke findet man nur in U-Bahnstationen, in unterirdischen Verbindungswegen und Tunneln, an Häuserwänden und Bauzäunen, auf Zügen und Straßenbahnen oder Autos, in trostlosen Stadtvierteln ebenso wie in Parkanlagen – und vor allem an immer wieder anderen Plätzen in der Innenstadt auf den fahrbaren Baubaracken der Straßenbaubehörde. In gewisser Weise erfüllen diese „Keets" in Amsterdam dieselbe Funktion wie die „metrocars" der New Yorker Graffiti-Szene.
„AM-Damned" hieß die Ausstellung der Graffiti-Gruppe „United States Artists" (USA) in Köln, was ausgeschrieben „verdammtes Amsterdam" bedeutet. Den Kölnern fertigten Delta, Joker und Shoe von den „USA" ein „piece" zur Ausstellungseröffnung im Hinterhof des Liberalen Zentrums an. Die Meinungen und Urteile über Graffiti mögen sehr unterschiedlich sein. Eine gewisse künstlerische Qualität kann jedoch nicht geleugnet werden. Davon konnten sich auch die Besucher der LZ-Ausstellung überzeugen. Gleichzeitig bekam man eine Vorstellung davon, was Graffiti in Amsterdam bedeutet – Momentaufnahmen von Jugendlichen, die in einer Großstadt mit ihrer ungeschulten Kreativität die von ihnen erlebte Grauheit ihrer Umgebung spontan und mit Phantasie gestalten. Wie sagen die Graffiteure: „Sorry – if my art = crime".

**Jean Lehnert lebt als Dolmetscher und Übersetzer in Amsterdam. Seit 1981 sammelt er Materialien zum Thema und hat darüber bereits mehrere Beiträge veröffentlicht.*
***Michael Kleff ist freier Journalist und ständiger Mitarbeiter der drucksachen.*

Nachrichten vom Zustand des Cinderella-Komplexes

von Vera Konieczka

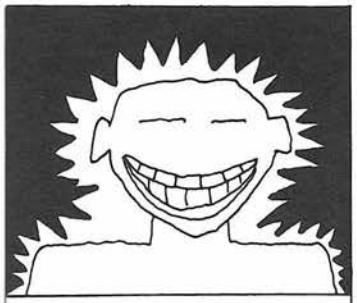
Ich habe mich lange geweigert, Colette Dowling zu lesen. Verdächtig war, daß mir ihr Buch eine selbstbewußte Nicht-Feministin schenkte und gerade Männer, die mit Feminismus ansonsten nicht viel am Hut, geschweige denn etwas von ihm auf dem Kasten haben, davon schwärmten. Als mir das viele Lob zu lästig geworden war und mich die ersten Zweifel plagten, ob ich vielleicht gerade aus Sturheit die künftige feministische Bibel verschlief, habe ich mir sie dann vorgenommen. Ich muß sagen, ich bin ebenfalls fasziniert: von einem beeindruckenden Kurzschluß in der Argumentation. Denn was nützt der schönste Aufruf an Frauen im Schlußkapitel, alle Abhängigkeiten, die vorher als Krücken benutzt worden sind, um sich sicher zu fühlen, aufzugeben, also, sich zu befreien, wenn auf über zweihundert Seiten zuvor die These vertreten wurde, niemand weiblichen Geschlechts sei ernsthaft in der Lage, dem Ciderella-Komplex zu entrinnen?
Der Komplex hat es nämlich in sich: Existierte er allein in phobischer Form, also grundloser Angst, wäre er leicht zu diagnostizieren und entsprechend zu behandeln. Er beschriebe die Kunst der Frauen, sich von anderen, insbesondere Männern, abhängig zu machen über Leistungsangst, Nicht-Nein-Sagen-Können, Rücksichtslosigkeit gegenüber eigenen Bedürfnissen, Selbstaufgabe, Karrierefurcht – dies alles aus uneingestandener Angst vor der Unabhängigkeit. Das wäre nichts Neues. Andere schrieben schon vorher darüber.
Was so umstürzlerisch neu ist, ist die Einführung der Idee einer gegenphobischen Phase. In grundsätzlicher Verkennung und geschickter Warnung ihrer wahren Befindlichkeit schaffen es Frauen nämlich – sogar Rennfahrerinnen, Schauspielerinnen oder Prostituierte zu werden und ihr ganzes Leben ohne schlechtes Gewissen zu arbeiten. Männer nehmen in ihrem Leben nicht die traditionellen kleidsamen Planstellen ein und die erwähnten treulosen weiblichen Geschöpfe gönnen sich und den Männern nicht einmal die Zeit, zu bedauern, was ihnen hierdurch an Liebe und Glück verlorengeht. Kollektiv betrieben, bedeutete dies fraglos das Ende von Romantik und jeder Krokodilsträne. Davor freilich möchte uns Colette Dowling bewahren. Ob es gelingt, ist allerdings zweifelhaft, denn sie hat vergessen, mitzuteilen, wo nun der Unterschied zwischen lebenslang verkannter Gegenphobie und tatsächlicher Selbstbestimmung liegt. Böswillig kann man natürlich unterstellen, sie unterließ bewußt,

Grenzen zu ziehen, um weltweit grassierenden weiblichen Anfälligkeiten für den Feminismus vorzubeugen, oder, sollte es dafür zu spät sein, ihn wenigstens auf Sparflamme zu halten.
Dies ist ein harter Verdacht. Um ihn weicher zu machen, bin ich mit mir ins Gericht gegangen und siehe da, ich entpuppte mich als Cinderella übelster Sorte, ich mag keine Konflikte, ich mag keine Probleme und am unangenehmsten bin ich mir selber als Bestandteil eines Problems. Hausarbeit bestreike ich nach besten Kräften, habe wenig Ambitionen, mich oder andere damit zu verwöhnen und keine Ausrede ist mir schlecht genug, mich an ihr vorbeizumogeln. Wer legt eigentlich nicht gerne die Beine hoch und wartet, daß ihm die gebratenen Tauben in den Mund fliegen? Ich bin wenig wählerisch, wenn es darum geht, meine Faulheit durchzusetzen. Tritt kein Mann auf den Plan, auch keine Frau, um mir die leidige Hausarbeit wenigtens teilweise abzunehmen, wartete ich auch geduldig auf Heinzelmännchen, wäre ich sicher, mindestens einmal in der Geschichte hätte sich das Warten gelohnt.
Früher gab es die Vorstellung des Paradieses als Ort der Bequemlichkeit für beide Geschlechter, ein Ort von Konfliktlosigkeit, Überfluß und Freiheit von Herrschaft als Wunschvorstellung für Männer und Frauen, männliche und weibliche Cinderellas, man könnte auch sagen: Cinderellas und Märchenprinzen. Denn Märchenprinzen sind zweifellos das Gegenstück. Sie werden bequem, sobald sie die Frau ihres Lebens gefunden haben. Schlagartig verlassen sie Kräfte und Fertigkeiten, auf die sie sich früher bei der Regelung ihrer Alltagswelt verlassen konnten: die Kraft, einen Mülleimer zu tragen, Staub zu putzen oder Wäsche zu waschen.
Natürlich gibt es auch hier Ausnahmen: Männer, die mehr oder weniger geschickt ihre Märchenprinzenallüren verdrängen, die besonders geschickt vorgehen und trotz vorhandener Frau (!) Hausarbeit verrichten. Wahrscheinlich verzichten sie auf viel Liebe und Glück in ihrem Leben.
Vorsicht, Frauen! Vorsicht, Männer! Phobien und Gegenphobien gehen um! Wer gerade nicht die phobische Phase des geschlechtsspezifisch ausgeprägten Komplexes durchläuft, befindet sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in der gegenphobischen. An den Komplexen kommt keiner vorbei, sich vor ihnen zu drücken, ist hoffnungslos. Noch Zweifel vorhanden?
Bitte Colette Dowling lesen!
Colette Dowling: Der Cinderella Komplex. Die heimliche Angst der Frauen vor der Unabhängigkeit. Fischer Tb, Nr. 3068, DM 9,80.

Neukombination genetischen Materials im Reagenzglas

Über Bio- und Gentechnologie sprach für die ld Michael Siebel mit Dr. Rainer Hohlfeld, Molekularbiologe

***ld:** Herr Hohlfeld, Watson, der Entdecker der DNS-Struktur hat 1974 behauptet, daß es noch 25 Jahre dauern wird, bis Genchirurgie möglich sein wird. Allerdings haben die Berichte der letzten Jahre gezeigt, daß Erfolge viel schneller erreicht wurden. Wie weit sind eigentlich Biotechnologie und Gentechnologie zum momentanen Zeitpunkt entwickelt?*
Hohlfeld: Die Prognose von Watson war nicht ganz zutreffend. Er müßte es auch selbst wissen, daß 1974 die wichtigsten Instrumente zur Genchirurgie schon so weit entwickelt waren, daß man Gene von verschiedenen Organismen miteinander zu rekombinieren begann. Das ist das Verfahren der Gentechnologie: die Neukombination von genetischem Material über Artgrenzen hinweg im Reagenzglas. Das Verfahren ist heute so weit entwickelt, daß man Mäusegene mit Bakteriengenen koppeln kann, z.B. durch das Einschleusen des Gens für das menschliche Wachstumshormon, Produkte herstellen können, die bisher nur in Säugetierzellen produziert werden konnten. Man kann also über Artgrenzen hinweg genetisches Material rekombinieren und man kann heute sogar, und das ist die Ära der sogenannten synthetischen Biologie, bestimmte Gene maßschneidern, indem man sich bestimmte Proteine überlegt und von der Proteinsequenz zurückübersetzt auf das Gen. Dieses Gen kann dann in bestimmten automatischen Apparaturen synthetisiert und dann in Organismen eingebaut werden. Dies sind die wesentlichen Voraussetzungen für die Genchirurgie, wo Genchirurgen heute das machen, was die Natur noch nie gemacht.
***ld:** Bei der Bewertung gentechnologischer Forschung und Entwicklung wird immer wieder auf die Ambivalenz wissenschaftlicher Erkenntnis verwiesen und somit auch fast jedes Experiment gerechtfertigt. Wie schätzen Sie den Nutzen und den Schaden von Biotechnologie ein?*
Hohlfeld: Es gibt sicherlich einige Projekte im Bereich der biotechnologischen Forschung, die jetzt durch die Anwendung gentechnologischer Verfahren angereichert und zum Teil revolutioniert werden, wie die Produktion von bestimmten Medikamenten; ich erinnere da an den Faktor VIII, der den Blutern fehlt, der jetzt billiger und sicher auch steriler produziert werden kann. Es gibt jedoch eine andere Tendenz in dieser Forschung. Es ist ja ein Laborwissen, was dort produziert wird und es sind Labortechniken, die, z.B. beim Einsatz in komplexe Krankheitsverläufe, die komplexe Geschichte der Krankheit nicht berücksichtigen. Es liegt in der Logik der Biotechnologie und -medizin, daß diese außerhalb des Labors liegende Faktoren überhaupt nicht berücksichtigt, ja, daß sie ausgeblendet werden. Von daher bin ich der Meinung, daß diese Biotechniken im weitesten Sinne nicht ambivalent sind, sondern durch diese Ausblendung und die Beherrschung von Natur durch Technik schon einen Herrschaftsaspekt in sich bergen, der sie nicht in ihren Resultaten ambivalent macht, sondern der den Fortschritt, der mit solchen Technologien verbunden ist, selbst ambivalent werden läßt.
***ld:** Biotechnologie ist also vielmehr eine Technik als eine Wissenschaft und liegt von daher stärker im gesellschaftlichen Spannungsfeld?*
Hohlfeld: Ja, noch stärker im gesellschaftlichen Spannungsfeld, weil da jetzt nicht mehr die „Frage an die Natur" vorliegt, sondern die Konstrukteure sich die Ziele vorgeben. Sie machen Produkte, Artefakte, die nichts mehr mit Naturerklärung zu tun



ALL RESISTANT +

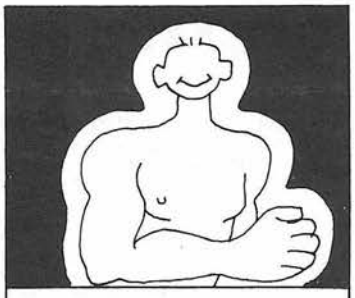
haben, sondern ganz in die technologische und ökonomische Entwicklung unserer Gesellschaft eingebettet sind.

Id: *Mit den Methoden der Biotechnologie greift der Mensch in das Zentrum des Lebens, den Zellkern, ein. Schon einmal führte der Eingriff in einen Kern, den Atomkern, nicht nur zum Nutzen der Menschheit. Sehen Sie Parallelen, auch in den Auswirkungen auf demokratische Gesellschaftsstrukturen, oder auch bezüglich der Rückholbarkeit, zwischen Kerntechnologie und Biotechnologie?*

Hohlfeld: Zunächst finde ich diese Analogie ein bißchen platt. Sie stellt sich ja nur über den gleichen Wortlaut „Kern" her. Von den Inhalten ist ein Vergleich nicht so zu ziehen, eher von der technologischen Dynamik, die in beiden Bereichen drin ist. Man sieht in der Kerntechnologie, daß man, von einer prinzipiellen Erkenntnis in der Grundlagenforschung ausgehend, über verschiedene Entwicklungsschritte zu einer großtechnischen Anwendung kam. Etwas entsprechendes wiederholt sich jetzt nicht in der Physik, sondern im Bereich der großtechnischen Nutzung, der Industrialisierung, von lebenden Organismen, die von der Biotechnologie ja jetzt auch konstruiert werden und bestimmte Konsequenzen sicherlich auch für die weitere technologische Entwicklung haben. Denn wenn einmal diese chemischen Konzerne, dieser Komplex aus Wissenschaft, Forschungspolitik und pharmazeutischer Industrie sich solcher Entwicklungen im großtechnischen Maßstab angenommen haben, erzeugen diese ein solche Dynamik, daß andere gesellschaftliche Entwicklungen sich kaum noch entfalten können.

Id: *Immer wieder werden Erwartungen geweckt, was alles zum Nutzen der Menschen machbar ist. Als aber Insulin biotechnologisch hergestellt wurde, lag der Marktpreis nicht unter dem des aus Schweinen und Rindern extrahierten. Zeigt dies nicht deutlich, daß hier Marktmechanismen greifen, die auf Profitmaximierung angelegt sind?*

Hohlfeld: Es ist sicher richtig, und das wird von den Managern der kleinen Genfirmen auch zugegeben, daß ein wesentliches Motiv für die Nutzung der Gentechnologie das ökonomische ist. Man muß modernisieren, man muß wissenschaftliche Innovation in die Betriebe einführen, um entweder den konkurrierenden Firmen überlegen zu sein oder zumindest mit ihnen gleichzuziehen. Wenn die Japaner oder die Amerikaner es machen, dann müssen alle Firmen in der Welt es auch

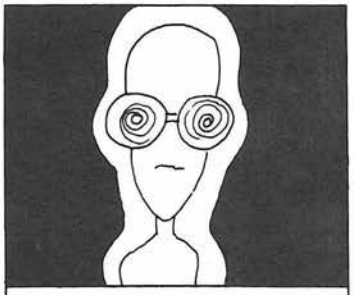


NON DISTURBANT +

machen, einfach schlicht um keine Marktanteile zu verlieren. Insofern ist ein Motiv, warum Gentechnologie in diesem Umfang geplant wird, warum gesagt wird, sie sei **die** Zukunftstechnologie, das, daß man dem konkurrierenden Kapital nicht unterlegen sein darf. Deshalb muß man jede technische Innovation, die von der Wissenschaft geboten wird, auch nutzen. In diesem Sinne ist die Gentechnologie, die kaum neue Gebrauchswerte schafft, aber die Verfahren rentabler macht, die ressourcensparender, energiesparender, vielleicht auch umweltschonender ist. Aber das Hauptmotiv ist ganz klar ein ökonomisches. Die Gentechnologie bringt aber nicht nur im Bereich der Produktion neuer Medikamente neue Verfahren für alte Produkte, sondern es gibt auch eine neue Produktionspalette, vor allem im Bereich der körpereigenen Wirkstoffe, z.B. die Regulationsstoffe, die im Blut vorkommen, die sogenannten Interferone oder Wachstumsstoffe, wie die Interleukine oder Regulationsstoffe des zentralen Nervensystems, wie die Neuropeptide. Das sind Produktklassen, die jetzt neu erschlossen werden, die ganz subtil in hochkomplexe Körpervorgänge eingreifen. Ich fürchte, daß die feinen Regulationsmechanismen im Körper noch nicht genug erforscht sind, so daß mir eine Anwendung verfrüht erscheint.

Id: *Ein brisantes Thema der genetischen Diagnostik ist die Möglichkeit, Genkarten von Menschen zu erstellen und anhand dieser Informationen über deren Eignung für einen Arbeitsplatz zu entscheiden. Meines Wissens nach wird dies schon in den USA praktiziert. Wie stehen Sie dazu?*

Hohlfeld: Es hat sich gezeigt, daß die Erwartungen, die mit dem Screening der Sichelzellanämie in Amerika verbunden waren, wissenschaftlich nicht haltbar waren. Die US-Armee ist davon abgekommen. Auch viele amerikanische Firmen betreiben ein solches Sreening zur Zeit nicht, auch deshalb, weil die bisherigen Tests noch nicht ausgereift genug waren. Aber es wird vermutet, daß etwa 60 Firmen in den Startlöchern sitzen, wenn jetzt mit Hilfe der Gentechnologie und weiterer biochemischer Verfahren die Diagnosemöglichkeiten verbessert werden und wissenschaftliche so seriös sind, daß der Einsatz sich lohnt. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, aufgrund solcher Verfahren Dispositionen für die Anfälligkeiten gegenüber bestimmten Belastungen am Arbeitsplatz zu testen, so z.B. die Anfälligkeit gegenüber Rauch und Smog oder die Anfälligkeit gegenüber bestimmten zyklischen Kohlenwasserstoffen. Es wird in diesem Zusammenhang auch von den



PURE INTELLIGENT

„erblich bedingten Berufskrankheiten" gesprochen. Ich halte das für eine fatale Begriffsbildung, denn im Grunde genommen handelt es sich hier um verschiedene Sensiblitäten gegenüber Giften. Wir haben das in unserer Arbeitsgruppe diskutiert und vertreten einhellig die Meinung, daß solche Tests, mit denen bestimmte Empfindlichkeiten gegenüber bestimmten Belastungen oder bestimmte Krankheitsdispositionen von Arbeitnehmern festgestellt werden, nicht dazu führen, daß der Arbeitsplatz verbessert wird, sondern daß das Risiko weiterhin auf den Arbeitnehmer abgeschoben wird, er im Grunde genommen für seine Giftempfindlichkeit auch noch verantwortlich gemacht wird und die Kosten dafür zu tragen hat. In unserer Arbeitgruppe sind wir eigentlich sehr entschieden zu der Konsequenz gekommen, daß wir etwas Positives an der genetischen Diagnostik im Bereich der genetischen Analyse von Arbeitnehmern im Hinblick auf bestimmte Dispositionen, nicht finden konnten.

Id: *Eher im Bereich der science fiction sind wohl Chancen einzuordnen, Menschen zu klonen. Muß, sollte so etwas einmal möglich sein, da nicht einfach ein gesetzlicher Hebel vorgeschoben werden, der „verbrauchende Experimente mit menschlichen Embryos" verbietet und somit die Grundlage für eine Keimbahntherapie entzieht?*

Hohlfeld: Es handelt sich im Grunde genommen um zwei Fragen: Die Frage des Klonens ist sicherlich ein Eingriff in die Keimbahn, aber hier werden nicht einzelne Gene ausgetauscht, sondern ganze Zellkerne, es ist eine zellbiologische Technik, die noch nicht so weit entwickelt ist. Es wurde von einem Schweizer Forscher, Karl Illmensee, behauptet, daß ihm der Kerntransfer bei Mäusen gelungen sei. Die Protokolle dieser Forschung wurden angezweifelt und es gibt ein gute Evidenz dafür, daß diese Ergebnisse „getürkt" waren. Man kann zur Zeit nicht sagen, daß das Klonen von Säugetieren möglich ist. Wohl aber gibt es eine andere Art des Klonens, die heute in der Veterinärmedizin angewandt wird, indem man Embryonen in einem sehr frühen Stadium teilt, die Zellen nachwachsen läßt und diese Reagenzglasembryonen dann in Ammenmütter transferiert. Man kann so künstlich Achtlinge in der Rinder- oder Schafzucht herstellen. Diese Form des Klonens funktioniert. Über Versuche, Menschen zu klonen, sind keine Experimente bekannt

FULL INSTANT

geworden und es ist wohl auch einhellige Meinung der Forschungspolitiker und der Wissenschaftler, daß solche Versuche zu unterbleiben haben.
Umstritten sind jedoch andere Experimente mit menschlichen Embryonen. Diese fallen an bei der Reagenzglasbefruchtung in der Reproduktionsmedizin. Es gibt in England einen Streit darüber, ob mit solchen Embryonen experimentiert werden darf. Es werden verschiedene Projekte angegeben, so das Projekt der verbesserten künstlichen Befruchtung im Reagenzglas oder auch Studien über die frühen Stadien der menschlichen Embryonalentwicklung. Ich bin eigentlich strikt gegen solche Experimente; denn erstens kann das Studium der menschlichen Embryonalentwicklung auch in Tiersystemen oder Zellsystemen vorangetrieben werden; zum anderen glaube ich, daß hier eine Schallmauer durchbrochen wird, wenn es zulässig wird, mit dem menschlichen Leben zu experimentieren. Hier heiligt der Zweck die Mittel: was eigentlich therapiert werden soll, nämlich der Mensch, wird hier in den Dienst des Fortschritts gestellt.

Die ‚Schallmauer' ist die Zulässigkeit des Experimentierens mit menschlichem Leben.

***Id:** Herr Hohlfeld, Sie sind Mitarbeiter des wissenschaftlichen Stabs der vor einem Jahr gegründeten Enquete-Kommission des deutschen Bundestages „Chancen und Risiken der Gentechnologie". Offenbar werden politische Bewertungskriterien benötigt und sind solche Kriterien zu erwarten?*
Hohlfeld: Bestimmte Bewertungen kann ich natürlich nicht vorwegnehmen. Das ist Sache der Mitglieder der Kommission. Eine solche Bewertung wird aller Voraussicht nach im nächsten Jahr vorgenommen. Unsere Aufgabe ist es, erstmal eine bestimmte Sachinformation nach bestimmten Kriterien zusammenzutragen, die dann Grundlage ist für eine wertende Entscheidung oder Empfehlung. Es handelt sich dabei um ein Projekt der Technologiebewertung. Für den Bereich der Gentechnologie haben wir versucht, Kriterien zu erarbeiten, um eine möglichst vollständige Erhebung der Auswirkungen und der Ziele der Gentechnologie zu erreichen. So z.B. fragen wir nach den betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kosten der Gentechnologie. Wir fragen nach den ökologischen Konsequenzen, stellen die Frage, welche sozialpolitischen Konsequenzen zu erwarten sind. Auch wird untersucht, welchen Einfluß die Gentechnik in der Pflanzenzüchtung auf unser Naturverständnis hat. Das sind schwierige Fragen, wir stehen da am Anfang, glauben aber, daß wir mit einer solchen Systematik vollständiger als bisher in der politischen Diskussion um die Gentechnologie die verschiedensten Aspekte erfassen. Es geht darum, daß man nicht nur die Auswirkungen sachlich erfassen will, sondern auch die verschiedenen Einstellungen verschiedener Gruppen, die unterschiedliche Positionen gegenüber diesen Techniken haben. Instrument der Erfassung der unterschiedlichen Positionen sind Anhörungen von Sachverständigen aus einzelnen Anwendungsbereichen der Gentechnologie, z.B. im Bereich der Umwelt, im Bereich der Produktion von Medikamenten, im Bereich der genetischen Diagnostik, im Bereich neuer Produktionsverfahren in der Synthese von Feinchemikalien, die uns dort kompetent Auskunft geben können.

Alfred Herrhausen oder Helmut Kohl?

von Wolfgang Froese

„Ich liebe diese Bundesrepublik über alle Maßen, ich bin stolz auf das, was hier nach 1945 geschehen ist." Es ist nicht Helmut Kohl, der hier seinen patriotischen Gefühlen freien Lauf läßt; der Mann, von dem dieser Satz stammt, ist weitaus mächtiger als der Kanzler; es ist Alfred Herrhausen, einer der beiden Vorstandssprecher der Deutschen Bank und laut „Wirtschaftswoche" der „mächtigste Mann der Republik".

Die Liebeserklärung an die westdeutsche Nachkriegsordnung verwundert nicht angesichts der unbegrenzten Möglichkeiten, die dieses Gesellschaftssystem einem Institut wie der Deutschen Bank eröffnet. Mit einer Summe von 234,1 Milliarden Mark (Stichtag 31.10.85) kommt das Konzerngeschäftsvolumen der Bank der Höhe des Bundeshaushalts ziemlich nahe. Das Dutzend Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank sitzt in rund 150 Aufsichtsräten deutscher Industrieunternehmen, gemeinsam mit der Dresdner und der Commerzbank kontrolliert die Deutsche Bank mit Hilfe des Depotstimmrechts die Hauptversammlungen sämtlicher Publikumsgesellschaften, und das sind fast alle großen deutschen Konzerne. Die Perle der deutschen Industrie, das im vergangenen Jahr durch die Übernahme von AEG, MTU und Dornier stark erweiterte Imperium der Daimler-Benz AG, kontrolliert die Deutsche Bank als bedeutendster Großaktionär allein. Ihr Kreditausschuß stellt, wie die taz im Kern richtig bemerkt, „im Zweimonatsrhythmus die Weichen für das Auf und Ab in der deutschen Industrie und tut faktisch das, was unter zentraler Investitionslenkung verstanden wird."

Deutsche-Bank-Chefs Christians, Herrhausen

Nebenbei kümmert sich die Deutsche Bank auch noch um den politischen Überbau. In einem Gespräch mit der ZEIT bemängelte Herrhausen nach dem Wahlsieg Raus in Nordrhein-Westfalen noch, daß es der Bonner Regierung nicht gelungen sei, „in der Bevölkerung das Maß an Geduld zu mobilisieren, daß bei einer in erster Linie angebotsorientierten Politik gebraucht" werde. Die Imagepflege für das Kohlkabinett und sein Kapitalkonzept besorgt die Deutsche Bank nun selbst. In einer bundesweit geschalteten Anzeige lobte sie Mitte Februar dieses Jahres die Bundesrepublik Deutschland als ein „Land, für das es sich einzusetzen lohnt". In seinen Kernpunkten – einem Appell an das nationale Wir-Gefühl, der Verklärung der sozialen Realität, der Fetischiesirung des Begriffs Leistung – entsprach der Werbetext durchaus dem, was bisher über die Wahlkampfkonzeption der Generalsekretäre Geißler und Haussmann bekannt geworden ist. Als Betriebsausgaben gewinnmindernd geltend zu machen, ist diese Werbekampagne für die Regierungsparteien im Wahlkampfjahr 1986 allemal eleganter als das früher praktizierte Spendenwesen mit seinen häßlichen Begleiterscheinungen wie schwarzen Kassen, Spendenwaschanlagen und gesetzestreuen Staatsanwälten. Mit einer Spendensumme von 25 Millionen Mark hatte die Deutsche Bank auch in diesem Geschäftszweig alle Konkurrenten hinter sich gelassen.

Auch die individuelle Kontaktpflege ist maßstabsetzend. Helmut Kohl wird von Herrhausen höchstpersönlich beraten. Ein- bis zweimal im Monat sieht der Kanzler den Vorstandssprecher, um seine Meinung zu bestimmten Themen zu erfragen. Kohl, der Herrhausen zwischen den Treffen des öfteren anruft, ist in dieser Hinsicht ganz Enkel Adenauers, in dessen Beraterkreis Herrhausens Amtsvorgänger Hermann Josef Abs die entscheidende Stimme hatte. Die geistige Zuarbeit ist nicht auf Kanzler der Union beschränkt. Auch SPD-Mann Helmut Schmidt hat die Vorstandssprecher regelmäßig konsultiert.

Das einträchtige Zusammenwirken der Deutschen Bank mit den Spitzen der Politik hat Tradition und reicht bis weit ins Kaiserreich zurück. Bereits 1899 wurde die Bank in zeitgenössischen Presseberichten als das „mächtigste Institut Deutschlands" bezeichnet. Als Hauptfinanzier und Betreiber des Bagdadbahn-Unternehmens schuf die Deutsche Bank in enger Abstimmung mit dem damaligen Auswärtigen Amt die Grundlagen für die angestrebte ökonomische und politische Durchdringung des Osmanischen Reiches durch das Wilhelminische Deutschland. Während des Dritten Reiches versorgte die Deutsche Bank die faschistische Regierung mit den nötigen Mitteln zur Wiederaufrüstung und diente, als genug gerüstet war, im Krieg als institutionelle Speerspitze bei der wirtschaftlichen Ausbeutung der annektierten und okkupierten Länder Europas. Das Geschäft lohnte: Die Bank stieg zum größten Finanzkonzern Kontinentaleuropas auf.

US-amerikanische Pläne, die Deutsche Bank wegen ihrer Rolle im faschistischen Deutschland aufzulösen und ihre Vorstandsmitglieder, Abs zumal, als Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, wurden schnell fallengelassen. Die Bank und ihre Führungskräfte wurden für den Wiederaufbau des kapitalistischen Systems und die Abwehr der „Roten Gefahr" benötigt.

Heute kommt gegen das von Abs zielstrebig aufgebaute Imperium der Deutschen Bank niemand mehr an, am wenigsten die „freie Marktwirtschaft", die die Deutsche Bank in ihren Anzeigen preist. Der „ausgeprägte Gigantismus" (Rheinischer Merkur) der Großbank erbittert schon mal die Mitkapitalisten und ihre propagandistischen Sprachrohre. Mit Blick auf den neugewonnen Einfluß der Deutschen Bank auf den Axel-Springer-Verlag schrieb Jürgen Eick vergangenes Jahr in der FAZ, daß die „Riesenkonzerne in einer Weise in politische Kategorien hinein(wachsen), die kein wirklich Liberaler, dem es mit der Gewaltenteilung – auch zwischen Politik und Wirtschaft – ernst ist, gut heißen kann."

Alfred Herrhausen, der so stolz auf das Erreichte ist, liegt es fern, die Macht der Bank herunterzuspielen; es käme nur darauf an, sie richtig einzusetzen und nicht zu mißbrauchen. – Man sollte sich eben über den Umfang dessen, was in dieser Gesellschaft demokratischen Entscheidungen unterliegt, keinen Illusionen hingeben.

aus: Kölner Stadtanzeiger, 10. 2. 86

Sozialer Aufstieg

Wir Deutsche haben seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ein Gemeinwesen geschaffen, das offener ist als jedes andere zuvor – offen für die Förderung von Begabungen, die Entfaltung eigener Kräfte, die persönliche Weiterentwicklung jedes einzelnen. Chancen voranzukommen gibt es quer durch alle sozialen Schichten.

Seien wir uns dessen bewußt:

- Wir haben ein breites Bildungssystem und eine Vielfalt von Ausbildungswegen und damit die Voraussetzungen für gleiche Startbedingungen.
- Leistung, Sachkenntnis, persönliche Integrität und Verantwortungsbewußtsein bestimmen das berufliche Fortkommen und den Zugang zu Führungspositionen, nicht aber ererbte oder willkürliche Privilegien.
- Der breite Mittelstand und eine zunehmende Zahl von gerade jungen Selbständigen zeigen, daß durch eigene Anstrengungen Aufstieg und Entwicklung möglich sind.

Soziale Unterschiede werden so zum Anreiz, nicht zur Abgrenzung. Erfolg durch Leistung – dieses Prinzip wird uns helfen, die vielen vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land, für das es sich einzusetzen lohnt.

Deutsche Bank

»Now let us all begin – don't stand aside«

Peter Seeger, der ›große alte Mann‹ der amerikanischen Folksongs, gastierte in der Bochumer ›Zeche‹

Nach 19 Jahren gab sich einer der geistigen und musikalischen Väter des amerikanischen Protestsongs wieder einmal die Ehre. Direkt vom „16. Festival des politischen Liedes" in Ost-Berlin kam der Volkssänger, Bürgerrechts- und Friedenskämpfer Pete Seeger, der im Mai 67 Jahre alt wird, zu seinem einzigen Konzert in der Bundesrepublik in die Bochumer „Zeche". Am Vorabend seines Auftritts sprach Michael Kleff mit Pete Seeger über die amerikanische Folkszene und sein soziales und politisches Engagement.

Michael Kleff: Pete, was hat sich in der Folkszene in den letzten Jahren verändert?

Pete Seeger: Nun, das Spektrum der Songwriter in den Staaten ist unheimlich breit geworden. Einige sind Pazifisten, einige Revolutionäre, wiederum andere sind irgendwie mit der Religion verbunden. Einige Leute besitzen eine gehörige Portion Satire. Andere Stücke sind wie Kirchenlieder oder wie Kurzgeschichten. Einige Songs sind vom Stil her dem Jazz oder der Rockmusik zuzurechnen, und einige klingen wie irische Balladen. Ich bin sicher, die Leute werden sich schon die guten Songs herauspicken und sie immer wieder singen. Und im Laufe der Jahre werden einige dieser Lieder immer noch von Millionen gehört werden, während man andere einfach vergessen wird.

Michael Kleff: Dein eigenes Leben ist ja sehr abwechslungsreich verlaufen. Was fühlst Du bei einem Blick zurück auf Deine politische und musikalische Karriere?

Pete Seeger: Ich bin einer der glücklichsten Musiker, die ich überhaupt kenne. Ich kann mir gar keinen glücklicheren vorstellen. Und ich lebe schon 46, na ja 47 Jahre von der Musik. Und meine Kinder mußten nie Hunger leiden und hatten immer etwas zum Anziehen. Und selbst in den fürchterlichen 50er Jahren, als Leute wie Senator McCarthy mich ins Gefängnis stecken wollten, da bin ich halt von einem College zum nächsten gegangen, in Schulen, in Sommercamps, in die Kirchen oder ich habe für Streikposten gespielt. Und ich habe die Lieder gesungen, die ich singen wollte. Und es hat immer zum Leben gereicht. Heute bin ich glücklich darüber, daß ich lange genug gelebt habe, um zu sehen, daß junge Leute meine Arbeit fortsetzen. Ich singe nicht mehr so oft wie früher und habe auch nicht mehr die Zeit und die Kraft so oft auf Tournee zu gehen. Selbst neue Lieder fallen mir nicht mehr so schnell ein. Früher habe ich alle paar Monate einen neuen Song geschrieben. Heute bin ich über einen im Jahr froh.

Michael Kleff: Du hast Dich immer für Minderheiten und Umweltschutz und gegen soziale und politische Mißstände überall in der Welt eingesetzt. Mit welchen politischen Problemen beschäftigst Du Dich im Moment?

Pete Seeger: Ich bin ziemlich pessimistisch, was die Überlebenschancen der Menschheit angeht. Ich glaube, die Chancen stehen 50 zu 50, den „nuklearen Geist" wieder in die Flasche zurückzustecken. Da aber alle, ob im Osten oder Westen, im Süden oder Norden dieser Welt den atomaren Winter fürchten, könnte das jedoch in den nächsten Jahrzehnten vielleicht gelingen. Viel schwieriger wird es werden, die Zehntausende chemischer Gifte in ihre Flaschen zurückzupacken. Und viele dieser Produkte sind ja auch ganz hilfreich. Jeder von uns benutzt sie, und wir sagen, ein bißchen mehr oder weniger wird nun auch nichts ausmachen. Ich glaube, wenn wir dieser Entwicklung nicht Einhalt gebieten, bereiten wir für unsere Enkelkinder einen Holocaust ungeahnten Ausmaßes vor. Unser Leben wird jedoch noch von ganz anderen Dingen bedroht: Computer, Video, Gentechnologie. Es gibt praktisch keine Geheimnisse mehr, früher oder später kann jeder alles wissen, wenn er es nur will. Man muß sich einmal überlegen, was passiert wäre, wenn

Zur Person: Pete Seeger

Pete Seeger wurde am 3. Mai 1919 in New York als Sohn eines Musikers geboren. Zwei Jahre studierte er an der Harvard University Soziologie und wollte später Journalist werden. Mit 16 Jahren besuchte er mit seinem Vater ein Square Dance Festival in Asheville im US-Bundesstaat North Carolina. Seit diesem Zeitpunkt sammelte Pete Seeger unermüdlich Volks- und Kinderlieder nicht nur aus der Geschichte der Vereinigten Staaten sondern aus der ganzen Welt. In den dreißiger Jahren reiste er oft mit dem legendären Woody Guthrie durch die Staaten und sang für Gewerkschaften und Landarbeiter. In den Vierzigern sang er mit den Almanacs Lieder gegen den Faschismus und gegen den Krieg. Und mit den Weavers gehörte er zu den ersten, auch in den Hitparaden erfolgreichen Folksängern. Zu den Songs jener Zeit, die zu Welthits wurden, gehören „Sag' mir wo die Blumen sind", „If I had a hammer" oder auch „Wimoweh", was in der deutschen Version unter dem Titel „Der Löwe schläft heut nacht" auch bei uns ein Bestseller wurde. Sein konsequentes Eintreten für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung brachte auch Pete Seeger in der McCarthy-Ära vor den Ausschuß für unamerikanische Aktivitäten. Er kam auf die „schwarze Liste" und konnte 17 Jahre lang weder im Fernsehen noch im Rundfunk auftreten. In den sechziger Jahren stand Pete Seeger an der Spitze der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und der Antikriegsbewegung gegen den Vietnam-Krieg. Der unermüdliche Mahner wurde aber auch noch durch andere Aktivitäten zu einer der bestimmenden Kräfte des amerikanischen Folk-Revivals. Er schrieb Bücher und gab Banjo-Kurse und Unterricht im 12saitigen Gitarrenspiel auf Schallplatten heraus. Er beteiligte sich beim Start von Folk-Musik-Zeitschriften wie „Sing out!" und „Broadside"; zu deren regelmäßigen Autoren er auch heute noch gehört.

Hitler eine Ahnung von den Trägern der genetischen Informationen gehabt hätte. Ich versuche immer, Wissenschaftler zu beeinflussen, weil ich glaube, es muß nicht alles erforscht werden – auch wenn sie mir entgegenhalten, der menschliche Forschungsdrang lasse sich nicht unterdrücken, weil uns das vom Tier unterscheide.

Michael Kleff: Und was hältst Du von Ronald Reagan?

Pete Seeger: Ich bewundere sein Lächeln. Und ich bewundere die Art, wie er sich mit 74 fit hält. In dieser Hinsicht könnte er zum Vorbild werden. Aber ich glaube kaum, daß die Geschichte sich lobend an ihn erinnern wird, da er das amerikanische Volk in die falsche Richtung geführt hat.

Michael Kleff: Glaubst Du denn, mit Deinen Liedern etwas ausrichten zu können? Du hast doch einmal gesagt, Songs liegen irgendwo zwischen Theorie und Aktion.

Pete Seeger: Ich habe dieses Zitat aus einem Beitrag der New York Times, wo es hieß, Worte liegen zwischen Theorie und Aktion, auf die Musik angewandt. Ja, ich glaube wirklich, daß Lieder alleine nicht ausreichen, um die Welt zu retten. Sie kann nur durch engagiertes Handeln gerettet werden.

Michael Kleff: Wie sehen Deine Zukunftspläne aus?

Pete Seeger: Ich glaube, ich habe meine Aufgabe erfüllt. Jetzt sind die jüngeren Musiker an der Reihe. Ich bin 66 Jahre alt und ich weiß, daß viele junge Männer und Frauen überall in der Welt die Idee weiterverbreiten, daß ein Song ein gutes Mittel ist, um Gedanken auszudrücken und gemeinsames Handeln in Gang zu setzen. Aber das müssen die Menschen vor Ort tun. Mein Motto ist: Global denken, lokal handeln – Now let us all begin – don't stand aside.

Staatsbürger und Staatsdiener

Kritische Nachbetrachtung aus Anlaß der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes

von Leonhard Froese

„Aber das weiß ich, daß ein redlicher Bürger das, was er dem Staat nützlich zu seyn glaubt, und nicht das, womit er sich etwann bey euch beliebt machen könte, reden soll." („Uibersetzung einer Stelle aus der IIIten Olynthischen Rede des Demosthenes an das Volk" von J.H. Pestalozzi, 1766)

Wenn ein Bürger der Bundesrepublik Deutschland durch den Bundespräsidenten – „in Anerkennung der um Volk und Staat erworbenen besonderen Verdienste" – ausgezeichnet wird, mögen nicht nur andere, er muß sich billigerweise selber fragen, ob er dies wirklich „verdient" hat.

Jener relativ kleinen Zahl von Bürgern, der eine solche Ehrung zuteil wird, steht jene große Zahl von Mitbürgern gegenüber, die im Laufe ihres Lebens ebensoviel Kraft und Zeit für Erhalt und Entwicklung ihrer Gesellschaft aufbringen, ohne daß sie in den „Genuß" einer entsprechenden Würdigung ihrer Verdienste kämen. Der so Ausgezeichnete darf sich folglich nicht damit begnügen, aus der Urkunde des Bundespräsidenten, dem Gratulationsschreiben des Ministerpräsidenten und der Laudatio eines „höheren" Amtsträgers die Begründung für eine solche Entscheidung entgegenzunehmen. Er muß vielmehr die Beweggründe und Begleitumstände dieses staatlichen Aktes „hinterfragen", um sich selber ein befriedigendes Wissen und Gewissen darüber zu verschaffen, ob er diese besondere Form des Dankerweises „annehmen" kann. Um sich darüber Rechenschaft abzulegen, muß er sich und andere fragen, in welcher Eigenschaft er eine solche Würdigung erfahren hat. Und da ist – in seinem Fall – völlig offensichtlich, daß ihm diese nicht als „gewöhnlicher" Staatsbürger widerfahren ist. Es mußte vielmehr eine besondere Abfolge besonderer Umstände zusammenkommen, die ein solches Ereignis zustande kommen ließen.

Wer auf ein halbes Leben oder mehr „Staatsdienst" zurückblicken kann, hat gute Gründe der politischen Instanz und Repräsentanz einer Gesellschaft, in der er lebt und wirkt, „dankbar" zu sein. Der Staat ist zwar nicht der „gütige Fürst", als den ihn sich der junge Aufklärer J.H. Pestalozzi vor gut 200 Jahren vorstellte. Doch gilt der Maßstab, den er ihm damals anlegte, genau so noch heute. In einer aus Furcht vor dem Zensor von ihm selber nicht veröffentlichten Rede „Von der Freiheit meiner Vaterstadt" sagt Pestalozzi: „... der Genuß hoher Freyheitsrechte, der Anteil und Einfluß in die Regierung, ohne innere Regierungsfähigkeit, ohne innere Freyheitswürde ist äußerst gefährliche Landeslage und leitet zu dem nicht mindern als stolzen Knechtgeist von Bettlern mit Ordenszeichen." (Pestalozzi, Sämtliche Werke, hrsg. v. A. Buchenau u.a., Berlin u. Leipzig 1927, Bd. 1, S. 207)

Belobigte Fürstendiener

Ob der „Fürstendiener" oder der spätere „Staatsdiener", der Beamtenstand war fürderhin, neben dem Offiziersstand, die zweite „staatstragende" Säule der Gesellschaft. Der Berufsbeamte zumal **wurde** angesehen und verstand sich selber als eine Art „Soldat in Zivil", der zur absoluten „Staatstreue" verpflichtet war. Der Staat belohnte den „zivilen Gehorsam" wie den militärischen mit einer Reihe von Privilegien und Gratifikationen. Dazu gehörten auch die den militärischen Auszeichnungen „nachempfundenen" Orden und Ehrenzeichen. Sie wurden und werden auch heute immer dann verliehen, wenn der Staat einen seiner „Getreuen" belobigen will. Dies war im Alten Frankreich nicht anders als in Preußen, in der Weimarer Republik nicht anders als

In Anerkennung seiner Verdienste um die Erziehungswissenschaften wurde der Marburger Hochschullehrer und „Id"-Herausgeber Prof. Dr. Leonhard Froese mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. In Anwesenheit von Kollegen aus dem Hochschulbereich überreichte die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Dr. Vera Rüdiger, die hohe Auszeichnung.

im „Dritten Reich", und es ist in der DDR formell betrachtet nicht anders als bei uns.

Orden als Pfand

Verleihen kommt von „Lehen" und bedeutet so viel wie ein geliehenes Gut. Der Staat leiht resp. überläßt einem seiner Bürger ein Gut, dessen materieller Wert im umgekehrten Verhältnis zum ideellen steht, ohne die Bedingungen zu nennen, unter denen er dieses zurückfordern kann. Ursprünglich war der Orden ein „Pfand", man verpfändet sich gegenüber dem Ordensgeber gleichsam mit „Leib und Seele". Auf die Dekorationssymbole der säkularen Ritterorden zurückgehend, verbanden auch die staatlichen „Ordensmeister" mit ihren Gratialien nicht nur eine Belohnung und Anerkennung für Leistungen und Verdienste. Sie knüpften daran zugleich die Erwartung, daß der so „Beschenkte" sich künftig um so staatsgetreuer und dienstbeflissener zeigen werde. Der „Staatsdiener", jenes Relikt aus undemokratischen Zeiten, gegen den die Sozialdemokraten einst angetreten waren, überlebte nicht nur die Monarchie; er überlebte die Weimarer Republik und das Hitler-Reich, und feierte nach 1945 – zunächst in den Ländern, später auch in der Bundesrepublik – „fröhlich Urständ". Seine historischen und aktuellen Verdienste für den „Staatserhalt" in Ehren, paßt er mit seinen vielen, ihm von Bund und Ländern „verschriebenen" Sonderrechten jedoch nicht mehr in die politische Landschaft einer republikanisch verfaßten Demokratie. Ihn darüber hinaus im Vergleich zu anderen „verdienten" Bürgern bei dem „Ordenssegen" durch den Staats-Präsidenten besonders zu bedenken, erscheint erst recht als fragwürdig.

Ein im doppelten Sinne davon Betroffener – nämlich ein dem Staate „Dienender" und von diesem „Bedienter" – kann bei einer solchen selbst- und fremdkritischen Einstellung gegenüber seinem Status in Staat und Gesellschaft nicht bei jenem Einwand stehen bleiben. Er muß, zumal als mit besonderen Rechten der Meinungsäußerung ausgestatteter Hochschullehrer, dies zum Anlaß nehmen, um auf Widersprüche innerhalb unserer Gesellschaft aufmerksam zu machen. Das gehört nicht nur zu seinen Rechten, es gehört zu seinen Pflichten. Er muß – wie weiland Demosthenes – auf jene Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft hinweisen, die einer der ersten Justizminister dieser Republik, der Altliberale Thomas Dehler, vor Jahren in dem Satz zusammenfaßte: **„Wir haben eine freiheitliche Verfassung, wir leben aber nicht in einer Verfassung der Freiheit."**

Und es fügt sich gut, daß der „erste Diener dieses Staates" in jüngster Zeit selber ausdrücklich auf solche Defizite in unserer Verfassungswirklichkeit hingewiesen hat. In seiner eindrucksvollen Rede vor dem Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf am 8. Juni 1985 sagte Richard von Weizsäcker: „Unsere Demokratie hat ihre Mängel, wie jede andere auch. Man mag solche Mängel auf typisch deutsche Eigenschaften zurückführen. Aber das führt nicht sehr weit." Und doch unternimmt er selber den Versuch, einen Zusammenhang mit solchen gesellschaftlichen Mängeln, die an sich nicht spezifisch „deutsch" sind, herzustellen: der Arbeitslosigkeit, den Zukunftssorgen junger Menschen, der Friedens- und Rüstungsproblematik, dem Gegensatz „zwischen Arm und Reich", der Umweltproblematik u.a.m.

Zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit

Wenn der Bundespräsident sich mit Stolz auf „die freiheitlichen Werte und Ziele" unseres Grundgesetzes beruft, so wird ihm darin sicherlich die „überwältigende" Mehrheit sowohl der „Staatsdiener" als auch der „Staatsbürger" beipflichten. Ein kritischer Bürger und Beamter kann jedoch nicht ohne Widerspruch in einem Staat und einer Gesellschaft leben, in der die Schere von Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit immer weiter statt immer weniger auseinanderklafft. Und dies hat durchaus – zumindest auch – etwas mit dem Komplex der „deutschen Identität" zu tun. Denn die Deutschen haben nach dem mißglückten Experiment mit der Ersten Republik den Versuch nach dem Zusammenbruch des „DRITTEN REICHES" mit der Zweiten Republik nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Geheiß der Siegermächte unternommen. Sie haben jedoch in den beiden deutschen „Nachfolgestaaten" die Demokratie – in dem einen mehr, in dem anderen weniger – eher formal als inhaltlich realisiert.

Wir nennen, bezogen auf die Bundesrepublik, eine Auswahl von Sachverhalten, die über die oben genannten hinausgehen und die man mit Fug und Recht nicht als demokratisch im republikanischen Sinne bezeichnen kann. Schwächer geworden gegenüber früher ist zweifelsohne die Vorrangstellung des Militärs, wenngleich diese immer noch groß genug ist; nicht schwächer geworden ist jedoch die „Vormachtstellung" der Wirtschaft und der Kirchen gegenüber anderen gesellschaftlichen Formationen oder Organisationen. Die Parteien, die nach dem Grundgesetz nur „an der politischen Willensbildung" mitwirken sollen, besetzen alle wesentlichen Ämter und Funktionen in Staat und Gesellschaft. Dabei sind es immer die großen Firmen und Konzerne, die durch ihre legale wie illegale „Verquickung" mit Staat und Parteien, sich sogar im Ausland kapitalmäßig abzusichern wissen; es sind die beiden großen Parteien – und „per Huckepack" auch die FDP –, die sich durch die undemokratische Fünfprozentklausel eine unerschütterliche Vorrangstellung in Staat und Gesellschaft gesichert haben; es sind die beiden großen Kirchen, die ihre historische Vorrangstellung in Staat und Gesellschaft nicht nur gegenüber den anderen Konfessionen bzw. Glaubensgemeinschaften nach dem Zusammenbruch behaupten konnten – sie konnten ihre politische Konkordanz mit dem Staat und das heißt konkret: mit den jeweils an der Macht Befindlichen ausbauen und festigen. Auch die großen Gewerkschaftsorganisationen zeigen mehr Interesse und Initiative, ihre eigene politisch-ökonomische Machtstellung abzusichern, als sich mit den jeweils Mächtigen im Interesse ihres Klientels, der Arbeitnehmer, anzulegen.

Das parlamentarische System der Bundesrepublik beruht – da wir nun einmal keine konstitutionelle Monarchie haben – auf dem Prinzip der Gewaltenteilung. Und doch wird diese formal völlig korrekt umgesetzte Teilung der Gewalten in die Jurisdikative, die Legislative und die Exekutive durch eine Reihe mittlerweile systemimmanent gewordener politischer Praktiken in zunehmendem Maße durchlöchert.

Ver„Flickungen"

Es soll nicht bezweifelt werden, daß die „obersten Richter" – nach „bestem Wissen und Gewissen" – um eine sachgerechte Entscheidungsfindung bemüht sind. Doch diese Intention wird überschattet von der Tatsache, daß sie Mitglieder und/oder Auserkorene der drei „staatstragenden" Parteien sind. Auch die Legislative besteht zwar formal aus völlig legal gewählten Abgeordneten. Doch wird deren von der Verfassung geforderte Unabhängigkeit („an Weisungen und Absprachen nicht gebunden") teilweise schon vorab, insbesondere jedoch bei der Mandatsausübung beeinträchtigt. Nicht nur von der jeweiligen Partei- und Fraktionsführung, wesentlich stärker noch durch die Interessenverbände. Welch „erkleckliche" Mittel sich diese Interessenvertreter für ihre Einflußnahme auf die „Richtlinien der Politik" oder, wie sie es selber nennen, „die Pflege der Bonner Landschaft" (v. Brauchitsch) leisten, hat der Flick-Skandal offenbart. Und doch bezeichnen ihn Kundige resp. dieser „Landschaft" Verhaftete lediglich als die „Spitze des Eisberges". Aber auch der Staatsapparat selbst, dessen überdimensionale Bürokratie sich mehr und mehr als „ein Staat im Staate" begreift, ist von diesem Sponsor-Bazillus befallen. Diese zunehmende „Verwilderung der politischen Sitten" in der Bundesrepublik, insbesondere „die Verquickung des großen Geldes" mit den politischen Entscheidungsprozessen, berührt die Grundfesten unserer Demokratie und läuft insofern auf eine „schleichende Systemveränderung" hinaus.

Nicht als Bürger oder Bediensteter eines solchen, in seinen Handlungen und Strukturen keineswegs bruchlos verfassungskonformen Staates, sondern als Mitglied einer für Entwicklungen und Veränderungen offenen Gesellschaft ist es vertretbar, aus der Hand ihres ersten Repräsentanten eine solche symbolische Geste – wie die Verleihung eines Verdienstordens der Bundesrepublik – anzunehmen. Da sie Ausdruck einer Anerkennung für Tätigkeiten ist, die im Rahmen einer bestimmten Institution dieser Gesellschaft ausgeübt wurden, kann diese nicht eine bestimmte Person allein im Auge haben. Sie muß immer zugleich verstanden werden als eine Dankabstattung des Staates jenem Kreis von Mitbürgern gegenüber – sei es an diesem Ort oder an anderen –, die diese „besonderen Verdienste" mit ermöglicht haben.

Und deshalb geziemt es sich, dem „Ersten Bürger dieser Republik" – zugleich in ihrer aller Namen – ein schlichtes „Dankeschön" zu sagen!

Der erste Wahlgang der österreichischen Präsidentschaftswahlen brachte Kurt Waldheim haarscharf an die absolute Mehrheit heran. Die Grünen dürften sich durch das Ergebnis „ihrer" Kandidatin Meissner-Blau bestärkt fühlen. Und die SPÖ hofft, daß im 2. Wahlgang, der nur noch mit den beiden Bestplacierten läuft, die „grünen" Stimmen ihr zugute kommen.
Bei Redaktionsschluß war der 2. Wahlgang noch nicht abgeschlossen.
Über Ostern nahm drucksachen-Redakteur Christian Walther an einer Gruppenfahrt der Berliner Jungdemokraten nach Wien teil. Reiseimpressionen:

Nach Wien, des Wahlkampfs wegen

von Christian Walther

Eigentlich sind es nur 500 km Luftlinie, und die Strecke hat Tradition. Berlin – Wien mit der Eisenbahn selbstverständlich; und zwar zügig. Doch 1986 ist nicht 1926.
Bahnhof Friedrichstraße, kurz vor 7 Uhr. Zehn mehr oder minder junge Leute haben sich hier verabredet zum gemeinsamen Grenzübertritt. Der Bahnhof liegt bereits in Ost-Berlin, doch S- und U-Bahnlinien des Westens führen – hermetisch abgeschirmt – an diesen Bahnhof heran. Einreise zum Transit durch DDR und CSSR. Weiterfahrt vom Ost-Berliner Bahnhof Lichtenberg fahrplanmäßig um 8:46 Uhr.
D. ist Mitglied der Alternativen Liste, Vorsitzender des Konzils an der Freien Universität. Wie werden wir erfahren, ob es dieser Umstand war, der seine Abfertigung sinnlos verzögerte. Als er schließlich durch ist, läßt sich schon erahnen: der Zug dürfte nicht mehr zu kriegen sein. A. beschließt, das nächste Mal doch lieber die Route durch den Westen zu nehmen.

* * *

Wir nehmen den Nachtzug. Zwei Kurswagen nach Wien, in Prag werden sie an einen Bummelzug gehängt, der in nahezu jedem österreichischen Kaff hält. Zuvor, im Speisewagen, kurz hinter der deutsch-tschechischen Grenze, schwärmt mir ein DDR-Beifahrer vom West-Radio vor. Und versucht ziemlich unvermittelt, mal eben zehn Mark West zu schnorren. Die Kreuzberger „Ey-Alter-haste-mal-ne-Mark"-Masche, nur eben mit Zoni-Aufschlag. Zweiter Versuch des Mannes aus Karl-Marx-Stadt: fünf Mark. Ich werde ihm nicht einmal eine Postkarte schicken.

Gut 24 Stunden nach dem Treffen am Bahnhof Friedrichstraße: Ankunft in Wien, Franz-Josefs-Bahnhof. Der Name gibt nostalgischen Gefühlen Raum. Der Bahnhof selbst nicht: funktionale Moderne, gesichtslose Kälte.

* * *

Das Jugendgästehaus der Stadt Wien in der Schloßberggasse 8 liegt etwas außerhalb. 500 Meter von der Endstation der S-Bahnlinie 4 und wirkt etwas pädagogisch: Jungs und Mädels hübsch getrennt und ab 23:45 Uhr gibt's belehrende Sprüche vom Hausherrn an der Pforte.

* * *

Die Kärtnerstraße führt vom Karlsplatz zum Stephansplatz. Beide Plätze haben eine Kirche, von der die eine sogar Dom heißt und deshalb besonders gern fotografiert wird. Und zu Ostern gibt's da ein Pontifikalamt, bei dem ziemlich ungeniert für Versöhnung und Vergeltung geworben wird.

Das Büro der Freiheitlichen Partei Österreichs ist wie alle Geschäfte geöffnet am Karfreitag, nur die Kinos und Theater haben zu. Im 3. Stock in der Kärtner 28 sitzt sie, die FPÖ, in schmucklosen Geschäftsräumen. Nicht die dezenteste Spur von Wohlstand, nicht eine einzige Andeutung im Ambiente, daß man es hier mit einer Regierungspartei zu tun hat. Nicht üppig ist auch das Informationsmaterial, das hier zu haben ist: ein Parteiprogramm, ein Heftchen „Argumente für eine Gesellschaft, in der sich Fleiß und Können lohnen", zwei Ausgaben der wöchentlichen Parteizeitung NFZ – Neue Freie Zeitung. Das 9-Schilling-Blatt ist auch nicht langweiliger als Parteiblätter hierzulande, und nicht minder aufschlußreich: für einen Präsidentschaftsbewerber wird da nicht geworben, denn die FPÖ hat keinen. Jedenfalls keinen richtigen. Denn Otto Scrinzi, die Hoffnung all jener, denen der Waldheim nicht national genug ist, kandidiert – mit einstweiliger ruhender Mitgliedschaft in der FPÖ – als Unabhängiger, kriegt aber aus der FPÖ viel Beistand. Der frühere Parteiobmann Alexander Götz unterstützt den Nazi-Pg. 78 97 561 aus „persönlicher Loyalität". Das ist kein Zufall in einer Partei, die sich nach dem Krieg als Sammelbecken alter Nazis entwickelte wie keine andere Partei. Den Vorgänger von Götz, Friedrich Peter, nennt der WIENER den prominentesten SSler Österreichs. Die rot-blaue Koalition, die unter dem jetzigen Obmann Norbert Steger zustande kam, hat der Partei nicht viel gebracht. Die alten Wähler sind futsch, neue nicht in Sicht. Im Politbarometer des ORF nähert sich die FPÖ der „statistischen Unauswertbarkeit" (Zitat KURIER): rund 3,7 %. Aber für eine Lockerung der Ladenschlußzeiten sind die Freiheitlichen auch in Österreich.

* * *

Ostersamstag. Kühl ist es und regnerisch. Ein grauer Tag. Doch knallgelbe Plakate sind über Nacht geklebt worden. Später wird man sagen, sie seien gelb

wie die Judensterne. „Wir Österreicher wählen, wen **wir** wollen", steht da drauf, und: „Jetzt erst recht: Kurt Waldheim".
In der U-Bahn begegnet uns ein Teenie mit SPÖ-Sticker: „Lieber Kurt als Kurt", wird da gewünscht, und Kurt Steyrer ist gemeint, der Wiener Arzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten, frühere Umweltminister und nicht sonderlich auffällige Kandidat der Sozialisten.

* * *

Eine Stadtrundfahrt. Der Architekt der Oper hat sich umgebracht, weil das Haus dem König nicht gefiel. Otto Wagner durfte seine Jugendstil-Kirche nicht in die Stadt bauen; also wurde sie auf dem Gelände der städtischen Psychiatrie, oben auf einem Hügel, errichtet. Kola Moser, der die Mosaiken gefertigt hatte, war es nicht gestattet, das Altarbild zu vollenden, da er zum Protestantismus konvertiert war. Bei den ersten Zinskasernen der Arbeiterschaft waren „Klo und Wasser in Indien – jenseits des Ganges". Der Mieterschutz wurde eingeführt, als die Soldaten sich um die Derangierung ihrer Familien sorgten. Erst hieß er Maximiliansplatz, 1918 wurde er Freiheitsplatz. 1932 gab Dollfuß, 1934 Göring seinen Namen. 1945 hieß er wieder Freiheitsplatz und seit 1947 blieb es bei Rooseveltplatz.

* * *

Am Stadtrand liegt der Zentralfriedhof. Bonn soll ja angeblich halb so groß, aber doppelt so tot sein. Aber das stimmt nicht. Bonn ist größer. Und André Heller hat, wenn ich mich recht erinnere, Wien in ähnliche Beziehung zu Chicago gesetzt. Das kann ich nicht beurteilen. Chicago kenn' ich nicht. Der Zentralfriedhof jedenfalls, der in Wien, kann, gegen Gebühr, mit dem Auto befahren werden. Dann muß man nicht so lange laufen, um die Ehrengräber für Johann Strauß Vater und Johann Strauß Sohn zu besichtigen, die von Beethoven, Brahms oder Hans Moser. Karl Renner und Karl Lueger, der eine sozialistischer Bundespräsident, der andere sozialistischer Bürgermeister von Wien (und Antisemit), sind ebenfalls hier unter die Erde gebracht worden. Die Grabsteine erinnern an viele Bekannte. Und noch mehr Unbekannte. Wie Stefan Samuel Lust, dessen Grab auf dem jüdischen Teil des Friedhofs liegt. Oder Malvine Lust,. die gar kein Grab hat. „In memoriam" steht auf dem alten Stein und „deportiert 1942". Mehr nicht.

* * *

Die Stadt hat viel gebaut, sozialen Wohnungsbau, vom Karl-Marx-Hof in Heiligenstadt bis zum Hundertwasser-Haus/3. Bezirk. An der Löwengasse steht dieses Haus, bei leidlichem Wetter von Neugierigen umringt und – zumindest bis zur frei zugänglichen Terrasse im ersten Stock – bestiegen. Die Nachbarhäuser, das sind Bauten im Stil von Gründerzeit und Jahrhundertwende, Häuser jedenfalls, die – allem Anschein nach – intakt sind dank pfleglicher Behandlung. Um so zweifelhafter ist es, direkt daneben ein in jeder Beziehung eskapistisches Gebäude zu setzen: ein Haus ohne jeden Bezug zur Nachbarschaft; im negativen Sinne un-angepaßt. Was Hundertwasser einst in „Wünsch Dir was" propagiert hatte, daß nämlich jeder Mieter die Fassade nach eigenem Gutdünken bepinseln sollte, soweit sein Arm aus dem Fenster reicht, das ist hier gleich von Anfang an durch den Erbauer verwirklicht. Ob derart geplante Planlosigkeit den fünfzig Wohnparteien dieses Hauses ein höheres Maß an Identifikation erlaubt, steht dahin. Einstweilen sieht alles recht bunt und verschroben, schräg und zusammengesammelt aus, doch wer fände schon die anormal hohen Kosten dieses Baus gerechtfertigt, sähe er ganz normal aus?

* * *

F. treffen wir im Schwarzen Café. Er betreibt nicht nur ein Reisebüro, in dem Bücher gekauft und alternative Stadtrundfahrten gebucht werden können, er ist auch alternativer Aktivist aus den höheren Etagen der AL Wiens. Die AL Wien ist natürlich nicht der Monopolist wienerischer Alternativpolitik. Und auch bundesweit tummeln sich noch andere Gruppen, die um die korrekt grün-alternative Linie ringen. Da sind – etwas konservativer – die Vereinigten Grünen Österreichs (VGÖ), dann die Grün-Alternative Sammlung (GRAS) und nicht zuletzt die Bürgerinitiative Parlament (BIP), die den Herrn Nenning zu den ihren zählen darf.
Und dann gibt es noch Freda Meißner-Blau, die zwar nicht Kandidatin der Grünen ist für das Amt des Bundespräsidenten, aber doch nach eigenem Bekunden „die grüne Kandidatin". F., der im Laufe der Zeit noch als Trotzkist zu entlarven war, erläutert die nationale Aufregung um die Präsidentenwahl. „Der Präsident war bisher stets ein Sozi." Da kann man nachfühlen, daß sich die Sozis den angestammten Posten nicht zu einfach streitig machen lassen wollen. Zumal, ja zumal der Präsident gar nicht so bedeutungslos ist, wie man angesichts des bisherigen meinen möchte. Abgesehen davon, daß in der Bundesrepublik noch immer kaum einer kanzlermäßig von der Ära Kreisky in die vom Fred Sinowatz hinübergedacht hat: den Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger hat doch bislang wirklich niemand für einen mächtigen Mann halten mögen. Ist er aber doch, haben jetzt die Sozis gemerkt, denn der Präsident kann den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen und sich in der Krise an die Spitze des Bundesheeres stellen. Da angesichts der nicht sonderlich begeisternden Regierungspolitik schon die nächste Wahl dem Präsidenten Gelegenheit gäbe, seinen Spielraum zu nutzen, gibt sich die SPÖ redlich Mühe, für ihren Kandidaten zu werben. Doch mehr als ein redliches Engagement für einen redlich wirkenden Kandidaten kann man ihr kaum nachsagen. Das Land spricht von Waldheim.

* * *

So sollte es auch in Deutschland sein: die Verantwortlichen des Wohnungsbaus gleich am Objekt selbst namhaft gemacht. In Wien verraten nicht nur Stadtwappen und rote Lettern, daß ein Bau von der Stadt errichtet wurde. Eine – zugegebenermaßen kleinere – Tafel nennt auch den Bürgermeister, den amtsführenden Stadtrat für das Wohnungswesen und den Architekten. Beim Karl-Marx-Hof, der zwischen 1927 und '30 entstand, waren es Karl Seitz, Anton Weber und – als Architekt – Karl Ehm.
Der Hausmeister, der im Hochparterre aus dem Fenster lehnt, läßt uns einen Blick in seine Wohnung werfen. Ein wenig düster sind sie, die vierzig Quadratmeter, die er bewohnt. Fließend Wasser gab es schon immer, doch die Dusche und das Wasser in die Küche hat er selbst gelegt. 700 Schilling, rund 100 Mark zahlt er für die ofengeheizten Räume. Drei Jahre muß man auf eine Wohnung in der Anlage warten, sagt er, und fügt ungefragt zu, daß Jugoslawen und Türken hier natürlich nicht reinkommen.
Was ist dran an der Behauptung, daß man in der SPÖ sein muß, um hier einziehen zu können, will ich wissen. „Es wird viel geredet", sagt er abwiegelnd, aber – in der SPÖ ist auch er. Im Treppenhaus hängt ein Zettel: „Bitte um den Zins am 1.4. von 17 bis 19 Uhr. Danke." Der Karl-Marx-Hof ist ziemlich groß. Teilweise wirkt er wie eine Trutzburg – und war es auch schon, als 1934 hier Sozialisten von den Heimwehrfaschisten des Dollfuß-Regimes belagert wurden.
Er müßte mal wieder gestrichen werden. Die Farben, bordeauxrot und mostrich wie die Berliner S-Bahn, sind schmuddelig. Gegenüber gibt's eine Kneipe, „Zur Staatsbahn" heißt die und bietet für 35 Schilling ein Riesenschnitzel mit Bratkartoffeln und Salat. Der Fischereiverein Heiligenstadt hat hier seinen Sitz und bis 22 Uhr ist Spielkartenausgabe. Das Lokal bezieht im Lesezirkel Frau im Spiegel, Vital, Neue Revue und Hör Zu. Beigeheftet war eine Waldheim-Zeitung. Darin gibt der Herausgeber Kurt Waldheim ein Interview. Recht detailliert erzählt er von den Stationen seines Lebens. 1939 Abschluß an der Konsularakademie, 1945 Anstellung im Außenministerium, 1943 Frau kennengelernt, 1944 geheiratet. Blöderweise vergaß der „Österreicher, dem die Welt vertraut" („... mißtraut", PROFIL; „... alles zutraut", ARBEITERZEITUNG), daß es da bei ihm noch eine Episode fern der Heimat gab, mitten drin in jenen Jahren des Krieges. Und diese Zeit hat Waldheim inzwischen wieder eingeholt.

* * *

Am Kärtnerring besorge ich mir die FAZ, um Neues von der Berliner Affäre zu erfahren. Fack kommentiert: „Die Stadt hat die Nase – nennen wir die Dinge doch mal beim Namen – von den CDU-Affären und ihrer Verquikkung mit dem kriminellen Milieu voll." Diese Passage lese ich am Abend noch öfter vor.

* * *

Der Saal im Rincon Andino war mit vielleicht 200 ganz überwiegend jungen Leuten gefüllt. Die Kandidatin hatte eine Maß Bier vor sich, aber kein Manuskript. Der Vortrag war frei, wenn auch inzwischen eingeübt. Die Gestik blieb sparsam, die Pointen knapp. Freda Meißner-Blau erzählte, wie sie zur Kandidatin wurde und warum sie es ist. Durch den Protest gegen das Donaustaudammprojekt Hain-

burg war sie national bekannt geworden. Und Hainburg hätte gezeigt, „sich wehren bewährt sich". „Freda for president", habe damals jemand gesagt. Doch das hätte sie für Unsinn gehalten, aber später gab es doch eine Diskussion: „Eine Frau soll es sein. Sie soll graue Haare haben, denn in Österreich wird man erst ein Mensch, wenn man ergraut ist."
Dann nennt sie ihre Themen. Die Arbeitslosen, die Zusatzrentenempfänger, die 3. Welt.
„Davon reden die Kurtis nicht", ruft sie in den Saal. „Die fahren mit ihren acht Mercedes vor, hupfen aus ihrem Auto, winken ihrem eigenen Plakat zu, verteilen Bussis und verschwinden wieder."
Bis Anfang des Jahres war die Grauhaarige Mitglied der SPÖ, jetzt will sie auch dem SPÖ-Kandidaten Stimmen wegnehmen. Die großen Parteien sollen lernen, daß es nicht mehr geht ohne die grünen Wähler. Die Präsidentschaftskandidatur als Testlauf für Parlamentswahlen.
Die Diskussion erinnert an ähnliche Diskussionen in der Bundesrepublik vor acht Jahren, rings um die Gründung grüner und alternativer Listen. Prompt kommen die Plädoyers gegen den parlamentarischen Weg. Aber Freda Meißner-Blau, deren Körpersprache intensiver wird während der Debatte, redet über das, „worum es in diesem schmutzigen, grauslichen, oberflächlichen, die wirklichen Probleme nicht lösenden Wahlkampf wirklich geht". Und das sind unter anderem die Rechte des Präsidenten. Sie hat sich das mal durchgelesen. „Ich war erschüttert, baff, was so ein Präsident so alles darf." Doch später erzählt sie, die den Präsidenten als „eine Art Ersatzkaiser" tituliert, was sie als Präsidentin alles täte mit diesen Kompetenzen. F. wirft lauthals ein, sie wolle wohl die Rolle des Ersatzkaisers spielen, was bisher keiner tat.
Das macht die Kandidatin sauer: „Euch kann man es ja gar nicht recht machen." Doch sie kriegt auch Unterstützung. Eine ältere Frau, Typ revolutionärer Vorzeige-Rentner: „Ja, merkt's Ihr denn nicht, wie Ihr ausgebeutet werd't am Wohnungssektor, am Nahrungsmittelsektor?" Der ortsansässige Agitator der Marxistischen Gruppe kontert kühl mit der Frage, ob denn wohl mit Freda als Präsidentin die Milch billiger werde.

* * *

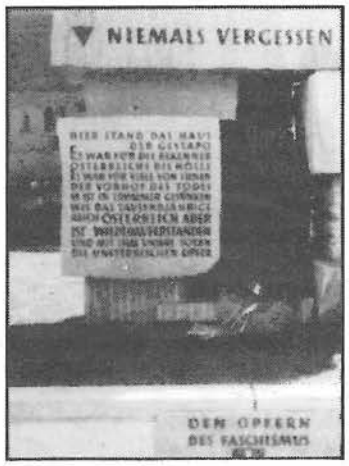
Der Nachmarkt heißt nicht nur so. Bei Friedrich Ehrenreich, gegenüber vom Haus linke Wiengasse 4, gibt es Käsekrainer, Würste mit Käse innendrin, der durchs Braten schmilzt. Das Stück für 26 Schilling, eine echte Alternative zu Currywurst mit Fritten.

* * *

Die Capistangasse muß den Höhenunterschied zwischen Fillgrader- und Windmühlgasse ausgleichen. Dazu wurde zwischen die Altbauten eine Massivbetontreppe gebaut. Auf den Absätzen stehen zwei Bänke mit Sicht auf Beton pur. Pflanzkästen stehen auch da. Das Treppengeländer ist grün. 1. Graffiti: „Warum grün?" 2. Graffiti: „Warum nicht?"

* * *

Jofel Mlady sitzt in Zimmer 905 und ist der Chef vom Dienst beim KURIER. Während er mir alles über diese zweitgrößte Tageszeitung der Republik erzählt, werden immer wieder Artikel hereingereicht, Mlady überfliegt sie und weiter geht's in den Satz. Satz und Druck sind in einem Druckzentrum draußen auf der Wiese untergebracht, während hier, in der Lindengasse 52, Redaktion und Verlag sitzen. Zwischen dem KURIER und der NEUEN KRONENZEITUNG gibt es heftige Konkurrenz, auch wenn der Abstand zur KRONENZEITUNG groß ist. Das royalistisch klingende Massenblatt steht der rechts-sozialdemokratischen Führung des ÖGB, des österreichischen Gewerkschaftsbundes nah, kriegt sich aber beispielsweise in der Waldheim-Frage kaum ein vor unverhohlener Stimmungsmache für den vergeßlichen UNO-Pensionär.
Der KURIER trieb's nicht ganz so dicke, obwohl er sich selbst weiter rechts sieht als die KRONENZEITUNG. Zugleich hält man sich für anspruchsvoller, doch Boulevard-Blätter sind alle beide. Eine national verbreitete Zeitung vom Zuschnitt der FAZ, der FR oder der SZ gibt es in der Donaurepublik nicht. Die Wiener PRESSE geht noch am ehesten in diese Richtung. Wer quasi alles über die österreichische Zeitungsszene wissen will, wird von Mlady an Peter Muziks 400-Seiten-Wälzer „Die Zeitungsmacher" verwiesen. Und tatsächlich findet sich da eine außerordentlich kenntnisreiche Darstellung des Pressewesens von der Geschichte bis zu den heutigen



Eigentumsverhältnissen. Auch wenn die Detailfülle für den bundesdeutschen Leser partiell ermüdend wirken mag – die oft spannenden Karrieren einzelner Blätter und ihrer Macher lohnen für den Interessierten die Lektüre allemal. Wenig überraschend dabei: die – noch relativ zahlreichen – Tageszeitungen in Parteibesitz sind allesamt auf dem absteigenden Ast. Nachzulesen ist hier aber auch, daß beispielsweise die Magazine PROFIL und WOCHENPRESSE sowie das Wirtschaftsjournal TREND allesamt dem KURIER gehören.

* * *

In der Löwelstraße 18 residiert die SPÖ. Auf dem Schreibtisch von Walter Kratzer, der früher beim STERN war, liegen 8 Schreibblocks. Zwei Telefone, eine Schreibmaschine, Fernsehgerät und ein paar Grünpflanzen komplettieren das kommunikative Interieur. Kratzer ist Redakteur beim Parteipressedienst, trägt einen Rund-um-den-Mund-Bart und ist kompakt gebaut. Das Vertrauen zu Steyrer, sagt er, sei in der SPÖ unumstritten. Und den Vorsprung, den Waldheim durch seine frühe Nominierung gehabt hätte, habe Steyrer inzwischen egalisiert. Und noch immer gebe es 30 % Unentschlossene.
Die Präsidentschaftswahlen werden durch formal unabhängige Büros unterstützt. Doch die werden wieder weitgehend von den Parteien finanziert. Und natürlich bedient man sich der Hilfe von Werbeagenturen. Die SPÖ bzw. Steyrer wird von der österreichischen Filiale von GGK betreut. Waldheim von Young & Rubicam.
Am nächsten Tag geht Kratzer zu einer Pressekonferenz des Waldheim-Büros. Acht Zeitzeugen sollen dort die Integrität des Kandidaten bezeugen.

* * *

Die New Yorker Zentrale von Young & Rubicam erklärt, Waldheim sei nicht länger ihr Klient. Den Betreuern der Kampagne wird allerdings freigestellt, ihre Tätigkeit fortzusetzen.

* * *

Vor dem Ambassador stehen ein paar Demonstranten. Auf Pappschildern steht: „Waldheim-Skandal – Beteiligte tauschen ihre Alibis" oder „Nur Verfolgte können Belastete entlasten". Im 2. Stock drängen sich die Journalisten. Und Fritz Molden, der Verleger, moderiert. Zeitzeugen, das sind ganz überwiegend Wehrmachtsangehörige, die mit Waldheim zusammengearbeitet haben und sich nun über seinen positiven Charakter verbreiten oder erklären, von Judendeportationen aus Saloniki selbst erst 1986 erfahren zu haben.
11.06 Uhr. Demonstranten stellen sich auf mit Plakaten: „Wir wollen Hitler als Entlastungszeugen", „Antisemitismus jetzt erst recht", „Herr W.: Ich habe erst 1986 von Judendeportationen aus Saloniki erfahren" und „Herr W.: Es war kein schmutziger Krieg, es war ein harter Krieg".
Molden, der Waldheim erst nach dem Krieg kennengelernt hatte, berichtet, daß es im Herbst '45 undenkbar gewesen wäre, daß ein Nazi ins Kabinett eines Ministers kommt. Bevor Waldheim eingestellt worden sei, habe es eine Nachfrage beim Landesministerium sowie bei CIC und OSS, den US-Geheimdiensten gegeben.

* * *

Am Abend meldet der KURIER mit Schlagzeile auf Seite 1: „Zeitzeugen aus ganz Europa entlasten Waldheim!"

* * *

Rückfahrt nach Berlin. Der Schlafwagen wird beim Transit durch die CSSR vorne und hinten mit Vorhängeschlössern dicht gemacht. Die Reisenden werden aufgefordert, die Fenster geschlossen zu halten. „Also, wenn Ihnen morgen früh Ausweise oder Wertsachen fehlen – ich habe Sie gewarnt", grummelt die Schlafwagenschaffnerin, als die Fenster wegen der unermüdlich Hitze ausstrahlenden Heizung partout nicht geschlossen werden.

* * *

In Berlin kündigen die Zeitungen eine Senatsumbildung an.

Klassenerhalt

Unsere Religion: Hannover 96.
Unser Gott: Trainer Biskup.
(Fan-Plakat im Niedersachsenstadion)

Was tut die Truppe hinten – sie steht.
Was macht sie vorn – sie geht.
Endlich sieht man die ordnende Hand:
Der Neue, der Retter auf der Bank,
steht die meiste Zeit am Spielfeldrand.

Der Hexer fand zu alter Form zurück,
11 Treffer schon, 2 rechts, 3 mit dem Kopf,
gewissermaßen aus der Schwebe,
der Rest geht auf die linke Klebe.
Der Neue auf der Bank
zeigt sich zufrieden mit dem Tank.

Der Neue weiß: Ein Spiel hat 90 Minuten.
Tempo wechseln, Kraft dosieren, den Saft
nicht gleich im ersten Schwung verbluten.
Will der Schlepper mit der 8 pausieren,
einen Angriff lang im Mittelkreis verweilen,
stößt Nummer 4 nach vorn, die Bälle zu verteilen:

Jeder kämpft für jeden, es stimmt
der Geist im Team.
Erfolg versöhnt. Den Rebellen von gestern
ist längst verziehn.

Mit dem Neuen schwimmt man oben auf der Woge.
Es wird gesagt, er sei ein guter Psychologe.
Kein Vorstandsmitglied sieht mehr rot.
Endlich gebannt: die Abstiegsnot.

Frischer Wind

Der Meister wankt.
Der Neuling hat das Spiel im Griff.
20 Jahre jung im Schnitt.
Der Meister: völlig aus dem Tritt.

Ein Segen für die Liga,
wenn man die Krise mitbedenkt:
So unbekümmert offensiv,
das ist der Weg heraus
aus dem Besuchertief.

Dorfner zieht im Mittelfeld die Fäden.
Eckstein geht die Linie lang.
Im Antritt schnell, im Dribbling ballverliebt,
gelegentliche Eskapaden. Herrlich,
wie er den Routinier verladen:
Gespitzelt ging das Leder
mittendurch durch Eder, das heißt
durch seine alten Beine. Vom Youngster
sagt man: Nerven hat er keine.

Im Abschluß Schwächen, auch Pech an den Sohlen.
In punkto Taktik: ungestüme Fohlen!
Was Disziplin betrifft, ist noch zu lernen.
Bleibt sie zusammen, greift diese Elf
in zwei, drei Jahren nach den Sternen.

NIKLAS PRONSFELD

Ligaalltag

Der Mann in schwarz sieht viel.
Er muß auch viel sehn:
Der Platz voller Pärchen,
die sich auf den Füßen stehn.
Man kann nicht sagen: lauter Treter,
jedoch schenkt keiner keinem einen Meter.
Im Mittelfeld wird früh gestört.
Am Sechzehner verengen sich die Räume.

Zuviel kleinklein, kein Rassematch,
das die Kulisse von den Sitzen risse.
Im Gegenteil. Das Publikum wird ungehalten.
Man will den Eintritt wieder, plötzlich
schmerzt das Loch im Portemonnaie.
Gepfiffen wird, doch nichts wird besser.
Kein Steilpaß, keine Flanken mit Effet.
(Die würden übrigens auch gar nichts nützen.
Denn von beiden Teams die Spitzen
sieht man draußen auf den Bänken sitzen.)

Zwei Trainer führen hier Regie,
die sich zu lange kennen.
Der eine spielt auf Auswärtspunkt,
der andere auf Remis.

Was zählt, am Ende: nur das Ergebnis.
Wer den Kopf jetzt schüttelt, versteht nichts
von Fußball: Es geht ganz einfach um zuviel.
Kein gutes Spiel.

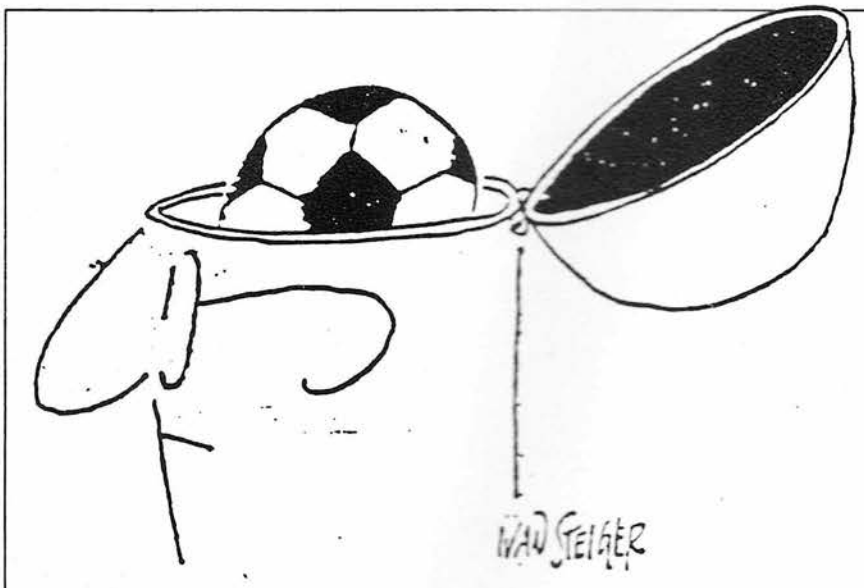
Nur Happel durfte bleiben

Von Csernai sprang kein Funke über
Benthaus zog es in die Schweiz zurück
Kraft lag mit der Presse überkreuz
Von Ferner kam nichts an Impulsen
Zebec fiel vom Whisky um
Gegen Kröner sprach die Heimbilanz
Gegen Biskup das Präsidium:

Den Ausschlag geben letztlich immer Argumente.
Drei Trainer nacheinander, hattrickgleich,
schickte man im Geißbockheim auf Rente:
Heddergott mußte gehen, weil er zu weich war.
Michels mußte gehen, weil er zu hart war.
Löhr mußte gehen, weil er nicht hart genug war.

Nur Happel durfte bleiben.

Nach verlorenem Spiel, noch im Umkleidesaal,
rief er die Besiegten zu sich und befahl:
Zehn Minuten Köpfe schütteln!
Wißt ihr, wozu?, fragte Happel hinterher.
Die Spieler tippten auf Entspannung.
Nichts da! So müßt ihr machen, rief er unversöhnt,
wenn man euch fragt, ob ihr Fußball spielen könnt!



Lattek sagt

Nur Fußball zählt, nichts als Fußball.
Samstag Mittwoch Samstag, Schlag auf Schlager,
dazwischen: Trainingslager. Die Frage ist akut:
Wer hat am Ende vorn die Nase. Kopf an Kopf
geht die Saison in ihre letzte Phase.

Kein Tropfen Alkohol, dem Sex kein Stich.
Wer Liebe macht, in dieser Lage,
sagt Lattek und schwört Rache,
der versündigt sich
an der gemeinsamen Sache.
Jetzt unaufmerksam, kraftlos, abgelenkt,
dem Gegner so ein dummes Tor geschenkt –
und wir stehen ohne alles da, jetzt,
das Ziel vor Augen, greifbar nah.

Sind die Athleten fit fürs Spiel?
Alle Mann o.k.? Den Jungens gucken,
sagt Lattek ohne Wimpernzucken,
die Knochen aus den Backen,
kein Gramm zuviel.

Die Diskussionsrunde

Am Beginn der öffentlichen Expertendiskussion über BÜRGERPARTIZIPATION IM DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAAT stellen sich die vier Wissenschaftler vor:

Ich bin Sozialwissenschaftler.
Ich bin Politikwissenschaftler.
Ich bin Kulturwissenschaftler.
Ich bin Nichtwissenschaftler.

Der Moderator stutzt, sagt, er habe – rein akustisch – die Fakultät des Diskussionspartners nicht verstanden. Ich bin Nichtwissenschaftler, wiederholt der Vornesitzende. Mit Aha und Ach ja! überspielt der Moderator seine Unsicherheit, fängt sich nach gedehnter Schrecksekunde, sagt: Der Vertreter einer noch jungen Disziplin also, die – nun deutlich zum Publikum gewandt – im Zuge der 68er Bewegung Eingang in den wissenschaftlichen Kanon gefunden hat.

Der Nichtwissenschaftler begleitet mit angedeutetem Kopfnikken die Worte des Moderators, wie einer, der innerlich seufzt, wenn er den steinigen Weg Revue passieren läßt, der ihn hier oben hin geführt hat.

Heute zahlt sich die konsequente Verwendung der wissenschaftlichen Ausdrucksweise aus: Er sitzt hier vorne mit dabei. Vor Jahren hätte er sich schlicht Laie genannt und wäre sang- und klanglos im Publikum untergegangen.

Aus dem Tagebuch eines Ordinarius

Die eine hieß Stenorette. Ich redete auf sie ein. Die andere war Phonotipse. Sie saß und schrieb ab. Zur einen redete ich von westlicher Welt und Weimarer Zeit. Die andere schrieb – lesbische Welt und wärmere Zeit. Verhörer, nichts als Verhörer, sagte ich mir. Auch Verhörer sind Kinder der Zeit. Wie sonst fände sich in ihnen der feministische Gedanke so ausgeprägt wieder! Es gab schlimmere unter den Frauen.
Zum Beispiel die Geistesabwesenden, die aus einem „Detail" ein „Ventil" machten.

Am schlimmsten waren mir die Mitdenkenden, die „Mundart" schrieben, obwohl ich „Dialektik" diktiert hatte.

Karl Holl / Günter Trautmann / Hans Vorländer (Hg.)

Sozialer Liberalismus

Zwölf Beiträge. 1986. 234 Seiten, Paperback etwa DM 29,80. Sammlung Vandenhoeck

Die Beiträge dieses Bandes behandeln ein zentrales – und bis heute aktuelles – Problem nicht nur des deutschen Liberalismus: die Versöhnung des klassischen Liberalismus mit den sozialpolitischen Erfordernissen der Industriegesellschaft. Am Anfang steht die Auseinandersetzung Liberaler mit der sozialen Frage, ein deutlicheres Profil erhält der Sozialliberalismus in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts durch Friedrich Naumann und seinen Kreis. Für den organisierten Liberalismus in der Bundesrepublik hatten sozialliberale Gedanken zunächst eher geringe Bedeutung. Das änderte sich, als die F.D.P. sich mit den Freiburger Thesen dem Sozialen Liberalismus zuwandte. Den Blick auf die Geschichte des Liberalismus in Deutschland ergänzen Vergleiche mit der Entwicklung in England, Frankreich, Italien und den USA.

V&R **Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen**

Dem Freisinn eine Chance

liberale drucksachen abonnieren

Gutschein

Der/die Empfänger/in dieses Gutscheins über

DM 30

Frau/Herr

.....

.....

.....

erhält von

.....

.....

.....

ein Geschenkabonnement der liberalen drucksachen über sechs Ausgaben

Geschenkabonnement

Herr, Frau

.....

.....

.....

hat von mir

.....

.....

.....

ein Geschenkabonnement der liberalen drucksachen über sechs Ausgaben (DM 30,-) erhalten. Der/die Empfänger/in ist zur Abnahme weiterer Ausgaben nicht verpflichtet. Ein Scheck über DM 30,- liegt bei.

.....

Datum

.....

Unterschrift

Einsenden an:
liberale drucksachen, Deutschhausstr. 31
3550 Marburg

Abonnement

Ich möchte die liberalen drucksachen mit einem Abonnement unterstützen. Ich nehme Ihre Garantie zur Kenntnis, daß ich diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen schriftlich widerrufen kann

.....

Vorname, Name

.....

Straße

.....

PLZ/Ort

Ich möchte ..... Werbeexemplare
zum Stückpreis von DM 1,50

.....

Datum

.....

Unterschrift

Einsenden an:
liberale drucksachen, Deutschhausstr. 31
3550 Marburg